



C/2024/4813

23.8.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

22. August 2024

(C/2024/4813)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,1135	CAD	Kanadischer Dollar	1,5130
JPY	Japanischer Yen	162,64	HKD	Hongkong-Dollar	8,6814
DKK	Dänische Krone	7,4619	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,8107
GBP	Pfund Sterling	0,84943	SGD	Singapur-Dollar	1,4568
SEK	Schwedische Krone	11,3920	KRW	Südkoreanischer Won	1 490,74
CHF	Schweizer Franken	0,9490	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,0237
ISK	Isländische Krone	152,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,9491
NOK	Norwegische Krone	11,7685	IDR	Indonesische Rupiah	17 405,17
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	4,8749
CZK	Tschechische Krone	25,092	PHP	Philippinischer Peso	62,723
HUF	Ungarischer Forint	394,10	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,2815	THB	Thailändischer Baht	38,332
RON	Rumänischer Leu	4,9764	BRL	Brasilianischer Real	6,1538
TRY	Türkische Lira	37,7855	MXN	Mexikanischer Peso	21,6175
AUD	Australischer Dollar	1,6550	INR	Indische Rupie	93,4780

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/5189

23.8.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107221

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5189)

Datum der Annahme der Entscheidung	22.7.2024
Nummer der Beihilfe	SA.107221
Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Enterprise Investment Scheme, Venture Capital Trusts (EIS/VCT)
Rechtsgrundlage	Income Tax Act (ITA) 2007 and Income Tax (Trading and Other Income) Act 2005
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Risikofinanzierung
Form der Beihilfe	Bereitstellung einer Risikofinanzierung
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 20 000 000 GBP
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 5.4.2035
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	HM Treasury 1 Horse Guards Road, London SW1A 2HQ
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5252

23.8.2024

Veröffentlichung einer genehmigten Standardänderung einer Produktspezifikation einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geschützten geografischen Angabe im Sektor Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß Artikel 6b Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission

(C/2024/5252)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 6b Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission ⁽¹⁾ veröffentlicht.

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION EINER GESCHÜTZTEN URSPRUNGSBEZEICHNUNG ODER EINER GESCHÜTZTEN GEOGRAFISCHEN ANGABE EINES MITGLIEDSTAATS

(Verordnung (EU) Nr. 1151/2012)

„Agneau du Périgord“

EU-Nr.: PGI-FR-0711-AM02 – 24.5.2024

g. U. () g. g. A. (X)

1. **Name des Erzeugnisses**

„Agneau du Périgord“

2. **Mitgliedstaat, zu dem das geografische Gebiet gehört**

Frankreich

3. **Behörde des Mitgliedstaats, die die Standardänderung mitteilt**

Ministère de l'agriculture et de la souveraineté alimentaire (Ministerium für Landwirtschaft und Ernährungssouveränität)

4. **Beschreibung der genehmigten Änderung(en)**

Erläuterung, warum die Änderung(en) unter die Definition des Begriffs „Standardänderung“ gemäß Artikel 53 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 fällt/fallen:

Der Antrag auf Änderung für die g. g. A. „Agneau du Périgord“ betrifft keinen der drei Fälle einer sogenannten „Unionsänderung“, d. h.:

- eine Änderung des Namens der geschützten Ursprungsbezeichnung,
- das Risiko einer Aufhebung des Zusammenhangs mit dem geografischen Gebiet,
- zusätzliche Beschränkungen bei der Vermarktung des Erzeugnisses.

Die französischen Behörden sind daher der Auffassung, dass der Antrag als sogenannte „Standardänderung“ einzustufen ist.

1. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE DES MITGLIEDSTAATS

Die Kontaktdaten des INAO werden aktualisiert.

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

2. ANTRAGSTELLENDEN VEREINIGUNG/ZUSAMMENSETZUNG

Die Zusammensetzung wird folgendermaßen präzisiert: „Jede natürliche oder juristische Person, die tatsächlich an den in der Produktspezifikation der g. g. A. ‚Agneau du Périgord‘ vorgesehenen Erzeugungs- oder Herstellungstätigkeiten beteiligt ist.“

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

⁽¹⁾ ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17.

3. BESCHREIBUNG DES ERZEUGNISSES

Das Höchstgewicht der Lämmer wird von 21 kg auf 22 kg erhöht.

Die Änderung hat Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

4. BESCHREIBUNG DES VERFAHRENS ZUR GEWINNUNG DES AGRARERZEUGNISSES/Schlachtung

Das Höchstgewicht der Lämmer wird von 21 kg auf 22 kg erhöht.

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

5. ELEMENTE, DIE DEN ZUSAMMENHANG MIT DEM GEOGRAFISCHEN GEBIET BEGRÜNDEN/ BESONDERHEIT DES ERZEUGNISSES

Das Höchstgewicht der Lämmer wird von 21 kg auf 22 kg erhöht.

Die Änderung hat Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

6. EINZELSTAATLICHE ANFORDERUNGEN/TABELLE MIT DEN WICHTIGSTEN ZU KONTROLLIERENDEN ASPEKTEN

Das Höchstgewicht der Lämmer wird von 21 kg auf 22 kg erhöht.

Die Änderung hat keine Auswirkungen auf das Einzige Dokument.

EINZIGES DOKUMENT

„Agneau du Périgord“

EU-Nr.: PGI-FR-0711-AM02 – 24.5.2024

g. U. () g. g. A. (X)

1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]

„Agneau du Périgord“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Frankreich

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. KN-Code

— 02 – FLEISCH UND GENIESSBARE SCHLACHTNEBENERZEUGNISSE

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

Das „Agneau du Périgord“ ist ein Lamm, das mindestens 60 Tage gesäugt wird. Danach folgt die Endmastphase mit einer hauptsächlich aus ganzem oder gequetschtem Getreide bestehenden Ernährung.

„Agneau du Périgord“ ist ein Lamm, das im Alter zwischen 80 und 180 Tagen geschlachtet wird und ein Schlachtkörpergewicht von 15 bis 22 kg erreicht. Seine gute Fleischigkeit ist auf die Auswahl der Elterntiere zurückzuführen: Deckböcke einer Fleischrasse und Mutterschafe einer robusten oder halbrobusten Rasse.

Als Deckböcke werden Tiere der Fleischrassen Berrichon, Charollais, Ile de France, Rouge de l'Ouest, Suffolk oder Texel gewählt.

Als Mutterschafe werden Tiere einer Robustrasse, wie Lacaune Viande, Blanche du Massif central, Causse du Lot und Romane, oder der halbrobusten Rasse Charmoise oder Mutterschafe einer Kreuzung aus einer Robustrasse und einer der vorgenannten Fleischrassen gewählt.

„Agneau du Périgord“ erreicht die Fleischigkeitsklassen E, U, R; es hat einen feinen Knochenbau mit guter Bemuskulung und weist die Fettgewebeklassen (EUROP) 2 und 3 auf.

Das Lammfleisch ist von heller Farbe (die in Zusammenhang mit der mindestens 60-tägigen Säugung steht). Das Fett ist weiß bzw. ganz leicht farbig und von fester Konsistenz; es ist einheitlich erstarrt und nicht ölig.

Folgende Schlachtnebenerzeugnisse können ebenfalls unter der g. g. A. vermarktet werden: Nieren, Bries, Herz, Leber, Zunge, Füße.

Das Fleisch und die Schlachtnebenerzeugnisse des „Agneau du Périgord“ werden frisch oder tiefgefroren vermarktet.

3.3. *Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)*

3.3.1. Ernährung der Lämmer

- Mindestens 60 Tage lang werden die Lämmer nach der Geburt vom Mutterschaf gesäugt. Bis zum Absetzen bleiben die Lämmer bei den Mutterschafen.
- Nach 60 Tagen und während der Endmast wird die Milchernährung bis zum Absetzen reduziert und durch Grünfutter und Ergänzungsfutter ersetzt. Das Ergänzungsfutter besteht aus Getreide, das ganz oder gequetscht verabreicht wird, und einem stickstoffhaltigen Zusatz.

3.3.2. Ernährung der Mutterschafe

Die Mutterschafe finden ihr Futter vorwiegend auf der Weide. Mindestens sieben Monate im Jahr grasen sie auf Natur- oder Ackerwiesen und auf den Triften.

Das geerntete Grünfutter wird ausschließlich in dem geografischen Gebiet und vorwiegend im jeweiligen Betrieb angebaut.

3.4. *Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen*

Das „Agneau du Périgord“ wird in dem geografischen Gebiet geboren und aufgezogen.

Damit die Qualität des Lammfleischs nicht beeinträchtigt wird, müssen lange Transporte und jeglicher Stress der Tiere vor dem Schlachten vermieden werden. Die Transportzeit vom Betrieb zum Schlachthof darf höchstens 8 Stunden betragen.

3.5. *Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) beträgt höchstens 18 Monate, wenn das Fleisch oder die Schlachtnebenerzeugnisse tiefgefroren sind.

3.6. *Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Jedwem Fleisch mit der g. g. A. muss eine Ursprungsnachweisbescheinigung (Certificat de Garantie d'Origine, C.G.O.) (im Falle von Schlachtkörpern) beigefügt werden oder es muss eine Kennzeichnung als verbrauchsfertige Verkaufseinheit (Unité de Vente Consommateur, U.V.C.) (im Falle von zerlegtem Fleisch) darauf angebracht werden.

4. **Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets**

Das geografische Gebiet der g. g. A. „Agneau du Périgord“ umfasst folgende Départements, Kantone und Gemeinden gemäß dem AGS INSEE 2020:

- gesamtes Département Dordogne;
- Département Corrèze: Gemeinden der Kantone Saint-Pantaléon-de-Larche (mit Ausnahme der Gemeinden Estivals, Jugeals-Nazareth, Nespouls, Noailles und Turenne) und L'Yssandonnais sowie die Gemeinde Brive-la-Gaillarde;
- Département Lot: Gemeinden der Kantone Gourdon, Puy-l'Evêque (mit Ausnahme der Gemeinden Le Boulvé, Les Junies, Lherm, Saint-Matré und Saux) und Souillac sowie die Gemeinde Thédirac;
- Département Lot-et-Garonne: Gemeinden der Kantone Les Coteaux de Guyenne (mit Ausnahme der Gemeinde Jusix), Le Fumélois, Le Haut Agenais Périgord, Le Livradais, Le Pays de Serres, Le Val du Dropt und Villeneuve-sur-Lot-2 sowie die Gemeinden Brugnac, Coulx, Labretonie, Lédats, Sauvagnas, Sembas, Verteuil-d'Agenais und Villeneuve-sur-Lot.

5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Das Périgord liegt im südöstlichen Teil Frankreichs. Seinen Mittelpunkt bildet das Département Dordogne, im Westen grenzt es an die Départements Gironde und Charente, im Osten an das Limousin und das Quercy und im Süden an das Agenais. Wie alle eher ärmeren Regionen war die Dordogne lange Zeit ein von der Schafzucht geprägtes Département. Die Schafzüchter im Périgord haben sich ein spezielles Wissen über die Schafhaltung im Rahmen der Gegebenheiten des Gebietes angeeignet und Zucht- und Haltungssysteme entwickelt, bei denen alle vorhandenen Ressourcen miteinander kombiniert werden. Vor dem Hintergrund kleiner Betriebe und einer Wirtschaftsweise, bei der Mischkulturen mit Viehhaltung kombiniert wurden und mit den Schafen die wenig ertragreichen Flächen genutzt werden sollten, setzte sich die Wahl robuster oder halbrobuster Rassen bei den Mutterschafen aufgrund der Naturgegebenheiten durch. Dadurch kann der Züchter die Mutterschafe das ganze Jahr über mithilfe der Ressourcen des geografischen Gebiets (Grünland, Weideflächen und Triften) ernähren und sich vermehren lassen, wobei er ausreichend Getreide und das beste Heu für die Endmast der Lämmer zurücklegt. Die Besonderheit von „Agneau du Périgord“ gründet sich vor allem auf die traditionelle Lämmeraufzucht: Zunächst werden die Lämmer von den Muttertieren gesäugt, und danach erfolgt die Endmast mit einer hauptsächlich aus Grünfutter und ganzem oder gequetschtem Getreide bestehenden Ernährung. So wird der Grundstein für die Qualität und das Ansehen des Erzeugnisses „Agneau du Périgord“ gelegt.

Das Périgord ist ein großflächiges Gebirgsvorland, durch das 4 Flüsse mit ihren zahlreichen Zuflüssen verlaufen und das ein von Nordost nach Südwest verlaufendes Gefälle aufweist, welches vom Plateau des Millevaches im Limousin (480 m ü. M.) bis ins Tal der Dordogne (tiefster Punkt 8 m ü. M.) allmählich abfällt. Dieses durch die Entstehung der Alpenkette im Tertiär geformte Relief führte in der Berührungszone zwischen dem alten herzynischen Massiv und den Kalk- und Sedimentablagerungen der Ebene zu Erschütterungen, Brüchen, Anhebungen und Erosion. Das Wasser hat in das kristalline Gestein des nördlichen Périgord tiefe Täler mit steilen Hängen und engen Schluchten gegraben. Im mittleren Périgord sind durch die Erosion breite Täler entstanden, in denen bisweilen Reliefs mit Felsvorsprüngen und bisweilen sanft abfallende, mit Kalkschutt bedeckte Hänge anzutreffen sind.

Das durch Hochebenen, Hügel, Anhöhen und Talmulden geprägte Relief hat das Périgord zu einer sich ständig verändernden Bocage-Landschaft gemacht, in der der Horizont oftmals nahe und stets durch Wälder, Gehölz oder einfach durch Sträucher und Hecken begrenzt ist.

Die Täler, die einzigen Gebiete, die reich an Schwemmland und für die Landwirtschaft geeignet sind, bilden einen Kontrast zu den trockenen und kargen Hochebenen und Hügeln.

Im Großen und Ganzen herrscht im Périgord ein gemäßigtes ozeanisches Klima mit einer mittleren Niederschlagsmenge von 850 mm, die sich auf durchschnittlich 130 Tage verteilt, und einer milden Jahresdurchschnittstemperatur von 12 °C. Mit ausgeprägten Wintern und Sommern und wechselhaften Übergangszeiten unterliegt es kontinentalen Einflüssen im Winter und nahezu mediterranen Einflüssen im Sommer. Aufgrund seiner Lage als Übergangsbereich zeichnet es sich zudem durch eine sehr große Vielfalt aus.

Nachweislich leben bereits seit 6 000 Jahren Schafe im Périgord und ihre Anwesenheit in dieser Region blieb bis ins 19. Jahrhundert konstant und wichtig. Im Jahr 1809 wurde der Schafbestand auf vier- bis fünfmal größer als der Rinderbestand geschätzt. Er umfasste mehr als 667 400 Tiere und verteilte sich auf das ganze Département.

Wie es in dieser Zeit üblich war, wurden Schafe in erster Linie wegen der Wolle, die für die Herstellung von Kleidung wertvoll war, und wegen des Mists gehalten. Das erzeugte Fleisch war ein Nebenprodukt und vor allem für den familiären Verzehr der Züchter bestimmt, doch es fanden sich auch schon erste Anzeichen für eine besondere Verwertung in der örtlichen Gastronomie. Mehreren schriftlichen Zeugnissen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist zu entnehmen, dass Schafe in zunehmendem Maße auch zur Fleischerzeugung gehalten wurden.

Noch 1938 gehörte die Dordogne hinsichtlich des Schafbestands zu den fünf führenden französischen Départements. Dieser Bestand, der nach dem letzten Krieg zunächst stark abnahm, hat sich seitdem deutlich erholt.

Dank der Schafhaltung können die Betriebe auch landwirtschaftlich weniger produktive Flächen gewinnbringend nutzen.

Aufgrund der Gegebenheiten werden als Mutterschafe Rassen ausgewählt, die sich wegen ihrer Robustheit, Widerstandsfähigkeit und Genügsamkeit eignen; sie können magere Triften beweidet, eignen sich für die Brunstverschiebung und können ihre Lämmer problemlos ernähren. Die Bestandszahlen verteilen sich heute auf mehrere Rassen (reine Rassen oder Kreuzungen): Lacaune Viande, Blanche du Massif central, Romane, Causse du Lot und Charmoise. Diese robusten oder halbrobusten Rassen werden in Kreuzung mit Schafböcken, die Verbesserungsrasen angehören, gezüchtet. Die Kreuzungen werden von den Züchtern gesteuert und die Wahl der Väterrasen erstreckt sich auf Paarungen, durch die entweder die Schlachtkörperqualität der Lämmer verbessert wird oder die Muttereigenschaften der zukünftigen Mutterschafe erhalten bleiben: Robustheit sowie Eignung für die Brunstverschiebung und den Natursprung.

Für das von den Züchtern angewandte Fütterungssystem sind die gleichen Gegebenheiten maßgebend: Die Herausforderung besteht darin, die Ressourcen bestmöglich zu nutzen und zu verwerten, um zuverlässig das ganze Jahr hindurch hochwertige Lämmer zu erzeugen.

Die Züchter sind bestrebt, die Ernährung der Herde so zu organisieren, dass die Verfügbarkeit von Futter entsprechend dem Bedarf der Mutterschafe und der Jungschafe im Einklang mit deren physiologischem Stadium angepasst wird.

Dies zwingt die Züchter dazu, einen komplexen Ernährungszeitplan auszuarbeiten, bei dem Triften, beweidete Grasflächen und Futterflächen optimal kombiniert werden, wobei ihre jeweilige Fläche und ihr potenzieller Ertrag sowie eventuell ihre Entfernung vom Schafstall berücksichtigt werden.

Der entsprechend dem physiologischen Bedarf (trächtige oder säugende Mutterschafe, weibliche Lämmer für die Zucht) in homogene Herden aufgeteilte Tierbestand wird nach einem bestimmten Zeitplan auf die verschiedenen Flächen getrieben, der die Verwertung und Optimierung aller pflanzlichen Ressourcen ermöglicht und dabei den Futterbedarf aller Tierkategorien berücksichtigt.

Das Leben eines „Agneau du Périgord“ verläuft in zwei Etappen: der Säugephase, in der das Lamm bei seiner Mutter bleibt, und der Endmastphase, wo ihm größte Aufmerksamkeit beigemessen wird (eigener Bereich und erstklassiges Futter).

In diesem eigenen Bereich verabreicht der Züchter den Lämmern eine spezifische Ration eines ausgewogenen Gemischs, das hauptsächlich aus ganzem oder gequetschtem Getreide, ergänzt durch gutes Heu aus Gräsern und Leguminosen, besteht.

Diese Ergänzung der Säugung wird in dem Maße, wie das Säugen abnimmt, zur Hauptfütterration der Jungtiere.

Diese Ernährung bildet die Grundlage für ein harmonischeres und schnelleres Wachstum des „Agneau du Périgord“.

Das „Agneau du Périgord“ ist ein junges (zwischen 80 und 180 Tagen) und leichtes (zwischen 15 und 22 kg) Lamm. Es hat einen wohlgeformten Körper mit guter Bemuskelung und einem feinen Knochenbau. Sein Schlachtkörper darf keine Risse oder Blutergüsse aufweisen. Das Fleisch ist hellrosa. Das Fett ist weiß bzw. ganz leicht farbig und von fester Konsistenz; es ist einheitlich erstarrt und nicht ölig.

Der ursächliche Zusammenhang beruht auf der Qualität und dem Ansehen des Erzeugnisses „Agneau du Périgord“.

Die starke Unregelmäßigkeit der in dem Gebiet herrschenden klimatischen Bedingungen in Verbindung mit dem geringen agronomischen Potenzial haben zu einer Anpassung der Zucht- und Haltungsmethoden, mit denen das „Agneau du Périgord“ heute erzeugt wird, beigetragen.

Die feuchten Gebiete des Périgord Vert bieten, ebenso wie die trockenen Kalkplateaus des Sarladais und die jurassischen Gebiete, Trift- und Weidemöglichkeiten, die sich gut für Schafe eignen, die oftmals als einzige in der Lage sind, diese kargen Gebiete und kleinen schwer zugänglichen Parzellen mit steilen Hängen, die traditionell als „Picadies“ bezeichnet werden, zu nutzen.

Unter Berücksichtigung der Wechselhaftigkeit von Niederschlägen und Temperaturen haben es sich die Bauern im Périgord, die sich nie auf eine angemessene Niederschlagsmenge oder Temperatur für ihre Kulturen verlassen konnten, zur Gewohnheit gemacht, ihre Erzeugung zu diversifizieren und die Risiken auf mehrere Haupterzeugnisse zu verteilen.

Dieser Landschaftstyp und seine Umweltbedingungen haben die Erhaltung kleiner, verstreut liegender Betriebe begünstigt, die lange Zeit ihre autarke Wirtschaftsweise bewahrt haben, indem sie versuchten, ihre eigenen agronomischen und menschlichen Ressourcen bestmöglich auszunutzen. Diese Gegend ist von einem aus Mischkultur und Viehzucht bestehenden Wirtschaftsmodell geprägt.

Die Schafzucht wird oftmals mit der Erzeugung von Getreide kombiniert, das – neben einem oder mehreren anderen Erzeugnissen – zum Teil für die Fütterung der Schafherde genutzt wird.

Ab Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Erzeugung von Wolle durch die Fleischerzeugung ersetzt und die Züchter im Périgord begannen, sich im Rahmen der allgemeinen Entwicklung für die genetische Weiterentwicklung zu interessieren.

Im Périgord setzten sich zunehmend drei Rassen durch: Charmoise, Berrichonne de l'Indre und Causse du Lot. Heute ist der Bestand dieser Rassen zugunsten von drei anderen Rassen zurückgegangen: Lacaune Viande, Blanche du Massif central, Romane. Die Zucht der alten Rassen, insbesondere Charmoise und Causse du Lot, erfuhr jedoch in den letzten Jahren eine gewisse Wiederbelebung.

Die Haltung dieser rustikalen Rassen führt zu Praktiken, die mit der Berücksichtigung der verschiedenen Merkmale dieses Gebiets im Einklang stehen.

Die Besonderheit von „Agneau du Périgord“ gründet sich vor allem auf die traditionelle Lämmeraufzucht: Diese besteht aus einer Phase des Säugens durch die Mutter, auf die eine Endmastphase mit einer hauptsächlich aus Grünfütter und ganzem oder gequetschtem Getreide bestehenden Ernährung folgt.

Die helle Farbe des Fleisches des „Agneau du Périgord“ ist auf zwei einander ergänzende Elemente der Aufzucht zurückzuführen: das Schlachalter der Lämmer (maximal 180 Tage) und die Dauer der Milchernährung; die Lämmer werden nämlich mindestens 60 Tage lang vom Mutterschaf gesäugt.

Das weiße (oder ganz leicht farbige), feste Fett entsteht durch die spezielle Ernährung in der Endmastphase. Grundlage dieser Ernährung ist Grünfütter, das ausschließlich durch ganzes oder gequetschtes Getreide ergänzt wird.

Durch dieses spezielle Ergänzungsfütter in der Endmast bekommt das Fleisch des „Agneau du Périgord“ seine ausgewogene Fettstruktur.

„Agneau du Périgord“ ist ein traditionelles Erzeugnis, das mit den natürlichen Gegebenheiten im Périgord verbunden ist. Es ist ein Festtagsmahl und wird in vielen verschiedenen Formen auf den Tisch gebracht, wobei es aber immer einen besonderen Stellenwert unter den Gerichten einnimmt.

Es wird in zahlreichen Rezepten besonders hervorgehoben und bisweilen als „das andere Gold des Périgord“ gefeiert.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

https://info.agriculture.gouv.fr/gedei/site/bo-agri/document_administratif-cdf6faf7-26d4-42dd-9789-a75c4c4d5eca

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. MÄRZ 2021

(C/2024/5253)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 24. und 25. März 2021

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung	4
3. Erklärungen des Präsidenten	4
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	6
5. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll	6
6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	6
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	6
8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	6
9. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	6
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
12. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	6
13. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	6
14. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	7
15. Anwendung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 (an die Rechtstaatlichkeit geknüpfter Konditionalitätsmechanismus) (eingereichte Entschlüsseanträge): siehe Protokoll	7
16. Arbeitsplan: siehe Protokoll	7
17. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 25./26. März 2021 — Digitales grünes Zertifikat (Aussprache)	7
18. Eigenmittelsystem der Europäischen Union – Eigenmittel, die auf nicht wiederverwerteten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basieren, sowie bestimmte Aspekte der BNE-Eigenmittel – Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel (Aussprache)	35
19. Ein allgemeiner Rahmen für Verbriefungen und ein spezifischer Rahmen für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung, um die Erholung von der COVID-19-Pandemie zu unterstützen – Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen (Aussprache)	49
20. Leitlinien für den Haushaltsplan 2022 — Einzelplan III (Aussprache)	57
21. Wiederaufnahme der Sitzung	65
22. Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien (Aussprache)	65
23. Abstimmungsrunde	71
24. Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien (Fortsetzung der Aussprache)	71
25. Neue Strategie EU-Afrika (Aussprache)	77
26. Gestaltung der Politik im Bereich digitale Bildung (kurze Darstellung)	89
27. Auswirkungen von Abfällen im Meer auf die Fischerei (kurze Darstellung)	93
28. EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus (kurze Darstellung)	95
29. Stärkung der internationalen Rolle des Euro (kurze Darstellung)	99

Inhalt	Seite
30. Kohäsionspolitik und regionale Umweltstrategien im Kampf gegen den Klimawandel (kurze Darstellung) . .	101
31. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	103
32. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	103
33. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	103
34. Schluss der Sitzung	103

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. MÄRZ 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 11 marzo 2021.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 15.07)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Onorevoli colleghe e colleghi, le sanzioni della Cina nei confronti di cinque nostri colleghi e della sotto-commissione per i diritti umani del Parlamento europeo colpiscono la nostra Assemblea per il fatto di essere stata al fianco delle vittime di violazioni e abusi dei diritti umani, per aver difeso la libertà di espressione e per aver esercitato il ruolo di controllo democratico.

Il Parlamento è e continuerà ad essere un convinto difensore dei diritti umani nell'Unione europea e nel mondo. I diritti umani sono universali, inalienabili e sono al centro dei valori europei. Non saremo mai messi a tacere da coloro che si sentono minacciati dalla nostra Istituzione e cercano di punire i deputati, democraticamente eletti, per aver espresso le proprie opinioni.

Queste sanzioni da parte della autorità cinesi sono una risposta inaccettabile alle nostre legittime preoccupazioni sulle questioni dei diritti umani in Cina.

Vorrei esprimere tutto il nostro sostegno ai cinque colleghi e agli organismi dell'Unione ingiustamente colpiti e assicurare ai nostri cittadini che il Parlamento non è intimidito e continuerà a difendere i diritti umani e lo Stato di diritto.

Vorrei ora dare la parola all'onorevole Bütikofer, presidente della delegazione per le relazioni con la Repubblica popolare cinese, e poi all'onorevole Maria Arena, Presidente della sottocommissione per i diritti dell'uomo.

Reinhard Bütikofer, *Chair of the Delegation for Relations with the People's Republic of China.* – Mr President, thank you very much for your clear, strong and courageous words. Your statement defends the honour of our Parliament against aggressive Chinese sanctions. You have highlighted the values on which our common work is based, in particular universal human rights. These convictions have never been more important than today. We, as democrats, are united in their defence.

I want to thank all the colleagues who have expressed their solidarity with those affected. I want to thank the 281 colleagues from four different political groups from the Bundestag that have expressed their solidarity, and I want to thank those governments that have summoned the Chinese ambassadors to tell them off.

The Chinese sanctions signal this is an attack, not just on a few, but on the institution as such, on our Human Rights Subcommittee, on four of the biggest democratic groups in the Parliament and on the China Delegation.

The Chinese authorities tell us that they're only willing to work with us as partners if we're allowing them to define the confines of acceptable opinions. It is bad enough that freedom of opinion, freedom of speech doesn't exist in China. We don't want to allow them to export it. China's attack on our institutions and fundamental values can be answered effectively if we all stick to two principles: democrats need to have each other's back, and internationally we have to build a united front of democracies. Long live human rights!

(Applause)

Maria Arena, présidente de la sous-commission «droits de l'homme». – Monsieur le Président, j'interviens en tant que présidente de la sous-commission «droits de l'homme».

Nous avons pris acte, à la sous-commission «droits de l'homme», de la décision des autorités chinoises d'imposer des sanctions à l'égard de notre assemblée, et ce en représailles à la décision du Conseil du 22 mars imposant des sanctions à quatre dignitaires chinois coupables de graves violations des droits de l'homme.

La sous-commission «droits de l'homme», comme vous le savez, a le devoir de suivre les situations de violation des droits de l'homme dans le monde, de promouvoir et de protéger tous ceux qui défendent ces droits – et ce, en conformité avec les traités européens. Je souligne d'ailleurs que toutes les institutions européennes, que ce soit la Commission ou le Conseil, ont le devoir et l'obligation de respecter ces traités. Je remercie le haut représentant et je salue son travail, plus particulièrement le mécanisme de sanctions pour violation grave des droits de l'homme qu'il a porté, et qui démontre aujourd'hui toute sa légitimité.

La réponse chinoise n'est ni plus ni moins qu'une attaque à notre démocratie, à nos valeurs et sans doute une volonté d'intimidation à l'égard de nos collègues sanctionnés et du travail de notre sous-commission «droits de l'homme». Cette sanction est inacceptable.

Si les autorités chinoises pensent qu'elles vont nous faire taire, je leur dis tout simplement qu'elles se trompent. Nous continuerons à donner la voix au mouvement pro-démocratie de Hong Kong. Nous continuerons à lutter contre ces camps de détention massive, contre le travail forcé et toute violation des droits imposée à la communauté ouïghoure, comme nous l'avons fait dès 2019 en donnant le prix Sakharov à Ilham Tohti, qui est un représentant de cette communauté.

Nous continuerons inlassablement à donner la parole à tous les défenseurs des droits de l'homme menacés, persécutés par le régime chinois. Nous condamnerons toutes les tentatives chinoises d'interférer dans la vie démocratique de l'Union européenne et de ses États membres. Nous continuerons à dénoncer activement les violations des droits humains où qu'elles se passent et nous travaillerons pour que toutes les institutions européennes remettent la question du respect des droits de l'homme à l'agenda de tous les instruments de politique étrangère.

Nous le savons, le monde entier regarde l'Europe comme étant une terre respectueuse des droits de l'homme, même si parfois certains Européens en oublient le sens. Il est de notre devoir de ne pas décevoir. Ne pas décevoir les citoyens européens que nous représentons et pour qui les droits humains constituent une valeur fondamentale. Ne pas décevoir les citoyens du monde, ceux pour qui il est impossible de s'exprimer librement, de croire ou de ne pas croire librement et parfois même d'aimer ou de vivre tout simplement. Pour ces citoyens du monde, nous représentons un phare, nous représentons une lumière, un espoir, et nous ne pouvons les abandonner.

Presidente. – Onorevoli colleghe e colleghi, domani commemoriamo il 200° anniversario dell'inizio della rivoluzione indipendentista in Grecia. La lotta greca per la libertà ha dato un forte slancio paneuropeo e i valori condivisi portarono all'intervento di Gran Bretagna, Francia e Russia in quel conflitto.

La rivoluzione si concluse con la creazione di uno Stato greco indipendente che, da allora, ha fatto un lungo percorso. La Grecia ha aderito all'Unione europea nel 1981 e da allora è al centro del progetto europeo, e questo ci piace ricordarlo.

Tuttavia il 25 marzo non è solo un giorno di libertà; è anche una giornata di lutto.

Oggi vorrei rendere omaggio alle vittime della deportazione sovietica: migliaia di famiglie, con una grande maggioranza di donne e bambini, dei tre Stati baltici di Estonia, Lettonia e Lituania furono deportati con la forza in Siberia e solamente in pochi riuscirono a tornare a casa.

È importante ricordare insieme, affinché tali violazioni dei diritti umani non si ripetano mai più ed è per questo che vi invito a un minuto di silenzio.

(Il Parlamento, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

- 4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll**
- 5. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll**
- 6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll**
- 7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**
- 8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO): siehe Protokoll**
- 9. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll**
- 10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll**
- 11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
- 12. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll**
- 13. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll**

14. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

15. Anwendung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 (an die Rechtstaatlichkeit geknüpfter Konditionalitätsmechanismus) (eingereichte Entschlüsseanträge): siehe Protokoll

16. Arbeitsplan: siehe Protokoll

17. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 25./26. März 2021 — Digitales grünes Zertifikat (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione congiunta sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla preparazione del Consiglio europeo e il certificato verde digitale (2021/2585(RSP)) (2021/2609(RSP)) .

Ricordo agli onorevoli deputati che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come già nelle precedenti tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

Ringrazio la Ministra Zacarias e il Commissario Šeřčovič per la loro presenza in Aula.

Ana Paula Zacarias, President-in-Office of the Council. – Mr President, while it was initially planned as a physical meeting, President Charles Michel has decided to turn the European Council summit into a video conference in light of the worsening of the COVID situation in several Member States. All points will remain on the agenda, but the item on Russia will be transformed into an information point. In addition, President Michel invited President Biden for an informal exchange of views on our future cooperation with the United States.

One year after the outbreak of the pandemic, COVID-19 continues to dominate the agenda and we face serious challenges following the emergence of new spreads of new variants of the virus. Only vaccines can offer us a way out of the crisis. We need to do our utmost to help boost vaccine production and ensure more transparency, predictability and the supply of vaccines, so that we can speed up the vaccination campaigns across the EU.

To this end, it is fundamental that companies respect their contractual delivery deadlines, and we support the efforts of the European Commission in this endeavour. The current epidemiological situation is still of great concern, but when the time comes to start a gradual return to normal life, we should make sure that we act in a coordinated way. Looking ahead, we want to make sure that we have solutions that work across Member States, and this is fundamental for our citizens, for our societies and for the recovery of our economies.

This way, we welcome the legislation proposed by the European Commission on the Digital Green Certificate. It is also a key element for the European Parliament, and I am glad for this opportunity to discuss this further with you. The Council is ready to move fast in these proposals, so we have the certificate and the system functioning – hopefully – before the summer. This means that these proposals have to be dealt with in a very short framework. We do not have a lot of time, and we have to do this in our two institutions and between our two institutions in a spirit of transparency, cooperation and compromise.

We should aim to reach a political agreement with the European Parliament by May. Work has already started at the Council preparatory bodies, and the Presidency aims to have a negotiating mandate by mid-April. On the content of the proposals, the Presidency believes that the European binding approach was necessary to guarantee common rules on the issuance and acceptance of the certificates and also their interoperability, without making vaccination a precondition to travel within the EU. In fact, a number of our citizens feared being discriminated against under this instrument, as not everyone could be vaccinated or wished to be vaccinated. In this regard, we believe that the Commission took the right approach when it included in this Digital Green Certificate the question of tests and also recovery certificates.

I would like to reiterate the importance of ensuring inclusiveness and of paying attention not to exclude some categories of persons, such as elderly people and those with less access to digital technologies. On data protection, we consider that the principle of data minimisation and the fact that no data will be stored at European level are important guarantees that have been already included in the proposals. Furthermore, national personal data regulations will apply.

Another important aspect to which Member States are attached is the need to ensure this interoperability with the work of the World Health Organization (WHO), and to continue to work in close collaboration with other international bodies. The implementation of an EU framework and national systems will require significant efforts from Member States, as there are many technological challenges. And for this reason, it will be important for them to receive expert technical and financial support from the Commission.

Finally, during the legislative process, we should not underestimate the importance of communicating in the right way on this initiative. The expectations of citizens on reopening Europe for travel will only rise as we approach the adoption of these instruments.

I would like to raise, very briefly, a couple of other points concerning the EU leaders' video teleconference (VTC).

First, the EU economic response to COVID-19 has been steadfast and unprecedented. The regulation establishing the recovery and resilience facility has entered into force. We now need to implement it swiftly to support an EU-wide recovery in accordance with the new European Semester guidelines and, of course, the leaders will address this issue.

Secondly, they will discuss key elements of our economic base, namely the full functioning of the single market, the resilience and competitiveness of our industry and Europe's open strategic autonomy. They will also address the question of the digital future, and here it is important to maintain an ambitious approach and ensure the digital transition is inclusive, leaving no one behind.

The leaders will build on the 2030 Digital Compass and on the Digital Services Act package, which has been dealt with in the Council at a very progressive and intensive pace. The leaders will also address digital taxation. The EU stands behind efforts to find a global consensus, but will also be ready to look into a European solution, should there be no progress at international level.

Finally, the leaders will also dedicate time to discussing external relations, in particular, to foster EU-US transatlantic relations and future cooperation through an informal exchange of views with President Biden. This is a very timely debate, taking into consideration the current geostrategic challenges at multilateral level from human rights, as we have seen, to the climate, from health to trade, as well as relations with Beijing and Moscow.

On Russia, the President of the European Council has provided for just an information point for the leaders. This will take place in the context of the continuous negative pattern of shrinking space for the opposition, civil society and independent voices in Russia, which is a source of concern for all of us.

They will also discuss Turkey. On the basis of the recent report by the High Representative and the Commission, they will assess the recent developments and discuss the way forward, including in the light of this recent Turkey withdrawal from the Istanbul Convention.

The leaders will meet on Friday, and at the end of this meeting on Friday, they will have a discussion at the level of the euro summit, and in an inclusive format, they will discuss the international role of the euro, so it will be a very long and productive meeting, I'm sure.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – It has now been over a year since Europe went into lockdown and overnight our lives were turned upside down as we put all our energies into fighting this terrible virus, which is causing so much suffering in Europe and around the world. A year of being limited in what we can do, where we can go, whom we can see, with whom we can meet and this all has understandably led to some pandemic fatigue. But now is not the time to take our eye off the ball. Despite some problems with the vaccine procurement and AstraZeneca in particular, which continues to under-deliver, we have good reason to hope that the situation will improve in the second quarter. We expect to receive 200 million doses of the Pfizer vaccine, 55 million doses of the single jab Johnson & Johnson vaccine and 35 million doses of the Moderna vaccine by the end of the second quarter. This is in addition to the 70 million doses of AstraZeneca currently foreseen, albeit far less than the contractually committed 180 million doses.

If these estimates prove accurate, we should achieve our target of having 70% of Europe's adult population fully vaccinated by the end of the summer. This is all the more important when we see the worrying developments with the new variants, now representing close to 80% of infections in some countries and to the spectre of the third wave approaching. So, as underlined by President von der Leyen last week, we will use the EU's export authorisation scheme to bolster transparency and ensure reciprocity and proportionality in our vaccine-related dealings with third countries, especially those which manufacture vaccines themselves.

I would like to be clear. The mechanism is not an export ban. In fact, so far 380 out of 381 requests for an export authorisation have been approved and with 43 million doses exported to 33 countries since the end of January, the EU is the world's biggest exporter of vaccines. We will continue to act fairly and responsibly and fulfil our global leadership role.

That is also why exports to low and middle-income countries, supplies through COVAX and exports to the EU overseas countries and territories remain unconditionally exempted.

But we need to see fairness and the right balance when assessing the impact of planned exports. This is what the two adjustments to the existing mechanisms adopted today are about – to help us ensure timely access to vaccines for our EU citizens.

As the president emphasised, this is an invitation to be open, because open roads run in both directions. We also need to forge an effective and lasting path towards reopening and recovery, one which fully upholds our fundamental principles of non-discrimination and data protection.

To this end, last week, the Commission put forward a proposal to create a Digital Green Certificate to facilitate safe, free movement inside the EU during the COVID-19 pandemic. It will be available free of charge, in digital or paper format and QR codes will help ensure its security and authenticity.

The Digital Green Certificate will work in three ways: first, it will offer proof that a person has either been vaccinated, received a recent negative test result or recovered from COVID-19 and thus has antibodies.

Second, it will make sure that this proof is recognised in every Member State and third, the certificate will help Member States to establish full freedom of movement in a safe, responsible and trusted manner. The Commission will build a gateway to ensure all certificates can be verified across the European Union and will support Member States in the technical implementation of certificates. The aim is to have the system in place by June and for this reason we have to ask Parliament to treat this file under the urgent procedure.

We are counting on you. This is also an opportunity to influence global standards and lead by example based on our European values. The certificate is only part of our efforts towards a gradual safe and lasting reopening.

Last week we also adopted the communication laying out what is needed to achieve this, including a common framework for response measures and measures covering testing treatments and vaccine sharing. The communication also covered support for the tourism and cultural sectors and continued support for global efforts to combat the pandemic and announce the future EU strategy on COVID-19 therapeutics.

Also, last week, we adopted the recommendation on the use of waste water monitoring to track COVID-19 and its variants. Waste water monitoring has proven to be an effective, reliable and relatively cheap way to identify the presence of the virus, allowing for its earlier detection.

And finally, we will issue a 'Lessons learned' communication in June as requested by the European Council.

Moving on from COVID-19 matters, the Commission, together with the High Representative prepared a report on the state of play on political, economic and trade relations between the EU and Turkey. On this basis, leaders will give guidance on the way forward. It is clear that we must resolve our differences through dialogue and constructive credible steps on the ground. We therefore deeply regret Turkey's decision to withdraw from the Istanbul Convention and urge that this be reversed.

Finally, on 9 March the Commission set out its digital vision and goals for 2030. It proposed a digital compass setting out ambitious targets for digital skills, digital infrastructure, the digital transformation of businesses and the digitisation of public administration. In addition, it will guide our international digital partnership.

We will also accelerate our work on the regulatory framework to accompany the Digital Transition. Later this year we will present further proposals on artificial intelligence, European digital identity and the single market for data.

The third taxation of the digital economy is also a priority and we remain committed to finding a global solution on the reform of the corporate taxation framework by mid-2021 with our partners in the OECD. And we are optimistic about this process. But whatever its outcome, the Commission is committed to adopting a proposal on a digital levy by the end of the semester with a view to it becoming a new own resource.

I can assure you that we can and we will design a digital levy, which is compatible with the OECD process. I will stop here, honourable Members, and I look forward to your questions.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – We are in the middle of the third wave, and Europeans are dying every day. There are a lot of concerns outside, a lot of people are afraid, even scared. We have new lockdown measures all over Europe and a severe economic crisis, probably the biggest since the Second World War.

That's why our main message to the Council is: please stick together, please act together – we need unity in this critical moment of European history. Stop playing games, and we together have to do whatever we can do to vaccinate as many Europeans as soon as possible. That's why the increase of production capacities is key. We really appreciate the work of Thierry Bretton in this regard.

The certificate is a good step. I from *PPE Group* point of view can already clarify that we are in favour of a fast-track procedure, we want to bring this certificate as quick as possible alive. But allow me to also express that the idea of a certificate is not a new idea. We already discussed it in autumn last year.

Kyriakos Mitsotakis already presented this in Council in January this year, and now we are in March, and the Commission is coming forward with a proposal. I like the proposal, but it is too late. And now you're coming with a fast-track procedure. Normally, we all should really speed up in this process.

The most important thing is that we have to keep our summer promise to offer every European a vaccination. The credibility of the European Union is already under pressure. We know this, and that's why this promise is about trust; we have to deliver whatever it takes.

I'm also proud, like a lot of colleagues – I think, about the reality, and the situation that we share the vaccines with the rest of the world. But we have to see the reality – the rest of the world is not doing the same. The rest of the world is egoistic. The rest of the world is cold. And that's why we Europeans should not be naive. That's why I, on behalf of the *PPE Group*, welcome the revision of the export authorisation mechanism; reciprocity and proportionality are key criteria for the future.

We've sent 9 million vaccines to the UK, and they've delivered zero. We've sent more vaccines in the last three months to the UK than we have given to Spain. Dear colleagues, that is a reality, and that's why we need to be loud and clear – the priority must be the European Union, the priority for the next month must be the Europeans. We cannot not endanger the lives and health of our fellow citizens anymore.

The implementation is now key. We see now the news from AstraZeneca. 29 million doses stockpiled in Italy. I don't know about the background but we need immediate clarification on this. If this is true, Vice-President, then I think the Commission must immediately prepare a breach of contract procedure as regards AstraZeneca. I would also say that it is unthinkable that we from now on export any kind of doses from AstraZeneca to the rest of the world until the company is ready to fulfil the contract, which they have with the European Union.

The export has another element which I want to mention, and that is about the question of who gets then the doses. We've sent to Saudi Arabia more doses in the last three months than to the Baltic countries combined. Northern Macedonia has the highest death rate per capita in the world, and they get zero doses from Europe. Zero currently.

Today the decision who gets the exported vaccines is a business question. It is decided at international level by headquarters of big companies, of pharmaceutical companies, but it is not decided by the question where is the biggest need, and by geopolitical questions like the region of Northern Macedonia. That is not a criteria currently, and that's why we have to go further. We spend money for COVAX, but we have no vaccines for COVAX. That is the reality today, and that's why we need a general revision of this procedure of the European Union. We are not in normal times.

I want to also focus on external affairs. I want to thank our President David Sassoli and all colleagues who contributed now to the China developments. From a Chinese point of view, some colleagues see now sanctions. I say, they're our heroes in the fight for human rights, and I applaud them, they have so full support of the whole Chamber and we are proud of them that they are doing such a great job.

The same guiding principle that we fight for the European way of life, for human rights, freedom, democracy, rule of law, equal treatment of men and women in regard to Turkey. That's why we welcome also the statement of the Commission towards Turkey.

That is a step in the right direction.

And on Russia, let me underline that there is a need, obviously again, to discuss Nord Stream 2 when Joe Biden is there. This House was always clear in the last years that is not in the interests of the European Union. Nord Stream 2 harms our neighbours like the Ukraine, like our Ukrainian friends, and gas is financing the Putin system, which is not in the interest of the European Union. That's why Nord Stream 2 is not a business case at all. We need a political discussion on this.

That is at stake when it is about the decision of the European Council, and if you allow me finally, Mr President, I know that we have tomorrow a discussion about Malta. I only want to express, having in mind that Daphne Caruana Galizia was murdered years ago, because she simply did her job in the fight against corruption, and her weapon was her pen.

Having this in mind that now of one murders said publicly that two ministers were involved in Malta in this process, I think that is an issue which we all have to be aware of and have to be concerned about. I say today because I wish that, for once, the European Council would also have the strength to discuss these rule of law questions also in the format of the Council, and not just leave it to the Commission.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el retraso en la vacunación y la llegada de la cuarta ola amenazan con retrasar el objetivo de la Unión Europea de recuperar la normalidad antes del verano. Afrontamos un horizonte sombrío. Si confiábamos en la distribución de 160 millones de dosis durante el primer trimestre, la realidad nos recuerda que se han repartido 70 millones. Y, además, hoy nos desayunamos con la noticia —por todos conocida— de que se han encontrado escondidas en algún lugar de Italia 30 millones de dosis de vacunas de AstraZeneca. Y permítanme que les diga que esto ya es la gota que colma el vaso.

Porque no estamos hablando de que se estén incumpliendo los contratos y los compromisos que habían asumido; es que se están riendo en nuestra cara y no podemos permitirlo como europeos. Ya no es el momento de sentarnos a hablar, de discutir, de ver de qué manera se puede solucionar, ¡no! Es el momento de presentar con firmeza actuaciones contra una compañía farmacéutica que está acabando con el prestigio del resto de compañías que sí que están cumpliendo con sus compromisos o que, por lo menos, lo están intentando. Así es que le pido a la Comisión que se ponga manos a la obra para actuar ante este ataque tan flagrante a los compromisos que habían adquirido.

Yo estoy de acuerdo con que la prohibición de las exportaciones ni es ni puede ser la solución, porque, además, es muy poco inteligente y pondríamos en peligro la cadena de suministros. Pero también digo que la revisión anunciada hoy del mecanismo del control de exportaciones llega tarde, porque resulta inaceptable que el Reino Unido haya recibido 10 millones de dosis fabricadas en territorio de la Unión Europea, mientras que el Gobierno de Boris Johnson no ha enviado ni una sola vacuna a nuestro mercado interior.

Por lo tanto, aquí estamos hablando de algo muy importante, que es cumplir con los objetivos y también no acabar con el prestigio, no de la Comisión Europea -aquí no estamos hablando del prestigio de la Comisión Europea-, sino de la Unión Europea. Todos hemos apoyado la estrategia europea de vacunación, pero tenemos que hacer las cosas bien porque, si no, la gente dejará de confiar en Europa.

No podemos resignarnos a que una segunda primavera negra recorra Europa. El próximo trimestre será clave: si la distribución de dosis no se acelera, afrontaremos un escenario explosivo, con un incremento de contagios y una población cada vez más angustiada, a la que tenemos que entender. Las últimas medidas presentadas por la Comisión Europea son un paso positivo: el certificado verde digital y el sello sanitario voluntario para el turismo y la hostelería son iniciativas adecuadas para coordinar la reapertura y garantizar los desplazamientos seguros. Pero el regreso de la libre circulación solo será un triunfo si antes se cumple con el objetivo más apremiante, que es el de acelerar las vacunas.

Con una respuesta lenta frente a la pandemia, no solo se pierden vidas: se desvanece el sueño de una rápida recuperación económica y corremos el riesgo de vivir en sociedades atrapadas por la ansiedad, por el pánico, por la depresión. Hace un año que estamos en esta situación y hemos pedido muchos sacrificios a las personas. Todos tenemos hermanos que han tenido que cerrar un negocio; amigos que han perdido a su padre y a su madre en menos de quince días; hijos o sobrinos adolescentes a los que hemos abocado a que su vida social se remita a las cuatro paredes de su habitación. Necesitamos ser conscientes de lo mucho que nos estamos jugando.

Y junto a la vacunación, tenemos la enorme tarea de garantizar también que los 750 000 millones de euros del Fondo de Recuperación se ejecuten con rapidez. Siete Estados miembros todavía no han presentado a la Comisión sus planes de recuperación y catorce no han ratificado los recursos propios. Quiero recordar que nos metían prisa a este Parlamento, que teníamos que actuar y desbloquear la situación, y ahora han pasado meses y tenemos todavía que poner en marcha esta ratificación de los recursos propios. Así es que les pedimos celeridad a los Estados miembros para que lo hagan. Una recuperación tardía también comprometerá el papel de la Unión Europea en un mundo cada vez más multipolar y con menos multilateralismo.

Ante Gobiernos que, como el de Turquía, priorizan la confrontación frente a la cooperación, debemos actuar al mismo tiempo con firmeza y con diálogo. Con firmeza cuando vulneran los derechos humanos en suelo turco y de la Unión Europea; y con diálogo cuando los intereses de nuestros ciudadanos están en juego. El intento de Erdogan de ilegalizar el Partido Democrático de los Pueblos y su decisión de retirar a Turquía del Convenio de Estambul no puede quedar impune.

Tras un año de pandemia ha quedado claro que, si queremos superar esta crisis, debemos dedicar toda nuestra energía a la campaña de vacunación y a la puesta en marcha del Plan de Recuperación. En lugar de desperdiciar el tiempo, háganse la siguiente pregunta: ¿la Unión Europea saldrá reforzada o debilitada de la pandemia? La respuesta no está en el infinito, sino en ustedes mismos.

Katalin Cseh, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, right now we are at a make-or-break moment in our pandemic response. Just think back to the early days of the pandemic – to where we were a year ago. We had 27 Member States with 27 different strategies. We saw people piled up at borders. We saw a shortage of medicines, a shortage of food. These are sights that were unimaginable to witness in Europe in the 21st century. And let's acknowledge that we've come very far from there and we chose the right path, the path to pursue a joint European response, because this is the only way we can get out of the crisis together.

But let's also learn from what went wrong. Right now we have a chance with the Digital Green Certificate to do that and also to hear the voice of our citizens, because many millions of Europeans are eager to get their lives back and also their livelihood. That very often depends on tourism, on transport, on cross-border trade. But there are also other voices who are afraid about how their data is being used or if they are being discriminated against. So we also have to hear that voice as well.

So this is why this Parliament will continue to be the voice of those 450 million citizens. We are elected by them and we will do everything in our power to help them in this crucial situation. And we have to understand what's at stake here, because in the problems witnessed around vaccine procurement, the European Union risks becoming the number one scapegoat. We risk becoming the prey of Euroscepticism, of those powers who work against the stability of our Union and who prey on this crucial moment where many people in Europe are living their darkest hours. Right now a lot of citizens, frontline workers, really suffer from the COVID response. They are struggling and they need us.

We need to speed up vaccination. This is the only light at the end of the tunnel. So this is why I am so glad to see the efforts of Thierry Breton, who really does an amazing job, offering us some good news and some clarity as well, and we need to continue further with this plan. We need to increase the production capacities, to set up more ambitious targets for deliveries, to work together with manufacturers and also to ramp up production. These are the crucial steps we have to follow.

And in the wake of these troubles, just as another leader said before me, I was also so shocked to learn about the 29 million AstraZeneca vaccine doses that are stockpiled. How can they even justify that? We are racing against time. This debate was never about the United Kingdom, for me it's about a specific company not honouring its contractual commitments and the Commission really needs to make sure whatever it takes to enforce these commitments in the name of our citizens.

Lastly, let me briefly talk about another issue that's not on the Council agenda and that I'm very sorry for. We just heard about it from the President of the Parliament. And we all know that only three days before the Council meeting China slapped sanctions on elected European officials and public bodies, academics, representatives, our very own Subcommittee on Human Rights – even a Council committee is on China's list – only for speaking up for human rights. We have to respond, and it has to come from the 27 national leaders who say with one voice that we will never be bullied.

We need to be clear. Our comprehensive investment deal has to be off the table as long as we see no meaningful progress in the treatment of Uyghurs and Hong Kong's pro-democracy movement. And no product will enter a market that is tainted by the suffering of people who are held in prison camps.

Colleagues, we are the European Union. Our entire history, our entire purpose rests on the promotion of peace and human rights and we will never stay silent in the face of such brutality. So this is my message also to the Chinese Communist Party, and this is the message I also expect to hear from the Council tomorrow.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, la prochaine réunion du Conseil abordera notamment les relations de l'Union européenne avec les États-Unis, puis avec la Russie, avec toutefois une légère différence de traitement puisque le président américain, Joe Biden, sera, lui, présent par visioconférence pour échanger directement avec les chefs d'État et de gouvernement européens.

On aurait aimé le même empressement il y a quatre ans pour dialoguer avec Donald Trump, mais il est vrai, et c'est navrant, que l'élection de Biden fut un soulagement pour les institutions européennes, tellement heureuses de pouvoir se placer à nouveau dans le sillage – et même, pourrait-on dire, sous la tutelle – de Washington.

Il est bien sûr légitime d'entretenir de bonnes relations avec les États-Unis, un pays ami, un allié et un partenaire de premier plan. Mais ils sont aussi nos compétiteurs. Ils sont nos rivaux sur le terrain économique et commercial, en particulier, et parfois leurs intérêts ou leurs choix s'opposent frontalement aux nôtres – comme on le voit avec leur alliance contre nature avec la Turquie ou encore leur position sur le nucléaire iranien.

Mais il y a fort à parier que les échanges avec Joe Biden porteront principalement – une fois encore, d'ailleurs – sur la Russie. Sans doute de nouvelles sanctions seront-elles évoquées au nom d'un droit-de-l'homme devenu fou qui est brandi également de manière quasi religieuse pour s'en prendre à certains pays d'Europe centrale.

La Russie est pourtant un partenaire naturel pour l'Europe, comme l'a récemment illustré la question du gazoduc Nord Stream 2. Il est compréhensible que l'histoire récente reste traumatique pour certains pays d'Europe de l'Est, mais la Russie d'aujourd'hui n'est pas l'URSS d'hier.

Il n'est pas question de se jeter dans les bras de Moscou pour passer d'une tutelle à une autre, mais de trouver un équilibre entre l'Ouest et l'Est. L'Europe peut et doit exister par elle-même et pour elle-même. Qu'il s'agisse d'économie, d'industrie, du numérique, de la santé ou encore du terrorisme, nous devons répondre par des coopérations et par des protections sans nous perdre dans un pseudo multilatéralisme qui rime bien souvent avec impuissance.

On reste, Monsieur Šeřčovič, abasourdi en vous entendant déclarer hier, je cite: «Nous avons été ouverts et généreux. Maintenant, nous invitons nos partenaires à être aussi ouverts et transparents que nous.» Mais quelle naïveté confondante de la Commission! À laquelle s'ajoute, d'ailleurs, l'incompétence sur le fiasco des vaccins qui en a été la dernière démonstration. À l'évidence, les orientations politiques comme le mode de fonctionnement actuel de l'Union européenne ne sont pas à la hauteur des grands défis que nous devons relever collectivement.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, je voudrais d'abord m'adresser à mon prédécesseur, Monsieur Bay. Je ne pense pas, Monsieur Bay, que si le gouvernement français avait signé séparément un contrat avec AstraZeneca, il aurait été dans de meilleurs draps aujourd'hui. Autrement dit, aller pointer du doigt la Commission européenne parce qu'un fournisseur privé – j'insiste là-dessus – est incapable, infoutu ou n'a pas envie de satisfaire à ses obligations contractuelles, je trouve ça juste un peu facile.

Je voudrais vous dire, chers collègues, que nous avons tous envie – et pas seulement nos concitoyens – de retrouver le plus vite possible toutes nos libertés. L'Union européenne est un continent de libertés, une union de libertés, et c'est vrai que ces libertés ont été gravement handicapées à cause du COVID. Nous avons besoin aussi de mettre un peu d'ordre, parce qu'il est clair que lorsqu'on écoute les collègues qui doivent voyager – c'est moins mon cas, mais vous êtes nombreux ici à devoir voyager –, différents certificats sont demandés en passant d'un pays à l'autre, c'est quand même un petit peu le désordre. Il faut mettre de l'ordre dans tout ça.

Dernier élément important: on dit souvent que les pays du sud ont besoin de la saison touristique. Non: c'est l'Union européenne qui a besoin qu'on ne manque pas cette saison touristique; autrement dit, il y a évidemment la possibilité pour les Européens de se détendre, mais économiquement, l'impact sur les pays du sud de manquer la saison touristique est colossal, et aurait pour effet d'augmenter énormément les divergences au sein de la zone euro. Autrement dit, c'est dans notre intérêt à tous que cette saison touristique soit sauvée.

Alors, est-ce que ce fameux certificat vert est une solution à cela? Peut-être, moyennant un certain nombre de conditions. D'abord, il faudrait qu'on ait une base scientifique: si nous ne sommes même pas sûrs qu'une personne vaccinée n'est plus contagieuse, alors je ne vois pas très bien de quoi on parle, parce que donner le certificat en ignorant si la personne peut transmettre le virus, c'est quelque part se donner un faux sentiment de sécurité.

Deuxième élément, que Katalin Cseh a mentionné, c'est celui de la discrimination. À juste titre, la Commission nous parle d'un certificat qui couvre aussi bien la vaccination que le fait d'avoir guéri de l'infection et le fait d'avoir subi un test négatif. C'est très bien, mais rien ne garantit dans le texte que les États membres ne discrimineront pas en fonction de la situation dans laquelle la personne se trouve. Nous ne pouvons pas, par la porte de derrière, faire d'un vaccin dont chacun dit ici qu'il doit être libre une obligation de facto pour que nos citoyens puissent avoir droit à une vie normale.

Troisième élément et troisième condition, c'est le respect de la vie privée. Autant je comprends tout à fait que l'autorité publique doive pouvoir vérifier l'authenticité d'un certificat, autant je ne comprends pas que l'on puisse donner aux États la possibilité, par exemple, de collecter les données sur qui a utilisé un certificat, quand et où. Il n'y a aucune raison que les États sachent et puissent nous suivre à la trace. On est déjà entré dans l'ère du capitalisme de surveillance, j'aimerais bien qu'en tout cas, on ne s'inspire pas de la Chine pour arriver à l'ère de l'état de surveillance généralisée.

Dernier élément, si on met en place ce certificat, il faut qu'il soit limité à la fois dans le temps et dans l'espace. Autrement dit, pas question de l'étendre à des usages pour lesquels il n'est pas prévu. J'ai donc envie de dire, chers collègues, monsieur le Président, et je conclus là-dessus, que chaque fois qu'il s'agit d'arbitrer entre la sécurité – en l'occurrence, la sécurité sanitaire – et la liberté, ce sont des questions qui doivent faire l'objet d'un débat démocratique approfondi et d'une délibération publique. Autrement dit, s'engager dans une procédure d'urgence, qui de facto limite drastiquement les possibilités pour ce Parlement d'exercer ses responsabilités de délibération démocratique, est une erreur colossale. La méfiance démocratique de nos citoyens à l'égard de nos institutions, et pas seulement des institutions européennes, n'a fait que croître. N'alimentons pas cela.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, un anno fa la pandemia colpiva per la prima volta il nostro continente, mettendo a dura prova i nostri sistemi sanitari, provocando milioni di lutti, cambiando il nostro modo di vivere e imponendo restrizioni a cittadini e imprese.

Ora siamo nel pieno di una terza ondata: la situazione epidemiologica sta peggiorando notevolmente, con un forte aumento del numero di infezioni e di ricoveri e la prevalenza della nuova variante britannica. Diversi Stati membri hanno annunciato o sono in procinto di annunciare nuovi *lockdown* parziali o totali.

La risposta dell'Unione europea sembra lenta e non efficace. La campagna vaccinale stenta a decollare; l'obiettivo di vaccinare la stragrande maggioranza della popolazione europea prima dell'estate sembra essere lontano; il sentimento di sfiducia cresce nei nostri cittadini; interi settori non sanno ancora quando potranno riprendere la loro attività.

È il momento di un vero cambio di passo, di risposte concrete sul rispetto dei contratti, sull'approvvigionamento, sul miglioramento della capacità produttiva e logistica, nonché reciprocità e proporzionalità nello scambio di vaccini con paesi terzi.

I vaccini sono le uniche armi che abbiamo per contenere e sconfiggere il virus, recuperare la nostra quotidianità e permettere una vera e duratura ripresa dell'economia europea. Una ripresa che deve avere al centro le imprese, in particolare le piccole e medie imprese, e per far questo occorre innanzitutto rivedere le regole della governance economica: meno austerità, più investimenti, preservare e rilanciare il mercato unico con meno burocrazia e un contesto normativo in grado di garantire lo sviluppo e la competitività delle nostre economie, evitando squilibri e asimmetrie.

A tal proposito, positivo il certificato verde digitale, proposto dalla Commissione per ripristinare pienamente la libera circolazione delle persone e per far ripartire soprattutto il settore turistico. Ma a condizione che sia approvato tempestivamente prima dell'estate e strutturato e implementato efficacemente per evitare che si creino disparità di trattamento all'interno dell'Unione europea e siano tutelati i dati sensibili, ma soprattutto per permettere al settore turistico e a tutte le attività a esso connesse di programmare la stagione estiva e favorire la ripresa economica e occupazionale.

Questa crisi ha dimostrato che nel passato troppo spesso sono state compiute scelte che ci hanno reso dipendenti da altri: occorre lavorare per una autonomia strategica, per tutte le tecnologie fondamentali delle catene del valore e dei sistemi industriali più sensibili. La transizione digitale può essere un importante strumento per il rilancio delle nostre economie e la creazione e trasformazione di nuovi posti di lavoro. Ma occorre al tempo stesso che nessuno venga lasciato indietro e siano garantiti i nostri valori e soprattutto la nostra sicurezza.

Per far questo occorre un'Unione europea credibile, e non subalterna, sullo scenario internazionale. Nel Mediterraneo orientale occorre un cambiamento rispetto alla politica del recente passato nei confronti della Turchia: sì al dialogo, ma basta essere sottomessi ai ricatti e alle azioni prevaricatorie di Erdoğan. Il suo tentativo egemonico nel Mediterraneo va fermato in maniera chiara e decisa.

Al tempo stesso, occorre che l'Unione europea e gli Stati membri delineino una nuova strategia per le relazioni con la Russia, basata sul promuovere i valori democratici, lo Stato di diritto, le libertà fondamentali e i diritti umani. È necessario evitare missioni diplomatiche disastrose, come quella recentemente svolta dall'Alto rappresentante Borrell a Mosca, così come è necessario discutere in modo chiaro e definitivo del progetto Nord Stream 2 in questo Parlamento.

Sono questi i punti salienti che noi, come gruppo dei Conservatori, portiamo all'attenzione del Consiglio e ci auguriamo che su questo ci vengano date risposte chiare.

Martin Schirdewan, *im Namen der Fraktion The Left*. – Herr Präsident! Während in der EU im Schneckentempo geimpft wird, rast die dritte Welle der Pandemie ungebrochen auf uns zu.

Mehr als 500 000 EU-Bürgerinnen und -Bürger sind mittlerweile an Corona verstorben, jeden Tag kommen viele hundert dazu. Die Existenz von Millionen Europäerinnen und Europäern ist bedroht, die Wirtschaft ist in der EU im letzten Jahr um bis zu 8 % eingebrochen. Wir befinden uns in einer historischen Krise, die politische Verantwortung verlangt – doch daran fehlt es. Das Unbehagen wächst in der Bevölkerung mit dem Gefühl, dass die EU führungs- und verantwortungslos durch diese Pandemie taumelt.

Die Kommission hat Fehler zugegeben. Aber warum, Herr Šefčovič, werden diese nicht korrigiert? Veröffentlichen Sie alle Verträge mit den Pharmakonzernen. Geben Sie endlich die Patente frei, dann können die Impfstoffe mit allen global verfügbaren Produktionskapazitäten hergestellt werden. Entwickeln Sie eine gemeinsame europäische Strategie, wie man gegen das Virus vorgeht, wie man den Gesundheitsschutz koordiniert und wie man die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung eindämmt.

Sie haben sich von den Big-Pharma-Unternehmen abhängig gemacht und vertrauen auf den Markt. Aber dass der Markt gar nichts regelt, beweist der heutige Fall von AstraZeneca, wo 29 Millionen Dosen in Italien gehortet wurden und heute zufällig gefunden worden sind. Und Sie beweisen es auch selbst, indem vorerst keine Impfstoffe an den Globalen Süden geliefert werden sollen, und gleichzeitig reden Sie von einem Impfstoff-Exportstopp. Aber Ihnen ist auch klar, dass es bei einem Exportstopp auch zu Vergeltungsmaßnahmen kommen kann – was wiederum bedeutet, dass die Impfstoffproduktion in der EU selbst dadurch zu Schaden kommen kann, und das Ergebnis ist, dass am Ende alle schlechter dastehen und niemandem geholfen ist. Wollte man Ihnen, der Kommission, eine Schulnote geben, hieße es: Europäische Kommission – fünf minus, sitzen geblieben.

Nun also der europäische Impfpass. Solange nicht alle Europäerinnen und Europäer die Chance gehabt haben, geimpft zu werden, darf diese Bescheinigung nicht dazu führen, dass die Ausübung von Grundrechten vom Impfstatus abhängt. Der Schutz sensibler Gesundheitsdaten muss gewährleistet und eine Abhängigkeit von Big Data verhindert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus all diesen genannten Gründen appelliere ich hier an Sie: Schließen Sie sich der Forderung meiner Fraktion nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Impfstrategie an. Wir brauchen keinen Exportstopp von Impfstoffen, wir brauchen aber sehr wohl – und ich richte meinen Blick jetzt auf die Türkei – einen sofortigen Waffenexportstopp an das Regime Erdoğan. Es ist unerträglich, wie dieser Autokrat gehätschelt wird. Gleichzeitig provoziert der Sultan Erdoğan weiter im östlichen Mittelmeer, verfolgt die demokratische Opposition, will die HDP verbieten und tritt aus dem Frauenschutzabkommen – der Istanbul-Konvention – aus.

Wir sagen: Schluss mit dem EU-Türkei-Deal und Ja zu einer humanen, solidarischen Migrationspolitik. Joe Biden wird an der Ratssitzung teilnehmen, und natürlich kann man jetzt nach Trump auch wieder über eine gemeinsame Politik nachdenken. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Welt in eine neue Blockkonfrontation mit einem neuen kalten Krieg getrieben wird. Europäische Souveränität heißt auch, eine selbständige Politik gegenüber Russland und China, aber auch gegenüber den USA selbst zu entwickeln.

Edina Tóth (NI). – Tisztelt Elnök Úr! 56%, 45%, 25%, 9%. Ha nem a koronavírus-járvány harmadik hullámának kellős közepén lennénk, ezek a számok semmit nem jelentenének. Most azonban minden egyes szám mögött emberéletek vannak. A számok makacs dolgok, így ebben az esetben is megmutatják, hogy áll Izrael, Nagy-Britannia, az USA és az EU a koronavírus elleni harcban. A szomorú uniós eredményeket látva úgy gondolom, hogy az EU-nak a jelenleg legégetőbb problémára, mégpedig a vakcina beszerzésére kellene koncentrálnia. Fontos, hogy az Unió minél gyorsabban, minél több vakcinát szerezzen be, hiszen a nagy átoltottság jelenti az egyedüli kiutat a koronavírus világjárványból.

A brüsszeli intézmények azonban még most is ideológiai jogalkotásba kezdenek a vakcinaútlevelekkel kapcsolatban. Szeretném hangsúlyozni, hogy polgárainknak most nem diszkriminatív vakcinaútlevelekre, hanem vakcinára van szükségük!

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Viči President

Esther de Lange (PPE). – Madam President, one and a half minutes, of course, is not enough to really give you a picture of what's going on in our Member States, in our homes, in our hospitals. But one thing I know for sure, if I were to say to my sister, who is currently preparing in our hospital for the third wave of this pandemic, that there are 29 million doses of AstraZeneca standing around in Italy, she would tell me, please, do whatever it takes to get these vaccines into arms, in order not to have this rhythm of another wave followed by another etc. Our hospital personnel are tired. We are tired and do whatever it takes.

So this is why we, as the EPP Group and I, support the proposed strengthened exports authorisation mechanism. This is what we need at the moment and

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman, rådet och kommissionen! Mer än ett år har gått sedan covid-19-pandemin drabbade världen, och miljoner människor har dött. Genom särskilda insatser och internationellt samarbete har man lyckats utveckla flera vacciner på väldigt kort tid. Så långt är det bra. Flera medlemsstater står nu emellertid inför en tredje våg av pandemin, och vaccinleveranserna är försenade eller till och med uteblir.

Det är uppenbart att kommissionen behöver göra mer för att pressa läkemedelsföretagen att leva upp till avtalen. Vaccinleveranserna måste säkras, och produktionen av vaccin måste öka. Vi ska inte ha ett handelskrig, men vårt löfte till medborgarna i EU om vaccin i sommar måste uppfyllas. Då är tiden viktig. Tid är vår viktigaste faktor. EU-samarbetet måste fortsätta och samordningen måste förbättras. Det är bara samarbete och solidaritet som är vägen ut ur krisen.

Jag välkomnar förslaget om ett gemensamt vaccintyg inom EU. Familjer har splittrats över gränserna. Arbetare har inte kunnat ta sig till sina jobb över gränserna. Den fria rörligheten inom EU måste återställas så fort som möjligt. Det handlar om jobben. Det handlar om turismen. Det handlar om återhämtningen för vårt Europa.

Dita Charanzová (Renew). – Paní předsedající, pane komisáři, rok žijeme s onemocněním COVID-19. Dvanáct měsíců, kdy se udělala spousta dobré práce, skvělých věcí, ale také celá řada chyb.

Máme vakcínu. I díky podpoře Evropské unie neobvykle rychle. A máme objednávky na množství vakcín, které by zajistily očkování pro dvě Evropy. Ale zatím jen na papíře. Tam nikoho neochrání. Objektivně nás čeká ještě pár těžkých měsíců. A pokud nenavýšíme produkci vakcín, bude takových měsíců více. Těžko se mi vysvětluje lidem, že jsme z Evropy vyvezli více než 40 milionů vakcín, když sami nemáme čím očkovat. Těžko se mi vysvětluje, proč některé části Evropské unie mají vakcín více než jiné.

Pane komisaři, v očkovací strategii píšete: „Distribuce bude probíhat na základě přepočtu na obyvatele, aby byl zajištěn spravedlivý přístup.“ To se ale dnes neděje. A je třeba to urychleně řešit. Zajistit férový přístup, rovný přístup všech zemí Evropské unie k vakcínám. Těžko se mi vysvětluje, jak je možné, že například v Izraeli se už život vrátil do starých kolejí. A tak se ptám: Jak je možné, že se v Evropě udělalo tolik chyb a že situace u nás je zcela odlišná od té v řadě zemí světa?

Teď máme na stole projekt zelených certifikátů. Ano, mohou bezpečně otevřít hranice Evropské unie, mohou být vstupenkou do normálního života. V rámci Evropské unie, ale i v rámci každého členského státu. Tak prosím dovedme tento projekt k životu. Nedopusíme, aby si opět každý členský stát hledal jen své vlastní řešení.

Marco Campomenosi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, signora Ministra, io sto assistendo nel mio Paese a un dibattito che è serio, importante e drammatico ma anche un po' surreale.

Sugli errori commessi dalla Commissione europea, mi dicono, «beh, ha poche competenze, serve più Europa». Sugli errori commessi – perché li hanno commessi – dalle regioni del mio Paese, dove anche il mio partito è al governo, dicono «no, hanno troppe competenze, bisogna togliergliele».

Ecco, io credo che dobbiamo tutti avere un po' più di equilibrio e che chi sbaglia debba pagare. Vi informo, e credo lo sappiate, che chi nel mio Paese ha sbagliato sta pagando, sia a livello tecnico che politico. Mi piacerebbe vedere anche alla Commissione europea qualcuno pagare o dimettersi, perché se ci stiamo lamentando di questi contratti verso cui tutti noi insieme abbiamo chiesto maggiore trasparenza sin dall'inizio e con fatica abbiamo potuto visionarli, beh qualcuno deve darci delle risposte.

Benissimo attaccare le *big pharma* e tutti i produttori, benissimo, sono assolutamente d'accordo, ma cerchiamo una soluzione perché qua fuori la gente, che è preoccupata, non sta a vedere se io sono della maggioranza o all'opposizione: vogliono risposte da tutti noi insieme, possibilmente magari con lo stile del governo italiano attuale, che parla meno e cerca di fare un po' di più.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, I welcome the proposal for a Digital Green Certificate. We need one common EU instrument to facilitate safe mobility for travel and not 27 different approaches and instruments, and I'm sure that everyone is aware of the need to safely resume travel and promote tourism, a sector terribly affected by this pandemic. Let me just give you a figure: the GDP of the Balearic Islands fell by nearly 24% last year.

So our economies, especially those more reliant on tourism and the service sector, are very much looking forward to this instrument, and for good reasons. We need to make sure that the certificate has the highest guarantees in terms of data protection, non-discrimination and time limits. But we also need to deliver in time for the summer holidays. We cannot allow ourselves to make further mistakes when dealing with the COVID-19 pandemic at EU level.

Roberts Zīle (ECR). – Sēdes vadītāja, komisāra kungs, ministres kundze! Zaļais sertifikāts ir instruments, kas nodrošinās labāku iziešanu no pandēmijas un būs īpaši svarīgs tūrisma un transporta nozarēm, bet ne pašlaik un ne tādā saturā un tādā formā. Pirmkārt, vakcinēšana Eiropas Savienībā ir tik zemā līmenī, ka vasaras tūrisma sezonas sākumā, uz jūniju, mēs varam plānot – labi, ja uz 30 % no tā, ko mēs cenšamies sasniegt, — 70% sezonās beigās, tas ir, agrā rudenī.

Otrkārt, pielīdzināt testus pārējiem veidiem kā vakcīnai vai arī antivielām pēc slimības gadījumā neatbilst tam rezultātam, jo tas nepasargā no vīrusa pārnesanas, gan ceļotājam aizbraucot uz tūrisma vietu, gan atgriežoties mājzemē, kas nozīmē, ka dažādi vīrusa paveidi tiks transmitēti, un tas nozīmē papildu slodzi uz dalībvalstīm, īpaši vājo dalībvalstu veselības sistēmām, un arī to, ka pandēmijas ierobežojumi pagarinās. Komisāra kungs, mēs cenšamies iegūt laiku un ekonomikas atlabšanu, bet, ja steigsimies, notiks pretējais — ilgākas un smagākas sekas gan veselības sistēmām, gan ekonomikai kopumā Eiropas Savienībā.

Özlem Demirel (The Left). – Frau Präsidentin! Ich muss ehrlich gestehen: Die Haltung der EU und der Biden-Administration gegenüber Herrn Erdoğan ist nicht nachvollziehbar.

Gestern erst bei einer Fernsehdebatte mit dem HDP-Abgeordneten sagte der HDP-Abgeordnete zu mir, er sei besorgt über die Erklärungen der EU. Ja, nicht über die Türkei, sondern darüber, was in der EU gerade passiert! Denn während das Erdoğan-Regime gegenüber Andersdenkenden seine Haltung und Repressionen verschärft, zeigt sich die EU zuversichtlich, rückt ab von geplanten Sanktionen, verhandelt über Visaerleichterungen und intensiviert die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Sanktionen für China und Samthandschuhe für Erdoğan – das ist die Devise der Staatschefs. Und so verspielen sie nicht nur die eigene Glaubwürdigkeit. Sie ermutigen den Autokraten aus Ankara, noch martialischer gegen die Opposition vorzugehen. Es wundert also nicht, dass das „Wir sind zuversichtlich!“ zeitgleich erfolgt mit dem HDP-Verbot oder weiteren Maßnahmen. Ich sage es deutlich: Viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause sind nicht einverstanden damit, dass Geopolitik über Menschenrechte und Demokratie gestellt wird.

Tiziana Beghin (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tutti noi condividiamo gli sforzi della Commissione ma dobbiamo essere sinceri con i cittadini: per tornare alla normalità, servono vaccini e cure, non certificati!

Meno del 14 % della popolazione europea ha ricevuto un vaccino finora e parliamo solo della prima dose; a questi ritmi pochissimi cittadini saranno vaccinati prima dell'estate e i certificati, così come sono, rischiano di diventare un boomerang per chi non sarà riuscito a ottenere il vaccino.

Noi lavoreremo in Parlamento per migliorare questa proposta, garantire i diritti dei cittadini e impedire ogni discriminazione. Le sfide sono molte: il certificato, se implementato correttamente, potrebbe essere un primo segnale ma la soluzione vera è e rimane aumentare la disponibilità di vaccini.

Per questo bisogna sospendere i brevetti e avviare la produzione su larga scala in Europa, come abbiamo già chiesto con un'interrogazione peraltro sostenuta da molti colleghi. Solo così usciremo da questa crisi.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, tackling the upcoming wave of the coronavirus crisis is without any doubt the most urgent task we have ahead of us. For this, we have to make sure that we accelerate the pace of vaccinations. We have to use all tools at our disposal to make sure that producers deliver vaccines to the citizens of the European Union.

But as important as this is the post-corona world that we are building. This shall be a world in which people have access to good public services, a world in which our economy is clean, green, digital and modern, and all of this is based on European values.

This is why I say it is very good that tonight in the European Council, the President of the United States will address the 27 heads of state and government. The big topics of our time require cooperation between the European Union and the United States. More than anything else, the European Union and the United States need to stay united in defending human rights, in defending the rule of law and the values of the free world.

We saw Turkey withdrawing from the Istanbul Convention on violence against women. We need to say very clearly, this is wrong. Turkey has to return to the Istanbul Convention.

In Russia, we see arrested citizens and journalists with no reason. We see restricted freedom of speech, no right of democratic opposition, and politicisation of the judiciary. This is why I believe we need to adopt as soon as possible further restrictive measures against this country. We cannot say that the behaviour of authoritarian regimes is unacceptable and then just accept it and go on with business as usual.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, a interdependência, a cooperação e a solidariedade têm sido, desde a assinatura do Tratado de Roma, os instrumentos que nos permitiram viver mais de 60 anos de paz, desenvolvimento e prosperidade.

Foram também esses princípios que informaram as respostas sanitárias, económicas e sociais da União Europeia à crise pandémica. Sublinho, em relação à estratégia europeia de vacinação, a sua elaboração conjunta e solidária, a robustez técnica e da certificação, as garantias de segurança e a proteção dos vacinados. Saliento ainda a cooperação internacional promovida pela União através do TIN Europa e da COVAX.

Mas os factos demonstram que os contratos de produção e distribuição, assinados em contexto de grande incerteza, revelaram fragilidades, expuseram carências que têm que ser ultrapassadas.

Nenhuma resposta fragmentada, exacerbando nacionalismos ou egoísmos, poderá ter sucesso. A Comissão Europeia tem que ser apoiada para retomar a rota certa.

A Presidência Portuguesa do Conselho não se tem coibido nesse esforço. O Conselho desta semana vai ser claro na sua posição. A confiança dos europeus no processo de vacinação só poderá ser defendida se os Estados-Membros permanecerem unidos e solidários e formularem respostas conjuntas.

A implementação de um Certificado Verde Digital é uma oportunidade para restabelecer a confiança. Sabemos que não é um processo fácil, mas por alguma razão a União Europeia é líder na digitalização com privacidade e proteção de dados. A recuperação económica e social será beneficiada pelo certificado de segurança sanitária e a mobilidade também.

É preciso avançar depressa e de forma sólida neste caminho.

Termino, Sra. Presidente, saudando a presença no Conselho Europeu do Presidente dos Estados Unidos da América, Joe Biden. É um sinal de aprofundamento das relações transatlânticas e multilaterais, um sinal positivo para o mundo em geral e para as relações da União Europeia e dos Estados Unidos, em particular.

Luis Garicano (Renew). – Señora presidenta, tres meses después del inicio de la campaña de vacunación, el ritmo al que vacuna la Unión Europea sigue siendo muy lento. Esta situación es insostenible e inaceptable. Lo fácil es buscar culpables fuera. Muchos apuntan al Reino Unido como culpable.

Sí es cierto que hubiéramos debido exigir a las compañías farmacéuticas que no exportaran a otros países terceros hasta que hubieran cumplido sus compromisos con los países europeos. Así lo hicieron el Reino Unido y los Estados Unidos. Pero no lo hicimos, y ahora, a estas alturas, impedir las exportaciones al Reino Unido tiene muchos costes y pocos beneficios. La realidad es que entre estos meses hemos exportado algo más de 10 millones de vacunas al Reino Unido, que para 450 millones de europeos no hubieran hecho una diferencia muy significativa. El coste, por otro lado, puede ser una guerra comercial que ponga en peligro la propia estrategia de vacunación, porque muchas de las materias primas vienen del Reino Unido y de otros países similares.

Aquí, realmente, a lo que nos enfrentamos es al comportamiento pirata de una compañía farmacéutica, que es AstraZeneca. AstraZeneca se comprometió a entregar 100 millones de dosis en el primer trimestre y nos dijo que solo podría entregar 30 -de los que ha entregado 17- porque no tenía capacidad de producción. Hoy hemos descubierto que tiene guardados otros 30 millones de dosis. Esto no es cumplir con los «mejores esfuerzos» a los que se había comprometido en el contrato. Evidentemente no está cumpliendo su contrato.

Y, por tanto, si bien es cierto que no debemos cerrar las fronteras de la Unión Europea de forma significativa a ningún otro país, sí es cierto que debemos usar toda la fuerza legal de la Unión Europea para exigir a AstraZeneca que cumpla con sus obligaciones. Solo de esa manera podremos hacer que el proceso de vacunación siga su curso.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! COVID-19 ist eine mittelschwere Viruswelle. Doch die EU hat dabei versagt. Ostasien, Herd des Virus, hat zwanzig— bis fünftausendmal weniger Tote als wir. Unsere Wirtschaft hier in der EU kollabiert. China indes schreibt Rekordexporte, und Indien dämmt das Virus mit Prophylaktika und ohne Lockdown ein.

Die EU-Impfstoffbeschaffung ist stümperhaft. Israel hat sechs-, England hat fünf- und die USA und viele haben dreimal so viele Menschen geimpft wie die EU. Reisen und normal leben sollen fortan kraft EU-Impfpass nur noch Geimpfte. Siebzig Prozent Geimpfte und immunisierte Erkrankte reichen für Herdenimmunität. Doch der EU fehlt weiterhin der Impfstoff.

Beenden Sie endlich diese ruinösen Lockdowns, und achten Sie unsere Grundrechte!

There's more to life than avoiding death. Europe may well need a great reset, not for the citizens, but for a failing EU.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Es war eine gute Idee, dass Präsident Michel Präsident Biden zum Europäischen Gipfel eingeladen hat. Die wachsende Aggressivität verschiedener autoritärer Regimes weltweit macht es dringend erforderlich, dass die transatlantischen Partner ihre Zusammenarbeit neu begründen und verstärken. Das gilt insbesondere gegenüber China.

Europa ist niemandes Vasall. Aber es ist falsch, wenn einige europäische Politiker sagen, die EU solle sich weigern, sich einem internationalen politischen Lager anzuschließen. Die EU gehört selbstverständlich in ein Lager, in das Lager der Demokratie. Dazu suchen wir die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und mit vielen anderen Partnern weltweit.

Es ist, wie die neue Handelsbeauftragte der USA, Katherine Tai, gesagt hat: Wir brauchen eine Einheitsfront von Alliierten. Es wäre richtig, dass die Vereinigten Staaten verstehen, dass diese Einheitsfront von Alliierten mit den Demokratien im Kern eine *Partnership in Leadership* braucht, um zu funktionieren.

Im Übrigen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bin ich der Meinung, dass Nord Stream 2 gestoppt werden muss.

Peter Lundgren (ECR). – Fru talman! Coronapass kommer ju att införas i alla medlemsstater i EU genom lagstiftning. Vaccinering är ju en lösning, men det bör inte vara tvingande. Vad kommer detta då att innebära? Kan någon hindras från att gå på bio eller teater om man inte har vaccinerat sig? Vaccinering borde alltid vara frivillig, även när det gäller corona, särskilt nu när det finns en osäkerhet kring bieffekter. Ett vaccinationsintyg ska därmed aldrig någonsin vara ett privilegium för att få leva som vanligt.

Före sommaren ska det här passet finnas redo. Det kommer att innehålla tre dokument: vaccinationsbevis, nytaget negativt test eller bevis för att du har antikroppar och nyligen har tillfrisknat från covid-19. Det kommer att krävas att du uppfyller någon av dessa tre saker för att kunna resa fritt till samtliga EU-länder. Det kommer att innebära att de som har vaccinerat sig kommer att få en större frihet än de som ännu inte har kunnat vaccinera sig eller fått chansen att vaccinera sig, och de måste då i stället visa upp ett negativt testresultat eller att de har tillfrisknat från covid-19.

Jag och mitt parti är emot både direkt och indirekt tvång. Ett vaccinationsintyg ska aldrig vara ett privilegium för att få leva som vanligt. Vi vill att man garanterar människor ute i Europa att vi aldrig kommer att tvinga någon att vaccinera sig.

Isabella Adinolfi (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i vaccini sono un bene comune e non un affare per pochi. Per tornare alla vita normale, per far ripartire la nostra economia, abbiamo bisogno di vaccini.

Le case farmaceutiche hanno degli obblighi verso la collettività prima ancora che verso i loro azionisti. Stiamo aspettando da mesi per ricevere la nostra dose che ci permetta di tornare alla vita normale: eppure, ancora oggi, scopriamo che AstraZeneca nasconderebbe ben 29 milioni di dosi pronte per essere vendute al miglior offerente.

I leader europei dimostrino con i fatti che da questa pandemia sta nascendo un'Europa più forte, equa e solidale, visto che mentre stiamo parlando in quest'Aula milioni di cittadini hanno perso il lavoro e i propri cari.

Mi chiedo, cosa aspettiamo a sospendere le licenze e avviare una produzione europea autonoma e puntuale, in modo da poter garantire a tutti i vaccini?

Non possiamo piegarci davanti alle case farmaceutiche: la salute di milioni di cittadini, che qui rappresentiamo, deve essere la nostra unica preoccupazione.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, la COVID-19 por desgracia ha llegado para quedarse mucho tiempo: probablemente no solo nos vacunaremos este año, sino los próximos. ¿Estamos preparados para los próximos años? Se trata de prepararnos o fracasar. Si Europa y los Estados miembros no se preparan hoy, fracasaremos mañana en la lucha contra el virus.

Tenemos que acelerar la producción y la vacunación masiva y hacer frente a las futuras variantes; tenemos que investigar y desarrollar nuevos tratamientos contra la COVID-19 para bajar el número de hospitalizados y salvar más vidas. Debemos poner en marcha ya el certificado digital de vacunación para permitir a los europeos la libertad de movimiento sin discriminación.

Tenemos que facilitar el acceso periódico de test para todos, para reactivar la economía y el empleo. El mecanismo de restricción de exportaciones, debe garantizarnos que las vacunas producidas en Europa sirvan para asegurar que las farmacéuticas cumplan sus contratos. Y exportar, sí, pero siempre debemos asegurar el principio de reciprocidad. Es inadmisibles que AstraZeneca juegue con la reputación y la credibilidad de Europa escondiendo 29 millones de dosis, incumpliendo su contrato. La Comisión y el Consejo no pueden quedarse de brazos cruzados ante este grave incumplimiento. Debemos exigir a los Estados miembros que pongan en marcha planes nacionales de vacunación. Solo así lograremos el objetivo de vacunar al 70 %.

Europa debe prepararse para las pandemias que nacen de esta: la soledad, la salud mental, la atención a pacientes crónicos. Europa necesita ya un plan europeo de apoyo a la salud mental y la soledad. No fallemos ahora, es mucho lo que está en juego.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señora presidenta, con la campaña europea de vacunación progresando en nuestros países, podemos comenzar a retomar la movilidad y, por tanto, uno de los pilares fundamentales de la Unión: la libre circulación de personas.

Por eso celebramos la propuesta de un instrumento europeo único que facilite los desplazamientos entre Estados miembros. No solo para que los ciudadanos y las ciudadanas puedan volver a ver a sus seres queridos, sino también para que puedan disfrutar de unos días de descanso o de ocio con toda seguridad. Porque no olvidemos: el turismo es tan importante para las economías como para los turistas.

Mañana debemos aprobar el procedimiento de urgencia propuesto por la Comisión, sí o sí. Señorías, la ciudadanía no entenderá que este Parlamento retrase el proceso y que acabemos finalmente con veintisiete documentos nacionales en una confusión total.

Por ello, la delegación socialista española apoyará mañana el procedimiento de urgencia propuesto por la Comisión. Obviamente, defendemos que el certificado verde, en su versión digital o en papel, sea válido en toda la Unión. Y que, además, debe ser gratuito, accesible, seguro y fiable y, sobre todo, no discriminatorio. Por ello, el certificado solo puede recoger los datos necesarios relativos a las tres opciones posibles: vacunación, PCR negativo o prueba de inmunidad por haber pasado la COVID, y garantizar que no pueda ser utilizado con otros fines.

Señorías, mañana votemos sí y demos un poco de esperanza, un poco de esperanza europea a nuestros ciudadanos y ciudadanas.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, people are desperate to regain their freedom. Today we see decisions for more lockdowns. So we do need to adopt these certificates quickly before the summer break and this Parliament will work fast and deliver. But the certificates are not enough. We need three more things and that's vaccination, vaccination, vaccination!

Ms von der Leyen's V-Day is now three months ago and where do we stand? It's simply not possible to explain to people why we have still not advanced with vaccination. And if we ask people to make an almost inhuman sacrifice in their freedom, the national governments have to make a superhuman effort to make sure that vaccines are available.

Now on the certificate, it must be temporary, absolutely non-discriminatory and there must be a guarantee that no data will be stored. In this respect, I have a question to the Commission because the Americans do collect the data of EU citizens and they store them for two years. I know the Commission is in talks with the US. I would like to get a bit more transparency on that.

Jaak Madison (ID). – Madam President, first of all I would like to focus on this green passport for the China virus vaccine. I would like to just ask, have you ever wondered in the Commission the fact that we already have a passport for vaccines, the yellow one? Most of us should really well know it and even I have it, like I think it's here and I got my vaccine against the China virus about three weeks ago. It's already written there that I got my vaccine, but it doesn't really give any good habit for me because I still have to walk with a mask outside, alone in the park. I have to wear a mask here also, it doesn't really give a benefit.

So the question is, do you have any plan about what it really gives you when you are vaccinated? Which kind of freedoms will you get? And what's the problem with the yellow passports that we already have internationally? All the countries are recognising that and we don't have to build a bicycle from zero.

The second topic I would really like to mention is how are you going to protect against discrimination? Because already this morning I read the news that even in Estonia, in my own country, one of the biggest private companies will fire people if they will not accept the vaccination. It's a really serious question because it has to be on free will. I'm very supportive of technology, the vaccines, I really believe that they will help, but at same time I'm just protecting very strongly the freedom of the vaccinations. You have to have a freedom to choose, do we want it or not, and we know very well that most of the people they still want it, but we can't make it mandatory that you have to get vaccination and it's a really important topic.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, vaccinations first, of course. Our societies are tired of the lockdowns. Companies need to restart their businesses. People long for more freedoms. But if we do not restore our free movement in a harmonised, gradual and also responsible way, we will face health risks, chaos, insecurity and discrimination.

We therefore welcome the Commission proposal for a Digital Green Certificate if it guarantees non-discrimination, the highest standards of data protection and if it only applies when strictly necessary.

As a parliament, we should be able to improve these safeguards, in line with the prerogatives of the different committees. We must be ready for the summer holidays and adopt the regulation in the June session, but we can do that in a normal but accelerated procedure, and this is why the urgent procedure, stripping us of our parliamentary scrutiny, is not necessary. On the contrary, the far-reaching decision we are about to take needs democratic control and legitimacy.

Anna Fotyga (ECR). – Madam President, I welcome the transatlantic dialogue aimed at enhancing cooperation. I deeply regret the Council failing to provide safe conditions to discuss Russia. That is extremely timely.

On the euro, EU leaders should prevent Russia and China misusing the common European currency, weaponising it against the US by undermining the role of the dollar as a trade-clearing currency or even as the world's reserve currency.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madam President, at the beginning of the pandemic, some governments fell into the war narrative as if the virus had to retreat, impressed by the force of war-like language, military uniforms at press conferences and the control of society at levels never seen in peacetime.

That has failed. Two countries leading the full vaccination, Israel and Chile, generally have a population of about 29 million – less than five EU countries: Germany, France, Italy, Spain, Poland.

The EU is too far behind them. I know that some of the strategies these countries apply are not applicable here, but there is a widespread perception that the EU delays are a failure and are probably costing lives. Europe's vaccination strategy has been deficient and weakens the internal credibility of a project that already has external credibility issues.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Weg des Exportverbots – finde ich – ist ein gefährlicher Weg, weil wir damit Unternehmen in die Haftung nehmen, die sich uns gegenüber vertragstreu zeigen.

Pfizer-BioNTech liefert zu uns in die Europäische Union das, was vertraglich verabredet ist. Und wenn wir die jetzt unter ein Exportverbot stellen – und in der Tat, es war Pfizer-BioNTech, die nach Großbritannien geliefert hat –, heißt das: Wir fordern von Pfizer-BioNTech, vertragsbrüchig zu werden. Was für eine Gegenreaktion könnte dadurch ausgelöst werden? Pfizer bekommt aus Großbritannien Inhaltsstoffe. Heißt das, wir müssen damit rechnen, dass Großbritannien als Gegenreaktion die Lieferung von Inhaltsstoffen verbietet? Dann sind wir innerhalb von wenigen Tagen auch unseren zuverlässigen Impfstoff los.

Wir müssen AstraZeneca in die Pflicht nehmen. Warum machen wir nicht eine Gesetzgebung, die AstraZeneca in den Fokus nimmt und zwingt, zu liefern und nicht die Impfdosen zu verstecken?

Ana Paula Zacarias, Presidente em exercício do Conselho. – Senhora Presidente, Senhores Deputados, Senhor Comissário, gostaria de agradecer as vossas observações e comentários e pedir desculpa por ter que retirar-me mais cedo, porque vamos começar a reunião, em breve, do Comité Executivo da Conferência para o Futuro da Europa, uma reunião que todos, estou segura de que todos, creem ser importante. Peço, por isso, desculpa e faço assim as minhas observações, mesmo antes de terminar esta sessão, e volto a dizer que fico grata pelas vossas observações e comentários que tratarei de transmitir ao Presidente do Conselho e ao Presidente do Conselho Europeu.

Estou de acordo que vivemos, sem dúvida, um momento crucial na União Europeia em que precisamos de recuperar a confiança dos cidadãos europeus, em que precisamos de nos manter unidos para podermos ultrapassar esta crise sem precedentes que estamos, neste momento, a viver e isso exige unidade, unidade entre os Estados-Membros e capacidade de trabalhar em conjunto entre a Comissão Europeia, o Conselho e este Parlamento.

Por isso, é muito importante que, nesta videoconferência, que os nossos líderes vão ter, eles possam olhar de frente os grandes desafios que temos pela frente.

É preciso fazer face ao impacto sanitário da COVID-19, é necessário fazer face ao impacto económico da COVID-19 para podermos regressar, pelo menos, ao que seja uma nova normalidade e, para isso, precisamos de usar todos os instrumentos disponíveis.

Precisamos do trabalho feito pelo Comissário Thierry Breton na busca de melhores formas de cooperação entre os Estados-Membros, as regiões, as empresas, para melhorar a nossa capacidade de produção, a nossa capacidade logística, as capacidades de as cadeias de produção estarem mais articuladas, assegurar a autonomia da União.

Precisamos de um mecanismo de autorização de exportação equilibrado, efetivo, que respeite a reciprocidade, que respeite a proporcionalidade e também a complexidade, como aqui foi dito, das cadeias de produção das vacinas e dos seus *raw materials*. Precisamos também de assegurar, claramente, o cumprimento dos Tratados e os acordos celebrados com as empresas farmacêuticas. Precisamos também de melhorar o sistema de partilha das vacinas com os nossos vizinhos, com os países mais necessitados através do mecanismo COVAX, através dos mecanismos bilaterais complementares e, certamente, precisamos de fazer avançar o Certificado Verde Digital e não é só pelo turismo, embora o turismo seja muito importante, como aqui foi dito, é importante para que possamos assegurar também o regresso da mobilidade dos nossos cidadãos no seu conjunto: as viagens de trabalho, as viagens de negócios, os encontros das famílias. É fundamental para alcançarmos a recuperação económica da União Europeia.

Quero, por isso, agradecer aos Senhores Deputados que aqui manifestaram o seu apoio a esta proposta dos certificados verdes digitais e agradecer também àqueles que aqui manifestaram a disponibilidade para trabalharem na sua concretização com a maior urgência.

Enquanto Presidência, não pouparemos esforços para chegar a uma posição no Conselho, o mais rapidamente possível, e esperamos cooperar com o Parlamento para que ambos os legisladores avaliem todos os aspetos técnicos, que são muitos e difíceis, e avaliem também as implicações políticas desta proposta, como aqui foi pedido, mas que sejamos capazes de chegar a um acordo em maio próximo.

Finalmente, em relação aos aspetos de política externa que aqui foram abordados, creio que este momento é extremamente importante para esta conversa entre os 27 líderes da União Europeia com o Presidente do Conselho Europeu e o Presidente Biden. Será importante para sublinhar a relevância das nossas relações transatlânticas e para construir as necessárias sinergias nestes difíceis momentos que atravessamos.

Agradeço também ao Parlamento a oportunidade de amanhã estar aqui nesta sala a debater convosco a questão da Turquia, nomeadamente a saída daquele país da Convenção de Istambul. O Conselho tem manifestado, repetidamente, a sua preocupação sobre o contínuo retrocesso do Estado de Direito e pelas deficiências no respeito pelos direitos fundamentais na Turquia e estou certa de que os líderes não deixarão de abordar esta situação, sublinhando esta importância da Turquia respeitar as suas obrigações democráticas fundamentais.

Agradeço, mais uma vez, esta possibilidade de debater convosco a preparação da reunião informal de líderes que terá lugar amanhã e depois e ficarei, seguramente, depois também à vossa disposição para futuras trocas de opinião sobre o que dela resultar.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señora presidenta, este año ha sido una auténtica pesadilla para todos; lo ha sido para todos aquellos que han sufrido en sus carnes la enfermedad del coronavirus; para las personas que se han visto afectadas porque han perdido familiares, amigos o bien compatriotas; para los millones de sanitarios que han estado y siguen estando en primera línea de batalla frente a la pandemia; en definitiva, para todos nosotros. Y ha sido y es una situación absolutamente terrible, no solo porque en determinadas ocasiones no se ve la luz al final del túnel, sino porque seguimos con una ola detrás de otra en algunos países, como es el caso del mío, de España.

Pero, precisamente por eso, también tenemos y contamos con una herramienta que no teníamos hasta ahora para recobrar esa eficacia y, sobre todo, la confianza, que es el certificado de vacunación. Que no solamente nos permite la movilidad —importantísima entre todos nosotros—, sino que, además, lo más importante es que permite que nuestras empresas, que nuestros autónomos, que nuestros trabajadores vinculados con el ámbito del transporte y del turismo vean cómo se abren esas perspectivas para una recuperación económica.

En definitiva, señorías, tenemos en esta Cámara la obligación moral de sacar ese certificado de vacunación adelante de la forma más rápida, pero también con las máximas garantías.

Annalisa Tardino (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa Commissione, che oggi ci chiede di votare la procedura d'urgenza per l'eventuale adozione del certificato verde digitale, si è contraddistinta per la fallimentare strategia vaccinale. Un errore dopo l'altro, sorda alle nostre richieste di cambio di passo. Oggi ci dite che c'è fretta e noi lo sappiamo.

Abbiamo ricordato con commozione, giusto qualche giorno fa, le vittime della COVID, evocando, tra le tante, l'immagine delle salme di Bergamo sui mezzi militari. A un anno di distanza, e nonostante tutto, riteniamo che sia nostro dovere guardare con speranza al futuro.

È nostro dovere programmare le riaperture graduali nei vari paesi, nonché individuare strumenti per assicurare la libera circolazione dei cittadini dell'Unione europea senza discriminazioni tra paesi di provenienza.

Garantire la ripresa economica dei nostri Stati, anche attraverso il turismo, è l'unica cosa che renderà veramente liberi i cittadini europei. Fiducia, speranza, sicurezza e felicità sono elementi imprescindibili per tornare a vivere e su cui dobbiamo insistere.

Non entreremo nel merito del provvedimento oggi, ma annuncio già che la direzione che potrà convincerci sarà quella della provvisorietà delle misure e della tutela dei diritti umani, evitando discriminazioni o imposizioni.

E speriamo che abbiate veramente capito voi che c'è fretta, soprattutto di ripartire!

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madame la Présidente, j'aurai trois questions.

La première concerne les implications sanitaires. Même si je soutiens l'idée d'une coordination au niveau européen pour garantir la libre circulation, je pense que ce certificat donne une fausse impression que tout est réglé. En effet, nous ne savons toujours pas si les vaccins autorisés permettent aux personnes vaccinées de ne plus transmettre le virus, ni la durée de protection de ces vaccins. L'OMS a notamment soulevé ces inquiétudes. Pourquoi alors ne pas tenir compte de ces considérations médicales importantes ?

Deuxièmement, vous mentionnez la possibilité pour les États membres de ne pas reconnaître de la même façon le certificat. Ne pensez-vous pas que plus de coordination serait nécessaire avant de mettre en place un système qui risque de mener à la discrimination ?

Troisièmement, en ce qui concerne les données personnelles, considérant la teneur médicale des informations, pourquoi ne pas avoir opté pour un système mentionnant simplement si un test, un vaccin ou une guérison ont bien eu lieu afin d'éviter le tracking éventuel des données de santé des citoyens ?

Nicola Procaccini (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo di fronte a un'emergenza sanitaria ma anche a un'emergenza economica.

Potersi spostare da uno Stato all'altro non è solo un piacere personale: è anche la condizione necessaria per la ripresa del turismo in tutta Europa. Imprenditori e lavoratori, insieme con le loro famiglie, hanno bisogno di riprendere la propria attività in sicurezza e velocità.

Per milioni di uomini e di donne il certificato verde digitale non sarà la panacea di tutti i mali, ma è certamente un punto di partenza fondamentale per mettere in sicurezza l'estate, rendendo omogenee le procedure di ingresso nei Paesi dell'Unione europea ed evitando un passaporto vaccinale obbligatorio, che sarebbe davvero discriminante per molti motivi.

L'estate è già alle porte. Mi auguro che la solita burocrazia europea o le solite paranoie ideologiche delle sinistre non ostacolino il cammino più veloce possibile del certificato in questo Parlamento: sarebbe un'ulteriore, ingiusta violenza nei confronti dei cittadini italiani ed europei.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, ce Conseil, nous le savons, commence dans un contexte géopolitique extrêmement particulier. Depuis un an, la Chine tire parti de notre faiblesse face à une épidémie que ses mensonges et ses dissimulations, jusqu'à maintenant, auront largement contribué à rendre dévastatrice et mortelle. Maintenant, elle a décidé de répondre par la violence et par l'intimidation aux questions pourtant légitimes qui lui sont posées.

Il y a quelques jours, un chercheur français reconnu a été traité par l'ambassade de Chine à Paris de hyène folle et de petite frappe. Tout récemment, il y a deux jours, ce sont plusieurs de nos collègues qui ont été ciblés nommément par des sanctions de la Chine. Nous devons leur redire notre total et absolu soutien.

Si la diplomatie chinoise nous regarde, nous lui disons ceci: si vraiment vous considérez nos préoccupations comme de la désinformation, alors répondez. Chercher à nous faire taire ne fera rien pour résoudre les problèmes qui vous sont posés car nous ne nous taisons pas.

Nous ne nous taisons pas sur ce qui se passe actuellement à Hong Kong, où l'accord sino-britannique qui garantit les libertés est aujourd'hui foulé aux pieds par Pékin. Ce n'est pas de l'ingérence que de dire cela, c'est appeler au respect du droit international. Quand les résultats démocratiques sont écrasés au nom d'une loi qui appelle au patriotisme, l'Europe doit rappeler que le patriotisme c'est d'aimer sa patrie, pas d'obéir à son parti.

Nous devons renforcer les liens avec les pays de la région qui résistent à la pression de la Chine, au premier rang desquels Taïwan. Cette alliance sera le signe que l'Europe sera toujours du côté de la liberté.

Enfin, notre Parlement n'aura pas le droit de se taire lorsque nous allons débattre de l'accord récemment validé entre l'Union européenne et la Chine. Nous ne pouvons pas le ratifier tant que la Chine n'aura pas effectivement signé les conventions de l'OIT et ne se sera pas soumise au contrôle qui s'y rapporte.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Letzte Woche hat uns Kommissar Reynders die grünen Zertifikate zur Vereinfachung von COVID-Grenzkontrollen vorgestellt und betont, das konkrete Verfahren sei ihm egal, solange denn der endgültige Text bis Juni fertig sei, und das können wir natürlich.

Doch nun die Kehrtwende: ein Antrag von Kommissionspräsidentin von der Leyen für ein Dringlichkeitsverfahren. Ist das jetzt Ablenkung vom Impfesaster? Denn das Parlament kann unverzüglich Artikel 49 der Geschäftsordnung einleiten, damit werden wir pünktlich fertig, und die Rolle der Ausschüsse würde respektiert. Aus meiner Sicht wäre das die bessere Lösung.

Doch jenseits des konkreten Verfahrens gibt es offene Fragen – auch im Rat: Werden etwa Bedingungen für freies Reisen im Schengen-Raum eingeführt? Wie steht es um Datenschutz und Nichtdiskriminierung? Wer zahlt denn die Tests etwa für den täglichen Grenzübergang von Arbeitnehmern? Oder: Werden die Zertifikate zu einem Bonus für einige wenige? All das müssen und werden wir prüfen.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, señor comisario, se ha dicho aquí que la Unión Europea ha fracasado. No es verdad, no hemos fracasado. Estamos luchando. Y, a la vista de comportamientos piratas de farmacéuticas como AstraZeneca, o del verdadero problema al que tenemos que hacer frente, que es la producción en Europa de vacunas con todas las garantías —agradezco a Thierry Breton todos sus esfuerzos—, lo estamos haciendo de la mejor forma posible. Juntos tenemos que dar una solución europea a la gestión de la pandemia.

Y, en este sentido, el certificado europeo es una solución europea. No queremos veintisiete certificados sanitarios. Queremos un certificado europeo. Un certificado que no es discriminatorio. No va a ser una condición para viajar, pero puede exonerar de otras condiciones para viajar como, por ejemplo, PCR, confinamientos. Va a dar los mismos derechos a todos los ciudadanos, independientemente de su nacionalidad. Y será, señorías, un instrumento sanitario, porque nos dará una información muy valiosa del estado de vacunación e inmunológico de los ciudadanos europeos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, hay que empezar a decir que la campaña de vacunación en Europa se acerca al desastre. Y no busquen chivos expiatorios. El problema es que no se atreven a meter mano a los intereses de las grandes industrias farmacéuticas: han externalizado toda la producción de vacunas a actores privados y, como resultado, de los 160 millones de dosis que tenían que llegar este trimestre apenas han llegado 70; ahora con este último episodio de los 30 millones de vacunas que se han encontrado por casualidad en Italia.

Esto no puede seguir así. Ustedes ahora quieren establecer controles en frontera. Me parece bien, pero el problema es que el nacionalismo de la vacuna tampoco nos va a sacar de esta situación. Lo que hay que hacer es producir más, mejorar nuestras capacidades de producción, y para ello hay que obligar a las empresas farmacéuticas a hacer transferencias tecnológicas porque muchas de esas vacunas se han logrado con dinero público. Y, en segundo lugar, apoyen, en la Organización Mundial del Comercio, que se levanten determinados derechos de propiedad intelectual, como está pidiendo la OMS, porque si no llega la vacuna a todo el mundo no resolveremos el problema de la pandemia. Por favor, actúen y de una vez dejen de esconderse detrás de los intereses de las farmacéuticas y obliquenlas a hacer su trabajo y aumentemos la producción en Europa levantando estos derechos.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señora presidenta, el paro en España ha superado los cuatro millones de personas. A esa cifra hay que sumar 900 000 trabajadores en expedientes de regulación de empleo. Miles de autónomos y de pequeñas y medianas empresas están a punto de cerrar. Hay que abrir todo ya. Hay que acabar con el chantaje de las farmacéuticas y tomar todas las medidas necesarias para reactivar la actividad económica.

En el caso de España, uno de los sectores más afectados, sin duda, ha sido el turismo. En un solo año ha pasado de ser el 12,5 % de la producción nacional al 4 %. Y hay casi tres millones de empleos que están en juego. El modelo de subvencionar el paro a costa de endeudar Europa y hacerse reo de los acreedores tiene que acabar ya. Tenemos que reactivar fundamentalmente el turismo.

Por ello, nosotros no nos vamos a oponer a ese certificado sanitario europeo, siempre que cumpla una serie de condiciones: que no suponga restricciones a la libertad de circulación de los nacionales, que no beneficie a los inmigrantes ilegales y, por supuesto, que garantice el derecho de todos a ser vacunados o no.

Por eso, hay que poner fin a las restricciones y poner fin a las restricciones, no cuando lo diga Pedro ni cuando lo diga la Organización Mundial de la Salud, porque eso es dejar el futuro de Europa en manos de la China comunista.

Paulo Rangel (PPE). – O Certificado Verde Digital tem de andar rapidamente e tem de permitir remover os obstáculos à privacidade e à discriminação, mas é fundamental não apenas para o turismo, como aqui se diz, mas para repor o espaço Schengen que foi largamente afetado pela pandemia.

Já o disse aqui, a estratégia de vacinação da União Europeia é boa, mas a execução está a ser má. O problema não é apenas aqui ou ali uma falha da Comissão, que existe, o problema são também as divisões entre os países, cada um por si, a Hungria e a Eslováquia com a Sputnik, a Dinamarca e a Áustria que vão a Israel, o Ministro da Saúde alemão que diz que é capaz de encomendar vacinas Sputnik, a suspensão da AstraZeneca feita em dominó sem ouvir a Autoridade Europeia do Medicamento. Tudo isso cria cacofonia, cria divergência, dificulta imenso o trabalho da Comissão que está a fazer um esforço enorme para garantir que possamos chegar a julho com a imunidade de grupo.

E o que faz a Presidência do Conselho do Sr. Michel? O que faz a Presidência Portuguesa para garantir que os Governos dos Estados-Membros, em vez de estar cada um a tratar da sua própria opinião pública, se empenhem em ter uma ação concertada, uma ação conjugada, de forma a que a Comissão possa desenvolver o seu trabalho e o interesse dos europeus serem vacinados esteja em primeiro lugar.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, 450 millones de europeas y de europeos exigen de este Parlamento que les represente que haga cuanto esté en su mano por acelerar el proceso de vacunación y por restablecer la libre circulación, que es de lejos el activo que más aprecian. Y la Comisión nos propone un certificado verde sanitario e inmunológico que dé homogeneidad y coordinación donde ahora hay fragmentación y, por tanto, también discriminación.

La base jurídica es la libre circulación y, por lo tanto, la comisión responsable será la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, que da la bienvenida a este instrumento. Y una mayoría de coordinadores de la comisión plantea que habría una alternativa del procedimiento acelerado que asegurase la consecución del resultado en junio, pero la Comisión propone una votación sobre el procedimiento de urgencia.

Y si sale sí al procedimiento de urgencia, es importante asegurar que se abra también un plazo de enmiendas y un mandato de negociación para que el resultado de esa negociación sea votado en la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior y, posteriormente, en el Pleno en junio; pero, sobre todo, se aseguren los derechos fundamentales, la temporalidad del instrumento, la prohibición de discriminación y, por supuesto, la privacidad y la protección de datos de las europeas y de los europeos.

Jeroen Lenaers (PPE). – Madam President, during the first wave of the pandemic, we saw barriers to free movement appearing all over the European Union. In my own village close to the Dutch-Belgian border we saw sea containers, fences and piles of sand blocking the way for those looking to cross the border as they have been crossing borders for many years already, for love, for work, for whatever reason. Now the fences have disappeared but restrictions remain in place and of course in a situation as grave as a pandemic it has to be the Member States that have the ultimate say as to who enters their country and under what conditions.

That is their responsibility and their duty, but it is our duty at European level to make sure that our citizens have a quick and easy way to show that they fulfil those conditions, that their national certificates for their vaccinations, for their negative tests or for their immunity are recognised and accepted in the whole European Union. We need to avoid having 27 separate national systems creating one big European chaos. And we need to do this fast. Our citizens expect the European Union to be part of the solution and not the problem. And I welcome the request by Commission President von der Leyen to use the urgent procedure that our Rules of Procedure in this House allow for in extraordinary circumstances, to do this fast.

We will show that this Parliament can work swiftly and efficiently without compromising on the quality of the work. We need to deliver to make sure that our citizens can exercise their rights to the fullest and without delay.

István Ujhelyi (S&D). – Tisztelt Elnök Asszony, Kedves Kollégák! Oltáspárti magyar európai parlamenti képviselőként meggyőződésemm, hogy egyszerre van szükség az oltás felgyorsítására, a vakcinák érkezésére, a nagyarányú tesztelésre és a vakcinaútlevelekre. 25 millió munkavállaló az Európai Unióban a közlekedés és a turizmus szektorában arra vár, hogy valamifajta életben maradási esélyt kapjon az egzisztenciáját illetően. Ezen közben tanulók, sofőrök, ingázó munkavállalók is azt várják és kérdezik, hogy hogyan fognak tudni utazni. De magyar EP-képviselőként el kell mondjam Önöknek, hogy csak olyan döntést hozhatunk, amely nem hoz hátrányos helyzetbe sok százezer olyan magyar polgárt, akiket olyan vakcinával oltottak be, amely nincs az Európai Unióban egyelőre engedélyezve.

A megoldás egy lehet, hogy ha minden ilyen gyártó, legyen ő orosz vagy kínai vagy indiai, kéri az európai unió engedélyt és elindítja ezt az eljárást. Ez lehet a megoldás a jövőre nézve.

Στέλιος Κυμπουρόπουλος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, ήθελα να εκφράσω ιδιαίτερη ικανοποίηση που το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο θα συζητήσει την πρόταση για ψηφιακό πράσινο πιστοποιητικό, μια πρωτοβουλία που ξεκίνησε από τον πρωθυπουργό της χώρας μου, κύριο Μητσοτάκη.

Χρειαζόμαστε ένα λειτουργικό, προσβάσιμο και ασφαλές πιστοποιητικό για όλους τους Ευρωπαίους πολίτες, χωρίς διακρίσεις και με σεβασμό στα δικαιώματά τους, ώστε οι Ευρωπαίοι πολίτες να μπορούν να το χρησιμοποιήσουν όσο το δυνατόν πιο σύντομα· αλλά και να δοθεί μια σημαντική ανάσα στον τουρισμό και στον κλάδο της εστίασης, οι οποίοι έχουν πληγεί ανεπανόρθωτα, μέσω μιας συντονισμένης, κοινής προσέγγισης χωρίς εξαιρέσεις, με ξεκάθαρη ενημέρωση σε περίπτωση που ένα κράτος μέλος εξακολουθεί να απαιτεί από τους κατόχους ψηφιακού πράσινου πιστοποιητικού να υποβάλλονται σε καραντίνα ή σε εξέταση.

Ωστόσο, η χρονική συγκυρία είναι κρίσιμη και επιβάλλεται η τάχιστα υιοθέτηση της πρότασης αρκετά πριν από το καλοκαίρι, ώστε να δοθεί ο απαραίτητος χρόνος στις επιχειρήσεις να κάνουν τον προγραμματισμό τους και να προετοιμαστούν. Γιατί μόνο έτσι θα μπορέσουμε να δείξουμε έμπρακτα στους συμπολίτες μας ότι, μέσω μιας κοινής ευρωπαϊκής προσέγγισης, η Ένωση μας μπορεί να δρα γρήγορα και να δίνει λύσεις προς όφελος των πολιτών της.

Paul Tang (S&D). – Madam President, the big tech companies see their profits skyrocket because of the pandemic, and then compare that to the small-business owner who is struggling to survive because of the pandemic. When he or she finds out that the big techs hardly pay any taxes, what do you think the reaction will be? So the Council doesn't just need to discuss how to deal with a pandemic but also how to recover from it.

As Chair of the Subcommittee on Tax Matters (FISC), I am proud that yesterday the first own-initiative FISC report on digital taxation was adopted in the Committee on Economic and Monetary Affairs with an overwhelming majority and with a very clear message to the Council. A European digital levy should contribute to the OECD solution, preferably fall on profits and raise substantial revenue – also to pay for the expenditure of the Recovery Fund.

It's up to the Council to let digitalised multinationals pay their fair share and contribute to the recovery after the pandemic, so that not just small-business owners and the other taxpayers will pay the price of the pandemic.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε Hahn, ενώ συμπολίτες μας χάνονται και άλλοι νοσηλεύονται στις μονάδες εντατικής θεραπείας, ενώ η οικονομία της Ευρώπης χεμάζεται, σήμερα, εδώ, στο Ευρωκοινοβούλιο, με τη διαδικασία του κατεπείγοντος, κάνουμε ένα πρώτο βήμα ώστε να έχουμε το πράσινο ψηφιακό πιστοποιητικό μέχρι το τέλος του Μαΐου.

Το πράσινο ψηφιακό πιστοποιητικό έχουμε την τιμή να έχει ελληνική σφραγίδα, την ελληνική υπογραφή από την πρόταση του πρωθυπουργού Κυριάκου Μητσοτάκη, και έρχεται να δημιουργήσει μια γραμμή ταχείας κυκλοφορίας, όχι μόνο για όσους εμβολιάζονται ή θα εμβολιαστούν αλλά και για εκείνους που έχουν αρνητικό τεστ και για εκείνους που έχουν αντισώματα. Τα εμπόδια μειώνονται· ο χώρος Σένγκεν επιστρέφει· παίρνουμε πίσω την ελευθερία των μετακινήσεων των πολιτών μας.

Είναι τώρα ευθύνη μας, ως Ευρωπαϊκή Ένωση, να εξαντλήσουμε όλα τα μέσα, ώστε οι εταιρείες παρασκευής των εμβολίων να εκπληρώσουν τις δεσμεύσεις τους και να καταφέρουμε να χτίσουμε ανοσία του 70% των πολιτών ως το τέλος του καλοκαιριού. Με το Πάσχα, να αναστήσουμε και την ελπίδα. Με το Πάσχα, να ξαναφέρουμε πίσω τη ζωή μας, τον ευρωπαϊκό τρόπο ζωής, να αναστήσουμε την οικονομία μας.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση Borrell για τις ευρωτουρκικές σχέσεις θυμίζει στρουθοκάμηλο. Ενώ ο Erdoğan είχε ήδη ξεκινήσει τις διώξεις για τη διάλυση του HDP, εσείς προαναγγείλατε επίσημη επίσκεψη και λίγες ώρες μετά μαθαίνουμε για την αποχώρηση της Τουρκίας από τη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης για τα δικαιώματα των γυναικών. Ποια είναι η αξιοπιστία της Ένωσης, όταν οικονομικά συμφέροντα μπαίνουν πάνω από την προστασία των ευρωπαϊκών αξιών και του κράτους δικαίου;

Στα συμπεράσματα του Συμβουλίου πρέπει να υπάρχει ρητή αναφορά όχι μόνο των κινήτρων αλλά και των κυρώσεων, στην περίπτωση που η Τουρκία συνεχίσει τις παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στο εσωτερικό της και τις προκλήσεις στην ευρύτερη περιοχή. Επίσης, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο σας έχει ζητήσει να συμπεριλάβετε τις κυρώσεις στο εμπάργκο όπλων. Δεν είναι δυνατόν να σταματούν τις πωλήσεις όπλων οι Αμερικανοί στην Τουρκία, και εσείς να συνεχίζετε να εξοπλίζετε τον γεωπολιτικό ταραξία.

Τέλος, θέλω να ευχαριστήσω τον Πρόεδρο Sassoli για τα θερμά του λόγια για τη 200ή επέτειο της Ελληνικής Επανάστασης και να ευχηθώ στους Έλληνες και τους φιλέλληνες σε όλο τον κόσμο χρόνια πολλά.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, the Commission tabled this legislative proposal as swiftly as possible after the meeting of the members of the European Council. Our ambition now is to have the regulation in place by no later than June this year, in order to ensure that the free movement of our citizens can take place under safe health conditions.

This is a very important element of a gradual return to normal, which is expected from citizens and businesses alike, with impatience all across the Union. It's therefore important that interinstitutional negotiations can start as soon as possible. Work on the details of the technical solution will need to take place in parallel in order to ensure that it can be operational as swiftly as possible after the adoption of the legal framework.

We have heard some MEPs' concerns on the possible lack of democratic oversight linked to using the urgent procedure. Strictly speaking, I understand with this procedure there will not be a formal vote on the committee report. However, the urgent procedure allows for Parliament as a whole to fully scrutinise the proposal and to adopt its position within a month of the adoption of the proposal by the Commission. Parliament, as the voice of European citizens, will therefore have a clear say in the setup of the Digital Green Certificate.

These are exceptional times and I hope you will agree with me on the importance of delivering for our citizens. How will we explain to our citizens that we cannot manage to move swiftly on important issues? What would be the message we send? Time is of the essence: every day counts.

Moving forward, the Commission stands ready to provide all the support you might need and we will act as honest brokers during interinstitutional negotiations, while continuing to support Member States in developing the necessary infrastructure.

But let me also answer your question about the doses found in Italy today. We have repeatedly stressed the importance of full transparency on the number of doses that are being produced at AstraZeneca's European production sites. We trust that AstraZeneca will do its utmost to ensure that all available batches are dispatched as soon as the quality-control process is completed. We don't want to speculate on whether or not these doses have been designed for the European Union. If the company wants to export these doses out of the Union, it will have to submit an export authorisation request to the Italian authorities.

We observe a lack of transparency by AstraZeneca on how many doses they have produced, where and for whom. Given that they are not meeting their commitments under the European advance-purchase agreements, we consider it of the utmost importance to ensure full transparency. The precise amount of doses needs to be confirmed by the Italian authorities.

Il-President. – Id-dibattitu kongunt ingħalaq

Stqarrijiet bil-miktub (Artikolu 171)

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE), in writing. – The adoption by the Commission of the COVID-19 Digital Green Certificate is a 'victory' in the battle to deal with the serious consequences of the pandemic in our European family. I remind you that it was the Prime Minister of Greece, Kyriakos Mitsotakis, who first proposed the adoption of a common European certificate to be used by Member States. We are making the right move, at the right moment. As vaccinations continue at an increasing pace, the Green Digital Certificate will safeguard one of the basic rights of citizens of our Union, namely the right to travel freely and safely, while at the same time it will mitigate the consequences of restrictions imposed by individual Member States.

The Digital Green Certificate is a particularly important development for southern Member States, whose economies rely to a large extent on tourism. Our next goal is to complete the legislative process as soon as possible so that the Digital Green Certificate can be deployed before the summer. Our citizens are impatient and anxious to exit the vice of this pandemic and to finally return to normality. Let us not disappoint them.

Carmen Avram (S&D), in writing. – I understand the concerns of several tourist-destination Member States that want to save the busy summer season which is so important for their economies that already have suffered so much in the last year, because of the unprecedented COVID crisis. This EC Digital Green Certificate proposal aims to facilitate free circulation among the EU single market in the months ahead, it will be available, free of charge, in digital or paper format, with a QR code to ensure security and authenticity of the certificate. Still, while supporting the intention of this proposal, I want to stress that the certificate must not become another source of discrimination between EU Member States and its European citizens. Every one of the European citizens should first receive the possibility to be vaccinated and that's why the EU should increase the vaccination campaign and make sure that all the necessary doses of vaccines are delivered to all Member States. Reaching the 70% vaccination target by summer will be our ticket to travel back to normality.

Milan Brglez (S&D), pisno. – Povsem jasno je, da brez koordinacije in odločanja na ravni Unije pri sprejemanju ukrepov za prilagajanje posledicam aktualne pandemije ni možno pričakovati, da bo EU zmožna delovati v okviru svojih temeljnih organizacijskih postulatov, še zlasti kar se tiče skupnega trga in uresničevanja zanj značilnih štirih svoboščin.

Zato sem med prvimi, ki bo taka prizadevanja in delovanje na ravni Unije tudi odločno zagovarjal. Prav tako pa bom med prvimi, ki bo zagovarjal preglednost, preudarnost in dolžno skrbnost v zakonodajnih postopkih sprejemanja tovrstnih zavezujočih odločitev, predvsem zato, da se s tem zagotovi najvišje možne standarde spoštovanja človekovih pravic, ki so še posebej na udaru v kriznih časih.

Zato odločitev EP o nujnem postopku za sprejemanje predloga uredb za izdajanje digitalnega zelenega potrdila ocenjujem kot napačno. Z nujnim postopkom se namreč ne pospešijo posamezne faze parlamentarnega odločevalskega postopka, temveč se slednje preprosto preskoči.

To konkretno pomeni, da dotični zakonodajni predlog ne bo podvržen temeljitemu nadzoru in pregledu na ravni pristojnih parlamentarnih odborov, kar odpira možnosti za zakonodajne anomalije in pomanjkljivosti. Poleg tega menim, da zaradi odločitve o nujnem postopku digitalno zeleno potrdilo ne bo nič prej zaživelo v praksi. Le Parlament se je odrekel temu, da v okviru svojih pristojnosti zagotovi najvišje standarde za zaščito državljanek in državljanov EU ter njihove zasebnosti.

Sara Cerdas (S&D), por escrito. – O Certificado Verde Digital é um instrumento importante para a retoma da economia e do turismo, com o objetivo de facilitar a livre circulação dos cidadãos, garantindo todas as condições de segurança. Não há dúvidas quanto à urgência em adotar abordagens comuns que permitam a tão aguardada retoma, mas alerta para o facto de a pressa ser inimiga da perfeição. Há premissas fundamentais que devem ser respeitadas com este instrumento. Em primeiro lugar, o instrumento deve facilitar a mobilidade. Em segundo lugar, este instrumento não pode substituir nenhuma das outras medidas em vigor de combate à pandemia, de prevenção e contenção, mas sim complementá-las. Em terceiro lugar, o instrumento não pode ser discriminatório e criar cidadãos de primeira e de segunda categoria, pois a vacina não é ainda opcional e não deve constituir uma condição prévia para o exercício da livre circulação. Por fim, não pode criar mais stress aos que estão a trabalhar na pandemia e que estão na linha da frente desde o início, nomeadamente os profissionais de saúde e os trabalhadores fronteiriços. Na próxima reunião do Conselho Europeu, apelo a uma abordagem comum e coordenada, pois as lições do passado dizem-nos que esse é o caminho.

Josianne Cutajar (S&D), *in writing*. – Travel and tourism have long awaited a European solution to restart travel. The industry is in dramatic conditions, having lost USD 2 trillion of GDP worldwide. While the Digital Green Certificates are not the silver bullet to our problems, they surely will assist Member States to try and safely reopen for summer 2021. To be clear, the urgency we are facing must never come at the cost of citizens' civil liberties. We must be vigilant, ensuring that the certificates are truly non-discriminatory and remain valid only until we exit the pandemic. I repeat, this is not the answer to all our problems, but we need to be pragmatic, re-launching a safe summer reopening. Today, we must vote in favour of the urgent procedure, the first step of a paramount process to save the summer season. We need, moreover, further coordination measures established unitedly by EU Member States to set the foundations of a successful recovery. We must act fast to save the summer season and re-launch travel and tourism.

Λουκάς Φουρλάς (PPE), *γραπτώς*. – Το πράσινο ψηφιακό πιστοποιητικό στοχεύει στην υιοθέτηση μιας κοινής γραμμής και στη διευκόλυνση της ελεύθερης και ασφαλούς διακίνησης των Ευρωπαίων πολιτών. Το πιστοποιητικό θα επιτρέψει στους ανθρώπους να ταξιδέψουν ξανά αποτελώντας από μόνο του ένα σημαντικό βήμα προόδου για να δοθεί ξανά προοπτική στον τομέα του τουρισμού αλλά και για τους πολίτες που εργάζονται σε διαφορετικές χώρες. Ο τουρισμός για την χώρα μου την Κύπρο είναι ο πνεύμονας της οικονομίας και όλη αυτή την περίοδο έχει πληγεί ανεπανόρθωτα. Αποτελεί επιτακτική ανάγκη λοιπόν, η επανεκκίνηση αυτού του τομέα χρησιμοποιώντας μια κοινή στρατηγική και λαμβάνοντας πρωτοβουλίες σαν και αυτές του ψηφιακού πιστοποιητικού, με σεβασμό πάντα στα προσωπικά δεδομένα των πολιτών.

Vlad Gheorghe (Renew). – The Digital Green Certificate is an instrument to guarantee swift reopening of economies and ease European citizens' movement. It is not in any way an instrument to condition or discriminate as it includes all possible alternatives available – vaccination, testing or proof of overcoming the infection with the new coronavirus. Moreover, let us once and for all make it clear that no personal data of European citizens are to be at risk while using the Digital Green Certificate, on the contrary – it is an instrument meant to protect Europeans from such breaches from public or private operators, while offering a quick & easy solution for safe travel. Transport and tourism are sectors with important losses due to COVID-19 restrictions in all Member States. We need this Digital Green Certificate to help us all overcome disastrous effects of over one-year partially or fully closed doors. The key to an efficient implementation is predictability and unity as to procedures and structures in order to offer European citizens the means to move freely while being 100% protected. I strongly support the Digital Green Certificate and the need for urgent implementation of this unitary instrument to help us all return to our lives before the pandemic.

Robert Hajšel (S&D), *pisomne*. – Zavedenie takzvaných zelených COVID pasov nesmie byť diskrimináciou tých, ktorí z rôznych príčin nemohli byť zaočkovaní, a musí ísť iba o dočasné opatrenie, ktoré sa zruší po ukončení pandémie. Samozrejme, v prípade ďalších prípadných celosvetových zdravotných kríz bude možné uvažovať o ich obnovení. Je to spôsob, ako už toto leto uľahčiť Európanom vrátane Slovákov cestovanie a zjednotiť nateraz rozdielne prístupy krajín pri zaobchádzaní s prichádzajúcimi turistami a ostatnými cestujúcimi. Samozrejme treba aj naďalej zabezpečiť, aby očkovanie nebolo povinné, a preto aj zavedenie COVID pasu musí umožniť ľuďom vybrať si aj možnosť preukázať sa alternatívnymi potvrdeniami k vakcinácii, a to negatívnym PCR testom alebo certifikátom o prekonaní ochorenia COVID-19. Rozhodnutie o tom, ktoré vakcíny mimo oficiálneho portfólia EMA budú jednotlivé krajiny uznávať, musí ostať plne v ich kompetencii. Oceňujem, že Európska komisia okrem vakcín registrovaných EMA umožňuje členským štátom zaradiť do zeleného pasu aj vakcíny mimo portfólia EMA. Verím, že mnohé štáty EÚ budú čoskoro akceptovať aj zaočkovanie ruskou vakcínou Sputnik V, ktorej posudzovanie pokračuje v rámci agentúry EMA a ktorej dodávky už nakúpili niektoré štáty EÚ. Aby naši občania mohli z týchto zelených COVID pasov naozaj profitovať, treba, aby za uvedených podmienok vstúpili do platnosti už pred letnými prázdninami.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – Certyfikaty szczepień dla osób, które zostały zaszczepione przeciwko koronawirusowi, to ważny krok w walce z obecnymi i potencjalnymi zagrożeniami zdrowotnymi, z którymi zmagają się cały świat. Propozycja Komisji Europejskiej w tym zakresie bez wątplenia ułatwi bezpieczne przemieszczanie się społeczeństwa wewnątrz Unii Europejskiej oraz poza jej granicami. Zielony certyfikat cyfrowy to też nadzieja na odmrożenie wielu branż gospodarki, które najbardziej ucierpiały na skutek lockdownu.

Nie możemy jednak zapominać, że warunkiem sprawnego wdrożenia tego rozwiązania musi być zapewnienie wysokiego poziomu ochrony danych osobowych, przejrzystości systemu i braku dyskryminacji obywateli tych państw, gdzie poziom realizacji programu szczepień jest na niższym poziomie niż w innych państwach członkowskich. Tzw. zielone certyfikaty powinny ułatwiać podróżowanie w warunkach utrzymujących się ograniczeń, a nie prowadzić do kolejnych restrykcji.

Z punktu widzenia społeczeństwa niezbędne będzie przeprowadzenie skutecznej kampanii informacyjnej dotyczącej działań Komisji na rzecz wdrożenia nowych rozwiązań, by uchronić obywateli przed dezinformacją i pojawiającymi się na ten temat nieprawdziwymi informacjami.

Alin Mituța (Renew), *în scris*. – Adeverința electronică COVID este instrumentul care va permite cetățenilor europeni care pot dovedi că prezintă un risc epidemiologic redus să poată circula fără restricții începând cu această vară. Mai precis, adeverința va fi disponibilă gratuit pentru cei vaccinați, pentru cei care posedă un test COVID negativ, cât și pentru cei care pot dovedi că au anticorpi. Este fundamental să explicăm cât mai clar că această adeverință nu afectează nicidecum drepturile europenilor, inclusiv dreptul la liberă circulație, ci este un act pur administrativ prin care se atestă un risc redus de contaminare, permițând statelor membre să nu mai impună măsuri de carantinare sau izolare dacă nu sunt necesare. Însă adeverința nu acordă un drept suplimentar celor care pot sau aleg să o dețină. De asemenea, această adeverință nu impune în niciun fel obligativitatea vaccinării, așa cum se spune în anumite știri false. Avem nevoie de această adeverință aprobată și pusă în aplicare cât mai repede posibil. Sper că odată ce vaccinarea va crește imunitatea generală a populației, acest lucru va permite statelor membre să elimine toate restricțiile la liberă circulație, moment în care adeverința va deveni superfluă și ne vom putea întoarce la normalitate.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Adeverințele electronice verzi, propuse de Comisia Europeană, vor acționa ca o dovadă pentru vaccinare, un test negativ ori un test de anticorpi COVID-19, având scopul de a facilita libertatea de circulație în interiorul Uniunii Europene. Unul dintre elementele importante ale introducerii adeverințelor este interconectarea bazelor de date, ce va conduce la evitarea certificatelor false de testare, care sunt o reală problemă. Pentru a profita de avantajele unei baze de date centralizate la nivelul UE, accesibilă tuturor statelor membre, susțin faptul că trebuie definite reguli clare privind colectarea, prelucrarea și furnizarea accesului la datele respective. Propunerea de regulament prevede însă faptul că responsabilitatea interconectării aparține statelor membre, ceea ce poate conduce la diferențe între țări. De asemenea, atrag atenția asupra unor riscuri, mai exact ca cetățenii din afara spațiului Schengen să fie supuși unor verificări suplimentare. Adeverințele electronice verzi nu trebuie să limiteze libertatea de mișcare la nivel european ci trebuie să ajute inclusiv turismul. Aceste adeverințe trebuie să rămână o facilitate și să nu devină o obligație.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Serious doubts arise that by the summer EU countries will manage to coordinate the reopening of their borders. An EU Digital Green Certificate appears like an appropriate solution at exceptional times, adapted to give a boost to freedom of movement, a fundamental right deeply damaged over the past pandemic year and a boost to devastated economic sectors like tourism, HORECA. On the short to medium term, the creation of such certificate could ensure a more vigorous economic recovery; it would help citizens who built their lives by crossing borders to reunite with their loved ones. There is indeed a sense of urgency to resume travelling in a safe way as countries as speeding up their vaccination plans. Nevertheless, this has to be done under certain conditions to be non-discriminatory and to safeguard free movement on the longer term. It would be granted with proof of vaccination, a negative COVID-19 test, or proof of recovery from the virus, which I think is a balanced answer. One should ensure that this certificate will not be misused in the future by non-state actors. It should finally serve as a pandemic quick fix and return to pre-COVID freedom of travel should be prioritised.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Pandémia ochorenia COVID-19 zabránila európskym občanom a občanom tretích krajín žijúcim na území členského štátu vykonávať svoje právo na voľný pohyb. Na zmiernenie týchto následkov by Európska únia mala prijať spoločný rámec digitálneho zeleného osvedčenia ako súčasť elektronického zdravotníctva členských štátov. Digitálne zelené občianstvo by zabezpečilo jednostranný prístup k informáciám o očkovaní, prekonaní ochorenia či testovaní. Na základe týchto informácií by sa občania mohli opätovne slobodne pohybovať, pretože tieto lekárske údaje budú spoľahlivo overiteľné vo všetkých členských štátoch.

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Susțin Regulamentul privind adeverința verde electronică, pentru a accelera procedura de restabilire a circulației libere și sigure în UE. Am în vedere necesitatea deblocării economiei și deschiderii circulației cetățenilor în vară. Pentru a nu exista discriminări între cei vaccinați și cei care nu au făcut vaccinul, vor fi, în fapt, trei certificate de călătorie: pentru cei vaccinați, pentru cei care au un test negativ recent și pentru cei care s-au vindecat de Covid-19. Cele trei adeverințe de călătorie vor fi eliberate gratuit, în format digital sau pe suport de hârtie, în limba oficială a statului emitent și în engleză. Admit că nu este o variantă ideală, dar e mai bine decât să avem 27 de eventuale adeverințe diferite, de la un stat membru la altul, și decât să avem granițe închise și restricții nearmonizate la nivel european. Potrivit calendarului actual, adeverința verde urmează să intre în vigoare în iunie. De aceea, solicit ca negocierile viitoare Parlament-Consiliu, pentru adoptarea regulamentului propus de Comisie, să se desfășoare în regim de urgență, așa cum impune situația. Mai ales, însă, e nevoie ca acest efort normativ să capete cu adevărat o finalitate concretă prin accelerarea campaniei de vaccinare!

Tom Vandenkendelaere (PPE), *schriftelijk*. – Ik heb voor de dringende procedure gestemd zodat het Europees Parlement het voorstel van de Europese Commissie voor een Europees vaccincertificaat – waaronder bewijzen van vaccinatie, negatieve testen of bewijzen van herstel zouden vallen – met spoed kan behandelen. Er valt geen tijd te verliezen. Het certificaat zou toestaan om het reizen in Europa weer veilig op gang te brengen en een flinke impuls te geven aan de economie.

Er dient echter een belangrijke voorwaarde aan gekoppeld te worden. Er mag namelijk niet gediscrimineerd worden op basis van het certificaat. Iedere Europeaan moet eerst een kans op een vaccin krijgen. Tegen de zomer zou het in gebruik moeten zijn. Een Europese gemeenschappelijke aanpak is in ieders belang in vergelijking met het alternatief dat elk land op eigen houtje iets anders onderneemt. Als we op één manier honderden miljoenen mensen de kans kunnen geven om terug te keren naar een zekere maat van normaliteit, zonder het virus te verspreiden, is dat in ieders voordeel.

Het geduld van onze burgers wordt op de proef gesteld, veel Europeanen zijn voorstander van zo'n systeem om opnieuw vrij te kunnen reizen. Het is onze plicht om dit zo snel mogelijk te bewerkstelligen.

Alexandr Vondra (ECR), *písemně*. – Covid pasy jsou dobrou iniciativou, která pomůže obnovit volné cestování po Evropě. K získání pozitivního osvědčení by měly vést tři cesty – očkování, test či prodělaná nemoc. Odpor, který covid pasy vzbuzují u části lidí v EU, považují za nedorozumění. Do mnoha států světa bylo třeba mít očkování i před koronavirem, například na žlutou zimnici. Musíme proto vysvětlit, že jde o opatření dočasné a pragmatické, které nám umožní rychlejší návrat k normálu, byť přizpůsobenému podmínkám pandemie. Je to opatření logické – státy investovaly příliš peněz do lockdownů a vakcinace, než aby si to byly nyní ochotny pokazit kvůli cizincům. Pokud by si podmínky určovaly každý jinak, vznikne chaos. Evropa ale musí zapracovat na tom, aby se k vakcinaci dostali všichni, kdo se naočkovat chtějí. Musí pozitivně motivovat svobodnějším životem. Pas by měl vejít v platnost, až budou tyto podmínky naplněny. Věříme, že to bude už začátkem léta. Proto podporuji zrychlenou proceduru.

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – È ormai passato più di un anno dall'inizio di questa pandemia e ancora una volta ci troviamo a discutere dei problemi che la Commissione (e l'Unione europea in generale) non ha saputo affrontare adeguatamente.

Sulla questione vaccini abbiamo ascoltato slogan estremamente ambiziosi, ricalibrati tuttavia, solo dopo poche settimane per gli errori di valutazione della Commissione. La gestione dei contratti con le case farmaceutiche non è risultata, infatti, all'altezza della situazione e i cittadini ne hanno accusato il colpo.

Per quanto riguarda l'economia, condivido e supporto la proroga della sospensione del Patto di stabilità, ma mi preme sottolineare che rimane il paradosso del dispositivo di Ripresa e resilienza che, con la crisi economica in atto, servirà solo minimamente e i cui fondi sappiamo essere vincolati. Sul tema Turchia, esprimo infine tutte le mie perplessità.

Un Paese che utilizza ancora pratiche violente e antidemocratiche non dovrebbe essere tra le priorità del Consiglio.

18. Eigenmittelsystem der Europäischen Union – Eigenmittel, die auf nicht wiederverwerteten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basieren, sowie bestimmte Aspekte der BNE-Eigenmittel – Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-aġenda huwa d-dibattitu kongunt li jirrigwarda r-Riforma tar-Riżorsi Proprji tal-UE, dwar

— ir-rakkomandazzjoni ta' José Manuel Fernandes u Valérie Hayer, fisem il-Kumitat għall-Baġits, dwar l-abbozz ta' regolament tal-Kunsill li jistabbilixxi miżuri ta' implimentazzjoni għas-sistema tar-Riżorsi Proprji tal-Unjoni Ewropea u li jhassar ir-Regolament (UE, Euratom) Nru 608/2014 (10045/2020 — C9-0024/2021 - 2018/0132(APP)) (A9-0047/2021)

— ir-rapport ta' José Manuel Fernandes u Valérie Hayer, fisem il-Kumitat għall-Baġits, dwar il-proposta għal regolament tal-Kunsill dwar il-kalkolu tar-riżorsi proprji bbażati fuq l-iskart mill-imbaggħ tal-plastik li mhux rikiklat, dwar il-metodi u l-proċedura għat-tqeghid għad-dispożizzjoni ta' dik ir-riżorsa proprja, dwar il-miżuri li jissodisfaw il-htigijiet fi flus kontanti, u dwar ċerti aspetti tar-riżorsa proprja bbażata fuq l-introjtu nazzjonali gross (13142/2020 — C9-0018/2021 - 2018/0131(NLE)) (A9-0048/2021)

— ir-rapport ta' José Manuel Fernandes u Valérie Hayer, fisem il-Kumitat għall-Baġits, dwar l-abbozz tar-Regolament tal-Kunsill li jemenda r-Regolament (KEE, Euratom) Nru 1553/89 dwar l-arranġamenti uniformi definittivi għall-gbir ta' riżorsi proprji li jakkumulaw mit-taxxa tal-valur miżjud (COM(2018)0328 - C8-0204/2018 - 2018/0133(NLE)) (A9-0049/2021)

Nixtieq infakkar lill-onorevoli Membri li, għad-dibattiti kollha ta' din is-sessjoni parzjali, mhux se jkun hemm proċedura "catch-the-eye" u mhux se jiġu aċċettati karti blu.

Barra minn hekk, bhal fis-sessjonijiet parzjali preċedenti, huma previsti interventi mill-bogħod mill-Uffiċċji ta' Kollegament tal-Parlament fl-Istati Membri.

José Manuel Fernandes, Relator. – Senhora Presidente, cumprimento também o nosso Comissário, Caras e Caros Colegas, a velocidade do Parlamento, a responsabilidade do Parlamento Europeu contrastam com a lentidão e, digamos assim, alguma irresponsabilidade do lado do Conselho.

Nós já constatámos este facto quando, em 16 de setembro, aprovámos a decisão sobre os recursos próprios, que é aquela que permite à Comissão Europeia ir aos mercados buscar 750 mil milhões de euros, e o Conselho só decidiu depois, em 14 de dezembro, e usou mesmo o facto de ser necessária a unanimidade para alguns Estados-Membros fazerem chantagem em relação a outros dossiês – relembro o dossiê Estado de Direito, o dossiê *rule of law*.

Agora, neste momento, nós vamos aqui votar aquilo que são as regras de implementação da decisão que permitem que a decisão de recursos próprios seja executada. Antecipámo-nos mais uma vez, porque o Conselho, ou melhor, os Estados-Membros que devem fazer a ratificação dessa decisão, segundo as normas constitucionais de cada Estado-Membro, mais de metade deles ainda não ratificaram essa decisão. Estão a atuar contra eles próprios porque é uma urgência a necessidade de termos uma resposta em termos de investimento, em termos do apoio à saúde daqueles que mais necessitam por causa da pandemia COVID-19. Por isso, digo: nós, mais uma vez, mostrámos proatividade, demos o consentimento e manifestámos a nossa opinião para que o Conselho decida imediatamente quando essa ratificação estiver resolvida.

Neste momento, nós falamos da decisão onde só há um novo recurso próprio, que são os plásticos, as embalagens dos plásticos, mas nós conseguimos algo que é extremamente importante para o futuro: um calendário vinculativo para a introdução de novos recursos próprios, de forma a não termos cortes nos orçamentos futuros, de forma a não sobrecarregarmos os cidadãos.

Era importante, Sr. Comissário, que este acordo interinstitucional fosse dado a conhecer a todos os ministros, porque, ainda que tenha sido apresentado e aprovado por todas as instituições, há ministros das finanças e até primeiros-ministros que desconhecem que este acordo é vinculativo e que introduz novos recursos próprios com um objetivo: o de ser suficiente para nós pagarmos a dívida resultante dos 750 mil milhões de euros para o *Next Generation EU*.

É que, neste momento, de 2021 a 2027, o peso no orçamento é só de 0,01%, pouco mais de 12 mil milhões de euros, mas depois de 2027 será de 10% do orçamento esse peso e esse custo da dívida. Recordo que há 390 mil milhões dos 750 mil milhões que entram no orçamento da União Europeia e saem como subvenções para os Estados-Membros e o pagamento dessa dívida é assumido pelos próximos orçamentos até 2058 e nós não podemos aceitar cortes nas políticas depois de 2027 e nos fundos, equivalentes a 10% do orçamento da União Europeia, a cerca de 15 mil milhões de euros por ano.

Por outro lado, não podemos sobrecarregar os cidadãos e, por isso, os nossos princípios são simples. Aqueles que beneficiam do mercado interno e não pagam, devem pagar. Por isso, queremos uma taxa sobre o digital. Para além disso, é justo que haja um mecanismo de ajustamento de carbono nas fronteiras que convide os países que para aqui exportam, os países terceiros, a respeitarem também eles o meio ambiente. Teremos assim uma receita e, em simultâneo, uma concorrência mais leal. A taxa sobre as transações financeiras é também uma necessidade e depois também a harmonização que signifique justiça fiscal.

Contas da Comissão: por ano, perdemos em fraude, evasão e elisão fiscais mais de um bilião de euros, o equivalente a 7 orçamentos anuais. Isto é verdadeiramente inaceitável e fica aqui demonstrado que nós podemos ter mais receita sem penalizar o cidadão e depois há um outro ponto que é necessário. Nós sempre defendemos novos recursos próprios, mas eles agora são mais urgentes. Há que evitar aquela ideia do *juste retour*, do *I want my money back*, aquela ideia de que os orçamentos são maus e depois há contribuintes líquidos e há beneficiários líquidos. Como tenho insistido, todos beneficiam do orçamento da União Europeia.

Os recursos próprios que defendemos protegem o futuro, nós temos de assegurar o presente, mas também temos de proteger as gerações futuras e o nosso orçamento da União Europeia, que é pouco mais de 1% do Rendimento Nacional Bruto, é, no entanto, essencial para a nossa competitividade, para a União da saúde, para a União digital, para podermos respeitar o meio ambiente e, em simultâneo, para termos uma União que, internamente, seja solidária e coesa e também podermos manifestar e concretizar a nossa solidariedade externa.

Valérie Hayer, *rapporteuse*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous sommes à l'aube du relèvement européen: encore une poignée d'États et le plan de relance sera ratifié. Je vous enjoins donc collectivement à mettre la pression sur ces derniers États afin de lancer l'Europe de demain, l'Europe verte, l'Europe numérique, l'Europe résiliente. C'est ce à quoi nous ouvrons la voie en votant aujourd'hui ces trois rapports qui accompagnent la décision sur les ressources propres.

Après cette ratification, l'Union pourra emprunter, émettre des obligations. Nous pourrions tous acheter et obtenir une part de celles-ci et ainsi contribuer au renouveau européen. Après cette ratification, la contribution «plastiques» verra le jour, première ressource propre depuis 33 ans. C'est une ressource intelligente qui allie défense de l'environnement, politique européenne et financement ; et c'est une victoire parce que les ressources propres, c'est un marqueur. Je vous mets au défi, chers collègues, de trouver un pro-européen qui s'opposerait aux ressources propres. C'est un marqueur entre pro-européens et euro-ambigus. C'est un marqueur entre les parlementaires européens et certains ministres. C'est aussi un marqueur entre les visionnaires et les tenants du statu quo, de l'Europe enchaînée par les capitales.

Chers collègues, ce que nous avons arraché est grand. Je vous le rappelle: ce Parlement, fait unique dans les démocraties parlementaires, ne peut pas décider de l'impôt. Le fait que nous soyons élus directement par les citoyens n'a pas d'importance. D'ailleurs, ça n'en a jamais eu. Nous n'avons jamais été que consultés et c'est ça qui nous a empêchés de réformer notre budget durant 33 ans. Cette fois, cependant, nous avons été capables de négocier collectivement, en intelligence, sincèrement. Qui dans cet hémicycle pense encore que les chefs d'État et de gouvernement ont approuvé cette contribution «plastiques» pour ses mérites intrinsèques ? Personne ! Sans en faire une condition de notre approbation du budget, sans notre pression constante, ici, dans cet hémicycle, là, dans les médias, cette proposition serait passée à la trappe comme bien d'autres auparavant. Soyons-en conscients et soyons fiers de ce résultat.

Mais, amis de l'Europe, notre combat n'est pas terminé pour autant. Nous avons désormais un accord de remboursement et un calendrier à faire respecter. Et la prochaine étape, quelle est-elle ? C'est demain, lors du sommet européen. Les chefs d'État y discuteront de la taxation des géants du numérique. Le temps du paradis fiscal planétaire pour les grands gagnants de la crise, les géants de ce siècle, sonnera bientôt comme un lointain souvenir.

Juin 2021 est aussi à marquer d'une croix dans nos calendriers, Monsieur le Commissaire, puisque c'est le mois où la Commission devra présenter sa proposition, conformément à l'engagement pris par les trois institutions. Juin 2021 et pas plus tard, sans attendre l'OCDE, parce que l'Europe doit effectivement être la figure de proue de la justice fiscale. Si nous, Européens, nous ne montrons pas la voie, alors une dure réalité s'imposera à tous les citoyens: la réalité que la justice fiscale, Google, Facebook, Amazon, Alibaba n'y participeront pas, et ça, je le refuse et je pense que nous le refuserons tous. Juin, ce sera aussi le mois du mécanisme d'ajustement carbone aux frontières et de la révision du marché du carbone. Nous allons enfin utiliser notre budget comme on aurait déjà dû l'utiliser depuis des années, c'est-à-dire comme un outil fiscal, de la même manière que le fait n'importe quel État dans le monde, d'ailleurs.

Mais, trop souvent, nos initiatives fiscales, pourtant défendues par nombre d'économistes, de chercheurs ou d'académiques, se fracassent contre le mur de l'unanimité, le mur de l'égoïsme national qui nous divise depuis le début sur ces questions. En effet, l'unanimité en matière fiscale n'apaise personne ; ça ne fait qu'augmenter les tensions entre ceux qui s'en plaignent et ceux qui la dégainent à la première occasion. C'est une véritable épine dans notre pied d'Européens. À cause de cela, l'Union est aujourd'hui financée à 80 % par les contributions nationales, transformant le Conseil en champ de bataille où s'affrontent les égoïsmes nationaux et où, disons-le, l'intérêt européen est relégué au rôle de spectateur. Ça n'est plus acceptable.

C'est pourquoi nous devons désormais nous employer à faire appliquer un principe simple – je dirais même de bon sens –: si une politique ou un instrument européen génère de l'argent, celui-ci doit financer le budget européen, il doit l'intégrer, c'est aussi simple que cela. C'est aussi simple à comprendre que l'obligation politique qui s'impose à nous désormais: le plan de relance. Il ne doit être remboursé ni par une hausse des impôts ni par des coupes létales dans nos programmes européens. Une seule solution est viable et nous l'avons négociée. Elle est viable sur le plan économique et sur le plan politique. Nous devons faire peser la charge sur les grands pollueurs d'ici et d'ailleurs. Nous devons faire peser la charge sur les géants du numérique et sur les spéculateurs financiers.

Chers collègues, je suis confiante, parce que l'accomplissement de ces objectifs sera une condition pour pouvoir ramener un peu d'Europe dans le cœur des peuples. Tous les sondages le montrent. Qu'attendent les Européens de l'Union? Ils attendent que l'Union les protège, qu'elle protège l'environnement, qu'elle ramène de la justice fiscale, qu'elle apaise les relations entre nos États, et plus encore. La réussite de l'Europe sera jugée au travers de ces critères, et ce, dès aujourd'hui, et pas seulement en 2024, lorsqu'il faudra penser à notre réélection, chers collègues.

Monsieur le Commissaire, chers amis, il en va de notre responsabilité d'Européens de réussir le défi que nous nous sommes lancé. Les ressources propres, ce n'est pas un «machin» technique, c'est la mère de toutes les batailles politiques. L'adhésion et la réussite du projet européen en dépendent. Je crois pouvoir dire que José Manuel Fernandes et moi-même sommes déterminés et confiants.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, last year was a remarkable year for all of us, but also for the European Union budget. Thanks to the multiannual financial framework (MFF) and Next Generation EU (NGEU), the Union is providing an unprecedented ambitious answer to an unprecedented crisis which has hit our economies and societies hard. It's a demonstration of solidarity and a swift response at times of crisis. It will be the largest package ever financed through the Union budget, at a total of EUR 1.8 trillion.

Momentous decisions were also taken on the financing side with the simplification of the VAT-based own resource and the introduction of the plastic own resource. Before that, the Union own-resources system had remained stable over a long time, and the main categories of own resources have remained the same since the 1980s. Traditional own-resources contributions from the Member States are based on value added tax and on gross national income.

I wish to thank the European Parliament for its unwavering support to both maintain the VAT-based own resource as a historic pillar of the existing system and to reinforce this system with the introduction of additional own resources. While the main elements of the VAT own resource are maintained, the complexity of calculations and, therefore, the administrative burden for Member States and the Commission are significantly reduced.

Let me come now to the most notable novelty entering into force in 2021: the new own resource based on non-recycled plastic packaging waste. It is introducing a novel mechanism to encourage Member States to achieve their environmental commitments without prescribing how. Clearly, the ultimate success in reducing the quantity of plastic packaging waste that goes unrecycled depends on the actual increase of virtuous behaviours, using less plastic packaging while sorting and recycling more.

To ensure such success, we must measure it credibly. The implementing regulations and the Making Available Regulation provide the Commission with adequate control powers and ensure that the Commission is assisted by an expert group. These regulations also rely on sectoral legislation, which has recently been sharpened to improve the quality of reporting and the comparability of statistical data. This is crucial to guarantee equal treatment of all contributors.

There remains one element in the package you are examining today which the Commission cannot accept. The rapid review procedure that has been included in the Making Available Regulation 2 (MAR2) and the VAT regulation by the Council would put at risk the timely and comprehensive making available of resources by Member States. Therefore, we really welcome the support of the European Parliament with regard to dropping this.

In order for the own-resource system to function properly, we need a solid framework in place to ensure that we collect EU own resources effectively, in a timely manner and with minimum administrative burden. So far, the system in place has fulfilled the first two criteria as acknowledged in the annual discharge, where revenue has been a green area, and in EU ratings.

The simplifications introduced in the Own Resources Decision approved in December will contribute to a reduction of the administrative burden. To bring those changes into practice, it's essential to agree on the implementing regulation as soon as possible. A delay would hamper the operationalisation of the new Own Resources Decision. So far, 13 Member States have ratified the decision, and we are confident that the process will be concluded in May, so that it can enter into force by June for the start of the NGEU borrowing.

Siegfried Mureşan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I should like to welcome Commissioner Hahn back to the European Parliament. The own resources of the European Union are a very important topic. The own resources allow us future stable and predictable financing of the European Union so that in the future we can avoid politically divisive negotiations like the four-day, four-night Council meeting of July 2020.

The own resources of the European Union also allow us to establish a comprehensive budget in the future: a robust budget, which allows us to properly finance all the priorities that the citizens of the European Union expect us to deliver. The own resources are an important topic but they are also an urgent topic, because the whole EUR 750 billion post-corona package to help people, to help enterprises, to help regions affected by the virus, depends on the quick ratification of the own resources decision by all national parliaments.

Here in the European Parliament we have done our job. We have given our opinion on own resources quickly. We have negotiated the Recovery and Resilience Facility and the multiannual financial framework quickly and we have set up our internal structures here in Parliament for the implementation of the Recovery and Resilience Facility. This is why it is of the utmost importance that all national parliaments ratify, by the end of April, the own resources decision so that help for people affected by the virus is coming.

Finally, I would like to ask all pro-European groups to make sure that their national parliaments, their parties in the national parliaments, do their utmost to ratify the own resources decision quickly.

Elisabetta Gualmini, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we've been waiting for the revision of the own resources system since 1988. And after more than 30 years, we are close to a historic turning point by approving tomorrow the updating of the implementing legislation regarding new own resources.

Finally, the European budget will become more autonomous, more transparent and stronger. We have a precise roadmap for the introduction of new own resources which won't touch the pockets of our citizens but which will hit polluting companies, web-multinationals and fiscal free-riders more generally. I'm talking about the digital tax and the carbon border levy, to name but a few.

But today it is less about the budget revenue side, and more about what it means to belong to a fiscally stronger European Union; it is less about technicalities and more about political will and political challenges.

To have a sound and responsible budgetary policy means, in the first place, to have the possibility to pay back the costs of the Next Generation EU that needs to be able to support the giant mobilisation of resources which will help citizens and companies to stand up again after a dramatic outbreak.

It means to give hope and faith to the young generations who are completely lost in the middle of this never-ending pandemic, and it means to care for the most vulnerable people who need protection and solid welfare services, not isolation.

Our pride is based on the spirit and the sense of a community, the European Community. And communities do work if we have a fair and good balance between the promises we make and the financial resources we collect in order to have these promises fulfilled. It is time to accomplish, to get things done – no time is left.

Luis Garicano, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señorías, debemos estar muy orgullosos de la respuesta europea a la crisis desde el punto de vista económico. La respuesta económica ha sido verdaderamente muy potente. Hemos creado un fondo de recuperación de 750 000 millones de euros y hemos permitido flexibilizar las reglas fiscales de tal manera que todos los países puedan responder a esta pandemia.

Eso está muy bien, pero ahora tenemos que construir hacia adelante para permitir que Europa tenga la capacidad para responder a crisis futuras, no solo a la crisis pasada. Eso requiere que Europa tenga la capacidad de actuar que hemos tenido y que tengamos nuestros propios ingresos, nuestros propios recursos: los recursos propios.

Ahora mismo, muchos ciudadanos estarán sorprendidos de saber que esto no existe. La Unión Europea se financia como una organización internacional más, como las Naciones Unidas. Tiene que pasar el gorro de miembro en miembro para pedir contribuciones. Eso no debe ser así. Debemos tener una capacidad fiscal para poder actuar en crisis futuras, para poder responder a los problemas que se planteen.

Por eso, el Parlamento ha propuesto este calendario que vamos a aprobar mañana: este calendario de recursos propios, que se basa, sobre todo, en hacer que las empresas tecnológicas digitales —que tanto se han beneficiado últimamente sin pagar su parte de impuestos— y las grandes contaminadoras paguen su parte.

Ese es nuestro objetivo, y esta pandemia tan terrible que continúa debe abrir la puerta a esa oportunidad para que Europa realmente responda, de una manera parecida, de una manera potente económicamente, a futuras crisis y cree este tipo de recursos.

Hélène Laporte, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les députés, l'Union européenne s'est mise en danger toute seule avec un plan de relance non financé, ou du moins mal cadré. Tout d'abord, la taxe plastique, dont l'application rétroactive générera des recettes, mais qui seront insuffisantes et proches d'épsilon avec le temps. Ensuite, la complexité inouïe du mécanisme d'ajustement carbone aux frontières risque de nuire à son efficacité. L'évaluation de ses recettes, comprise entre 5 et 14 milliards d'euros, va du simple au triple, ce qui relève, a minima, d'un manque de sérieux concernant ce plan de financement.

Au-delà du saut fédéraliste dans la création d'un emprunt commun, dont personne n'est dupe sur le précédent qu'il crée, l'objectif de la Commission de nouvelles recettes couvrant les dépenses liées au remboursement en capital et en intérêts de l'emprunt semble hélas s'éloigner. Plus grave encore, le fait que le plan de relance finance non seulement des prêts mais aussi des subventions impliquera forcément des transferts budgétaires entre États membres. Un membre de la Commission m'a confirmé, lors d'une audition, que les États membres contribueront en cas d'insuffisance des recettes des nouvelles ressources propres, car l'Union européenne, n'a pas, hélas, l'intention de faire des coupes franches relatives à certains programmes dont la pertinence reste à démontrer, ou concernant des dépenses somptuaires par rapport à la politique immobilière.

Il s'agira en réalité d'une double peine pour la France. Les 40 milliards revenant à la France vont coûter plus cher que ce que nous aurions pu obtenir sur les marchés car le cumul du remboursement atteindra 70 milliards d'euros. Ce montage nuit gravement à notre souveraineté avec un contrôle accru de Bruxelles sur le budget de la France et avec l'amorce d'une mutualisation de la dette qui marque un pas supplémentaire vers un budget européen, donc un transfert de souveraineté.

David Cormand, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, en matière budgétaire, notre Parlement doit être au centre du jeu.

Depuis les années 1970, la part du budget européen financée par des ressources propres, c'est-à-dire des impôts abondant directement le budget européen, n'a fait que baisser pour atteindre aujourd'hui seulement un quart du total des recettes. Pour le reste, nous devons, tous les sept ans, mendier aux États membres afin de débloquer les fonds nécessaires à la mise en œuvre des politiques européennes.

Il est inacceptable que le Parlement européen soit le seul parlement au monde à ne pas avoir la main sur les recettes de son budget. N'ayons pas peur des mots, c'est une anomalie démocratique et même un mépris des prérogatives des parlementaires européens, ainsi que des traités. C'est une question de souveraineté du Parlement, mais c'est aussi une question de souveraineté du peuple européen.

Assumer le rôle qui est le nôtre, cela commence par assumer le caractère éminemment politique de tous les dossiers relatifs aux ressources propres. Aucun dossier touchant aux revenus et à l'indépendance du Parlement européen ne doit être considéré comme technique. La technicité d'un texte, c'est à nous d'en juger.

Le Parlement n'est pas une chambre d'enregistrement. Les parlementaires directement élus par les citoyennes et les citoyens de l'Union doivent pouvoir contrôler et modeler les futures recettes du budget européen.

Aussi, rappelons aux chefs d'État et de gouvernement de l'Union que nous entendons bien nous assurer que l'engagement pris en décembre 2020 dans l'accord interinstitutionnel soit respecté. Notre message est limpide, il est constant: nous voulons un budget indépendant du bon vouloir des États et des égoïsmes nationaux. Pour y arriver, nous exercerons sans exception la totalité des prérogatives qui sont les nôtres.

Johan Van Overtveldt, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, misschien toch even het juiste institutionele perspectief schetsen in deze discussie. Het zijn in de eerste plaats de lidstaten die beslissen over nieuwe eigen middelen voor de EU en verdragsgewijs heeft de Unie geen directe bevoegdheden wanneer het gaat over het heffen van belastingen.

Op dit moment is dus inderdaad die fameuze bni-bijdrage de grootste financieringsbron, maar vermits de Raad in het kader van het broodnodige coronaherstelfonds voor de nodige alternatieve eigen middelen wil zorgen, moeten we daar inderdaad naar zoeken. Als dat op een intelligente manier kan, dan steunen wij dat. Maar mijn delegatie blijft op het standpunt dat er in de huidige context geen sprake kan zijn van invoering van specifieke Europese belastingen.

Een debat over de inkomsten en de behoefte hieraan is intrinsiek verbonden aan de uitgaven die de Unie doet. Een verantwoordelijke instelling moet dan ook op zoek gaan naar mogelijke besparingen en zeker ook naar herschikkingen van de uitgaven. Maar dat is een debat dat ik hier in het Parlement helaas nog niet vaak, om niet te zeggen nooit gehoord heb.

Het gaat dus om kwaliteit en doeltreffendheid. Het gaat niet aan om telkens wanneer zich iets voordoet, nieuwe instellingen te creëren. Meer prestaties, minder bureaucratie.

Ik heb in besloten vergaderingen weleens gehoord dat de belangrijkste kwaliteit van nieuwe eigen middelen hun onzichtbaarheid is, maar dat is natuurlijk een niet echt relevante kwaliteit.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, για να μπορέσουμε να θέσουμε σε εφαρμογή το Ευρωπαϊκό Ταμείο Ανάκαμψης, χρειαζόμαστε την εφαρμογή της αύξησης των ιδίων πόρων που έχουμε συμφωνήσει. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει κάνει τη δουλειά του, όχι όμως όλα τα κράτη μέλη. Μόνο 13 από τα 27 έχουν επικυρώσει τη συμφωνία. Για αυτό, πρέπει μέχρι το τέλος Απριλίου και τα υπόλοιπα 14, που είναι στον ευρωπαϊκό Βορρά και στο κέντρο της Ευρώπης, να κάνουν και αυτά τη δουλειά τους.

Γιατί, αν δεν αποκτήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση ισχυρότερους ίδιους πόρους, δεν θα μπορέσουμε να ενισχύσουμε το Ευρωπαϊκό Ταμείο Ανάκαμψης για την ανάκαμψη της οικονομίας και της κοινωνίας. Επίσης, εκτός από τον φόρο για τα πλαστικά, που είναι ένα βήμα θετικό μετά από 33 χρόνια στασιμότητας, πρέπει επιτέλους το Συμβούλιο, αύριο και μεθαύριο, να αποφασίσει «το μεγάλο ναι»: να πληρώνουν φόρο και οι ψηφιακοί γίγαντες. Δεν είναι δυνατόν οι GAFAM να μην πληρώνουν φόρους.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, όσο κι αν προσπαθούν τα αστικά επιτελεία να τους ντύσουν με «φιλοπεριβαλλοντικό» περιτύλιγμα για να τους αποδεχτούν οι εργαζόμενοι, οι ίδιοι πόροι είναι αντιλαϊκοί φόροι σε βάρος του λαϊκού εισοδήματος για να εξοφληθούν το Ευρωπαϊκό Ταμείο Ανάκαμψης και το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο που θα «ξεκοκκαλίσουν» οι όμιλοι.

Η συζήτηση για τους λεγόμενους ίδιους πόρους αποδεικνύει ότι στη «λυκοσυμμαχία» καπιταλιστικών κρατών και μονοπωλίων, «τσάμπα γεύμα» υπάρχει μόνο για τους μεγάλους όμιλους που η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη χρηματοδοτούν αδρά, με αφορμή την πανδημία και με στόχο να θωρακιστεί η κερδοφορία τους σε συνθήκες καπιταλιστικής κρίσης.

Οι ίδιοι πόροι είναι κομμάτι του σκληρού «λογαριασμού» που θα φορτωθούν οι λαοί, ενώ τμήματά τους, όπως οι ψηφιακοί φόροι και ο φόρος άνθρακα, αξιοποιούνται περαιτέρω για την πρωτοδότηση των ευρωπαϊκών μονοπωλίων στη σφοδρή αντιπαράθεση τους με τους ανταγωνιστές τους από τις ΗΠΑ και την Κίνα, με το κόστος να μετακυλιέται ξανά στον λαό.

Οι αντιλαϊκοί σχεδιασμοί της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κυβερνήσεων πρέπει να βρουν απέναντί τους την οργανωμένη λαϊκή αντίδραση, διεκδικώντας να μην ξαναπληρώσουν την κρίση οι εργαζόμενοι, αλλά αυτοί που τη δημιουργούν πάντα: τα μονοπώλια και το κράτος τους.

Geoffroy Didier (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, les opinions publiques ont entendu il y a neuf mois que l'Europe mettait en place un plan de relance massif et inédit, d'un montant de 750 milliards d'euros. Nous le savons, cet argent ne tombe pas du ciel et la procédure pour l'enclencher est inévitablement complexe. Pas un seul euro ne sera d'ailleurs versé tant que tous les parlements nationaux n'auront pas validé ce plan de relance – et seuls 13 - États membres l'ont fait à ce stade.

Mais attention, je le dis clairement: si, un an après les annonces de juillet dernier, les peuples européens ne voyaient rien venir d'ici l'été, c'est l'image de l'Europe qui serait mise à mal. Veillons d'urgence à ne pas renouveler avec le plan de relance le mauvais scénario de la commande européenne des vaccins, c'est-à-dire des annonces fortes sur le moment et une très grande déception dans la mise en œuvre.

Je propose donc, concrètement, que la Commission européenne raccourcisse les délais de validation afin qu'avant l'été, l'argent promis soit déjà partiellement versé aux États et, à travers eux, aux entreprises et aux citoyens qui en ont le plus besoin. Si la tuyauterie de Bruxelles s'avérait trop longue et trop lourde, ce serait malheureusement un nouveau coup de canif porté à ce très beau projet qu'est l'Europe.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Comissário Hahn, falar de novos recursos próprios é falar da ambição futura da União Europeia. Só com novos recursos próprios a financiarem o orçamento da União Europeia, como acordámos nas negociações do Quadro Financeiro Plurianual, abandonaremos a discussão sem sentido, egoísta, todos os sete anos, sobre se os Estados-Membros contribuem com 1% ou 1,1% do seu rendimento nacional bruto e talvez possamos substituir este debate por um debate sobre a ambição política e geoestratégica da União Europeia.

Novos recursos próprios que estão na linha de políticas como o clima, o digital, uma política fiscal mais justa, combate à fraude, à evasão e à elisão fiscais, que não vem onerar mais os cidadãos, mas sim aqueles que hoje, de facto, não pagam impostos como as restantes empresas, ou seja, as grandes multinacionais do digital e os especuladores das transações financeiras.

A Presidência Portuguesa da União Europeia apresentou no Conselho uma proposta para fazer avançar a taxa sobre transações financeiras. Expressamos aqui o nosso ... *(O Presidente retira a palavra à oradora)*

Sandro Gozi (Renew). – Monsieur le Président, trois longs mois se sont écoulés depuis l'adoption par le Conseil de la décision sur les ressources propres, et pourtant plus de la moitié des parlements nationaux doivent encore se prononcer sur ce sujet.

Je rappelle que ces financements permettront de rembourser les plans de relance et donc de lancer la transformation écologique et numérique de notre économie. Les trois rapports que nous adoptons aujourd'hui permettront la mise en œuvre immédiate de cette transformation. Aller vite et être efficace sont les mots d'ordre, surtout dans cette période de crise.

Nous sommes en train de décider notre avenir commun, nos ressources communes, notre dette commune, et nous le faisons de façon fragmentée. Nous devons changer de méthode.

Les négociations du budget européen ont prouvé une chose: la prise de décision à l'unanimité au Conseil freine l'Europe et ralentit son action. Nous devons aussi dépasser les lenteurs des 27 ratifications nationales. La conférence sur l'avenir de l'Europe sera une étape-clé pour dépasser ces blocages. La crédibilité de notre action dépend de sa rapidité.

À présent, il est urgent que les parlements nationaux assument toutes les responsabilités et adoptent au plus vite la décision sur les ressources propres. Mais nous devons aussi nous adapter, tirer les leçons de ces passages, transformer l'Union et dépasser les vetos nationaux et les ratifications nationales à l'avenir. Oui, nous devons ensemble devenir plus ambitieux, plus efficaces et nous tourner résolument vers l'avenir. Agissons, chers collègues!

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Ich freue mich natürlich, dass die Eigenmittel-Diskussion vor allem von den Linken, den Grünen und den Sozialisten hier im Saal befördert wird und gutgeheißen wird, also von Angehörigen von Parteien, die mit ihren wirtschafts- und geldpolitischen Ideen regelmäßig gescheitert sind und ihre Staaten in den Ruin getrieben haben.

Nach dem Brexit hieß es: „Oh, wir haben alle verstanden, weniger EU.“ Sechs Wochen später kam Macron mit dem Vorschlag eines EU-Wirtschaftsministeriums und eines EU-Wirtschaftsministers. Drei Wochen danach dann kam der Vorschlag einer EU-Armee. Und im Rahmen von COVID haben wir nun die Transferunion erlebt, die Kreditaufnahme durch die Kommission und jetzt noch eine Ausweitung des Steuererhebungsrechts, und zwar für die EU, nicht etwa fürs Parlament.

In den USA begann die Unabhängigkeit mit dem Grundsatz „No taxation without representation“. Hier ist es genau umgekehrt, hier wird nun die Besteuerung ohne demokratische Legitimation eingeführt. Und genau die europäischen Nationalstaaten werden damit zu Besteuerungskolonien Brüssels. Und es wird genauso enden wie in den USA: Irgendwann werden die Leute, mit Verlaub gesagt, die Schnauze voll haben von weiteren Besteuerungen – nun noch von der EU, und zwar ohne demokratische Legitimation – und werden diesem Projekt ade sagen.

Insofern schwanke ich zwischen Zustimmung und Ablehnung, denn es wird der letzte Sargnagel sein, der diesen Deckel über der EU schließt.

Sara Matthieu (Verts/ALE). – Mr President, today, almost 80% of our EU budget comes from Member States, and that's a problem, because Member States always expect a maximum outcome but they also want to minimise their own contributions. And at the same time we need to finance the economic recovery and green transition, but where then should the money come from?

I think it's high time that the tech giants, the tax dodgers and the big polluters finally pay their fair share. The tax on non-recycled plastics is one example to ensure our own income. Putting a tax on virgin plastics would be an even bigger incentive to reduce plastic waste and single-use plastics.

So my message is clear: let's make sure that these new own resources actively fund the green transition, because that, colleagues, is a win-win for us all.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Dotychczasowy system zasobów własnych, oparty na składce uzależnionej od dochodu narodowego brutto każdego kraju członkowskiego, jest systemem prostym, przejrzystym, sprawiedliwym, choć istniejący system rabatów ten system zaburza. Jesteśmy gotowi do dyskusji nad nowymi propozycjami w zakresie dochodów własnych, jednak w pierwszej kolejności powinny to być wpływy z takich podatków, które dotyczą instytucji finansowych czy wielkich korporacji, które, korzystając z jednolitego rynku, zarabiają tutaj ogromne pieniądze, natomiast podatków nie płacą albo płacą je w niewielkim stopniu.

Niestety, Komisja Europejska zaproponowała rozwiązania polegające na podatku od nieprzetworzonego plastiku czy też na przejściu systemu dochodów ze sprzedaży praw do emisji CO₂. To jest system niesprawiedliwy, bo godzi w kraje mniej zamożne, a zwalnia z opodatkowania kraje zamożniejsze. W przypadku mojego kraju, Polski, system oparty na DNB stanowi 3,5% wpływów, tymczasem w przypadku podatku od plastiku będzie to aż 6%, a w przypadku podatku od CO₂ będzie to aż 11%...

(Przewodniczący odebrał mówcy głos.)

Younous Omarjee (The Left). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, le temps est souvent un allié, mais il peut aussi devenir un ennemi. Beaucoup trop d'États prennent aujourd'hui leur temps pour ratifier les dispositions sur les ressources propres et ralentissent ainsi la mise en œuvre du plan de relance européen quand il faudrait au contraire accélérer. Nous les conjurons de le faire sans délai et nous ne pouvons nous retrouver dans une situation où les États-Unis seraient engagés dans la mise en œuvre de leurs 1 900 milliards de dollars et l'Europe, elle, en attente et à l'arrêt.

Le choc de la crise du COVID, vous le savez, est immense, et vous savez que l'Union européenne est sévèrement jugée. Il ne faut pas ajouter au fiasco des vaccinations et au retard pris dans la vaccination le retard dans le redémarrage de nos économies. Tous ces retards font désormais peser un risque sur l'avenir même de l'Union. Tout se joue donc maintenant.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Monsieur le Président, l'Union n'avait qu'une seule option pour lutter contre l'actuelle crise si nous ne voulions pas tomber dans une spirale récessive avec des conséquences sociales imprévisibles: créer un fonds de relance. Et nous n'avions qu'une seule option pour le financer: permettre à la Commission de s'endetter massivement auprès des marchés financiers.

Mais, pour restituer cette dette, nous avons trois options. D'abord, augmenter les contributions des États au budget communautaire; cette solution ne ferait qu'accroître le taux d'imposition comparatif entre les pays contributeurs et les pays bénéficiaires. En second lieu, réduire le financement des programmes réguliers de la Commission: moins d'Europe, ce qui est inacceptable. La troisième option consiste à construire un véritable système de ressources propres, à donner aux institutions européennes une réelle autonomie fiscale. C'est bien sûr la solution.

La taxe sur les déchets plastiques, la simplification de la TVA communautaire sont une première étape dans cette direction, mais elle n'est absolument pas suffisante. Les mécanismes d'ajustement carbone aux frontières et la taxe digitale doivent être prêts le 1^{er} janvier 2023, mais cela ne suffit pas non plus. Il faut aussi encourager la taxe sur les transactions financières parce que seul un solide système de ressources propres peut garantir la continuité du projet européen.

Βαγγέλης Μείμαράκης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, είμαι ιδιαίτερα συγκινημένος και χαρούμενος, διότι σήμερα, σχεδόν σε όλο τον πλανήτη, το γαλανόλευκο χρώμα της Ελλάδος και η σημαία της κυματίζει περήφανα, εορτάζοντας τα 200 χρόνια από την Ελληνική Επανάσταση που οδήγησε στην ίδρυση του ελληνικού κράτους και αποτελεί ορόσημο της ελληνικής και ευρωπαϊκής ιστορίας. Τα μηνύματα της εξέγερσης των Ελλήνων, η ελευθερία, η δημοκρατία, η ειρήνη, η ανεξαρτησία, η δικαιοσύνη, είναι διαχρονικά, πανευρωπαϊκά, παγκόσμια και στις μέρες μας πιο επίκαιρα από ποτέ. Σας ευχαριστώ πολύ για τις ευχές σας.

Όσον αφορά τώρα το θέμα της σημερινής συζήτησης, που είναι οι νέοι ίδιοι πόροι, εκτός του ότι όλα τα εθνικά κοινοβούλια πρέπει πολύ σύντομα να επικυρώσουν τη συμφωνία, καλούμαστε να απαντήσουμε και σε ένα καιρίο ερώτημα: Πώς θέλουμε να αποπληρωθεί το χρέος που θα δημιουργηθεί από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Ανάκαμψης για την αντιμετώπιση της πανδημίας; Με ενισχυμένες συνεισφορές από τα κράτη μέλη —τόσο μέσω του Ακαθάριστου Εθνικού Εισοδήματος αλλά και του ΦΠΑ— ή θέλουμε να αναγνωρίσουμε την ανάγκη η Ευρώπη να εφεύρει νέες μορφές εσόδων που δεν θα επιβαρύνουν τους προϋπολογισμούς των κρατών μελών και κυρίως τις επόμενες γενιές; Θεωρώ ότι πρέπει να αποφύγουμε το πρώτο.

Σε κάθε περίπτωση, όμως, οι νέες μορφές εσόδων θα πρέπει να συμβαδίζουν με τις προσημοφωνημένες ευρωπαϊκές πολιτικές στο πλαίσιο της πράσινης ανάπτυξης και της ψηφιακής μετάβασης και να αποφευχθούν φαινόμενα υπερφορολόγησης τομέων που αφορούν στην αύξηση συντελεστών ΦΠΑ ή κλάδων που διαδραματίζουν καθοριστικό ρόλο στις εθνικές εκλογές, όπως ο τουρισμός. Αν δεν συμφωνήσουμε σε νέες πηγές εσόδων, που η Επιτροπή έχει δεσμευτεί να παρουσιάσει, θα κληθούμε να διαχειριστούμε ένα δυσβάστακτο χρέος και πρέπει όλοι, όρθιοι, να φτάσουμε στην επόμενη μέρα της πανδημίας για να τη διαχειριστούμε.

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, so far only certain Member States have ratified the procedure on the EU own resources system. The certification process must be completed rapidly EU-wide if we want to implement our ambitious plans to create – for the first time in the history of our continent – common European debt in order to overcome the crisis and finance our recovery.

We cannot afford any delays in this process. Delays will bring even higher risks to economically and socially more vulnerable Member States like my country, for instance. And we all need to understand that the idea of a united Europe is at stake.

Those who are constantly threatening our values and principles will use any European Union failure. That is the largest threat we face right now. The own resources system must be ratified on a fast-track procedure by all Member States. That is the only possible answer to this, and to any future crisis our Union will be challenged by. More Europe: that's all we need in the European Union.

Charles Goerens (Renew). – Monsieur le Président, le chemin vers de nouvelles ressources propres a été laborieux. Que de rapports d'initiative du Parlement européen, combien de papiers de réflexion aura-t-il fallu pour en arriver là... Sans parler des injonctions de personnalités engagées dans la construction européenne, comme M. Mario Monti, par exemple.

Toutefois, c'est la pandémie qui a été le déclic pour l'introduction de nouvelles ressources – à quelque chose malheur est donc bon. En effet, sans la pandémie et les menaces qu'elle fait peser sur nos économies et sur la situation sociale de nos États membres, on n'en serait pas là.

Si le Parlement européen le fait majoritairement par conviction, certains États membres acceptent finalement de nouvelles ressources propres par nécessité. Cela étant, j'aimerais, dans le peu de temps qui m'est imparti, plaider pour le maintien du principe de l'universalité budgétaire. En effet, vouloir prélever des taxes pour ensuite les affecter à des dépenses spécifiques est à l'opposé du principe de l'universalité budgétaire.

Je ne doute pas de la bonne foi de ceux qui disent qu'on va taxer le plastique pour affecter le produit de cette taxe à des fins de lutte contre la pollution. Mais cette approche fait peser le risque de remettre en question une dépense très pertinente si la taxe sur le plastique venait à se tarir. C'est précisément ce qui se produirait si l'usage du plastique devait disparaître.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand! Uanset hvordan I skruer dette sammen, skal vi ikke have EU-skatter. Hverken nu eller i fremtiden. Aldrig! Det ville blive et meget stort nej herfra. EU-skatter vil være et stort skridt i retning af den føderale superstat, og det vil være endnu en regning på vej til danskerne. For det er skruen uden ende. EU får aldrig nok. EU bliver aldrig mæt. Vi skal bare altid betale mere, og I vil altid bestemme mere.

Forestiller I jer virkelig, at EU skal til at have skattekompetence? Er man overhovedet klar over, hvilket principielt jordskred det ville være, hvis det kommer til at ske? For mig lyder det som et mareridt, der vil holde mig vågen om natten, hvis I får skattekompetence.

Jeg respekterer og misunder virkelig briterne for at have forladt EU-systemet og jer og jeres skatter, og jeg ønsker mig, at Danmark kommer ud af EU. Hellere i dag end i morgen.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Herr Präsident! Während US-Präsident Joe Biden mit massiven Konjunkturpaketen Tempo macht, wartet Brüssel auf 27 Mitgliedstaaten. Der Wiederaufbaufonds steht in den Startlöchern, aber gerade einmal die Hälfte der Mitgliedstaaten hat bisher ihre Hausaufgaben gemacht. Denn erst wenn alle nationalen Parlamente dem Eigenmittelbeschluss zugestimmt haben, können wir mit Investitionen gemeinsam auf COVID reagieren und unsere Wirtschaft klimagerecht ankurbeln – es wird Zeit!

Der Eigenmittelbeschluss ist aus unserer Sicht der erste Schritt. Wir Grüne wollen die Fiskalunion. Die EU muss ökonomisch handlungsfähig und ein globaler Akteur werden. Dafür brauchen wir Eigenmittel wie die Digitalsteuer und die Möglichkeit, Schulden aufzunehmen. Das, was für COVID richtig ist, muss zukünftig auch für die Bekämpfung der Klimakrise oder der sozialen Spaltung möglich sein.

An die Adresse von deutschen Konservativen und Liberalen sei gesagt: Verstecken Sie sich nicht hinter juristischen Argumenten oder hinter Verfassungsklagen. Blockieren Sie nicht die ökonomische Souveränität der EU, denn dann wird Europa geschwächt, und das sollten wir nicht zulassen.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, het is onverantwoord dat de EU geld leent op de kapitaalmarkt zonder na te denken over de consequenties. Ik sta stil bij de twee belangrijkste.

Er worden leningen afgesloten zonder dat duidelijk was en is hoe deze worden terugbetaald. Linksom of rechtsom zal uiteindelijk de burger voor de rekening en de risico's opdraaien en deze is daarvan onvoldoende op de hoogte gesteld.

Ten tweede, met het uitlenen van geld aan lidstaten treedt de EU op als financier en loopt daarmee kredietrisico. Financiële instellingen moeten op instigatie van de EU-toezichthouder reserveringen aanhouden om kredietrisico's op te vangen. Dat gebeurt nu niet en dat is een omissie. Ambities en middelen moeten in balans zijn. Geld groeit niet aan de boom en dus moeten we prioriteren.

Daarom is het goed om de totale programmaportefeuille van de EU tegen het licht te houden en alle niet-essentiële programma's te schrappen, voor minimaal 2 miljard euro per jaar ten faveure van een solide begroting, een buffer en aflossingen.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, τάσομαι αναφandόν υπέρ της δημιουργίας ιδίων πόρων που θα καταστήσει ισχυρή την Ευρωπαϊκή Ένωση προς όφελος των Ευρωπαίων πολιτών. Για αυτό συγχαίρω θερμά τον αγαπητό συνάδελφο, Jose Manuel Fernandez, για την εξαιρετική και σκληρή δουλειά που κάνει σε αυτόν τον τομέα.

Αγαπητέ κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, σήμερα θεωρώ ότι αποτελεί υπέρτατο καθήκον και χρέος όλων μας, από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, από την καρδιά της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να απευθύνουμε την απέραντη ευγνωμοσύνη μας και να αποδώσουμε τις δέουσες τιμές προς το ελληνικό έθνος που συμπληρώνει 200 χρόνια από τη μεγαλειώδη εκείνη Ελληνική Επανάσταση, που κατόρθωσε να απωθήσει τέσσερις αιώνες σκληρής, άραχνης, μαύρης, τουρκικής σκλαβιάς και το κυριότερο, να ανοίξει τον δρόμο για μια ελεύθερη Ευρώπη που ήταν η αρχή του τέλους της οθωμανικής κυριαρχίας και βαρβαρότητας. Ως Έλληνας Κύπριος είμαι περήφανος για την ελληνική ιστορία, τον πολιτισμό και τους εθνικούς μας αγώνες υπέρ της ελευθερίας, της δημοκρατίας και της εθνικής κυριαρχίας.

Το ευρωπαϊκό οικοδόμημα θεμελιώθηκε πάνω σε αυτές τις αρχές και αξίες, στον ελληνικό πολιτισμό, στα κόκκαλα των Ελλήνων τα ιερά, που έδωσαν ιερούς αγώνες για την υπεράσπιση αυτών των ιδανικών. Ποιος, όμως, θα μπορούσε να διανοηθεί ότι, 200 χρόνια μετά από την αποτίναξη του τουρκικού ζυγού από την Ελλάδα και ολόκληρη την Ευρώπη, ο ίδιος ζυγός, ο νεοοθωμανικός, θα κατείχε κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης;

Πιστεύω ότι τώρα είναι η ώρα ευθύνης της Ευρωπαϊκής Ένωσης να αποτινάξει αυτό τον ζυγό από τον κυπριακό ελληνισμό. Είναι η ώρα ευθύνης της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέναντι στην ιστορία, στον πολιτισμό, στις αρχές και τις αξίες της να στείλει ένα ισχυρό μήνυμα: φτάνει πια, δεν ανεχόμαστε τις οθωμανικές, νεοοθωμανικές και «ερντογανικές» συμπεριφορές και νοοτροπίες.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Hahn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was ich meinen Besuchergruppen hier in Brüssel immer zu erklären versuche: Was macht dieser europäische Haushalt eigentlich, und wie groß ist er? Weil die meisten, die sich dafür ja nicht interessieren und auch nicht interessieren müssen, glauben, dass – da die EU größer ist als Deutschland – wahrscheinlich auch der EU-Haushalt größer als der deutsche sein müsste, und sind dann immer fürchterlich überrascht, wenn ich ihnen erzähle, dass das nicht so ist, sondern dass der europäische Haushalt gerade mal doppelt so groß ist wie der meines Heimatlandes Nordrhein-Westfalen.

Das größte Problem dieses Haushalts, Kolleginnen und Kollegen: Wir haben keine Kontrolle über die Einnahmen. Bis heute kommt ein wesentlicher Teil der Zuflüsse aus den nationalen Haushalten. Daraus folgt ein Interessengegensatz mit den nationalen Finanzministerinnen und Finanzministern. Das macht die jährlichen Haushaltsverfahren so langwierig und ermüdend. Aber jetzt kommen wir der Lösung näher – die EU wird mehr echte Eigenmittel erhalten.

Je mehr es davon gibt, desto weniger müssen wir die nationalen Haushalte in Anspruch nehmen. Das könnte die Haushaltsverfahren beschleunigen. Und noch schöner: Durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen könnten wir endlich denen das Handwerk legen, die sich durch kreative Verlegung ihrer Gewinne vor einem gerechten Steuerbeitrag gedrückt haben.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, abbiamo capito, abbiamo ripetuto quanto buona sia stata la reazione dell'Unione europea alla pandemia dal punto di vista quantitativo: 1 850 miliardi, di cui 750 specificamente destinati alla pandemia con il *NextGenerationEU*.

Abbiamo visto come la necessità di costruire un pacchetto di risorse proprie per finanziare le nuove risorse sia necessario e abbiamo anche criticato alcune di queste risorse: dal punto di vista di alcuni paesi industriali, la scelta della *plastic tax* è una contraddizione in termini, perché chiede alle nostre imprese di pagare quel *Recovery fund*, quel *NextGenerationEU* che serve a rilanciarla.

Ma il punto più strano riguarda la divisione tra i paesi: 14 paesi non hanno ancora ratificato le risorse proprie e molti paesi non spendono tutte le risorse che ricevono. Bene, questa è un'Unione che deve crescere, che deve smetterla di non sognare, smetterla di controllarsi, guardandosi l'ombelico.

Proviamo a capire se la pandemia ci insegnerà anche questa nuova prospettiva sul nostro futuro.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, rapporteurs, I really appreciate that you have followed the debate from the very beginning until the end. And more in general, I really sincerely welcome Parliament's broad commitment to uphold the integrity of the own resources system. This needs to remain, it is a defining feature when we diversify the sources of revenue in order to rise to the challenge of financing the unprecedented solidarity effort agreed last year.

As established in the Interinstitutional Agreement signed by the three institutions in November, the Commission will also propose new own resources in June 2021 with a view to their introduction in 2023. As of today, they will be based on the Emissions Trading System, on the carbon border adjustment mechanism and on a digital levy.

Work on the legislative proposals is ongoing. Each of the proposals is justified on its own merit as the impact assessment will convincingly argue in a few months when the sectoral legislation is published. The new own resources will be particularly important when the repayment needs on the Next Generation EU are due. With the higher public debt due to the support for the economy in crisis times, new own resources can bring relief to national budgets while avoiding future cuts to EU programmes.

We also stand by our other commitment, made last year, to deliver a second batch of proposals for new own resources by June 2024. They will also be closely aligned with the Union's priorities and aim at further mitigating the contribution of national budgets to the repayment of NGEU borrowing.

The overall idea is to have, over time, a balanced basket of resources able to ensure sufficient streams of revenues for the next decades while reducing the weight on the public finances of all Member States.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Empfehlung zum Eigenmittelsystem der Europäischen Union findet heute, Mittwoch, 24. März 2021, statt.

Zu den Berichten über Eigenmittel, die auf nicht wiederverwerteten Verpackungsabfällen aus Kunststoff basieren, sowie bestimmte Aspekte der BNE-Eigenmittel und über die Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel finden die Abstimmungen über Änderungsanträge heute, Mittwoch, 24. März 2021, und die Schlussabstimmungen am Donnerstag, 25. März 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Marek Belka (S&D), na piśmie. – W przeciwieństwie do tego, co uważa jeden ze słynnych europejskich zespołów lat 90., „life in plastic is not fantastic”. Nie chodzi jednak tylko o sam fakt stworzenia kolejnego środka własnego Unii czy o krok w walce z zanieczyszczeniem klimatu. Te 80 eurocentów za każdy kilogram niepoddanych recyklingowi opakowań z tworzyw sztucznych to pierwszy z tzw. zielonych podatków, który wesprze UE w osiągnięciu pozycji prawdziwego podmiotu fiskalnego zwiększającego swoje gospodarcze i polityczne znaczenie także na arenie międzynarodowej. To jednak tylko pierwszy krok w odpowiedzialnym podejściu do zadłużenia spowodowanego przez NextGeneration EU. Podatek graniczny czy cyfrowy jako środki własne Unii to kolejne kroki. Jeśli jednak Komisja zauważy opozycję ze strony mało ambitnych państw członkowskich, ten Parlament tylko czeka na zastosowanie art. 116 TFUE.

Marc Botenga (The Left), par écrit. – Madame la rapporteure nous a mis au défi de trouver – je cite – «un pro-européen qui s'opposerait aux ressources propres: c'est un marqueur entre pro-européens et euro-ambigus». Plus encore, notre position sur ce dossier serait «un marqueur entre les visionnaires et les tenants du statu quo». Vous savez, parlez un peu aux gens. L'idée que la contradiction se trouverait entre taxes nationales ou taxes européennes ne tient pas la route. Ce qui compte en premier lieu, c'est qui paie. Qui paiera pour la relance? Est-ce que vous allez encore faire payer la crise aux travailleurs, au nom, encore une fois, de la dette publique ou du déficit budgétaire? Nous savons que de nombreux pays au sein de l'Union européenne sont des paradis fiscaux pour les multinationales, que les millionnaires ne contribuent que très peu, que vous avez reporté la taxe sur les transactions financières, que d'un impôt minimal pour les grandes entreprises européennes vous ne parlez même pas, tandis que les inégalités se creusent. Et même à la veille d'une nouvelle crise sociale et économique, vous parlez de taxes européennes sans qu'on ne garantisse une justice fiscale. Et vous vous attendez à des applaudissements?

Daniel Buda (PPE), în scris. – Tratatul de la Lisabona a reiterat faptul că bugetul Uniunii Europene ar trebui finanțat integral din resurse proprii. Acordarea Parlamentului European a unei puteri mai mari privind sistemul de resurse proprii reprezintă un pas necesar spre consolidarea democrației la nivelul instituțiilor europene. Sistemul actual de resurse proprii asigură venituri constante și previzibile, care echilibrează bugetul UE. Este evident că bugetul are nevoie să fie fiabil, atât în ceea ce privește veniturile, cât și cheltuielile, pentru a putea aborda provocările actuale, dar și pentru a putea obține rezultate tangibile pe termen lung. Sistemul de resurse proprii trebuie să contribuie la strategiile și politicile UE concepute și puse în aplicare pentru a face față provocărilor pe termen lung: cum ar fi diferențele regionale extinse și persistente, schimbările demografice, creșterea inegalității veniturilor și a bogăției, riscul de sărăcie, migrația, șomajul, schimbările climatice și tehnologice. Având în vedere că noua resursă proprie bazată pe deșeuri de plastic nereciclate a fost introdusă începând cu ianuarie 2021 este cu siguranță un prim pas într-o reformă mai largă și contribuie la strategia Uniunii Europene de neutralitate climatică. În acest context sistemul de resurse proprii trebuie să asigure un cadru durabil și rezilient care să respecte pe deplin principiul echilibrului.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Reformarea sistemului de alcătuire a bugetului Uniunii a devenit obligatorie ca urmare a crizei economice generate de pandemia Covid-19. Introducerea unor noi surse bugetare, dar și simplificarea modului de colectare au fost necesare pentru a finanța împrumuturile de pe piața de capital, în valoare de 750 miliarde, prevăzute în Instrumentul de redresare, parte a inițiativei Next Generation EU, fără a pune în pericol celelalte programe și instrumente financiare stabilite prin Bugetul multianual 2021-2027.

Cele trei noi surse de finanțare a bugetului UE sunt: baza de impozitare corporativă consolidată comună, sistemul de comercializare a emisiilor și taxa pe deșeurile de ambalaje din plastic care nu sunt reciclate.

Cele trei acte legislative dezbătute azi sunt necesare pentru a stabili prevederile tehnice ale modului de funcționare a noului sistem, inclusiv reguli de implementare, metodele de calcul, reguli de control și inspecție.

Un punct asupra căruia Parlamentul European a insistat de multă vreme și care acum este cuprins în textul final se referă la simplificarea modului de calculare, implementare și control al contribuției la bugetul UE din TVA.

Introducerea de noi surse de finanțare este obligatorie dacă avem în vedere că economia Uniunii nu are de înfruntat doar efectele crizei sanitare, ci și ambițioasele standarde impuse de Pactul ecologic și trebuie să rămână competitivă.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – Marile companii digitale americane plătesc în prezent în UE mai puțin de jumătate din rata de impozitare a întreprinderilor europene tradiționale, cu o rată de impozitare de 9,5 %, comparativ cu 23,2 % pentru întreprinderile tradiționale, conform unui studiu al OECD. Această situație se datorează faptului că normele fiscale internaționale actuale sunt depășite de timp, acestea nefiind concepute pentru companiile digitale care furnizează servicii într-o țară fără a fi prezente fizic acolo. Asigurarea faptului că aceste companii plătesc impozite în mod echitabil în țările în care își desfășoară activitatea este esențială atât pentru garantarea veniturilor la sistemul UE de resurse proprii, dar mai ales pentru asigurarea veniturilor fiscale la bugetele statelor membre, care să permită punerea în aplicare de politici și reforme solide, ceea ce, la rândul său, aduce beneficii întregii UE prin creșterea stabilității economice și reducerea decalajelor de dezvoltare socioeconomică dintre statele membre. Doresc să salut anunțul vicepreședintei executive a Comisiei Europene, Margrethe Vestager, de a veni cu o propunere legislativă pentru asigurarea unei impozitări digitale echitabile în UE și îmi exprim pe această cale suportul pentru noua propunere.

Manuel Pizarro (S&D), *por escrito*. – Os avanços do projeto europeu são acompanhados por novas necessidades de financiamento, as quais não devem recair sobre as finanças dos EM de tal maneira que as onerem para lá do que é razoável. A envergadura do pacote financeiro de recuperação da pandemia de Covid-19, o Next Generation EU, precipitou a opção histórica pela emissão de dívida conjunta. Mas para que o pagamento dessa dívida não pese excessivamente sobre as próximas gerações, há que criar novas fontes de receita e novos recursos. As propostas em cima da mesa, respeitantes a três novas taxas, são ousadas mas imprescindíveis. Considero grave que vários EM não tenham ainda ratificado o texto que cria esses novos e tão necessários recursos. Essa demora traz consequências graves para a vida de muitas famílias, trabalhadores e empresas, que assim continuam sem poder beneficiar dos investimentos inscritos nos Planos de Recuperação e Resiliência Nacionais, cuja disponibilização depende dessa ratificação.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – On tärkeää, että Euroopan unioni yhdessä vastaa koronan tuomaan talouskriisiin, ja tässä keskeisessä roolissa on kertaluontoinen elpymisrahasto. Koko paketin valmistelun ajan olen pitänyt äärimmäisen tärkeänä, että samalla kun otamme lainaa ensimmäistä kertaa yhteistä EU:n budjettia vastaan, sovimme myös lainan takaisinmaksusta. EU:n omien varojen järjestelmän uudistus ja EU:n uusien tulonlähteiden käyttöönotto voivat auttaa elpymisrahastosta aiheetuvan velan takaisinmaksussa, vaikkakin jäsenmaksut tulevat kattamaan yhä suurimman osan paketin kuluista.

Kaikkiaan pidän tärkeänä, että yksinkertaistamme ja sujuvoitamme koko unionin omien varojen järjestelmää, jotta EU-budjetin uudistettu tulopuoli toimii jatkossa entistä tehokkaammin jäsenmaksujen tukena. Jotta elpymisrahastolla rahoitettavat uudistukset saadaan mahdollisimman tehokkaasti ja oikea-aikaisesti liikkeelle, kehottaisin kaikkia jäsenmaita nyt ratifioimaan päätökset omista varoista ripeästi.

Uusien tulonlähteiden osalta pidän hyvänä ja tarpeellisena erityisesti tammikuusta 2021 alkaen kerättävää uutta kierrättämättömän muovin määrään perustuvaa maksua, vaikkakin toivon maksun tekevän pian itsensä tarpeettomaksi muovinkierrätyksen lisääntyessä jäsenmaissa. Sen sijaan suhtaudun varauksella mahdollisuuteen kerätä unionin omia varoja jatkossa uuden hiilitullimekanismin kautta. Asettamalla kolmansista maista tuoduille tuotteille hiilitulleja hankaloitettimme monien omien vientiyritystemme toimintaa ja tullit aiheuttaisivat herkästi vastareaktioita kauppakumppaneissamme.

Myös suunnitelmaa digitaalisesta verosta pidän niin ikään melko ongelmallisena, näin digitalisaation aikakaudella pidän keinotekoisina pyrkimyksiä erottaa digimaailmassa toimivia palveluita muista yritystoiminnan muodoista.

19. Ein allgemeiner Rahmen für Verbriefungen und ein spezifischer Rahmen für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung, um die Erholung von der COVID-19-Pandemie zu unterstützen – Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Paul Tang im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2402 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für Verbriefungen und zur Schaffung eines spezifischen Rahmens für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung mit dem Ziel, die Erholung von der COVID-19-Pandemie zu fördern (COM(2020)0282 – C9-0207/2020 – 2020/0151(COD)) (A9-0215/2020), und

— den Bericht von Othmar Karas im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 mit dem Ziel, die wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie durch Anpassungen am Verbriefungsrahmen zu unterstützen (COM(2020)0283 – C9-0208/2020 – 2020/0156(COD)) (A9-0213/2020).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass bei den Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten zugelassen sind.

Außerdem sind wie auf den letzten Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Paul Tang, rapporteur. – Mr President, the 2008 financial crisis is still with us today in the form of high debts and imbalances in the euro zone. That crisis had many causes, including the search for yields in an era of low interest rates, but what ignited it were the same financial products we are discussing today, securitisation. And these products are much better explained in popularised movies like *The Big Short*, by people much more engaging and much more attractive than I am, but in essence, they allow banks to package and sell loans and in this way they reduce their exposure to financial risks and free up capital for new loans.

And these are useful products, remind us of that, because you don't want to put all your eggs in one basket and they otherwise help to increase the financing of the real economy, and in our current COVID crisis this is exactly what we want. And this is why Parliament was happy to engage when the Commission proposed an impetus to Europe's securitisation market. The market itself is currently not big, it's rather small, and small not because of the restrictions of the current legislation but also mainly because of the abundance of cheap alternatives for financing loans as a result also of the ECB's monetary policy. So it remains to be seen what the proposed changes in the legislation will deliver, but in a crisis every bit counts.

And the Commission proposed to make it easier to sell off non-performing loans, something of increased importance in the years to come, and it also proposed to expand the STS label for simple, transparent and standardised securitisation to a new class of synthetic securitisation. This would give capital benefits to certain types of products that were not the loans themselves but only their revenue streams that are sold off.

Parliament, like I said, was happy to engage in this but is always aware of the dangers. Selling of loans can be a way to hide internal weaknesses or exposing others to unexpected risks. And we saw exactly this in the recently bankrupted Greensill bank. They issued risky loans but sold them off in packages, largely risk free. This went well until Credit Suisse noticed that in fact most of these loans were made to a single materials company close to bankruptcy. Credit Suisse pulled out, everyone pulled out, and Greensill went under. It's a classic example.

And the main worry should be not these individual cases, but that these individual cases do not become a systemic risk. Spreading risk is the aim of securitisation, but as history shows us, it may also lead to a concentration of risk if not well regulated and if not well supervised, and that remains crucial. We don't want the financial market to turn into one big domino day, when suddenly abstract complex products cause very real harm to our citizens.

This is what Parliament wants and wanted to avoid, so we pushed for changes to the Commission proposal. We've always mandated supervisors to closely monitor risks, including systemic risks, and give warning signs when things get out of hand. We are also very much focused on the structure of securitisation to avoid problems arising in the first place.

First, the issuing bank should always maintain a material exposure to the loans to avoid wrong incentives. Second, we minimised counterparty risk, this way investors don't need to suffer if an issuing bank goes down like Greensill did. And third, we further simplified the structure of the financial products to avoid them being used to trick the supervisor. These changes make for a safer European securitisation market, but financial markets shouldn't just be safe: they should also help us to move forward towards a sustainable and fair economy and to promote sustainability we mandated the European Banking Authority to develop rules for sustainable securitisation, which should be put in place when the larger review of the regulation comes into question at the end of the year.

To promote a fair economy we included strong safeguards against tax avoidance – safeguards that turned out to be so strong that Australia has already – even before the law was voted upon – committed to putting an end to its harmful tax regime of offshore banking units. The risk of reduced access to European financing set off alarm bells on the other side of the world in a clear sign of the strength of the European market.

To conclude, with this text we can achieve the best of three worlds: a stronger economic recovery; good checks on potential risks; and a contribution to a fair and sustainable economy.

Finally I would like to thank my co-negotiators Othmar Karas and Luis Garicano, and their teams of course, for what was not always an easy process given the time pressure. And I would like to thank the Commission's departments and the Council Presidency very much for a constructive approach up until the very end. It is now up to our financial markets to make the most of the tools given to them and support our economy through these difficult times.

Markus Ferber, *stellvertretender Berichterstatter*. – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sie erwarten jetzt eigentlich den Othmar Karas hier und sehen mich. Ich darf Sie ganz herzlich von ihm grüßen, er konnte es leider nicht einrichten, hier zu sein, und bedauert das sehr.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir müssen an vielen Schrauben drehen, um den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmern beim Weg aus der Krise unter die Arme zu greifen.

Dem größten EU-Investitionspaket aller Zeiten – dem Aufbauplan NextGenerationEU – mit dem neuen EU-Langzeitbudget, dem *Green Deal* und den währungspolitischen Maßnahmen muss auch unser Finanzmarkt folgen. Im Gegensatz zu den Erfahrungen aus der letzten Finanzkrise ist der Finanzmarkt diesmal nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Und deswegen müssen wir ihn auch verstärkt in den Dienst unserer gemeinsamen Zukunft stellen.

Die erste Schraube haben wir im Bankenbereich erfolgreich festgezurr. In Rekordgeschwindigkeit haben wir die Bankregeln überarbeitet, um satte 450 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten zu mobilisieren, von denen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitieren werden.

Die zweite Schraube waren die Änderungen an der Prospektverordnung und der Finanzmarktrichtlinie MiFID II, die wir vor wenigen Wochen hier im Europäischen Parlament verabschiedet haben und die dazu beitragen, die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen in der Krise zu stärken.

Und die dritte Schraube drehen wir jetzt fest, indem wir mit neuen Regeln für das Finanzinstrument der Verbriefungen das umfassende Maßnahmenbündel für die Erholung der Finanzmärkte vervollständigen.

Verbriefungen haben ja gemeinhin einen schlechten Ruf. Immerhin gelten sie als einer der Auslöser der Banken- und Finanzkrise 2008/2009. Das Problem damals war aber nicht das Instrument an sich, sondern der Inhalt. Wie bei so vielen Dingen ist nicht das Instrument an sich schlecht, sondern was man daraus macht. Aus den Erfahrungen der Finanzkrise hat sich leider ein gewisser Generalverdacht gegen Verbriefungen entwickelt. Verbriefungen sind aber nicht an sich gut oder böse – richtig eingesetzt können sie helfen, Risiken im Finanzsystem zu verteilen, Klumpenrisiken zu vermeiden und die Finanzierungsbedingungen der Realwirtschaft damit zu verbessern.

Das ist gerade in diesen Zeiten ein ganz wichtiger Faktor, denn wenn wir uns eines nicht leisten können, dann das, dass der wirtschaftliche Aufschwung aus der Pandemie am Ende daran scheitert, dass sich Betriebe nicht finanzieren können und Banken keine Kredite aushändigen können. Wenn Banken offene Kredite oder andere Vermögenswerte in Paketen als handelbare Wertpapiere weiterverkaufen, entlastet das die Bankbilanzen und kurbelt so die Kreditvergabe zusätzlich an. Und das trägt wieder dazu bei, dass Risiken im Finanzmarkt von jenen getragen werden, die dazu am besten in der Lage sind. Finanzmärkte sind nämlich nicht nur ein Risikofaktor, sondern sie können auch dazu beitragen, Risiken zu steuern, auf mehr Schultern zu verteilen – und davon profitieren am Ende wir alle.

Die neuen Verbriefungsregeln stärken somit einen wichtigen Baustein der Kapitalmarktunion. Was einst Gift war, wird zur Medizin gegen den wirtschaftlichen Einbruch nach Corona. Richtig dosiert können Verbriefungen dazu beitragen, den Wiederaufbau zu beschleunigen. Zum einen, weil neue Investitionsmöglichkeiten entstehen, und zum anderen, weil Banken mehr Spielräume für neue Kredite für Privathaushalte, aber auch für kleine und mittlere Unternehmen erhalten.

Ich bin froh, dass das Europäische Parlament in harten Verhandlungen mit dem Rat und den Mitgliedstaaten zahlreiche Verbesserungen durchsetzen konnte. Wir haben das strenge Regelwerk, das wir vor mehr als drei Jahren eingeführt haben, mit gezielten Anpassungen weiter gestärkt und weiter verbessert, damit Verbriefungen eine noch sinnvollere wirtschaftliche Aufgabe übernehmen können. Wir haben risikointensive Kapitalanforderungen für notleidende Verbriefungskredite und sogenannte STS- und *Balance-Sheet*-Verbriefungen durchgesetzt. Wir haben die Transparenzvorschriften erhöht. Wir haben den Grundstein für den Aufbau eines nachhaltigen Verbriefungslabels als Antwort auf die Klimaherausforderungen gelegt. Und wir haben die Handhabe gegen potenzielle Steuervermeidung durch Verbriefungsvehikel in globalen Steueroasen deutlich verbessert.

Dieser Schwung muss nun für die weitere Stärkung der Banken- und Kapitalmarktunion mitgenommen werden. Dafür stehen mit weiteren Überarbeitungen der Eigenkapitalrichtlinie – Basel-III-Finalisierung –, der Finanzmarktrichtlinie – die große Review von MiFID II – und der Versicherungsrichtlinie – die große Review von *Solvency II* – später in diesem Jahr noch einige regulatorische Großprojekte an. Ich hoffe sehr, dass wir dann gemeinsam an die erfolgreiche Arbeit am Paket zur Stärkung der Kapitalmärkte anknüpfen können. Das ist vor dem Hintergrund des Brexits und angesichts wirtschaftlicher Herausforderungen aufgrund der Pandemie auch dringend notwendig.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Paul Tang bedanken, auch persönlich, natürlich auch im Namen von Othmar Karas, beim gesamten Verhandlungsteam, natürlich bei der Europäischen Kommission, die immer eine wichtige Aufgabe hat, um die Streitparteien zusammenzubringen und Lösungen zu erarbeiten. Ich hätte mich auch beim Rat bedankt, wenn er anwesend gewesen wäre.

Mairead McGuinness, *Member of the Commission*. – Mr President, I'm very happy to join you before you vote tomorrow on the second half of the capital markets recovery package. Today's debate and indeed tomorrow's vote will close a chapter of the huge effort by the co-legislators and the Commission to help the economic recovery during the COVID-19 crisis.

I want to thank both rapporteurs for their efforts in bringing this package to a very successful conclusion. This consists of a set of targeted improvements to capital markets and bank legislation that will support the recovery of the economy.

In your plenary in February, as you know, Parliament already adopted the changes to markets in financial instruments directive (MiFID) and the Prospectus Regulation that constitutes one half of the package. Today, you were discussing the second half: targeted changes to the EU's securitisation framework, and amendments to the Securitisation Regulation and to the Capital Requirements Regulation.

In tomorrow's vote, I ask you, honourable Members, to endorse the report by Mr Tang and Mr Karas. The outcome of the negotiations is proportionate and well balanced. It maintains the investor protection and prudential soundness of the current framework. I believe that securitisation within a sound and well-calibrated regulatory framework can play a crucial role in funding the post-crisis recovery. Banks need to be able to continue lending to companies and SMEs in the coming months, once emergency support measures for the economic impact of the crisis are gradually withdrawn.

So it is important to prepare and upgrade tools that allow banks to keep playing this important role. Securitisation can be a key enabler in this respect. By moving risk off the balance-sheet of banks, synthetic securitisation could free up bank capital for new lending and allow a broader range of investors to contribute to the economic recovery. Securitisation could also help banks manage a possible increase in non-performing assets and loans and provide sustainable funding to the economy in a post-pandemic environment.

The adjusted prudential treatment of securitisation of banks' non-performing exposures will be particularly useful in the months to come, given that we can expect non-performing loans to increase as a result of the COVID-19 crisis.

Securitisation is also a key building block of the Capital Markets Union (CMU) and I welcome the support of this House for the CMU in your own-initiative report of last September. By extending the simple, transparent and standardised framework to balance-sheets' synthetic securitisations, we provide incentives for good practices in that part of the securitisation market, and we help banks find ways to share risk with capital market actors, which is one of the objectives of the capital markets union project.

For all these reasons, the agreement you have reached with Council on the capital markets recovery package is an important and timely contribution to the economic recovery. You have demonstrated that Europe can deliver quickly for citizens and businesses, and I'd like to congratulate you for your work and ask for your support for this part of the package in tomorrow's vote.

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Señor presidente, señora comisaria, esta semana el Parlamento Europeo tiene la responsabilidad de continuar contribuyendo a la recuperación económica de la Unión Europea. Hoy, con este debate y con el voto de esta tarde y de mañana, tenemos la posibilidad de permitir que empresas y hogares europeos -los dos principales pilares para la salida de la crisis- puedan superar los obstáculos que esta terrible situación les está poniendo en el camino. El nuevo marco de titulaciones es esa oportunidad para facilitar la obtención de liquidez por parte de las empresas y pequeños inversores en condiciones más competitivas en el mercado.

Este paquete de enmiendas a los marcos regulatorios de las titulaciones es una buena noticia para la canalización de la financiación hacia mercados de valores y otros instrumentos financieros, haciendo que más cantidad de flujos de capital se inyecten en la economía real. Este marco modificado para las titulaciones tendrá beneficios para dos pilares: por un lado, para las empresas, especialmente para las pymes, y por otro lado como decía antes, para las familias y los hogares europeos,

Durante este debate puede que escuchemos la famosa amenaza de que tal vez estamos yendo hacia la desregulación. Nada que ver con eso. Nuestra propuesta debe estar únicamente enfocada en facilitar que la legislación existente no ponga límites a los flujos de capital. No podemos permitirnos que haya más control que asfixie a las pequeñas y medianas empresas.

Aprobar estos dos informes de hoy nos permitirá contribuir a recuperación económica de la Unión Europea, facilitar las opciones de financiación y reducir los costes para pymes y pequeños inversores, reactivar los flujos de capital y, en definitiva, contribuir a la integración del mercado y al proyecto de la Unión de los Mercados de Capitales; y aprovecho, señora comisaria, para decirle que espero que sea una prioridad para los próximos meses.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora comisaria de Servicios Financieros, estamos hoy aquí en un debate importante, donde este Parlamento va —esperemos— a aprobar dos revisiones reglamentarias para permitir que la financiación llegue, y llegue de una manera más barata, fundamentalmente, a las pequeñas empresas.

Muchas veces discutimos en esta casa sobre grandes proyectos para profundizar en la unión del mercado de capitales y, quizá, no nos damos cuenta o no apreciamos la necesidad de estas medidas, de estas políticas, quizá no tan grandilocuentes como reformas globales de los mercados financieros, pero sí reformas que van a ayudar, que están dirigidas a mejorar la canalización del crédito hacia las —fundamentalmente— pequeñas empresas, pero también familias.

Europa está respondiendo a esta crisis de una manera ambiciosa y atinada. Yo creo que este año de agenda legislativa, con el programa de inversión, el Fondo de Recuperación, el Next Generation EU, se está ciertamente cambiando la faz de la estructura económica de la Unión Europea; pero también con esta reforma para mejorar el mercado de titulizaciones damos un paso más para que —como decía— las pequeñas empresas y las familias tengan acceso a un crédito más barato.

Las titulizaciones no han tenido buena prensa. Es cierto que estuvieron en el foco de la crisis financiera de hace ya una década. Y lo estuvieron muy probablemente porque esas titulizaciones no eran transparentes y porque el equilibrio entre rentabilidad e inversión de las titulizaciones estaba sesgado. Y estaba sesgado porque los inversores no sabían exactamente qué es lo que compraban cuando compraban una titulización y, probablemente, en esos productos se introducían o se introdujeron activos, créditos que, ciertamente, no contaban con la calidad necesaria.

Pero las titulizaciones *per se*, las titulizaciones bien estructuradas, las titulizaciones que reflejan correctamente esa relación entre rentabilidad y riesgo son una oportunidad más, son una vía más para mejorar la financiación.

Y en la legislatura pasada revisamos ese marco de titulizaciones, creando las titulizaciones simples, transparentes y estandarizadas y, en esta ocasión, damos un paso más para facilitar el uso de este tipo de instrumentos y, además, para facilitar que aquellos créditos fallidos que puedan aparecer en los próximos meses puedan también titulizarse, pasarlos al mercado secundario, y que el sector bancario siga teniendo la capacidad de mantener esa oferta de crédito al sector privado. Porque la política monetaria, porque el BCE está respondiendo, pero necesitamos que los intermediarios de esa política expansiva, que son las entidades bancarias, mantengan y amplifiquen el crédito, el flujo de crédito.

Y esta es una buena iniciativa, y quiero felicitar a Paul Tang y a Othmar Karas, que han trabajado en esta revisión y en la propuesta inicial de la pasada legislatura, y estoy seguro de que damos un paso en la buena dirección para fortalecer la recuperación económica.

Luis Garicano (Renew). – Mr President, it's really great to have Ms McGuinness here, and it's been a pleasure to work with her team to make these two sets of regulations concerning securitisation. Many people who are watching us, many colleagues, will wonder what these synthetic securitisations are, and what the point is of what we are passing tomorrow as a result of these negotiations.

Basically, wrong securitisations were at the root of the financial crisis: securitisations that weren't transparent were the weapons of mass financial destruction that led to the troubles that we suffered in 2008, partly.

But on the other hand, securitisations are useful tools. The reason they're useful tools is because they allow banks to shed risk, to get rid of the non-performing loans and continue making loans into the future. So the trick is to make sure that the risk that is transferred is fully transferred.

What happened with those American institutions that had trillions and trillions of dollars of risk return to their balance sheets was that they had made securitisations that made it look as if they were really transferring risk when in fact the moment there were troubles, the risks came back to their balance sheets.

So what we are looking for in these two regulations is to facilitate the use of securitisation to make sure that banks can shed these risks, but in a way that actually eliminates the possibility to fake the risk transfer, and encourages the transfer of real risk; when that risk is transferred, it really is transferred.

That's why we have put in place this set of rules that we believe is going to ensure that securitisations work, but they work in a transparent, simple way that actually allows the real economy to have larger access to credit without creating these opaque structures that were so complex, and that caused the last financial crisis.

France Jamet, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, mes chers collègues, depuis 1929, un début de régulation a été mis en place pour que la titrisation ne soit plus le moyen de noyer le risque du système financier international au détriment de la sécurité. Mais aujourd'hui, les lobbies des grands intermédiaires du marché, sous prétexte de COVID, tentent tout simplement de détricoter ces règles. Cela entraînera inmanquablement une autre crise encore plus grave, du fait de l'endettement dramatique – aussi bien de la sphère publique que des agents économiques privés – et de politiques qui font disparaître la fonction première des marchés: mettre un prix sur le risque.

S'il y avait une seule chose à faire aujourd'hui, ce serait d'assainir les marchés pour qu'ils puissent à nouveau financer des entrepreneurs avec des projets et une vision d'avenir et non plus alimenter des bulles dans lesquelles les financiers jouent au casino avec l'argent des autres, avec l'argent du peuple.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Monsieur le Président, chers collègues, en ce moment, tous nos efforts devraient être tournés vers les personnes les plus impactées par la pandémie.

Je pense aux artistes, aux cafetiers, aux restaurateurs, à toutes les personnes qui sont privées de revenus depuis plus d'un an. Je pense aux infirmières, aux aides-soignantes, aux travailleuses sociales, à toutes ces personnes qui sont à la fois surexposées au virus et sous-payées depuis trop longtemps. Je pense aux étudiants, aux sans-papiers, aux sans domicile, à toutes les personnes qui sont de plus en plus isolées et précarisées. Comment comprendre qu'en pleine pandémie et en dépit du bon sens, une majorité de ce Parlement se prépare à concéder de nouvelles opportunités de profits aux plus privilégiés ? Partout, le COVID creuse les inégalités, or ce Parlement ne trouve rien de mieux à faire que de soutenir une mesure qui ne fera que les amplifier.

J'entends déjà mes collègues – et, Madame la Commissaire, je vous entends déjà aussi – rétorquer qu'il s'agit ici, bien au contraire, d'une mesure dont le but est d'améliorer le financement de l'économie réelle. Balivernes que tout cela ! Pensez-vous vraiment qu'affaiblir les règles déjà beaucoup trop «soft» encadrant la titrisation soit une avancée pour nos économies ? Je vous rappelle que cette technique – je dirais plutôt cet artifice, voire cet instrument de dissimulation et de déresponsabilisation – fut au cœur de la crise financière de 2007-2008. La vérité, c'est que le lobby de la finance profite de toutes les occasions, y compris de la crise sanitaire, pour capter plus de profit, et qu'il trouve au sein des institutions européennes bien trop d'oreilles complaisantes.

Chers collègues, c'est sans trop d'espoir que je m'adresse à vous, conservateurs, libéraux, socialistes, pour revenir à un peu plus de bon sens et renoncer à cette étape supplémentaire de la dérégulation financière.

Johan Van Overtveldt, *namens de ECR-Fractie.* – Voorzitter, het pakket dat hier voorligt, is om twee redenen positief te beoordelen. Ten eerste kan er verwacht worden dat er bijkomend belangrijke nieuwe kredieten in die fondsen zullen komen als gevolg van de COVID-19-crisis. Ten tweede versterkt dit pakket ook onze kapitaalmarkten, iets waar we zeker ook behoefte aan hebben.

Maar toch wil ik pleiten voor voorzichtigheid, ook weer om twee redenen. Ten eerste was de synthetische securitisatie die met dit pakket makkelijker gemaakt wordt, één van de oorzaken – misschien wel dé oorzaak – van de implosie van het financieel systeem in 2008.

Het tweede element waarvoor ik wil waarschuwen, is dat de zogenaamde niet-renderende leningen in de nabije toekomst uiteraard ook een probleem (of een groter probleem) zullen worden en dat het opruimen van die niet-renderende leningen op een zo marktconform mogelijke manier moet gebeuren.

Chris MacManus, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, this evening, Parliament will vote on my group's rejection amendment on these two reports and I urge all MEPs to back these rejection amendments.

We are living through a pandemic, a once-in-a-hundred-year catastrophe beyond human control. Hundreds of thousands of our fellow citizens have lost their lives, and families and workers are bearing the brunt of the economic fallout.

Yet, at this point in time, Commissioner McGuinness and the EU are asking us MEPs to loosen the rules on securitisation. The Left consider such proposals an affront that would allow vulture funds to swoop and prey. These proposals are detached from our current COVID reality and it is actually deeply disturbing that they are before us at this time. Securitisation was one of the causes of the last recession. It is a facilitator of tax avoidance and it adds to financial instability. No doubt, the vulture funds and banks pushed hard for these rules, but for my party and my group, that is all the more reason to place them in the bin.

Has the EU learnt nothing? When they need help the most, are family homes and small businesses to be handed up by the EU? I am not here to protect the banks or assist the vultures. As MEPs, we're sent here to stand up for people and that is what you can do by voting down this dismal proposal. Support my amendment and say no to the Commission's securitisation agenda.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

Enikő Győri (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Örömmel tölt el, hogy a Ház ma egy olyan, a pártok többségén átívelő egyetértéssel övezett javaslattal foglalkozik, amelynek tárgya az európai cégek, pénzintézetek, és végső soron az európai polgárok életének megkönnyítése. Megújítjuk az értékpapírosítás keretrendszerét, ami a jelen válsághelyzetben feltétlenül indokolt. Elsősorban azért van szükség a hitelek forgalomképes értékpapírrá alakításának megkönnyítésére és felgyorsítására, mert ezzel a hitelintézetek banki tőkét szabadíthatnak fel, és tovább hitelezhetik azt, és ez a kis- és középvállalkozások számára létfontosságú a jelenlegi válsághelyzetben. E technikai könnyítés révén felgyorsíthatjuk a gazdasági helyreállítás finanszírozását, azaz a reálgazdaság tőkeinjekció hoz jut.

Bárcsak minél többször lenne alkalmunk hasonló reakcióidővel konkrét, az Unió polgárait és cégeit szolgáló gyakorlati kérdésekkel foglalkoznunk a sehova sem vezető és megosztó érték- és ideológiai viták helyett! Kérem képviselőtársaimat, hogy szavazzák meg a tőkepiaci helyreállítási csomag újabb elemét, mert ezzel a kisvállalkozásokat és a polgárokat segítjük.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, a união económica e monetária é uma das principais conquistas da integração europeia, mas ainda é uma realidade incompleta. Do lado da união bancária, ainda nos falta instituir o sistema europeu de seguro de depósitos e, do lado da união do mercado de capitais, falta-nos ainda mais, em campos que vão da fiscalidade à supervisão, passando pela insolvência. Se no primeiro caso falta realismo, no segundo falta pragmatismo.

Os mercados de capitais podem e devem ter um papel importante na recuperação económica da Europa. O défice de investimento que enfrentamos não será resolvido apenas com fundos europeus ou políticas orçamentais expansionistas. Precisamos de investimento privado para criar valor, gerar empregos, inovar no mercado, aumentar a competitividade das nossas empresas e aumentar o rendimento das famílias.

As medidas que estamos a tomar por força da crise pandémica são circunstanciais, mas teremos de tomar decisões estruturais. Temos de aumentar o acesso de pequenas e médias empresas ao mercado de capitais, proteger os investidores individuais, melhorar a literacia financeira dos cidadãos, combater a fraude com melhor supervisão e proteger a concorrência com uma fiscalidade mais inteligente.

A Europa precisa de mais investimento e nós estamos em condições de potenciar esse crescimento. Tenhamos a coragem de o fazer.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, gospođo povjerenice, teški ekonomski šok uzrokovan koronavirusom i iznimne mjere suzbijanja imali su naravno dalekosežni utjecaj na gospodarstvo.

Jedan od ključnih elemenata ekonomskog oporavka jest sposobnost banaka da nastave kreditirati poduzeća, posebno mala i srednja poduzeća. Fokus monetarnih mjera u ovakvim uvjetima trebao bi biti na održavanju povoljnih financijskih uvjeta radi očuvanja radnih mjesta i olakšavanja oporavka. Poduzetnici, pogotovo oni manji koji su još u *start-up* fazi vrlo teško dolaze do bankovnih kredita za razvoj poslovanja. Europsko nadzorno tijelo za bankarstvo objavilo je u studenom prošle godine izvješće o korištenju moratorija i ostalih mjera potpore u bankarskom sektoru Europske unije. Navedene mjere pomoći korištene su kako bi se u krizi uzrokovanoj koronavirusom ublažio utjecaj naglog zatvaranja gospodarskih aktivnosti, podržalo novo zaduživanje te olakšao položaj postojećih najamoprimaca. Moratorijima i drugim mjerama potpore obuhvaćeno je 871 milijarda eura kredita, što je oko šest posto ukupnog kreditnog portfelja banaka u Europskoj uniji. Od 60 % moratorija odobreno je poduzećima dok je 40 % bilo u korist privatnih osoba.

Što se tiče hrvatskih banaka, pokazuje izvješće, bilježe iznad prosječno više odobrenih moratorija malim i srednjim poduzećima, što pokazuje da je moratorij kao mjera bio primarno usmjeren na pomoć gospodarstvu. Naravno, uz to Vlada Republike Hrvatske dala je svoj doprinos s preko 10 milijardi kuna. Ovim instrumentom moramo zajamčiti mehanizme pomoći a mehanizme kontrole koji su se ovdje propitkivali sigurna sam imat ćemo i dalje i oni neće izostati.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, this has been a really important debate, and what I have welcomed particularly is that we have not forgotten the previous financial crisis, nor have we forgotten the lessons we must learn from that crisis. I welcome all of the contributions that have brought us back to the past in order that we don't return there again.

Very clearly, I want to make some important messages in relation to the issues we are discussing this evening. We are not loosening the rules; we are maintaining sound prudential rules and investor protection. We are promoting good practices, with the extension of simple, transparent and standardised securitisation rules, and let me stress that this is completely different to the type of securitisations that exacerbated the last financial crisis, which have no place in our financial system.

Taking no action in the face of rising non-performing loans (NPLs) risks, as you know, a credit crunch, and that would have serious economic and social consequences for all, including job losses and company failures. The capital markets recovery package in my view, and in the view of this House – we hope – in tomorrow's vote, will make it easier for capital markets to support European businesses to recover from the crisis.

This package will also be a positive signal to financial markets in general and to SMEs and banks in particular. It shows that the European Union can adapt quickly to evolving circumstances to support the real economy. The proposed measures are more important now than ever, and I hope that they will be supported by this House and I thank you for your attention.

Presidente. – O debate conjunto está encerrado.

As votações das propostas de rejeição das propostas da Comissão terão lugar hoje e, caso essas propostas não sejam aprovadas, então as votações dos acordos provisórios terão lugar amanhã.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Othmar Karas (PPE), schriftlich. – Wir müssen an vielen Schrauben drehen, um den BürgerInnen und Unternehmen beim Weg aus der Krise zu helfen. Auch der Finanzmarkt ist Teil der Lösung. Wir müssen ihn verstärkt in den Dienst unserer gemeinsamen Zukunft stellen. Die erste Schraube haben wir in Rekordgeschwindigkeit im Bankenbereich erfolgreich festgezurrnt, um satte 450 Milliarden Euro an frischen Krediten zu mobilisieren. Die zweite Schraube haben wir durch neue Finanzmarktregeln und das Wiederaufbauprojekt verankert. Und die dritte Schraube drehen wir jetzt fest, indem wir mit den neuen Regeln für das Finanzinstrument der Verbriefungen das Maßnahmenbündel für die Erholung der Kapitalmärkte vervollständigen.

Die neuen Verbriefungsregeln stärken einen wichtigen Baustein der Kapitalmarktunion. Was einst Gift war, wird zu einer Medizin gegen den wirtschaftlichen Einbruch nach Corona. Richtig dosiert können Verbriefungen den Wiederaufbau beschleunigen. Sie schaffen neue Investitionsmöglichkeiten und geben Banken mehr Spielraum für die Vergabe von frischen Krediten an Haushalte und KMU. Ich bin froh, dass das Europäische Parlament zahlreiche Verbesserungen im Regelwerk durchsetzen konnte. Wir haben risikosensitivere Kapitalanforderungen für notleidende und sogenannte STS-On-Balance-Sheet-Verbriefungen durchgesetzt. Wir haben die Transparenz erhöht. Wir haben den Grundstein für ein nachhaltiges Verbriefungslabel als Antwort auf die Klimaherausforderungen gelegt. Und wir haben die Handhabe gegenüber potentieller Steuervermeidung in Steueroasen verbessert.

20. Leitlinien für den Haushaltsplan 2022 — Einzelplan III (Aussprache)

Presidente. – Segue-se na ordem do dia o debate sobre o relatório sobre as orientações gerais para a preparação do orçamento de 2022, Secção III – Comissão [2020/2265(BU)] - Comissão dos Orçamentos. Relator: Karlo Ressler (A9-0046/2021).

Como tem sido habitual, gostaria de recordar aos senhores deputados que nestes debates não haverá procedimentos «catch the eye» nem perguntas «cartão azul».

Tal como nos períodos de votações nos períodos de sessões anteriores, estão previstas intervenções à distância a partir dos nossos gabinetes de ligação do Parlamento Europeu.

Karlo Ressler, rapporteur. – Mr President, more than a year has passed since Europe, together with the rest of the world, was struck by one of the worst crisis events in a generation. The COVID-19 pandemic has affected all aspects of our lives. Many have lost their loved ones, or have not been able to visit their families. Millions of bars, restaurants and businesses had to shut down. Theatres, museums and classrooms continue to stay empty. Europeans have struggled greatly in this period and our hardships, unfortunately, are still not over. Despite the fact that the months ahead of us are unpredictable, we cannot stay idle. We have the responsibility to put forward a vision and adapt to newer circumstances.

With this in mind, I have worked on the guidelines for the next annual budget of the European Union. The programmes, policies and agencies we have built over the years have been facing tremendous new challenges. This is why the next annual EU budget has to be a recovery budget in all its aspects. A recovery fit for all regions, all sectors and all generations.

First of all, we need to ensure that small and medium-sized enterprises receive our full support. SMEs constitute the backbone of the European economy, representing almost 99% of all businesses in Europe and providing around three-quarters of all jobs. Only by protecting that backbone that has been hit particularly hard can we ensure a vibrant economy that boosts investments and tackles unemployment.

Furthermore, the next budget should provide all the tools needed to close the digital divide and enable Europe's economy and public sector to be at the forefront of the accelerated digital transition.

This transition obviously also needs to be in line with the targets set in the European Green Deal, by turning green challenges into investments and opportunities in order to achieve a more sustainable, inclusive and resilient economy.

The COVID-19 crisis has put European health systems under unprecedented stress and exposed shortcomings in production capacities for vaccinations and other essential medical products in the Union. So in order to achieve our budgetary priorities, we will need to ensure a strong European health union based on solidarity and collective responsibility.

— Kolegice i kolege, pandemija je još jednom pokazala ogromne zdravstvene i gospodarske razlike između država članica.

Zato su ključne kohezijske politike koje bi novijim državama članicama trebale omogućiti hvatanje koraka u razvoju, ne zato da bi se same države što bolje pozicionirale nego radi toga kako bi svim europskim građanima osigurali jednake uvjete zdravstvene zaštite i jednake mogućnosti.

U tom kontekstu, ne možemo ignorirati niti činjenicu da se cijela Europa, a osobito neki njezini dijelovi suočavaju s negativnim demografskim trendovima. Demografski deficit dugoročni je problem koji zaslužuje sveobuhvatan pristup. Stoga je nužno osvijestiti važnost demografske komponente svih europskih politika pa i u kontekstu članka 174. Ugovora o funkcioniranju Europske unije.

Poseban fokus u ovim smjernicama stavili smo na mladu generaciju. Mladi su još jednom posebno pogođeni posljedicama ove krize, uz povećanu nezaposlenost i negativne učinke i na obrazovanje i na mentalno zdravlje. Stoga je potrebno iskoristiti sve mogućnosti financiranja kako bi se povećala uključenost mladih na tržištu rada ali i njihove obiteljske i životne prilike.

Gospodarski rast neraskidivo je povezan i s unutarnjom sigurnošću, zaštitom naših granica te očuvanjem schengenskog prostora. Stoga mi je posebno drago što smo i u ovim smjernicama naglasili važnost daljnje integracije Schengena što bi nesporno donijelo gospodarske koristi za cijelu Europu.

I would like to thank colleagues from all the political groups who have contributed to the guidelines we will be voting on later today and tomorrow. We have an opportunity to achieve a strong, unified and comprehensive position on how we want to shape the next year, through one of the most efficient tools we have. The annual budget, as part of the unprecedented investment packages, has to be a reflection of how best to use the resources at our disposal in order to prepare Europe for the new post-pandemic digital era.

This is an important step in achieving a unified position of Parliament, a clear signal to the Commission and to the Council about our priorities and also a message to our citizens that the EU will continue strengthening all successful programmes and policies in order to ensure a stable and fair recovery.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, I would really like to thank Karlo Ressler for these draft guidelines for the 2022 budget.

The 2022 budget will be the second one of the new multiannual financial framework (MFF) adopted just a few months ago. Like the 2021 budget, the 2022 budget will be reflecting the impact of the crisis under which it is forged. By then, hopefully the health crisis will be mostly resolved, so the economic and social recovery will be the main priority for next year's budget.

I'm happy that we share this priority with Parliament and I am confident that we can build on this common ground. Delivering the green and digital transitions will also remain key priorities. If anything, the crisis has shown that we have no time to lose. It gives us the opportunity to make the economy and social recovery greener and smarter.

Above all, the 2022 budget will be based on the recent MFF agreement. The new programmes will finally enter into force in the coming months and, under next year's budget, can be implemented fully. The Commission's proposal for the 2022 budget will be based on the MFF agreement as presented in detail in the technical update of the financial programming in early February, with possible deviations in case of updated or new legislative proposals.

I'm confident that we will receive from every institution reasonable and timely contributions that will guarantee proper preparation of the draft. Delayed MFF agreement has a knock-on effect on the implementation of the new programmes. It is, therefore, of utmost importance that we adopt this budget in due time to allow for stability and certainty for the implementation. We need financial stability in order to ensure the swift implementation of the programmes.

The 2022 budget will also need to ensure sufficient payments for the budget in general and more, in particular, for the continuing high execution of the structural funds. As usual, we will inform the budgetary authority during the year on the implementation during the interinstitutional meetings on payments.

Finally, let me assure you that the Commission will fully respect the commitments it has undertaken to inform the two arms of the budgetary authority on relevant developments, including the implementation of the Next Generation EU contribution to programmes and to the Recovery and Resilience Facility.

Alex Agius Saliba, *rapporteur for the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs*. – Mr President, 2022 will undoubtedly be characterised by an economic and labour-market crisis with high unemployment and also consistent labour shortages related to COVID-19, resulting in more inequalities, more poverty and more social exclusion.

That is why in the coming years the Union budget should have a strong social dimension, boosting sustainable growth, cohesion and upward social convergence and promoting economic and social governance.

In the EMPL Committee's view, the budget will need to – and should – also safeguard existing jobs and working conditions, and also create new, high-quality jobs while effectively and also inclusively combating poverty, including child poverty, social exclusion and also inequalities.

The EU budget must contribute to a well-functioning and inclusive labour market and guarantee sufficient investments in the S&D flagship initiatives, such as the Child and Youth Guarantee and the active implementation of the European Pillar of Social Rights.

The budget needs to improve the life prospects of our citizens and our workers, and it needs to address the social and employment-related challenges resulting from the COVID-19 pandemic, as well as supporting our workers, businesses and the move towards a more solidarity-based digital, greener and climate-neutral economy.

Angelika Winzig, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, 2022 wird entscheidend dafür sein, wie wir den Wiederaufbau nach dieser Gesundheits- und Wirtschaftskrise bewältigen.

Oberste Priorität muss natürlich die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sein. Dies kann nur durch Investitionen in Forschung und Entwicklung erfolgen, und die zusätzlichen 4 Milliarden Euro für *Horizon Europe* aus NextGenerationEU sind dafür ein wichtiger Baustein. Forschung und Entwicklung sowie Digitalisierung sind auch die Voraussetzungen für das Gelingen des *Green Deals*. Daher sind auch die vollständige Unterstützung aus dem *Just Transition Fund*, die *Connecting Europe Facility* sowie das Programm *Digital Europe* ganz notwendig für unsere Unternehmen.

Aus Sicht des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie werden wir natürlich auch alles daransetzen, dass die im mehrjährigen Finanzrahmen vereinbarten Mittel auch in den jährlichen Programmen den vollen Niederschlag finden – denn nur mit intelligenten Investitionen wird uns der Wiederaufbau gelingen. Das heißt im Klartext: Arbeitsplätze und Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Isabel García Muñoz, *ponente de opinión de la Comisión de Transportes y Turismo*. – Señor presidente, señor comisario, el presupuesto para 2022 va a ser clave para la recuperación y la transformación verde y digital del transporte y del turismo, dos de los sectores más afectados por la crisis de la COVID-19. Por un lado, necesitamos financiación europea y nacional para cumplir con la nueva Estrategia europea de Movilidad Sostenible e Inteligente. Al mismo tiempo, somos testigos de la importancia de contar con una red transeuropea de transporte resiliente, sostenible, que permita asegurar un reparto continuo y eficiente de las vacunas.

Nuestras infraestructuras tienen que poder abordar futuras presiones en la cadena logística, *shocks* medioambientales y adaptarse, además, a los avances tecnológicos. Para esto hace falta inversión adicional y un uso eficiente de fondos europeos como el CEF. Por otro lado, el presupuesto para 2022 debe suponer una oportunidad para la reactivación del turismo. En este Pleno, en el que votamos la estrategia europea para un turismo sostenible, insistimos una vez más en contar con un presupuesto específico para el sector y avanzar hacia una verdadera política europea del turismo.

Por último, la transición verde y digital debe acompañarse de un plan de financiación para la formación y recapacitación de los trabajadores del transporte y del turismo. No podemos olvidarnos del factor más importante: el humano.

Pina Picierno, *relatrice per parere della commissione per l'agricoltura*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il sistema agroalimentare europeo ha dimostrato nel corso di questa pandemia tutta la sua resilienza e tutta l'importanza che ha nelle nostre vite.

In tempi che non si preannunciano facili è necessario continuare a mantenere alto il livello di investimenti nell'agricoltura europea perché, se per alcuni settori l'effetto pandemia è già in parte superato, per altri continuerà purtroppo per molti mesi ancora.

Ecco perché il capitolo agricoltura nel bilancio europeo rimane assolutamente cruciale; la PAC, in particolare, dovrà continuare a svolgere la sua funzione di sostegno al reddito degli agricoltori, senza i quali – è utile ricordarlo ancora una volta – non potremmo avere cibo di qualità sulle nostre tavole.

E allora dovranno essere assicurati dei fondi sufficienti per aiutare le nostre aziende agricole anche verso la transizione verde, diventata il fulcro di tutte le politiche europee. Tutto questo ha un costo in termini di innovazione e di ricerca e il bilancio europeo dovrà essere adeguatamente e sufficientemente rinforzato per rispondere a questa priorità.

Romeo Franz, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss für Kultur und Bildung hat in seiner Stellungnahme herausgestellt, in welcher alarmierenden Situation der Kultur- und Kreativsektor sich wegen der Konsequenzen der COVID-19-Pandemie befindet.

Ich begrüße, dass in den allgemeinen Leitlinien des Haushaltsplans 2022 der Ernst der Lage für diesen Sektor erkannt wird, denn noch immer gibt es kein Licht im Tunnel für die Betroffenen. Theater und Konzerte und andere kulturelle Aktivitäten sind weiterhin in den Mitgliedstaaten untersagt. Künstlerinnen und Künstler, Musikerinnen, Soloselbstständige sehen ihre Existenz bedroht. Sie haben seit nunmehr einem Jahr keine Einkommen mehr.

Langfristig ist diese Entwicklung für unser kulturelles Ökosystem schlichtweg eine Katastrophe. Der Sektor braucht daher von allen Ebenen Unterstützung. Auf europäischer Ebene braucht es mehr Geld für das Programm „Kreatives Europa“, aber auch gerade aufseiten der Mitgliedstaaten muss es ein klares Commitment geben.

Sie müssen den Kultur- und Kreativbereich im Auge behalten und diesem Sektor 2 % des Gesamtbudgets für den Wiederaufbau widmen. Dabei darf der Zugang zu den Hilfgeldern nicht durch bürokratische Hürden erschwert werden.

Jan Olbrycht, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Nasza dyskusja na temat budżetu na rok 2022 dotyczy nie tylko tego, na co wydamy te pieniądze, ale również tego, jak je wydamy. Pamiętajmy o tym, że to jest drugi rok wieloletniej perspektywy finansowej, a to oznacza również, że potrzebne będą pieniądze na rozliczenie okresu 2014-2020. Ważne jest, żeby wszystkie sprawy, które mają być zakończone i rozliczone, rzeczywiście w roku 2022 znalazły swój kres.

Po drugie, to również drugi rok funkcjonowania Funduszu Odbudowy, a to też ważne. I tu chciałem przypomnieć, że w czasie negocjacji między Parlamentem i Radą z aktywnym udziałem Komisji mówiliśmy o tym, że część z tego, co będzie wpływało jako kary, zostanie wykorzystane na główne polityki Unii Europejskiej. To właśnie w roku 2022 ten mechanizm ma zacząć działać. Chciałem o tym przypomnieć, bo rzeczywiście dla Parlamentu to będzie niezwykle ważne, żebyśmy rok 2022 pokazali jako ten przykładowy rok, w którym wprowadzamy nowy mechanizm – wykorzystanie dodatkowych źródeł środków finansowych, które wpływają z zewnątrz jako kary. A więc: skuteczność wydawania, umiejętność przewidywania wydatków i wykorzystanie dodatkowych środków, jakimi są kary.

Victor Negrescu, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the European budget for next year is a key moment for the implementation of the multiannual financial framework (MFF) and the recovery plan.

This is why the S&D Group in the European Parliament calls for more ambition coming from the Commission and the Member States in the efforts to implement the multiple programmes and initiatives designed to manage a pandemic, and prepare for future challenges linked to the digital and green transformations. Investing more in healthcare, education and social infrastructure, prioritising research and innovation, supporting our start-ups and SMEs, helping vulnerable groups and promoting gender equality should be an integral part of what we plan for the future of Europe.

We call for a citizen-centred EU budget that brings an added value across Europe. We believe that the European Pillar for Social Rights represents a central guiding line for what we want in terms of the relaunch of Europe. The EU budget should therefore allocate proper resources and fully integrate the results of the Porto Social Summit.

Through our amendments, we managed to promote a stronger social response to the crisis, coming up with detailed guidelines for what needs to happen in health, education, fighting unemployment, combating poverty, and supporting children and young people, promoting digital skills and the green transformation.

We need an inclusive budget that leaves no one behind. The most affected sectors, like tourism and the hospitality sector, the cultural and creative sector, the education and the agricultural sector, should all be referred to with precise policies. We should deal with all the challenges existing at local but also at global level. Therefore I am really happy to see that our amendment calling for Romania, Bulgaria and Croatia to become part of the Schengen area has been taken on board in the final report.

All citizens should be at the centre of the MFF and the recovery plan. This is why the European Union should push for a stronger and better answer to the crisis by making sure that all Member States have the capacity to make 2022 a full absorption year. Cohesion in this regard is the key. We cannot repeat the mistakes made at the beginning of the previous MFF. We need to increase transparency, but also reduce the bureaucracy surrounding EU funds. Unfortunately, some governments – like in my own country, Romania – are incapable of preparing a proper answer to the crisis using European funds, and this is where we need to intervene.

The European Parliament should be an active actor of this relaunch plan. We are ready to do our part and we should understand that we are in all of this together. It is essential for us to be proactive and respect our commitments in the MFF.

We reiterate our support for the European Child Guarantee, the European Youth Guarantee, the EU4Health programme, the European Social Fund, the Erasmus programme, Creative Europe, and other programmes. The pandemic has shown us that we also need a European health union at the same time. And of course we must also think about our responsibility at global level: our international partners need our help.

We are the voice of EU citizens, and we should act as such in the negotiations with the Council and the Commission. Let us work together in finding the best solutions for a social, green, digital and inclusive European budget.

Nicolae Ștefănuță, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr Ressler, and all the shadows from the other political groups. I think we worked well together.

Europe is at the crossroads: 2022 will be either a year of beating the pandemic or another one of living with its wounds. We have to be prepared for both scenarios because only a prepared Europe is a respected Europe.

This year, we launched the rescue plan and the Member States are working on their national recovery plans. Lots of money will be available for the recovery and we have to build trust that money will be spent correctly. We have to build trust that the Union can monitor how that money is spent.

That is why it's important to strengthen the rule of law in 2022, to strengthen the European Public Prosecutor's Office (EPPO). The budget of the Union reminds us of what unites us, and that is values. The rule-of-law mechanism and a functional EPPO will show our commitment to these principles, to these values. This will show that we want money from the EU budget and the Next Generation EU to improve European lives and not end up in the pockets of some corrupt politician somewhere.

It is an illusion to think, however, that we will prevail against the pandemic only by building and investing in the economy. Germs do not take that into account. This is why we need a real and strong union of health. We need to invest in medical reserves in prevention, in fighting cancer.

The pandemic has also shown us the ugly face of national borders. This is why we need Schengen: there is no real Union with border controls, with people, with cars, with trucks waiting in line, with various paperwork requests from one country to the other. Therefore we invite the Council to enlarge and strengthen the Schengen area. This would help the 'have nots' relaunch their economies, but it would also benefit the 'haves' and the entire economy as a whole.

Commissioner, let's step up to the challenge, but as the saying goes, you don't get to pick what bad things happen to you. Let's be prepared for any type of things that come our way.

Markus Buchheit, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kollegen, die hier noch im Raume verblieben sind! Ich weiß, unser Haus hier, das Europäische Parlament, das ist nicht das Haus, das ist nicht der Tempel der Selbstkritik. Aber wir sollten uns durchaus fragen, warum die Bürger – und mein Vorredner hat es gerade gesagt: Wir sind diejenigen, die eben die Stimme des Volkes hier repräsentieren – uns zu hart kritisieren, nicht erst in letzter Zeit, nicht erst seit den jüngsten Korruptionsskandalen, sondern schon über die letzten Jahre und Jahrzehnte hinweg: weil sie das Vertrauen in uns verloren haben, weil sie das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik insgesamt und auch hier in uns verloren haben.

Deswegen stelle ich mir durchaus die Frage: Macht es Sinn in der heutigen Zeit, mehr Probleme zu schaffen als Probleme zu lösen? Sollten wir uns nicht vielmehr die Frage stellen, ob wir unsere Gelder tatsächlich auch dorthin bringen, wo sie Nutzen stiften, ob wir sie tatsächlich dorthin bringen, wo sie den kleinen Unternehmen auch nutzen können, statt immer neue Geldberge hier aufzuhäufen? Das ist die erste Frage.

Und das Zweite ist: Wir sollten uns in offenen Diskussionen bewegen. Die ganzen Vorreden, die ich hier heute gehört habe, sie waren ein Bingo-Spiel immer beliebiger, immer gleicher Worthülsen. Es geht hier beständig um grün, um nachhaltig, um inklusiv, um Transition. Und statt aber den *Great Reset* der Gesellschaft zu fordern, meine Damen und Herren, sollten wir uns doch vielmehr fragen: Ist nicht ein *Great Reset* hinsichtlich Offenheit und Ehrlichkeit der Politik erforderlich?

Henrike Hahn, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der EU-Haushalt 2022 ist ein wichtiges Instrument für die Gesundheit der Menschen, für Klima, Umwelt und für eine ökologisch soziale Erholung der Wirtschaft im Rahmen der COVID-19-Pandemie. Wir benennen heute unsere Leitlinien für die kommenden Haushaltsverhandlungen, und wir wissen: Da, wo Geld hingehet, wird Politik umgesetzt, da wird konkret messbar, wofür die EU steht.

Unsere drei grünen Prioritäten sind klar: Klima, Umwelt und Forschung und Entwicklung. Und es kann nicht oft genug gesagt werden: EU-Geld darf nicht in klima- und umweltpolitische Projekte gesteckt werden, die schädlich sind. Wir haben uns im Parlament auf ein ehrgeiziges Klimaziel festgelegt. Gerade deshalb brauchen wir eine Dekarbonisierung der Wirtschaft bis spätestens 2050, um allermindestens unsere Pariser Klimaziele einzuhalten.

Wir wollen massive Investitionen in Forschung und Entwicklung, um den *Green Deal* umzusetzen, für Digitalisierung und für grüne Industriepolitik. Davon sollten gerade auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren, und Start-ups.

Wir fordern außerdem, dass Gelder geschlechtergerecht investiert werden, Stichwort *Gender Budgeting*. Und wir brauchen Förderung von Kultur, so wie beim Programm Kreatives Europa. Und das ist auch ganz ausdrücklich wichtig: eine ordentliche Finanzierung von Erasmus+.

Und das muss auch gesagt werden: Frontex wird kein Blankoscheck ausgestellt. Frontex muss sich den Push-Back-Vorfällen stellen und Menschenrechtsbeobachter einstellen.

Der EU-Haushalt 2022 soll Europa nachhaltig und zukunftsfähig machen, und in Bayern sagt man dazu: Auf geht's!

Bogdan Rzońca, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Według ECR budżet musi realizować realne priorytety, ale na przykład w Europie Wschodniej mamy ogromne problemy związane z dekarbonizacją, za które zapłacą najbiedniejsze państwa Unii Europejskiej. Nie możemy więc ślepo popierać przyspieszenia unijnej procedury handlu uprawnieniami do emisji ETS. Zauważamy, że wprowadzenie prawa klimatycznego następuje bez realnej oceny skutków finansowych, ciężko nam więc będzie poprzeć ten budżet na 2022 rok w tym aspekcie.

Wzrost nakładów na Prokuraturę Europejską to też naszym zdaniem nie jest pierwsza potrzeba, bo zauważamy, że następuje tu dublowanie się ról OLAF, prokurator krajowych i właśnie Prokuratury Europejskiej. Doceniamy wagę pojęcia praworządności, ale koniecznie trzeba pamiętać o konkluzjach z 2021 roku, przygotować wytyczne do stosowania praworządności i należy podkreślić, że kompetencje nieprzekazane Unii Europejskiej są po prostu kompetencjami poszczególnych państw. Będziemy o to dbać i tego pilnować.

Chciałbym powiedzieć krótko, że w Unii Europejskiej jest tak, że ci, co mają wielkie, ważne idee, czasem mają też wielkie, własne partykularne interesy, i to jest przykre. Bądźmy więc bardziej solidarni, a wtedy będziemy bardziej doceniani!

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, η πανδημία που μας πλήττει έντονα, μεγαλώνει τις ήδη μεγάλες κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες· κατά συνέπεια, και το 2022 θα είναι μια δύσκολη χρονιά. Για αυτό χρειάζομαστε, και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο το ζητάει, έναν πιο ισχυρό κοινοτικό προϋπολογισμό με ισχυρότερη κοινωνική ατζέντα, έναν πραγματικό πυλώνα κοινωνικών δικαιωμάτων, με περισσότερα χρήματα για τα παιδιά, τους νέους, τη δημόσια υγεία, την περιβαλλοντική μετάβαση, την ψηφιακή μετάβαση.

Πρέπει να αξιοποιήσουμε κάθε διαθέσιμο πόρο, όλα τα αδιάθετα κονδύλια από το προηγούμενο πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο, τα έσοδα από τα πρόστιμα, νέους ιδίους πόρους —να πληρώσουν, επιτέλους, και οι γίγαντες του διαδικτύου— και αυτά να διατεθούν στη δημόσια υγεία, στις επενδύσεις, στη βιώσιμη ανάπτυξη. Για όλα αυτά, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ζητά από την Επιτροπή, κύριε Hahn, να μην συμμαχεί με τα δημοσιονομικά συντηρητικά μέλη του Συμβουλίου αλλά να διεκδικεί περισσότερα χρήματα, για περισσότερη και καλύτερη Ευρώπη.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα πραγματικά να συγχαρώ τον αγαπητό συνάδελφο, Karlo Ressler, καθώς και τον Επίτροπο Hahn για την εξαιρετική και σκληρή δουλειά, προκειμένου οι κατευθυντήριες γραμμές αυτού του προϋπολογισμού να βρίσκονται σε ένα ανθρωποκεντρικό, κοινωνικό και αναπτυξιακό πλαίσιο. Ίσως είναι ο πλέον αναπτυξιακός προϋπολογισμός που είχαμε τα τελευταία χρόνια.

Όμως, ανήκω σε αυτούς που υποστηρίζουν πάντοτε ότι μέσα από τον προϋπολογισμό είναι δυνατόν να δίνονται πολλά σε πολλούς και όχι πολλά σε λίγους. Είμαι μεταξύ εκείνων που, πέρα από τα μεγάλα έργα, θεωρώ ότι αυτά τα χρήματα πρέπει να παραχωρούνται και στις μικρές επιχειρήσεις και στους πολίτες: πρέπει τα χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης να φτάνουν παντού. Θα μπορούσαμε να χρηματοδοτήσουμε από τον προϋπολογισμό την Ευρωπαϊκή Κάρτα Φοιτητή, σε μια δύσκολη οικονομική περίοδο· θα μπορούσαμε να χρηματοδοτήσουμε δάνεια, υποτροφίες για τους νέους μας, ιδιαίτερα μετά το Brexit· θα μπορούσαμε να χρηματοδοτήσουμε την Ευρωπαϊκή Κάρτα Αναπηρίας.

Δεν υπάρχει καμιά αμφιβολία ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ανθρωπιστικό και αλληλέγγυο ρόλο και ορθώς χορηγεί χρήματα σε πρόσφυγες. Όμως, είναι αδιανόητο ότι όλα αυτά τα χρόνια, εδώ και 46 χρόνια υπάρχουν Ευρωπαίοι πρόσφυγες, οι συμπατριώτες μου Έλληνες Κύπριοι πρόσφυγες, οι οποίοι δεν πήραν ούτε ένα ευρώ από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Θα απευθυνθώ ξανά σε εσάς, αγαπητέ κύριε Επίτροπε. Γιατί να υπάρχει αυτή η διάκριση όταν είναι πρόσφυγες, και μάλιστα Ευρωπαίοι; Γιατί να μη λαμβάνουν ούτε ένα ευρώ;

Ταυτόχρονα, είμαστε περήφανοι γιατί ψηφίσαμε τη σύνδεση του κράτους δικαίου με τον προϋπολογισμό. Για τους μόνους που δεν ισχύει το κράτος δικαίου, τα ανθρώπινα δικαιώματα, οι αρχές και αξίες, είναι η Τουρκία. Χρηματοδοτούμε μια χώρα που παραβιάζει το κράτος δικαίου, φυλακίζει δημοσιογράφους, αποσύρεται από τη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης, παραβιάζει αρχές και αξίες, κατέχει κράτος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τι άλλο πρέπει να κάνει η Τουρκία για να μην συνεχίσουμε αυτήν τη χρηματοδότηση; Πιστεύω ήρθε η ώρα, κύριε Επίτροπε, γιατί είναι πρόκληση για τους Ευρωπαίους πολίτες τέτοιες χώρες να συνεχίζουν να παίρνουν τα χρήματα του Ευρωπαϊκού φορολογούμενου. Αν ρωτήσετε σήμερα τους Ευρωπαίους πολίτες, αν πρέπει να χρηματοδοτείται η Τουρκία, θα απαντήσουν όλοι, με συντριπτική πλειοψηφία, «όχι».

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, when setting guidelines for the 2022 budget, we must keep in mind lessons from the COVID crisis.

Neither the strongest military defence nor the most advanced social systems are enough to protect our welfare or security. Robust healthcare systems then become our new challenge. The EU vaccination rate is badly falling behind the US and the UK. At the current rate, 99% of adults in UK will be vaccinated by the end of this summer. It looks like, just for comparison, there will be only 11% of adults in the EU vaccinated by that time.

The free market, distorted by large pharma corporations, doesn't really work in crisis times. We must introduce and implement a common European approach and direct financial support for research and production of vital medical supplies, including or starting with COVID vaccines all over Member States. Europe also needs rights to implement control over the production and distribution of medical supplies in cases of emergency. Medical security independence: that is what Europeans expect from us.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, many thanks to the Members again for this fruitful and, I have to say, engaging exchange.

Let me assure you that Parliament's guidelines will be an important element for the preparation of the 2022 draft budget. The Council has already adopted its guidelines on the 2022 budget. It was addressed in the Economic and Financial Affairs Council (ECOFIN) on 16 February, and the spring dialogue on 13 April will provide us with the opportunity to have a first, more detailed constructive debate.

I am looking forward to this debate and working with you over the next month, and we will, as usual, act as a mediator between the positions of both budgetary authorities to help forge an agreement which is equally satisfactory to all parties and reflects the needs we will face next year. We are still in a situation where we have to work on a quick and sustainable recovery after this pandemic.

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação das alterações ao relatório Ressler terá lugar hoje, a votação final amanhã.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Tamás Deutsch (NI), írásban. – Kizárólag a koronavírus-járvány okozta gazdasági károk enyhítésére tett erőfeszítések második évről kellene szólnia ennek a parlamenti vitának és az EP 2022-es költségvetési tervekről szóló jelentésének. Ehelyett két olyan szándékot is tartalmaz az előterjesztett szöveg, amely az európai baloldal költségvetési köntösbe bújtatott ideológiai céljait tükrözi: az egyik a szolidaritásra hivatkozva az illegális bevándorlók tagállamok közötti kötelező megosztása, áttelepítése; a másik pedig a jogállamiságinak füllesztett mechanizmus, aminek a célkeresztjében az általuk másodrangúnak gondolt közép- és kelet-európai országok vannak.

Az EP hosszú hónapok óta követelőzik a hazug módon jogállamiságinak mondott mechanizmus ügyében. Az állam- és kormányfők az Európai Tanácsban elutasították az EP álláspontját tavaly decemberben. A Tanácson belül ennek a küzdelemnek az élharcosai épp a magyar és a lengyel kormányok voltak. A jogállamiságinak hazudott ügyek kapcsán is jól látható: a baloldali politikusok jó része azon dolgozik, hogy megossza az Európai Uniót. Az ő gondolkodásukban vannak elsőrendű uniós tagországok és polgárok, illetve vannak másodrendű országok és polgárok. Az egész jogállamiságinak füllesztett mechanizmus egy olyan fegyver számukra, aminek a célkeresztjében az általuk másodrangúnak gondolt közép- és kelet-európai országok vannak. Ehhez pedig segédkezet nyújtanak a magyarországi baloldal politikusai is.

(A sessão é suspensa às 19h51.)

VORSITZ: KATARINA BARLEY*Vizepräsidentin***21. Wiederaufnahme der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 20.31 Uhr wieder aufgenommen.)

22. Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von **Javi López** im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über die Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien: Richtlinie 2004/107/EG und Richtlinie 2008/50/EG (2020/2091(INI)) (A9-0037/2021).

Ich weise die Mitglieder – wie immer – darauf hin, dass bei den Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten zugelassen sind.

Javi López, ponente. – Señora presidenta y queridos colegas, si algo nos ha enseñado la pandemia de la COVID-19 es que Europa necesita proteger mejor la salud de sus europeos. Y que las instituciones europeas tienen que concienciarse para utilizar todas las herramientas posibles para involucrarse en esta salud pública.

Y hoy lo que hacemos es tratar el mayor riesgo medioambiental para la salud humana que hay en Europa: la contaminación del aire. Esta contaminación del aire provoca 400 000 muertes prematuras al año —enfermedades cardiovasculares, pulmonares, cáncer de pulmón— y, además, acaba afectando a los grupos más vulnerables: a los niños, a la gente mayor, a las personas con menor renta, con menor poder adquisitivo. Porque si la calidad del aire está vinculada intrínsecamente a la salud pública, también está atravesada por la desigualdad. Y no solo afecta a ellos. También acaba afectando a nuestros ecosistemas, a la biodiversidad, a la salud vegetal. Por eso reclamamos, desde el Parlamento Europeo, adoptar políticas ambiciosas para garantizar un aire limpio para los ciudadanos europeos.

Con este escrutinio que hacemos en el informe de implementación de las Directivas sobre la calidad del aire, queremos lanzar cuatro mensajes como Parlamento.

En primer lugar, alinear los estándares de calidad del aire a los criterios de la Organización Mundial de la Salud, que viene a ser alinearlos a la ciencia. ¿Por qué? Porque, si bien es cierto que llevamos teniendo legislación sobre la calidad del aire en Europa desde los años ochenta, los estándares actuales tienen entre quince y veinte años. La ciencia ha avanzado durante este tiempo, y pedimos una actualización que permita cubrir otros contaminantes no regulados, como las partículas ultrafinas, el carbono negro.

En segundo lugar, reforzar la red de vigilancia y, especialmente, vigilar su representatividad. ¿Por qué? Porque sabemos que criterios ambiguos sobre la ubicación de las estaciones de control y los puntos de muestreo acaban provocando que tengamos dudas razonables sobre si estos son realmente representativos.

En tercer lugar, tener planes de calidad del aire, nacionales, que sean realmente efectivos, y una mayor cooperación de buenas prácticas en este sentido.

Y, en cuarto lugar, y también igual de importante, que tengamos mecanismos coercitivos que sean eficaces. A día de hoy, tenemos treinta procedimientos de infracción abiertos en relación con nuestras Directivas sobre la calidad del aire en veinte países diferentes. Eso quiere decir que, si algunos Estados miembros están incumpliendo de forma sistemática la actual legislación, tenemos que repensar nuestros mecanismos coercitivos frente a ellos.

El informe no solo hace esto. El informe también pide una aproximación completa al fenómeno: integrar la calidad del aire en el conjunto de las políticas y legislación de la Unión Europea; pedir cooperación entre todas las administraciones involucradas, entidades locales, regionales, europeas, Estados miembros; extraer lecciones también de la COVID-19.

Evidentemente, los confinamientos no son modelo para absolutamente nada, pero hemos podido ver como el cambio de la movilidad también tiene un impacto sobre la calidad del aire, y algunas lecciones podemos extraer.

Y una de las lecciones que extraemos es que necesitamos repensar nuestro modelo de ciudad. Una ciudad más orientada a la salud de sus ciudadanos, orientada a los peatones, que sea capaz de liderar, la transformación en el vehículo, para electrificarlo, con las infraestructuras necesarias, con un transporte público accesible, pensando en la bicicleta, en aquellos que caminan, en las zonas de bajas emisiones —que se han demostrado una herramienta también eficaz para mejorar la calidad del aire— y, además, intentar extraer del oportunismo político las medidas que se están tomando, que van en la buena dirección, con una lógica de un principio de no reversión, si se están demostrando eficaces estas medidas.

Por último, lo que hacemos también con este informe es reivindicar la información. La información de los ciudadanos como la mejor herramienta para la concienciación, que es el empoderamiento. Que los ciudadanos estén más informados sobre la calidad del aire va a provocar que también sean más exigentes con sus administraciones sobre la necesidad de mejorar estos indicadores, utilizar las nuevas tecnologías, las aplicaciones tecnológicas en este sentido.

Hacemos la presentación de este informe a las puertas de la presentación del plan de acción «contaminación cero» por parte de la Comisión Europea —un plan que vemos esperanzados, esta Cámara, este Parlamento Europeo— y de la posible revisión, de la futura revisión que demandamos de las Directivas sobre la calidad del aire el año que viene, que animamos a que sean ambiciosas y exigentes.

Es cierto que hemos tenido una mayoría que no ha sido enorme en la Comisión de Medio Ambiente para la aprobación de este informe. Yo querría agradecer a todos los grupos, y especialmente a los ponentes alternativos que han dado apoyo a este informe, su trabajo. Porque no solo han conseguido aprobarlo; lo que han conseguido con su trabajo es hacerlo mejor, mucho mejor. Querría agradecerse especialmente.

Pero he de decir que no solo somos los que lo hemos aprobado quienes lo apoyamos. Tengo aquí una lista: la Federación Europea de Asociaciones de Pacientes con Alergias y Enfermedades de las Vías Aéreas, la Alianza Europea de Salud Pública, la Sociedad Respiratoria Europea o el Comité Permanente de Médicos Europeos están apoyando este informe.

Yo lo que quiero hacer es aprovechar también para pedir al Partido Popular que se piense el voto de mañana, como partido de Gobierno. Lo digo porque es incompatible querer liderar políticamente en esta Cámara la lucha contra el cáncer y luego votar en contra de la mejora de la calidad del aire. O es un gran ejercicio de cinismo. Que lo piensen y se lo replanteen para mañana.

Porque, sin duda, construir resiliencia sanitaria comienza con un aire limpio, y eso lo tenemos que hacer ya. Y esperemos que este informe pueda contribuir a ello.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, I very much welcome the work of the European Parliament on this report. This is an important building block in our efforts to deliver on the commitments made in the European Green Deal. For several decades now EU clean air policy has brought significant improvements to air quality in Europe, with major benefits for citizens' health, but we need to do more. Air pollution still has a massive impact on our well-being, our environment and our whole economy. Air pollution still brings some 400 000 premature deaths every year, as well as cardiovascular diseases, respiratory problems and cancer.

And air pollution has recently been receiving attention as a factor which may facilitate the severity and prognosis of COVID-19 infections. With a threat like this, of our own making, we have a collective moral imperative to act. This is why in the European Green Deal under the umbrella of a zero-pollution ambition for a non-toxic environment we are committed to strengthening the centrepiece of EU clean air policy: the EU's Ambient Air Quality Directives.

We will propose to revise the existing standards and align them more closely with the latest recommendations from the World Health Organisation. We will also propose to strengthen provisions on monitoring, modelling and air-quality plans to help local authorities. We are working towards presenting a legislative proposal to this effect in the second half of 2022. As always, the Commission relies on the best available scientific recommendations.

We expect the WHO to publish revised air-quality guidelines in the coming months that will allow us to conduct a full impact assessment of our policy options in line with better-regulation requirements. And of course, in the work ahead, we will truly consider the European Parliament's input. I look forward to continuing our constructive cooperation and to delivering clean air for all our citizens and their environment.

Carlo Fidanza, *relatore per parere della commissione per i trasporti e il turismo*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il parere della commissione TRAN ha scelto di anteporre, per una volta, il pragmatismo all'ideologia perché, vedete, l'inquinamento dell'aria che respiriamo è certamente un problema enorme ma, davanti a decine di procedure di infrazione che non hanno portato a risultati di alcun tipo – è stato menzionato dal relatore – non ha senso insistere sulla stessa strada, aumentando ancora i target di riduzione delle emissioni già difficilmente raggiungibili in questo contesto.

È sbagliato, poi, bastonare le imprese già gravate da tasse e burocrazia ed è sbagliato colpire i cittadini che, per tanti motivi, non possono andare a lavoro in bicicletta o in monopattino e non possono permettersi di comprare costose auto elettriche per le quali poi, in tante parti d'Europa, non ci sono le stazioni di ricarica.

Vedete, io vivo al centro della pianura padana, dove purtroppo le nostre bellissime Alpi rendono difficile il ricambio naturale dell'area. In territori così questa è la nostra opinione: non servono ricette ideologiche ma infrastrutture moderne, trasporti pubblici efficienti, ricambio del parco circolante e incentivi per la transizione ecologica delle imprese. Soltanto così contribuiremo realmente ad avere un'aria più pulita.

Pernille Weiss, *for PPE-Gruppen*. – Fru formand! At vi i Europa har en udfordring med luftforurening, det er et faktum. Omtrent 400 000 europæere dør årligt på grund af luftforurening. Værst ser det ud i Central- og Østeuropa. Det har set værre ud, end det gør i dag. Vi er godt på vej, selv om det godt kan gå hurtigere, også i lyset af, at luftforurening ud over menneskeliv koster borgere tabt arbejdsfortjeneste, virksomhederne produktion og betyder øgede udgifter til sundhedsvæsenet.

EU skal med vores politikker og mange værktøjskasser fortsætte med at være den motor, der driver arbejdet for et renere og sundere miljø i hele Europa fremad. De løsninger, vi finder, er også løsninger, der er brug for i resten af verden. Derfor er fokus på luftforurening også en kilde til nye forretningsmuligheder. Derfor er denne betænkning et oplagt initiativ, der sætter retning på EU-handleplaner for nulforurening inden for rammen af den europæiske grønne pagt. Men retning er ikke nok.

Der skal handling til og helst på måder, der ikke sætter byer i stå og lukker vigtige arbejdspladser, fordi vi bliver paralyseret af problemernes omfang. Derfor kæmper EPP især for, at EU's luftkvalitetsstandarder vurderes i lyset af de nye WHO-retningslinjer. Sådan kan vi så finde frem til de mest bæredygtige løsninger for EU og vise vejen for resten af verden. Det håber jeg naturligvis, at alle kan være enige om er en god idé.

Jytte Guteland, *för S&D-gruppen*. – Fru talman, herr kommissionär! Enligt Världshälsoorganisationen är luftföroreningar den största miljörelaterade hälsorisk i Europa. Varje år vållar den nästan 400 000 människors förtida död.

Jag vill tacka min kollega Javi López för ett mycket bra arbete och ett betänkande som inte bara pekar ut vad EU gör i dag, utan också vart vi behöver komma. Betänkandet betonar flera viktiga aspekter avseende luftkvalitet. Att stärka övervakningsdatanätet för luftkvalitet, förbättra informationen om luftkvalitet, att skärpa luftkvalitetsplanerna och garantera det faktiska genomförandet av de nuvarande luftkvalitetsdirektiven är några exempel. Betänkandet innehåller emellertid även förslag om hur man kan minska luftföroreningar exempelvis genom klimatpolitik och effektivare och bättre transportsätt.

Jag blir därför uppriktigt sagt mycket förvånad när de konservativa grupperna, bland annat PPE, parlamentets största grupp, har försökt urvattna det här betänkandet. EU:s gränsvärden måste uppdateras så att de ligger i linje med Världshälsoorganisationens gränsvärden och riktlinjer, men det vill tydligen inte den konservativa gruppen.

Det chockar mig att man inte tar människors hälsa på större allvar, och jag kräver att moderaterna, kristdemokraterna och våra svenska kolleger i PPE— och ECR-grupperna röstar emot sin grupplinje i detta fall, i en fråga som inte ens borde vara partipolitiskt vägskiljande utan bara borde handla om att stå upp för människors hälsa.

I den europeiska gröna given utlovas åtgärder för minskning av luftföroreningarna från de sektorer som har störst utsläpp och åtgärder i fråga om de sammanhängande utmaningar som luftföroreningar innebär genom att en handlingsplan för nollföroreningar antas, vilket är mycket bra. Betänkandet som vi röstar om i kväll ger starka signaler till kommissionen om att Europaparlamentet tar frågan om luftkvalitet på stort allvar och vill se skarpare åtgärder för att få en renare luft och skydda våra medborgares hälsa.

Frédérique Ries, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, en ces temps de COVID qui se prolongent, il est juste de rappeler une chose: la pollution de l'air est la première menace pour notre santé – maladies cardiaques, maladies pulmonaires, cancers, diabète, touchant surtout les populations vulnérables.

Notre rapporteur l'a rappelé, la pollution est à l'origine de près de 450 000 décès par an en Europe, sans parler de ses effets dévastateurs sur l'environnement et sur la biodiversité. Même s'il est vrai que les Européens respirent un air plus pur qu'il y a dix ans, l'arsenal législatif que nous avons mis en place n'a pas encore donné sa pleine mesure. Je pense en premier aux valeurs limites des quatre principaux polluants établies en 2008 pour les particules en suspension, le dioxyde d'azote, le dioxyde de soufre et l'ozone troposphérique. Le trafic routier, le chauffage et les émissions industrielles en sont les sources principales.

Force est de constater que les États membres ne jouent pas le jeu: 31 procédures d'infraction sont en cours contre 18 pays dont le mien, une réalité que PPE et ECR n'acceptent pas de voir en rejetant l'alignement sur les recommandations de l'OMS en ce qui concerne les valeurs limites de ces polluants. Il y a pourtant trois bonnes raisons, au moins, de voter pour: parce que les limites fixées par l'Union européenne sont bien plus faibles que les recommandations de l'OMS; parce que l'OMS elle-même est en train de les réviser; et puis parce que, quelle que soit l'issue de notre vote, la Commission a dit qu'elle révisera à la hausse les normes de qualité de l'air, car c'est un engagement ferme du Green deal.

Sur les autres points essentiels du rapport, oui, il faudra à terme étendre notre cadre législatif à d'autres polluants – le mercure, les particules ultrafines, l'ammoniac aussi – et oui, bien sûr, l'innovation est une clé du changement. Renew soutient d'ailleurs l'amendement 8 du PPE, qui appelle à des solutions innovantes comme des systèmes de filtration, par exemple, et le renouvellement des parcs automobiles ou pour les transports publics.

En conclusion, Madame la Présidente, il n'y a aucune raison ici de nous diviser sur un sujet de santé environnementale qui fait consensus dans la communauté scientifique. Les citoyens européens attendent de nous une réponse claire: faire tout ce qui est en notre pouvoir pour leur permettre de respirer enfin un air plus pur.

Sylvia Limmer, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Parlamentskollegen! Wer will das nicht – saubere Luft? Ich auch. Aber selbst die Kommission kommt in einer Mitteilung vom November letzten Jahres zum Schluss, dass die Luftqualität immer besser wird. In Deutschland beispielsweise ist bei den Stickoxiden seit 1990 ein Rückgang von über 80 Prozent zu verzeichnen, was in der Hauptsache auf immer bessere Technologien in der Autoindustrie zurückzuführen ist.

Was Sie, sehr verehrter Herr Kollege López, natürlich nicht davon abhält, gleich eingangs von den ominösen, viel zitierten und nie bewiesenen 400 000 vorzeitigen Todesfällen zu schwadronieren. Abgesehen davon, dass es schwierig ist, zu beweisen, wann jemand vorzeitig stirbt, sind die Zahlen reines Schätzwert. Das zumindest steht in der Antwort der Kommission, die ich diesbezüglich angefragt hatte.

Allerdings: Es geht noch besser. Stickstoffdioxid allein hätte 54 000 und Ozon 19 400 vorzeitige Todesfälle verursacht.

Ich kann Sie übrigens beruhigen: Die Lebenserwartung steigt weiter an. Und laut den neuesten Daten von Statista ist die Gefahr, an Rauch von – Obacht – Feuerstellen im Innenraum zu versterben, sogar noch geringer als an den Folgen von ungeschütztem Sex.

Sarkasmus beiseite. Lassen Sie einfach die Zahlenspiele, dann kann ich das auch. Und sorgen Sie nicht mit Unsinn für ungewollte Heiterkeit, sondern dafür, dass die Messmethoden angeglichen werden. Denn wenn die einen auf dem Dach eines Hochhauses messen und die anderen, allen voran mein eigenes Land, am liebsten auf dem Mittelstreifen einer vierspurigen Stadtautobahn, vergleichen wir weiterhin Äpfel mit Birnen. Die Lebenswirklichkeit der Bürger jedenfalls ist wie immer definitiv nicht in Berichten wie diesen zu finden.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Luftverschmutzung ist das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko für die Menschen in Europa. Jedes Jahr sterben 400 000 Europäerinnen und Europäer vorzeitig an den Folgen schlechter Luft. Schlechte Luft ist tödlich, und deshalb zeigt uns kein anderes Thema so eindrücklich: Umweltschutz ist auch Gesundheitsschutz.

Aber Europas heutige Gesetze für saubere Luft sind zu schwach. Seit 16 Jahren empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation deutlich strengere Grenzwerte für Feinstaub, Schwefeldioxid und andere Schadstoffe. Der Handlungsbedarf, den uns auch die Wissenschaft bescheinigt, ist also sehr groß, und deshalb ist unser Bericht ein großer und wichtiger Erfolg. Er zielt darauf ab, dass Europas Luft zum Wohle der Menschen besser wird – er setzt das Recht auf saubere Luft in die Tat um.

Umso unverständlicher ist für mich, wie sich CDU/CSU und EVP hier im Parlament gegen ein klares Signal zur Umsetzung der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und somit gegen eine höhere Luftqualität in Europa stemmen. Diese Haltung der Christdemokraten missachtet die Wissenschaft, sie missachtet das Vorsorgeprinzip der europäischen Verträge – und noch schlimmer: Diese Haltung ist ein Gesundheitsrisiko für die Menschen in Europa.

Doch zum Glück ist diese Position nicht mehrheitsfähig. Die Mehrheit des Umweltausschusses wie die Bürgerinnen und Bürger in Europa wünschen sich harte Gesetze für saubere Luft. Dieser starke Bericht zum Schutz der Gesundheit, über den wir hier heute abstimmen, ist auch ein Erfolg der Zivilgesellschaft. Mit ihm senden wir damit ein klares Signal an die Mitgliedstaaten.

Europäische Umweltgesetzgebung muss von den Staaten konsequent umgesetzt werden. Die EU-Kommission darf mit Vertragsverletzungsverfahren, Herr Kommissar, nicht mehr zehn Jahre lang trödeln, sondern man muss sich für die europäische Rechtsgemeinschaft glaubwürdig einsetzen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, packen wir es! Dieser Bericht ist ein sehr wichtiger Schritt zum Wohle der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa – nun sollten wir schleunigst und konsequent umsetzen.

Anna Zalewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Drogi sprawozdawco! Zacznę od sprawozdawcy: słowami płomiennych wystąpień i hasłami nie zmienia się rzeczywistości. Żeby zadbać o to, na czym zależy każdemu Europejczykowi, każdemu człowiekowi – o czyste powietrze – trzeba mieć plan, trzeba opierać się na faktach i badaniach i mieć przygotowane pieniądze.

Pan komisarz przyzna, tak jak Agencja Środowiska przyznaje, że Europa się zmienia, że zmienia się rzeczywistość, zmieniają się postawy obywateli, że zmieniamy transport, że wdrażamy bardzo drogie, skomplikowane procedury, systemy, które mają doprowadzić do tego, by powietrze w każdym punkcie Europy było czystsze. Natomiast każdy obywatel, jeżeli zerknie do sprawozdania, gdy odniesie się do tych haseł, będzie zadawać pytania, tak jak ja te pytania zadaję.

Po pierwsze, nie wiem, czy państwo zauważyli, nawet ci, którzy przemawiali przede mną, że oto mamy globalną pochwałę lockdownu. Powiedzcie to swoim obywatelom, którzy czekają, żeby wyjść z domu, żeby spotkać się z przyjaciółmi, żeby nie bać się o swoje zdrowie i życie. Wy mówicie wprost: zostańcie w domach, nie musicie wychodzić. To, co pokazał lockdown, to, co pokazała pandemia, powinniśmy przekładać na codzienność. Kontaktujmy się ze swoimi przyjaciółmi tylko i wyłącznie online. To po pierwsze. I pierwsze pytanie obywateli Europy, których dotyczyć będą ewentualne przepisy.

Drugie: co to znaczy „piętnastominutowe miasto”? Pokażcie mi miasto powyżej dwudziestu tysięcy, gdzie w ciągu piętnastu minut i przy takich odległościach zrobicie zakupy. Proszę, nie epatujcie czterystoma tysiącami, dlatego że to nie jest prawda. To jest po prostu algorytm. Zajrzyjcie do wskaźników, popatrzcie na badania. To jest po prostu statystyka, a nie dowody.

Jednocześnie mówicie o zmianie we wskaźnikach. Porównajcie wskaźniki Unii Europejskiej i WHO. Czasami są one wielokrotnie wyższe. Czy wtedy będziemy zadowoleni, że zamiast dwudziestu postępowań będziemy mieć sto pięćdziesiąt przed Trybunałem Sprawiedliwości? Myślę, że nie starczy nam urzędników, żeby się tym zajmować, a nie osiągnie my celu. Bądźmy mądrzy!

João Ferreira, em nome do Grupo *The Left*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a poluição do ar tem um impacto brutal na saúde. Está associada a centenas de milhares de mortes prematuras na União Europeia todos os anos. Apesar de medidas de sentido positivo tomadas nos últimos anos, nem sempre se registam melhorias objetivas da qualidade do ar ambiente, nomeadamente nos centros urbanos.

A abordagem de fixação de valores-limite por poluente afigura-se adequada para estabelecer padrões mínimos de qualidade do ar que protejam a saúde dos cidadãos, mas as diretivas atuais têm enormes limitações, baseando-se em normas de qualidade do ar com 15 a 20 anos, mais fracas do que as orientações da Organização Mundial de Saúde e aquém do que recomendariam as evidências científicas disponíveis. É necessário rever estas normas, alinhando-as com as recomendações da OMS e são inaceitáveis as resistências da direita em levar por diante este alinhamento.

É necessário abranger poluentes ainda não regulamentados com impactos relevantes na saúde, como é o caso das partículas ultrafinas, entre outros, sem esquecer que, em muitos casos, mesmo a legislação vigente ainda não é cumprida, o que requer esforços acrescidos, incluindo em domínios como o do reforço das redes de monitorização.

A poluição do ar é, em grande medida, evitável. Depende, em última instância, dos objetivos do sistema económico vigente. Por exemplo, a promoção do uso de transportes públicos de qualidade, eficientes e baratos nos grandes centros urbanos constitui peça essencial de uma estratégia de mobilidade sustentável e esta, por sua vez, condição essencial para uma melhoria da qualidade do ar, algo que a Comissão Europeia se recusa a reconhecer, mantendo-se, infelizmente, intrépida defensora do paradigma do transporte individual.

Edina Tóth (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! A légszennyezetség számos fronton a tagállamokat kihívások elé állítja. Véleményem szerint úgy kell szabályoznunk a kibocsátás csökkentést és ösztönöznünk az ehhez kapcsolódó technológiai átállást, hogy a lakosságot a lehető legkevesebb hátrány érje. Úgy vélem, hogy az uniós szintű intézkedéseknek egyszerre kell reálisnak lennie, mind társadalmi, mind pedig gazdasági téren. A mai vitából is látszik, hogy a normáknak megfelelő mértékű nemzeti vállalások kialakítása még számos vita és kompromisszum tárgya lesz a jövőben is. Ugyanakkor, mivel a csökkentési célok eléréséhez anyagi források is társulnak, így ez jó lehetőséget teremt a tagországok számára a zöld gazdaság, a klímabarát technológiák és fejlesztések megvalósításában.

Ami fontos: a klímavédelem központjában mindig az embereknek kell lennie. Életszínvonaluk kockáztatása ugyanis nem engedhető meg egyes, a baloldal által Brüsszelben megálmódott irreális célértékek kedvéért.

Gheorghe Falcă (PPE). – Doamnă președintă, dragi colegi, în calitate de raportor din umbră aş dori să mulțumesc raportorului pentru cooperare și, în special, pentru faptul că m-a sprijinit să scot în evidență rolul dezvoltării infrastructurii 5G în monitorizarea calității aerului.

Dragi colegi, astăzi noi putem confirma că avem expertiză în domeniul analizei calității aerului, avem resurse financiare, iar acum avem obligația să implementăm măsuri de îmbunătățire a calității aerului.

Îmbunătățirea calității aerului este o necesitate și o responsabilitate colectivă care necesită eforturi comune la nivel local, regional, național și european. Așadar, încurajez statele membre și autoritățile locale să apeleze la mecanisme de finanțare europeană, cum ar fi: Fondul european de dezvoltare regională și Fondul de coeziune pentru a face din calitatea aerului o prioritate în sine.

Și, de asemenea, spun și după 15 ani, în calitatea mea de fost primar, că este crucial să investim în transportul public și în măsuri pentru reînnoirea parcului de vehicule ale transportului în comun.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

23. Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Bevor wir mit den Aussprachen fortfahren, eröffne ich nun die heutige Abstimmungsrunde.

Es wird über die auf der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt.

Die Abstimmungsrunde ist von 21.00 Uhr bis 22.15 Uhrgeöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie bei den letzten Tagungen.

Über die Anträge auf Aufhebung der Immunität wird in geheimer Abstimmung abgestimmt. Die Mitglieder können ihre Stimme in der üblichen Weise abgeben, allerdings ist aus dem Stimmzettel, den sie erhalten und unterschreiben müssen, nicht ersichtlich, wie sie abgestimmt haben, sondern nur, dass sie abgestimmt haben.

Alle anderen Abstimmungen erfolgen namentlich.

Erklärungen zur Abstimmung können schriftlich eingereicht werden. Ausnahmsweise dürfen die Erklärungen zur Abstimmung bis zu 400 Wörter umfassen.

Ich erkläre die Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 22.15 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der Abstimmungen werden morgen um 9.00 Uhr bekannt gegeben.

24. Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinien (Fortsetzung der Aussprache)

Die Präsidentin. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Javi López (A9-0037/2021) fort.

Петър Витанов (S&D). – Г-жо Председател, г-н Комисар, онзи ден получих писмо с молба от един от най-авторитетните лекари пулмозисти в България. Пише ми, че с моята подкрепа за тази директива може да подобрим качеството на живот и здравето на всички европейски граждани.

Чрез Европейския парламент и моя вот бих искал да му отговоря: докторе, чистият въздух не е привилегия, той е изконно право на всеки един гражданин по света. Той не е отговорност само на държавата, защото границите не спират замърсяването на въздуха, а цената на бездействието струва 400 хиляди човешки живота в Европа на година. Настоящата Директива за качеството на въздух е резултат на остарял политически компромис.

Подкрепата за пълното привеждане на стандартите на Европейския съюз в съответствие с насоките на Световната здравна организация, разширяването на обхвата на стандартите за качеството на въздух, осигуряването на бързия законодателен процес – това са необходимите първи стъпки, които ще покажат, че здравето на европейските граждани е в основата на всяко едно бъдещо законодателство.

Vlad Gheorghe (Renew). – Doamnă președintă, anual poluarea duce la pierderea a 450 000 de vieți în Uniunea Europeană, ne costă miliarde de euro ca asistență medicală. Ajunge! E clar că trebuie să îmbunătățim aplicarea directivelor privind calitatea aerului.

Din perspectiva transporturilor, am propus în acest raport trei soluții pentru reducerea poluării. În primul rând, să actualizăm standardele de calitate a aerului, vechi de 15 ani și mult sub recomandările Organizației Mondiale a Sănătății. Spunem mereu că Uniunea Europeană este lider în lupta pentru un mediu curat. Să și dovedim acest lucru!

În al doilea rând, să regândim cooperarea Comisiei cu autoritățile naționale, regionale și locale. Decalajul de implementare este alarmant: nu există monitorizări standardizate, iar subraportările sunt sistematice. Lipsește și o rețea de senzori de poluare. Autoritățile au nevoie de fonduri și expertize europene, iar Comisia trebuie să intervină.

Și în al treilea rând: planuri de mobilitate urbană. Uniunea Europeană trebuie să ajute orașele să aibă transport public durabil, infrastructură sigură pentru ciclism, stații de încărcare electrică și să reducă ponderea mașinilor *second hand*.

Simona Baldassarre (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le misure di confinamento adottate finora nell'Unione europea per contenere la COVID-19 hanno dimostrato un fatto chiaro e preciso: la riduzione delle emissioni di CO₂ è stata inferiore del 7 % rispetto alle previsioni, smentendo così la narrazione del *mainstream* ambientalista.

Quindi alla forte riduzione del traffico veicolare e delle attività economiche non è corrisposta un'analoga riduzione dell'inquinamento atmosferico; non ha senso bloccare interi settori produttivi e la stessa libera circolazione delle merci nel nome di una spasmodica difesa dell'aria e dell'ambiente.

Dobbiamo essere più realisti, sia nell'analisi che nelle proposte, e procedere a una profonda revisione della politica europea, che tenga conto delle caratteristiche geografiche e delle condizioni climatiche di ciascun territorio e che si concentri sulle principali fonti antropogeniche dell'inquinamento atmosferico. Importantissimo tutelare l'ambiente, quindi: ma non dimentichiamoci mai dell'economia e dei nostri stati vessati dalla crisi.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Fru talman! Som föredragande López och flera andra talare har nämnt före mig så är det närmare 400 000 människor som dör årligen i förtid på grund av luftföroreningar. Vi kan jämföra det med att det är nästan hälften av dem som dött nu under senaste året under coronapandemin – för att sätta det i ett perspektiv. Det går helt enkelt inte att blunda för att miljöfrågor och hälsofrågor hänger väldigt tätt ihop. Vi måste börja hantera dessa frågor nu med det allvar som de förtjänar, helt enkelt för att införa skarpare regler och därmed också rädda liv.

Vi måste skärpa de maxgränser för föroreningar som finns på EU-nivå, och givetvis ska de vara i linje med WTO:s regler. Det är självklart! Om ett land inte kan garantera detta och inte följer det så måste det också kosta. Vi måste kunna få snabba saftiga böter som ges till dem av EU:s regeringar som faktiskt inte tar sina medborgares hälsa på fullt allvar.

De mest förorenande bilarna måste så klart snabbt bort från våra gator. På sikt måste vi också ha helt bilfria zoner. Vi måste se till att det blir lättare för människor att ta sig till sina jobb med cykel, tåg och kollektivtrafik.

Det är helt enkelt dags nu att på allvar snabba på omställningen till förnybar energi och hållbara transportmedel. Något annat är att sätta våra medmänniskors hälsa och liv på spel.

Jens Gieseke (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind alle für saubere Luft. Als EVP setzen wir auf technische Lösungen, lokale Lösungen und Innovationen.

Das Verbot ist nicht unsere erste Wahl der Politikoptionen. Erfolgreiche lokale Projekte sollten in Europa Vorbild sein. Wir brauchen dringend Vergleichbarkeit der Messstellen und der Messmethoden.

Irritiert hat mich – offen gestanden – die Ziffer 58 dieses Initiativberichts. Information und Beteiligung heißt es dort – dort wird eine besondere Rolle für Organisationen der Zivilgesellschaft, Umweltaktivisten und Investigativjournalisten gefordert. Das kann doch wirklich nicht unser Ernst sein! Wir wollen hier Gesetze verabschieden, und die Umsetzung, die Überwachung und die Kontrolle soll von Umweltaktivisten und Investigativjournalisten übernommen werden? Das ist die ureigene Aufgabe des Staates! Gewisse Dinge kann man nicht delegieren.

Übrigens – was ist eigentlich mit normalen Journalisten, warum werden die dann auch diskriminiert? Eine besondere Rolle gibt es ja nur für diese sogenannten Investigativjournalisten. Lassen Sie uns diesen Unfug beenden – gemeinsam, wissenschaftlich, sachlich, auf der Grundlage von Folgenabschätzungen. Nur dann werden wir erfolgreich sein bei der Verbesserung der Luftqualität.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Forestil jer luften på den første frosne vinterdag eller duften af den grønne skovbund efter regnvejr eller den smogfyldte luft i en travl storby.

Luften betyder noget for vores livskvalitet, men også for vores levealder. Luftforurening er skyld i mere end 400 000 for tidlige dødsfald i Europa hvert år, og samtidig påvirker luftkvaliteten også miljøet og biodiversiteten. Jo mere forurening, jo mindre biodiversitet.

Vi bliver nødt til at gøre noget ved dette. Og luftforurening er ikke et isoleret problem. Udledning af drivhusgasser og udledning af partikler hænger ofte sammen og kan spores tilbage til den samme kilde. Vi bliver nødt til at gøre noget, og det foreslår vi her, i denne betænkning.

Vi bliver nødt til, siger vi fra Europa-Parlamentet side, vi bliver nødt til at blive bedre til at måle udledninger i Europa, så vi kan sætte ind, når grænseværdierne bliver overskredet. Og vi skal opdatere vores grænseværdier, så de ligger på linje med WHO, selvfølgelig. Og så skal vi også sørge for, at vi får strengere standarder for emissioner, for eksempel i forhold til bilindustrien. Vi bliver nødt til at forbedre vores luftkvalitet.

Men hvis vi gør det, så forbedrer vi ikke kun sundheden for millioner af europæere, vi forbedrer også vores miljø, og vi sikrer grundlaget for en langt større biodiversitet. Det bliver vi nødt til at gøre, men når vi gør det, skal vi gøre det sammen, for så har det virkelig virkning for miljøet og for borgere overalt i Europa. Sammen kan vi forbedre vores luftkvalitet. Lad os bare komme i gang.

Andreas Glück (Renew). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wollen saubere Luft zum Atmen, deshalb brauchen wir die beste Technik und neueste Wissenschaft. Ideologie bringt nichts, sondern sie schadet.

Während der Coronakrise haben wir gelernt, dass dort, wo weniger Verkehr war, dies nicht immer zu dem Rückgang von Luftschadstoffen geführt hat, wie es hätte sein müssen. Immer nur den Zeigefinger in Richtung Verbrennungsmotor zu heben, ist wohl falsch. Die FDP wird den Feldzug gegen den Verbrennungsmotor unter dem Deckmantel der Luftreinhaltung auf jeden Fall nicht mittragen.

Vieles halte ich hier für falsch. Nur ein Exempel: die direkte Angleichung von EU-Grenzwerten an WHO-Empfehlungen. Die WHO sagt doch selber, seit 1997 schon, dass die einfache Übernahme der WHO-Richtlinien zu Standards führen kann, die in der Praxis nicht mit vertretbarem Aufwand erreicht werden können. Die neuen Grenzwerte der WHO kennen wir noch nicht mal – wir müssten also hier die Katze im Sack kaufen.

Mein Weg wäre es, einen Fokus auf die Flottenerneuerung zu legen, damit Euro 6d wirklich Wirkung zeigen kann, und dass wir auf neue Kraftstoffe setzen: innovative, saubere, synthetische Kraftstoffe – inklusive Wasserstoff. Wir müssen bessere Technik ermöglichen – wir dürfen sie nicht verdrängen.

Catherine Griset (ID). – Madame la Présidente, même si le chiffre est difficile à évaluer, la pollution de l'air cause chaque année un nombre important de victimes. Elle nuit aussi gravement à l'environnement et aux secteurs agricole et forestier. C'est donc un sujet de préoccupation légitime pour les Européens.

Il y a dans ce rapport des aspects positifs, comme le partage des données à l'échelle de l'Union européenne, la création de nouveaux indicateurs ou encore la prise en compte de la pollution due au transport maritime.

En revanche, ce rapport attaque durement l'industrie et l'agriculture, au moment où les contraintes réglementaires devraient s'adapter à la situation économique et où il faudrait plutôt soutenir l'innovation technique. De même, il faut améliorer et unir les méthodes de mesure de la qualité de l'air afin d'agir localement, en respectant le principe de subsidiarité.

Enfin, gardons-nous de toute mesure injuste sur la vie quotidienne des citoyens. Ne nous trompons pas de cible ni de solution et restons réalistes.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ci sono dati che non sono opinabili, come le 400 mila morti premature dovute alla pessima aria che respiriamo. Di fronte a questi numeri agghiaccianti, io mi chiedo come alcuni partiti politici possano opporsi alla sacrosanta e più che legittima richiesta di aggiornare i vecchi standard sulla qualità dell'aria, ormai assolutamente superati, e di allinearli così alle linee guida dell'OMS.

Se è vero come è vero che l'inquinamento atmosferico è la principale minaccia ambientale per la salute umana e che, secondo l'Agenzia europea dell'ambiente, tre quarti della popolazione urbana europea respira aria dannosa, non posso che esprimere incredulità e sdegno di fronte a tanta miopia politica.

La relazione che stiamo per votare chiede di includere anche altri inquinanti atmosferici da monitorare e ridurre, quali mercurio, *black carbon*, particolato ultrafine, microplastiche e ammoniaca – quest'ultima in particolare emessa principalmente da allevamenti intensivi che la PAC continuerà a finanziare con soldi pubblici.

È il caso di smetterla e accelerare un radicale cambio di rotta per tutelare la salute dei cittadini, arrestare la crisi climatica e produrre cibo sano.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε Sinkevičius, η κακή ποιότητα του αέρα είναι το υπ' αριθμόν ένα πρόβλημα, ο υπ' αριθμόν ένα κίνδυνος για την υγεία στην Ευρωπαϊκή Ένωση αλλά και παγκοσμίως. Με τη σημερινή έκθεση εφαρμογής, επιχειρούμε να προσδιορίσουμε κοινή μεθοδολογία και επίβλεψη, ώστε να καταλήξουμε σε κοινά κριτήρια για την ποιότητα του αέρα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Η εναρμόνιση και η επίβλεψη είναι απαραίτητη.

Τα προβλήματα στην ποιότητα του αέρα, ειδικά στην πόλη μου, τη Θεσσαλονίκη, και μάλιστα στον δυτικό τομέα, επιμένουν και ζητούν άμεση αντιμετώπιση με έργα από δημόσια κονδύλια, με άμεση προσαρμογή και συνεργασία του ιδιωτικού τομέα. Χρειαζόμαστε διαφάνεια στα δεδομένα εκπομπών από τον ιδιωτικό τομέα, ώστε να χτίσουμε μια σχέση εμπιστοσύνης ανάμεσα στους επιτηρούντες οργανισμούς, τους πολίτες, τον ιδιωτικό τομέα και το κράτος.

Παράλληλα, η πατρίδα μου, η Ελλάδα, είναι ένα από τα κράτη μέλη που αντιμετωπίζουν ζητήματα συμμόρφωσης με την ευρωπαϊκή νομοθεσία σε ό,τι αφορά την ποιότητα του αέρα. Για τον λόγο αυτόν, υποστηρίζω ότι τα κριτήρια οφείλουν να είναι εναρμονισμένα με τις προδιαγραφές του Παγκόσμιου Οργανισμού Υγείας. Θεωρώ πως, σε αυτό το επίπεδο, δεν έχουμε τη δυνατότητα να κάνουμε καμία έκπτωση και, για τον λόγο αυτόν, θα υπερψηφίσω την έκθεση.

Günther Sidl (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Kommissar! Luftverschmutzung ist eines der größten umweltbedingten Gesundheitsrisiken in Europa. Rund 400 000 vorzeitige Todesfälle gehen jährlich darauf zurück. Jeder Einzelne ist einer zu viel.

Es gibt leider noch immer einen gravierenden Unterschied zwischen dem aktuellen Zustand unserer Luft und den EU-Zielen bei der Luftqualität. Die mangelhafte Umsetzung der EU-Luftqualitätsnormen in vielen Mitgliedstaaten ist ein großes Thema. Und hier fordern wir vor allem raschere Sanktionsmaßnahmen. Zurzeit laufen 31 Vertragsverletzungsverfahren gegen 18 Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinie. Einige dieser Verfahren sind sogar seit 2009 anhängig.

Ich begrüße daher diesen wirklich ambitionierten Bericht, der ein überaus wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist, und hoffe sehr, dass er bei der morgigen Plenarabstimmung eindeutig bestätigt wird.

Norbert Lins (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeden Morgen werden wir – seit ungefähr einem Jahr – mit Zahlen und Entwicklungen zu Corona im Radio geweckt. Jedes Plus ein Plus zu viel.

Heute möchte ich Sie mit positiven Zahlen zu einem anderen Thema informieren: unsere Luft. Seit 1990 hat sich unsere Luftqualität in Europa ständig verbessert: 90 % bei Schwefeloxiden, 60 % bei Methan, 55 % bei Stickoxiden, 50 % bei Feinstaub. Aber natürlich ist gut nicht gut genug.

Wie erreichen wir noch bessere Luft? Meines Erachtens müssen wir drei Prioritäten setzen. Erstens: messen, wo sich die Menschen aufhalten. Der Bericht fordert, was ich schon lange gefordert habe: repräsentative Messungen, Unterstützung durch Passivsammler und Erfassung der Belastung der Gesamtbevölkerung.

Zweitens: gezielte proportionale und lokale Maßnahmen. Welche Maßnahmen am besten helfen und verhältnismäßig sind, können nur die Akteure vor Ort entscheiden.

Drittens: Förderung aller technischen Lösungen – das ist schon mehrmals betont worden. Wir haben bessere Luft trotz wachsender Wirtschaftsleistung. Das zeigt deutlich, dass technische Lösungen der Schlüssel zum Erfolg sind.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Umsetzung ist wichtiger als eine Diskussion um Grenzwerte, denn das eine funktioniert nicht ohne das andere. Wir wollen individuelle Mobilität auch in Städten ermöglichen, am liebsten mit modernen, emissionsarmen Antrieben.

Die WHO empfiehlt übrigens ausdrücklich – was Kolleginnen und Kollegen schon gesagt haben –, die Grenzwerte nicht eins zu eins umzusetzen. Es sind Empfehlungen, und deswegen ist auch dies ein wissenschaftlicher Ansatz, wenn man das nicht einfach übernimmt.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, I wish to thank the honourable Members for once again putting clean air on the agenda. It is one of the most important environmental and health challenges of our times. Our citizens expect us to address and solve this and ensure that the air they breathe everyday is of good quality, with no risk of harm. Clean air cannot be a luxury, it has to be a right for all, and especially for the most vulnerable.

Thank you for recalling the various challenges involved. I can assure you that our ambition to protect the health of citizens will not be limited by the failures of the past.

We can do better, and we can do it with concerted action across sectors and across policies, with everyone on board: policymakers, local authorities, citizens, businesses, entrepreneurs, scientists and researchers.

Let me now briefly address some of the points you raised in today's debate.

On the level of ambition of targets, efforts to implement the current targets are still needed. However, it is also clear that we need to better address the specific pollutants of concern, with more ambition. These considerations will be at the core of the impact assessment that will underpin the revision of EU air quality standards to align them more closely with WHO recommendations.

On the alignment with WHO recommendations, let me reiterate that before we propose any legislative change, we will conduct a proper impact assessment which will also look at the feasibility of different scenarios, of aligning more closely to WHO recommendations. In this context we will also consider including in the directives an explicit mechanism for adjusting air quality standards to technical and scientific progress.

On transport, in our sustainable and smart mobility strategy from last December, we set concrete milestones for the deployment of zero-emission vehicles by 2030, when we will have at least 30 million zero-emission cars and 80 000 zero-emission lorries in operation.

By 2050, nearly all cars, vans and buses, as well as new heavy duty vehicles, will be zero emission, and we will propose in June's Fit for 55 package more stringent CO₂ emission standards for cars and vans to ensure a clear pathway towards zero-emission mobility.

On funding, Member States have already successfully used EU funding under different programmes to address the air quality challenge. In the current programming period, EUR 1.8 billion has been directly allocated to support air quality measures.

For the 2021-2027 period, the Commission has proposed, within the cohesion policy fund, a greener and low-carbon Europe. One of the policy objectives includes reducing air pollution as a specific objective. It is now, of course, for Member States to prioritise objectives.

On air quality monitoring, we are well aware of the need for reliable, objective and comparable information on air quality to inform our decisions. Most of what we need is already in place. Based on common criteria defined by the Ambient Air Quality Directive, we have an air quality monitoring network with more than 4 000 monitoring stations across the EU.

The extensive network can be considered a success in itself, but we will of course continue to improve and remediate specific shortcomings where identified to ensure that it continues to supply the solid framework our policy requires.

Dear President, honourable Members, air quality legislation is extremely important, but it will never be enough to solve the clean air challenge. We need to better mainstream air quality objectives as well.

Whenever we deal with transport, energy, industry, agriculture or urban development at whatever our level of policy-making responsibility, we have to learn to ask ourselves a key question – what does action in this sector mean for clean air? What can we do better?

With this, let me conclude by thanking the rapporteur, Mr Lopez, and all Members, for today's exchange and for their work on this important file.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute, Mittwoch, 24. März 2021, und die Schlussabstimmung findet morgen, Donnerstag, 25. März 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Zła jakość powietrza jest poważnym problemem nie tylko w wielu państwach członkowskich Unii Europejskiej, ale i na całym świecie. Dostrzegalne jest to zwłaszcza w miastach i aglomeracjach, w których koncentruje się wiele różnych rodzajów działalności człowieka. Wiążą się one z negatywnym wpływem na stan środowiska oraz na zdrowie ludzi, powodując zwiększoną zachorowalność i śmiertelność.

W Polsce dominującym źródłem nieodpowiedniej jakości powietrza są systemy ogrzewania budynków w budownictwie mieszkalnym, ale także emisje ze źródeł transportowych na niektórych obszarach kraju, zwłaszcza w dużych miastach. Polski rząd wspiera administrację samorządową, która ma najlepsze rozeznanie w lokalnych uwarunkowaniach społeczno-gospodarczych i środowiskowych. Z tego powodu odpowiada ona za zarządzanie jakością powietrza na swoim terenie poprzez m.in. przygotowywanie i wdrażanie najważniejszych instrumentów poprawy jakości powietrza (tj. programów ochrony powietrza, krótkoterminowych planów działań, uchwał antysmogowych).

Cieszy to, iż widoczny jest trend ciągłej poprawy jakości powietrza w Polsce, co jest efektem konsekwentnych działań polskich władz uwzględniających perspektywę długo-, średnio- i krótkookresową. Na przyspieszenie tego trendu mają wpłynąć dalsze działania planowane przez polski rząd, takie jak projekt strategiczny „Czyste Powietrze” realizowany w ramach Strategii na rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju oraz programy priorytetowe realizowane przez Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej (np. „Czyste Powietrze” i „Mój Prąd”).

Rovana Plumb (S&D), în scris. – Garantarea îmbunătățirii calității aerului pentru cetățenii UE este subliniată în cadrul Pactului verde european, prin angajamentul Uniunii de a acționa pentru a reduce poluarea aerului cauzată de principalele sectoare generatoare de emisii și de a aborda provocările interconectate ale poluării atmosferice prin adoptarea unui plan de acțiune pentru a reduce la zero poluarea.

Directivile UE privind calitatea aerului înconjurător au fost eficiente în stabilirea unor standarde comune ale UE de calitate a aerului și în facilitarea colectării și a schimbului de informații privind calitatea aerului, dar nu au reușit să reducă poluarea atmosferică și efectele negative ale acesteia.

În acest context și ținând cont de lecțiile învățate din pandemia de COVID-19, solicit Comisiei elaborarea de noi politici privind poluarea aerului, iar statelor membre de a acorda prioritate combaterii poluării atmosferice în cadrul planurilor naționale de redresare pentru a garanta sănătatea cetățenilor și pentru a crește reziliența în fața amenințărilor viitoare. Felicit raportorul!

Sylwia Spurek (Verts/ALE), na piśmie. – Ponad 80% emisji amoniaku, gazu o ostrym zapachu, jest bezpośrednio związanych z funkcjonowaniem sektora hodowli zwierzęcej. Emisje te mają bezpośredni wpływ zarówno na zdrowie, jak i na jakość życia osób, których domy zlokalizowane są w pobliżu przemysłowych ferm hodowli zwierząt, bo to oni na co dzień żyją w odorach emitowanych przez fermy.

Kilka tygodni temu rozpoczęłam realizację programu „Wolni od Ferm”, w ramach którego, poza spotkaniami z ekspertami i ekspertkami z różnych dziedzin, spotykam się także z mieszkańcami i mieszkankami miejscowości, w których istnieją lub planowane są wielkopowierzchniowe fermy, a ci opowiadają mi swoje, często dramatyczne, historie. Regularnie dostaje także spontaniczne prośby o pomoc od bezsilnych obywateli i obywaterek. Jak dotąd na wyobraźnię Komisji i Parlamentu nie zadziały ani argumenty środowiskowe, ani klimatyczne, ani prawnozawierzące dotyczące konieczności odchodzenia od ferm przemysłowych. Czy zadziałają na nią codzienne zmagania obywateli i obywaterek, ich historie i dotkliwe doświadczenia?

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Oro tarša sukelia didžiausią riziką aplinkos sveikatai Europoje, ji nevienodai veikia regionus, socialines ir ekonomines grupes bei įvairias amžiaus grupes ir, remiantis naujausiais EEE vertinimais, dėl jos per metus pirma laiko miršta daugiau nei 400 000 žmonių. Oro tarša taip pat sukelia kvėpavimo takų ir širdies bei kraujagyslių ligas, insultus ir vėžį, o naujausi tyrimai mini ir žalingą poveikį vaisingumui, nėštumui ir naujagimiams. Nuo oro taršos labiausiai kenčia miestų gyventojai, o tik kas dešimtas asmuo gyvena mieste, kuris atitinka PSO parengtas oro kokybės gaires. Šiuo metu net 75 proc. ES gyventojų gyvena miestuose arba priemiesčiuose. Dėl oro taršos patiriamos didžiulės žmogiškosios ir ekonominės sąnaudos, t. y. trumpėja gyvenimo trukmė, didėja išlaidos gydymui, mažėja našumas darbe, blogėja ekosistemų būklė. Aiškios oro taršos mažėjimo tendencijos ypač pastebimos, kai politika vykdoma kartu, todėl Komisija turėtų šiuo klausimu glaudžiai bendradarbiauti su nacionalinėmis valdžios institucijomis. Reikia informuoti piliečius ir skatinti visuomenės sąmoningumą, o tai suteiks jiems galimybę tiesiogiai dalyvauti oro kokybės gerinimo priemonėse. Bet, visų pirma, ES turi ženkliai subsidijuoti namų ir butų savininkams mažai teršalų išmetančių šildymo šaltinių pirkimą.

25. Neue Strategie EU-Afrika (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Chrysoula Zacharopoulou im Namen des Entwicklungsausschusses über eine neue Strategie EU-Afrika – eine Partnerschaft für nachhaltige und inklusive Entwicklung (2020/2041(INI)) (A9-0017/2021).

Chrysoula Zacharopoulou, rapporteure. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, il y a un an, vous présentez une stratégie pour une relance de notre partenariat avec l'Afrique. À ce moment-là, personne n'imaginait que quelques jours plus tard, le COVID allait frapper et bouleverser le monde. Cette pandémie a montré à quel point nous sommes vulnérables et à quel point nos destins sont liés. Elle a exacerbé nos peurs et nos égoïsmes. Mais elle a également révélé la force et le dévouement que nous pouvons manifester les uns envers les autres. Cette crise sanitaire nous a ramenés à l'essentiel: la vie est fragile et la santé est notre bien le plus précieux.

Pour sortir de cette crise et construire le monde d'après, la solidarité et l'inclusion sont les maîtres-mots. C'est sur la base de ces leçons tirées qu'il nous faut renouveler et consolider notre partenariat avec l'Afrique, en laissant de côté nos réflexes protectionnistes et nationalistes.

Tout au long des échanges que j'ai pu avoir avec eux, nos partenaires africains n'ont cessé de souligner que c'est avec l'Europe qu'ils souhaitent bâtir l'avenir et que le futur partenariat doit être axé sur le développement humain, en commençant par la santé. Pourquoi ? Parce que la santé est le premier des biens communs et crée de la confiance. C'est dans le domaine de la santé également que l'Europe est le partenaire de référence. C'est donc autour d'elle que nous devons relancer ce partenariat. Comment va-t-on faire ? Tout d'abord, en renforçant les systèmes de santé avec la couverture santé universelle, la recherche et l'innovation, et par l'adoption de l'approche «One Health» dans nos politiques.

Pour rebondir après la crise du COVID, nos sociétés devront faire preuve de résilience. Au-delà de la santé, cette résilience collective devra s'appuyer sur la transition vers une économie verte, la lutte contre les changements climatiques, la production d'énergies renouvelables, l'agriculture durable et la protection de la biodiversité. C'est ce que j'appelle le «pacte vert Afrique-Union européenne».

Dans le monde post-COVID, les protagonistes seront les jeunes, ainsi que les femmes et les filles. La relance se fera avec eux. Notre partenariat doit contribuer à la lutte contre les inégalités et contre les violences en renforçant l'accès à l'éducation pour tous – y compris en matière de droits sexuels et reproductifs – et l'accès à la formation numérique. Nous devons pouvoir compter sur nos jeunes. Pour cela, il faut concentrer nos efforts sur leur formation, afin qu'ils soient maîtres de leur destin – c'est cela qu'on appelle une société inclusive. Nos valeurs doivent aussi être la colonne vertébrale de notre partenariat. Alors donnons aux jeunes africains et européens les outils pour pouvoir échanger sur les questions de droits humains et de gouvernance ; ils nous le demandent.

Pour réussir tout cela, nous aurons besoin que les 27 États membres, et pas seulement quelques pays européens, s'investissent activement dans ce partenariat, qu'ils apprennent à connaître l'Afrique, qu'ils la vivent. L'Afrique aura un impact décisif sur l'avenir du monde. Tous les Européens doivent comprendre l'importance et la chance que représente ce partenariat pour nous. Le voici, le partenariat voulu par ce Parlement: un partenariat centré sur les relations humaines. C'est cela qui fera notre force.

Ce rapport est un bel exemple de ce partenariat centré sur l'humain. Il s'inspire des échanges et des liens tissés avec des femmes et des hommes africains au cours de plus de deux cents consultations avec toutes les composantes des sociétés africaines. Ensuite, ce rapport a été élaboré, amendé, discuté avec vous tous. Les groupes politiques de ce Parlement ont travaillé main dans la main pour aboutir à ce rapport ambitieux qui répond aux défis du monde post-COVID et envoie un message fort aux Africains, mais aussi aux Européens.

Je vous remercie de votre engagement, de vos idées et de vos contributions. Je vous remercie aussi de m'avoir permis de jouer mon rôle de rapporteure et de mener à bien ce que je considérais comme ma mission: réunir les visions africaine et européenne. Cela a aussi été rendu possible par le formidable travail des délégations de l'Union européenne en Afrique, que je voudrais vraiment remercier.

Mes chers collègues, dès le début de la pandémie, j'ai échangé avec nos partenaires sur les questions sanitaires, le problème des masques et des tests et, plus récemment, sur l'accès équitable aux vaccins. Nous avons partagé nos peurs, mais surtout nos espoirs pour un partenariat plus fort et plus solidaire. Cependant, alors qu'à ce jour les pays pauvres n'ont bénéficié que de 0,1 % des vaccins administrés dans le monde, la confiance entre l'Afrique et l'Europe est aujourd'hui ébranlée. Nous avons le devoir de la restaurer, et cela doit commencer par l'accélération du rythme des livraisons de vaccins en Afrique.

Madame la Commissaire, ce rapport intervient dans un contexte où la pandémie offre la possibilité de revoir notre rapport au monde, de choisir nos partenaires stratégiques, de définir nos interdépendances. La recommandation de ce rapport est claire: faire du continent africain notre allié privilégié pour faire face aux défis devant nous.

Ce rapport contient des pistes concrètes pour décliner cette ambition dans tous les domaines – l'humain, l'économique, le culturel –, avec une approche nouvelle fondée sur les liens humains et sur les échanges entre personnes. Au moment où nous allons nous doter de nouveaux instruments financiers, il vous appartient, Madame la Commissaire, de vous saisir de ces propositions et de les faire vivre dans le cadre du programme «Team Europe». Nous serons, je vous le promets, à vos côtés pour porter cette ambition.

Mes chers collègues, Madame la Commissaire, soyons fiers de la communauté de destin qui nous lie tous, nous, Africains et Européens.

Anna Fotyga, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Madam President, travelling across Africa, I realised how much trust Africans placed in the EU. We have to face this challenge, remain strategically engaged with African people, with the continent, trying to improve a dire situation, even exacerbated recently by COVID-19. By this report, surely not ideal, we pledge – over political divisions – to remain there providing assistance and cooperation on the ground, understanding that our engagement is much better, much more constructive than any activity of our rivals or even opponents – Russia and China are trying to broaden their sphere of influence on the continent. I would like to thank the rapporteur for taking on so many of the AFET Committee's remarks in the report.

Udo Bullmann, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, werte Kolleginnen und Kollegen! Eine Partnerschaft auf Augenhöhe – das ist das, was wir erzielen wollen im Verhältnis zwischen Afrika und der Europäischen Union. Nun, was macht eine solche Partnerschaft auf Augenhöhe aus, was braucht man dazu?

Zum Ersten: Wenn die Not am größten ist, müssen Partner da sein. Das heißt, wir brauchen jetzt eine weltweite Impfkampagne, so wie António Guterres es für die Vereinten Nationen gefordert hat. Wir brauchen sie jetzt, heute, morgen, in den nächsten Monaten – aber nicht erst in ein oder zwei Jahren. Das ist ein dringendes Gebot, und ich danke Kommissarin Urpilainen, weil ich weiß, wie engagiert sie in dieser Angelegenheit ist. Aber wir müssen schneller werden, und wir müssen noch effektiver werden.

Das größte Gift in unseren Gesellschaften ist weltweit die wachsende Ungleichheit. Das wird sich verschlimmern durch Corona, und deswegen muss der Kampf gegen Ungleichheit der Maßstab unserer politischen Initiativen sein. Genau er ist der Schlüssel zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Und deswegen müssen wir messbar machen, was wir hier unternehmen. Das ist der Schlüssel für die Zukunft.

Dem Parlament wird eine wichtige Rolle dabei zukommen, wenn es darum geht, zu vermessen, ob wir wirklich den unteren 40 Prozent unserer Partnerländer voranhelfen, ob wir Mädchen, ob wir junge Frauen ausbilden, die die Zukunft ihrer Gesellschaft sein werden.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Madam President, I'm delighted to attend today's debate. I want to thank the Committee on Development, and in particular the rapporteur Chrysoula Zacharopoulou, for the commitment in preparing this excellent report and for the continuous cooperation.

Just over a year ago we jointly presented, together with the High Representative, our proposal for a new strategy with Africa, with the intention to get a joined-up approach and a renewed partnership with our sister continent Africa. And two days later the COVID-19 outbreak was declared as a global pandemic. The Commission, together with the Member States and the EIB and the EBRD acting as Team Europe, has led the charge on the global COVID response and vaccine solidarity, including in Africa.

A sizable portion of the almost EUR 14 billion mobilised in support to partner countries has been going to Africa. And COVAX vaccine deliveries are now happening across the continent. We also continue to support health-system strengthening and country vaccination strategies. And we are exploring how to build up manufacturing and production capacity in Africa in the context of our budget for external action.

So much has happened during this exceptional year. It made our renewed partnership all the more crucial. The crisis revealed the urgency of the five pillars of this strategy and the need to streamline human development across the partnership. And this brings me to my second point.

Over the past year, the EU has continued to reach out to its African partners, including several visits to Addis Ababa. And I consulted different actors to ensure views are taken on board in the process leading up to the sixth African Union-European Union summit, starting with the European Parliament. So I could not be happier to see the numerous points of convergence between your report and the joint communication.

The priorities outlined in our joint communication and in this report should help us spearhead a sustainable and inclusive global recovery linking the sustainable development goals to investment and depth relief. These areas can be win-win opportunities for Africa and Europe that benefit both people and planet.

We can tackle climate change and environmental degradation, reverse biodiversity loss and ensure food security, while at the same time focusing on job creation, human development and a comprehensive approach to migration. Likewise, when it comes to digitalisation, if we bridge the digital divide in Africa, there is a huge potential for fostering inclusion. In doing so we must continue to promote democracy, human rights, good governance and peace and security as prerequisites for sustainable development.

As my last point, let me praise your report's endorsement of our shared vision for supporting women and youth. I'm grateful to see your reference to the new ambitious gender action plan, which will promote participation of women and girls in all aspects of the COVID-19 recovery. Likewise, answering the growing demand of Africa's young and dynamic workforce by investing in education, training and skills is critical in a post-pandemic world. And I have notably decided to increase funding for education from 7% to at least 10% of our budget.

But we need to engage with youth in Africa to guide us in the process. This is one of my personal priorities and I'm happy to announce that I have launched a youth sounding-board and I will be nominating a special envoy on youth.

So in conclusion let me thank you once more for this report, and I very much look forward to this debate.

Manuel Bompard, *rapporteur pour avis de la commission de l'agriculture et du développement rural*. – Madame la Présidente, chers collègues, la Commission affirme vouloir un partenariat d'égal à égal avec le continent africain.

C'est bien, mais il y a les paroles et les actes; or, est-ce que l'Union européenne traite aujourd'hui l'Afrique en égale? Le fait-elle lorsqu'elle pille, par la pêche industrielle, les ressources halieutiques de l'Afrique, mettant sur la paille la pêche locale et l'économie qui en dépend? Le fait-elle lorsqu'elle promeut une agriculture ultra-intensive tournée vers l'exportation, dont les surplus ruinent les agriculteurs africains et enferment le continent dans la dépendance alimentaire? Est-ce un partenariat d'égal à égal lorsqu'on rase les forêts d'Afrique pour extraire toujours plus de cacao, de tabac, d'huile de palme ou de bois exotique, lorsqu'on accepte le travail des enfants et les violations des droits fondamentaux dans les mines pour assurer notre approvisionnement en cobalt ou autres métaux nécessaires à la soi-disant transition verte et numérique? L'Europe traite-t-elle l'Afrique en égale lorsqu'elle perpétue un modèle de conservation de la nature qui repose sur la violation systématique des droits des populations autochtones ou lorsqu'elle maintient dans les chaînes de la dette l'ensemble du continent africain?

Oui, il faut un partenariat d'égal à égal entre l'Europe et l'Afrique. Ce rapport va dans ce sens, mais l'Union doit maintenant prouver par des actes que sa relation avec l'Afrique a changé. En ce temps de pandémie, elle peut en faire une première démonstration en partageant les brevets des vaccins avec nos frères africains. Alors cessons l'hypocrisie, qu'attendez-vous pour soutenir la proposition en ce sens faite par l'Afrique du Sud à l'OMC?

Juan Fernando López Aguilar, *ponente de opinión de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior*. – Señora presidenta, si la Unión Europea quiere de verdad ser un actor global, su primer reto es mirar de frente a África, su vecino más inmediato, más inexorable y más gigantesco. Para empezar, por su revolución demográfica: en los últimos cincuenta años ha duplicado su población hasta 1 300 millones, pero volverá a duplicarla en los próximos treinta. Y por eso la Unión Europea tiene que hacer valer su peso, primero en el mundo, en ayuda humanitaria y en cooperación al desarrollo.

La Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior ha contribuido con una resolución sobre esta nueva estrategia a largo plazo Unión Europea- África. En primer lugar, derechos y protección de la oposición frente a la persecución; lucha contra la corrupción, contra la violencia de género, por la igualdad, contra la violencia sexual y la explotación de menores; pero también gobernanza, seguridad, paz, sanidad y lucha contra la pandemia.

Y finalmente, migración. Claro que sí, porque hay que incentivar las vías legales y seguras: corredores humanitarios, visados humanitarios, desincentivar los tráfico ilícitos y, por supuesto, combatir la pérdida de vidas en la mar en esa ruta atlántica que pasa por Canarias desde África hacia la Unión Europea, que se lleva, lamentablemente, la vida de tantos menores, algo que hay que lamentar como una tragedia, como ha sucedido estos últimos días. Mis condolencias a la familia que ha perdido a la pequeña Nabody en Canarias. Es todo un mensaje que apela a la conciencia de la Unión Europea.

György Hölvényi, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Tisztelt Elnök Asszony! Tisztelt Biztos Asszony, Tisztelt Képviselőtársaim! Szeretném ezúton is elismerni. Zacharopoulou képviselőtársam munkáját, aki jelentésvezetőként törekedett a frakciók között konszenzus kialakítására az előttünk lévő határozattervezetben. Az Afrikai Unió együttműködésének kölcsönös tiszteletre kell épülnie. Fel kell hagyni az afrikai partnereink kioktatásával. Az uniós politika kialakulásakor pedig figyelembe kell venni a helyi sajátosságokat, érzékenységeket. Az előttünk álló tervezett helyesen emeli ki az oktatás fontosságát, mutat rá a vallási, egyházi partnerek jelentőségére, hangsúlyozza a biztonság kérdését.

Hiszem, hogy az afrikai gazdaság nehézségeinek felszámolását helyben kell segítenünk, és ennek egyetlen hatékony módja a minőségi oktatás megalapozása, mint a munkahelyteremtés és a gazdasági felzárkózás. A biztonság nélkül azonban nincs fejlődés. Ezért a partnerségben kiemelt helyet kell kapni a terrorizmus elleni küzdelemnek, a biztonsági együttműködésnek. A határozattervezet gyengesége, hogy nem tanúsít kellő figyelmet – véleményem szerint – a helyi sajátosságok iránt. Nem megfelelően határozza meg, a szexuális jogok kapcsán élettelenes üzeneteket közvetít, illetve számos ország által nem támogatott migrációs kompaktokra tartalmaz utalást. Tegyük meg mindent, hogy Afrika legértékesebb erőforrásai, a fiatalság otthon, saját hazájában, saját kontinensén találja meg saját jövőjét!

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Colegas, a União Europeia e a União Africana perfilham ambas a aposta numa globalização justa e multilateral e este relatório reforça essa visão e posiciona o Parlamento Europeu como um ator determinante na definição da parceria entre iguais, a estabelecer na Cimeira União Europeia-África.

A Europa e a África devem libertar-se da relação doador-beneficiário, criando condições para que os dois continentes cooperem não apenas como iguais na vontade e na soberania, mas também nas condições objetivas de capacitação e qualificação. Este desígnio reflete as parcerias que estruturam estratégia, parcerias para a tradição ecológica e o acesso à energia, para a transformação digital, para o crescimento sustentável do emprego, para a paz e a governação e para a migração e a mobilidade, mas reflete-se também no princípio de que as relações políticas e económicas devem basear-se na igualdade, na partilha de valores com o respeito pelo Estado de Direito, pela democracia, pelos direitos humanos e numa vontade genuína de construir relações duradouras que beneficiem tanto a África como a União Europeia.

Saúdo a relatora, e os relatores-sombra, pelos resultados de um trabalho em que me envolvi com determinação em representação dos Socialistas e Democratas. O amplo compromisso a que chegámos neste relatório traça um caminho de decência e dignidade nas relações internacionais, um caminho de decência e dignidade por uma parceria multilateral e entre iguais e para um futuro melhor para os povos africanos e europeus.

Jan-Christoph Oetjen, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Als Allererstes möchte ich meinen Dank an die Berichterstatlerin ausdrücken, denn Chrysoula Zacharopoulou hat mit diesem Bericht etwas geschafft, was hier selten passiert, sie hat nämlich eine große Einheit in diesem Haus geschaffen dafür, dass wir eine neue Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Afrika auf den Weg bringen – eine Partnerschaft, die die postkoloniale Zeit überwindet und eine Partnerschaft ist, die auf Augenhöhe arbeitet. Dafür möchte ich ihr an dieser Stelle ganz, ganz herzlichen Dank sagen.

Wir stellen in diesem Bericht in den Mittelpunkt, dass wir diese Partnerschaft auf Augenhöhe gestalten. Und das, was beispielsweise unter dem Namen Covax in Afrika passiert, ist eben genau diese Partnerschaft auf Augenhöhe, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wo wir Verantwortung übernehmen vonseiten der Europäischen Union und gemeinsam mit den afrikanischen Partnern eben unterstützen in dieser weltweiten Pandemie, die die Schwächsten eben am stärksten trifft.

In dieser Strategie, die ausgearbeitet wurde, setzen wir auf Bildung. Wir setzen auf die Frauen in Afrika, auf die Jugend in Afrika, und ich glaube, dass wir gut daran tun, denn darin liegt die Zukunft.

Es gibt aber andere hier in diesem Haus – und ich gehe davon aus, dass der Redner, der gleich nach mir redet, darüber schwadronieren wird –, die darüber sprechen, dass diese Strategie dafür da sei, Millionen von Afrikanern nach Europa zu bringen. So ein Unsinn, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist Migration eines der Themen, das wir auch mit den afrikanischen Partnern besprechen müssen. Wir müssen auch besser werden darin, dass Menschen, die zu uns kommen, aber kein Asylrecht haben, wieder in ihre Länder zurückgebracht werden. Aber wir haben auch eine humanitäre Verantwortung gegenüber den größten vulnerablen Gruppen auf dem afrikanischen Kontinent. Wir haben eine Verantwortung dafür, zu definieren: Wie kann denn eigentlich Migration in den Arbeitsmarkt zu uns nach Europa genau definiert werden? Wie können wir denn entscheiden, wer zu uns kommen kann, um bei uns zu arbeiten?

Das sind Themen, die eben auch ganz gewichtig diskutiert werden müssen, wo wir eine gemeinsame Strategie mit den afrikanischen Partnern entwickeln. Aber es geht nicht darum, einfach nur die Türen weit aufzumachen und zu sagen: Bitte, kommt doch alle. Wer das hier in den Raum stellt, der spricht nicht die Wahrheit.

Bernhard Zimniok, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Möglicherweise bin ich ein Schwadronierer, aber Sie sind ein Träumer, verehrter Kollege. Werte Kollegen, die Afrikastrategie ist ein ideologisches, ein neokolonialistisches, ein weltfremdes Projekt, das Europa in den Abgrund reißen wird.

Das Kernproblem Afrikas – es wurde nicht mal ansatzweise angesprochen. Kein einziges Wort von der massiven Überbevölkerung Afrikas im ganzen Dokument! Das europäische Demografieproblem soll nicht durch eine adäquate Familienpolitik gelöst werden, wie das zum Beispiel im viel kritisierten Ungarn der Fall ist – nein, illegale Einwanderung soll legalisiert werden und das Problem mit der Masseneinwanderung kulturfremder und meist sehr unqualifizierter Migranten gelöst werden.

Wie gut das klappt, davon kann Deutschland seit 2015 ein Lied singen. Das ist eine Einwanderung in die Sozialsysteme ohne jeglichen Nutzen für unsere Gesellschaft und auch nicht zum Nutzen dieser Migranten. Die Migranten schicken reichlich Geld nach Afrika zurück, was dazu führt, dass das Problem der Überbevölkerung nicht gelöst, sondern nur noch massiv verstärkt wird.

Wurde der europäische Bürger gefragt, ob er diesen Wahnsinn unterstützt? Nein, natürlich nicht. Das ist Demokratie à la EU. Das lehnen wir ab. Eins steht jedenfalls fest: Man kann Afrika nicht helfen, indem man den eigenen Kontinent zugrunde richtet.

Pierrette Herzberger-Fofana, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame le rapporteur, Madame la Commissaire, la nouvelle stratégie de l'Union européenne avec l'Afrique ouvre une nouvelle voie, et aussi une nouvelle vision et de nouvelles potentialités. Car nous restons convaincus qu'un dialogue respectueux et transparent entre les partenaires africains et européens sera source d'une synergie nouvelle et juste. Ce rapport est à ce titre d'une importance capitale dans le cadre de la stratégie Union européenne-Afrique. Nous voulons, en accord avec nos partenaires, donner la priorité à la lutte contre la pauvreté et la corruption, aux droits humains, à la lutte contre les inégalités sociales et à la défense de la démocratie et de l'état de droit, mais également à l'accès aux besoins fondamentaux, à la santé, à la sécurité alimentaire, à l'éducation et à la préservation de l'environnement, tout comme à l'éradication du travail forcé des enfants et du chômage des jeunes et à l'autonomisation des filles et des femmes.

Nous avons jusqu'ici obtenu des résultats encourageants. Le rapport a pour objectif principal de garantir un partenariat d'égal à égal, afin de dépasser la relation donateur-bénéficiaire. Nous ne pourrions pas y parvenir sans adopter une approche critique. Nous avons connu des succès notoires dans les domaines de l'agriculture et du commerce afin de promouvoir un développement durable et inclusif. Nous devons, à ce titre, continuer à réduire les dépendances systémiques aux importations étrangères. Stimuler le commerce intérieur, c'est encourager l'intégration régionale du continent africain.

En revanche, il s'agit, concernant la stratégie de numérisation, de ne pas imposer notre approche aux pays africains, d'autant plus qu'ils sont confrontés à de nombreux défis: comment en effet penser Internet sans accès à l'électricité, à l'éducation, ou encore aux soins de santé primaires? Nous devons donc continuer à travailler en vue d'un partenariat effectif et équitable qui nous permettra de parvenir à un développement durable et inclusif.

Beata Kempa, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Bardzo dziękuję pani sprawozdawczyni za olbrzymią pracę, bardzo dziękuję pani komisarz.

Europa dzisiaj pokazuje, że jest faktycznym sojusznikiem Afryki. Uważam, że to właściwy moment, żeby dokonać próby bilansu naszego zaangażowania w tym regionie, a także zasygnalizować kierunki i możliwości zmian, i one są jak najbardziej słuszne. Uzasadniają one potrzebę tak zwanej pomocy na miejscu, i wszystko to, co w sprawozdaniu koncentruje się na rozwoju społecznym, polepszeniu transformacji cyfrowej, inwestycjach, wzroście gospodarczym, zrównoważonym rozwoju, bardziej efektywnej redystrybucji wytworzonego bogactwa, to wszystko pokazuje, że młodzi Afrykańczycy, tak jak często zwracała na to uwagę pani komisarz, ten kapitał ludzki, ci młodzi ludzie, są najważniejsi. To jest to, nad czym powinniśmy się w swojej pracy i w swojej pomocy skupiać, bo przecież Unia jest największym darczyńcą – trzeba to wciąż mówić i podkreślać. Ten kapitał ludzki i ta inwestycja w ten młody kapitał ludzki może spowodować jedno: że będą oni realizować swoje marzenia tam, gdzie się urodzili, w ich szerokości geograficznej, a do Europy przyjeżdżać turystycznie i być może również dawać tutaj wielkie świadectwo wspólności tego kontynentu, jakim jest Afryka – i ten kierunek jak najbardziej popieramy.

Najważniejsze dzisiaj wyzwanie to zdrowie. Afryka potrzebuje wielkiego wsparcia w zakresie ochrony zdrowia i to jest absolutnie wielkie wyzwanie również i dla nas. Myślę, że mamy takie możliwości, Covax już pokazuje, że to jest niezwykle mądre i absolutnie potrzebne przedsięwzięcie. Jedyne, z czym się nie jestem w stanie zgodzić, to niestety ideologia. Zdrowie reprodukcyjne nie mieści się w naszym światopoglądzie i stąd w tej kwestii ważniejsze jest wsparcie dla dziewcząt, które dzisiaj jeszcze doświadczają chociażby okaleczeń, a także przedwczesnych małżeństw. W tym kierunku powinniśmy zmierzać, żeby tę kwestię ograniczać, reszta jest absolutnie bardzo dobra.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, señora comisaria, desde la izquierda europea consideramos que este informe contiene algunas recomendaciones positivas, sobre todo en materia de desarrollo, de agricultura o de medio ambiente. Sin embargo, entendemos que es continuista en materia de inmigración y de comercio y, sobre todo, —y aquí está una de las cuestiones fundamentales para nosotros— introduce elementos muy problemáticos en materia de cooperación militar y de seguridad euroafricana.

Por eso, justamente, aunque entendemos que debe haber una estrategia para África, como grupo, nos abstendremos. Porque necesitamos una estrategia que afine y actualice las relaciones europeas con África, pero estas relaciones deben estar guiadas por un enfoque de derechos y de justicia social y climática, así como apuntar a las causas de la pobreza y de la desigualdad que sufren los pueblos africanos.

Por eso, estas cosas no se pueden hacer si mantenemos las mismas políticas extractivistas y neocoloniales, depredadoras de recursos, que siguen caracterizando las relaciones euroafricanas. Con esta estrategia, las políticas europeas de cooperación al desarrollo están cada vez más subordinadas a otros intereses que nada tienen que ver con la reducción de la pobreza sino con el control migratorio, la externalización de fronteras, la militarización o los intereses de las multinacionales europeas.

Una verdadera estrategia para África debería empezar por liberar las patentes de las vacunas de la COVID, por cancelar las deudas ilegítimas, por cambiar las relaciones comerciales injustas que impiden que África desarrolle sus propias capacidades productivas. Lo contrario tiene un nombre: neocolonialismo. Y, para eso, con nosotros que no cuenten.

Ádám Kósa (NI). – *(a felszólalás eleje mikrofonon kívül hangzik el)*... a migráció, ezért azt meg kell, állítani úgy, hogy annak alapvető okait kell felszámolni.

Gazdasági fejlesztésre, munkahelyteremtésre, a megélhetés helyben történő biztosítására van szükség, ezért új alapokra kell helyezni az EU Afrikával kapcsolatos politikáját, különös tekintettel a szubszaharai régióra. Csak akkor lehetünk sikeresek, ha erőteljes javulást érünk el a migrációt kiváltó okokban: biztonság, az élelmezésbiztonság, a megfelelő foglalkoztatási, magánberuházási és oktatási lehetőségek hiányának kezelésében. Meggyőződésem, hogy a szubszaharai régióban, Afrikában megvalósítandó projektek kapcsán az afrikai hagyományos tudás fokozottabban kell hasznosítani.

Ha valóban fontos nekünk Afrika, akkor ne ideológiák, hanem gyakorlati szempontok alapján építsük velük a kapcsolatot. A segítséget helybe kell vinnünk. Európa stabilitása Afrika stabilitásával kezdődik.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Hildegard Bentele (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU und Afrika müssen enger und, ich sage, strategischer zusammenarbeiten, denn die Herausforderungen sind groß: eine stark wachsende junge Bevölkerung in Afrika, für die der Privatsektor Millionen von Arbeitsplätzen schaffen muss, stark fragmentierte Märkte, zu geringe Einbindung in Wertschöpfungsketten, zu geringe Steuereinkommensbasis für Investitionen in soziale Sicherungssysteme, Bildung und Gesundheit.

Wir sind mit China konfrontiert, das als unser Systemfeind afrikanische Staaten zunehmend in seine Abhängigkeit bringt. Der Klimawandel kann die systemrelevanten natürlichen Ressourcen und die Biodiversität in Afrika und damit das Weltklima massiv in Gefahr bringen. Und schließlich zwingen grausamst ausgetragene Konflikte und Terror Millionen Menschen in die Perspektivlosigkeit und Migration.

Ich halte folgende Punkte in der künftigen EU-Afrika-Zusammenarbeit für besonders wichtig. Erstens: Die EU ist Binnenmarkt- und Handelsexpertin. Unsere Erfahrungen und Wissen, wie man Frieden und Wohlstand durch Integration und gemeinsame Rechtsrahmen generieren kann, können wir hervorragend mit Afrika teilen.

Zweitens: zur Erreichung der Klimaziele und einer nachhaltigen Entwicklung – jetzt neue europäisch-afrikanische Partnerschaften von der Energieerzeugung bis zur Digitalisierung zu beiderseitigem Vorteil nutzen.

Drittens: Echte Partnerschaft braucht Begegnung. Deshalb müssen wir die Kontakte zwischen Europäern und Afrikanern über Wirtschaft, Ausbildung und Kultur systematisch intensivieren.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, l'Afrique est certes un continent où la population est parmi la plus pauvre du monde, mais l'Afrique est aussi indéniablement le continent le plus riche au monde pour ce qui est des ressources naturelles: l'or, le diamant, l'uranium, le phosphore, le coltan, le gaz, le cacao, le coton, pour n'en citer que quelques-unes. Sans ces matières premières, la plupart des industries mondiales seraient aujourd'hui à l'arrêt. À titre d'exemple, 80 % de l'électricité produite en France provient de l'exploitation de l'uranium du Niger.

Depuis la colonisation et après les indépendances, le principal souci des pays colonisateurs a été de vider ces pays pour garantir le bien-être des populations occidentales et remplir les poches du *business*. Les entreprises étrangères n'apportent pas grand-chose aux populations locales, elles profitent de la main d'œuvre abondante, bon marché, sans protection sociale. Elles profitent aussi d'une faible pression fiscale et, de surcroît, d'une responsabilité environnementale inexistante. Il est vrai qu'elles sont souvent face à des États défaillants, souvent corrompus, plus préoccupés de leur enrichissement personnel que du bien-être de leurs concitoyens. Le réchauffement climatique causé par nos modèles de production vient se rajouter à ce désastre.

Alors oui, il nous faut une nouvelle stratégie Union européenne-Afrique. Mais cette stratégie doit imposer une responsabilité sociale et environnementale aux entreprises. Cette stratégie doit lutter contre la corruption. Cette stratégie doit changer notre modèle de production et elle doit inclure beaucoup plus la société civile, les femmes et les jeunes.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, 14,4 kilómetros es la distancia que separa África de Europa. Todo lo que sucede en África sucede tan solo a 14,4 kilómetros. Por eso nunca ha sido más cierto: ayudar a África es ayudarnos a nosotros mismos. Conseguir los objetivos del cambio climático, igualdad de derechos, lucha contra la pobreza; no lo conseguiremos si no estamos juntos, si no estamos a bordo.

Por eso esta estrategia es una gran oportunidad para hacer este partenariat diferente, un partenariat entre iguales; se ha dicho, lejos del paternalismo, de la relación donante- receptor. Porque, efectivamente, África es el continente que tiene hoy las mayores bolsas de pobreza, que tiene enormes problemas de inestabilidad, de violencia, pero a su vez es el continente que ha duplicado su producto interior bruto en doce años; es el continente que está haciendo la mayor área comercial del mundo desde la creación de la OMC; es el continente que ha pasado de no tener teléfono a estar conectado con teléfono móvil; es el continente con el que debemos ir de la mano en un partenariat entre iguales. Gracias, Chrysoula, por tu trabajo; gracias, señora comisaria, por su compromiso.

Dominique Bilde (ID). – Madame la Présidente, ce rapport témoigne du double discours de LREM en matière migratoire puisqu'il plaide ouvertement pour de nouvelles voies d'immigration légales sous le prétexte fallacieux d'endiguer les arrivées clandestines.

Une solution paraît pourtant évidente. Avec 25 milliards d'euros d'aide au développement à l'Afrique en 2018, les Européens doivent exiger en contrepartie l'acceptation par les pays bénéficiaires des rapatriements de leurs ressortissants. En effet, de l'aveu même de la Commission, parmi les six pays épinglés pour des taux d'exécution de retour particulièrement bas, cinq sont de l'Afrique. Par ailleurs, les transferts d'argent des immigrés à leur pays d'origine représentent aujourd'hui plus du triple de l'aide publique au développement, et la Cnuced estimait dernièrement les fuites illicites de capitaux à 3,7 % du PIB de l'Afrique, soit 88,6 milliards de dollars par an, ce qui démontre que de vastes sources de financement jusque-là inexploitées peuvent être mises à contribution.

Saignés à blanc par la pandémie de COVID-19, l'Europe et l'Occident ne pourront pas éternellement porter à bout de bras le reste du monde sans contrepartie ou obligation de résultat.

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Opracowując strategię współpracy Unia Europejska–Afryka, należy przede wszystkim trafnie zdefiniować problemy, które wspólnie chcemy i możemy rozwiązać. Jeśli ma być ona czymś realnym, a nie tylko zlepkiem pięknych sformułowań oraz szkodliwych stereotypów, musimy zakotwiczyć ją w rzeczywistości, odnieść się do problemów, którymi żyje Afryka.

Jednym z takich szczególnie istotnych problemów jest fakt, że turystyka, w którą obecny kryzys uderzył szczególnie mocno, doprowadzając do jej całkowitego załamania, stanowi bardzo ważny element gospodarki wielu państw afrykańskich. Dlatego jednym z priorytetów naszych działań powinno być przygotowanie takich podstaw współpracy, które umożliwią szybkie wypracowanie rozwiązań służących reanimacji turystyki między Europą i Afryką.

Stałym elementem pozostającym w centrum naszych zainteresowań jest problem stabilności afrykańskich demokracji i przejrzystości procesów wyborczych. W tym kontekście musimy przede wszystkim wykazać więcej zrozumienia dla lokalnych uwarunkowań. Nie ulegajmy złudzeniu, że lepiej wiemy, czego mieszkańcy Afryki potrzebują i jak ich uszczęśliwić, czy że nasz model demokracji liberalnej jest jedynym słusznym. Nie lekceważmy specyfiki afrykańskich społeczności i ich kultur.

Marc Botenga (The Left). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, la politique européenne du vaccin est-elle raciste? Je me suis posé la question longuement quand j'ai vu cette carte qui montre effectivement que cette année, les Européens pourraient être vaccinés tandis que les Africains devront attendre encore plusieurs années. Des gens vont mourir inutilement parce qu'un vaccin existe et pourrait être produit en Afrique. Mais quand, à l'Organisation mondiale du commerce, l'Union africaine a demandé à l'Europe de pouvoir produire ce vaccin, la réponse de l'Union européenne a été: non, ce vaccin restera entre les mains des multinationales pharmaceutiques occidentales.

Les anciennes puissances coloniales qui refusent à l'Afrique le droit de produire le vaccin: le symbole est vraiment fort. L'Union européenne préfère donc sauver le profit des multinationales plutôt que de sauver la vie des gens. Thomas Sankara a dit qu'il faut choisir, à un certain moment, entre le champagne pour quelques-uns et l'eau potable pour tous... Mais, aujourd'hui, nous devons choisir entre les profits pour quelques multinationales et le droit au vaccin pour tous. Faisons le bon choix.

Gheorghe Falcă (PPE). – Doamnă președintă, dragi colegi, aș vrea să salut adoptarea noii Strategii Uniunea Europeană – Africa, însă, în lumina impactului Covid-19, această pandemie riscă să extindă inegalitățile în Africa și creșterea nesigurăței alimentare.

De aceea, redresarea, post-pandemie ar trebui văzută ca o oportunitate de a reconstrui o societate mai rezilientă. Trebuie să ne concentrăm pe remodelarea relațiilor economice, comerciale și pe accesul la energie. Iar dezvoltarea resursei umane ar trebui plasată în centrul strategiei, pentru a ne asigura că nimeni nu este lăsat în urmă, cu prioritate educația și locurile de muncă, pentru combaterea sărăciei și creșterea economică.

Nu în ultimul rând, aș vrea să menționez faptul că este vital să ne asigurăm de garantarea unui mediu politic corect, social și economic stabil în Africa.

Giuliano Pisapia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, «la povertà – diceva Mandela – non è naturale: è creata dall'uomo e può essere superata e sradicata solo dell'azione quotidiana».

L'Africa è un continente che spesso divide gli Stati membri dell'Unione europea; mi riferisco al tentativo, in parte purtroppo già riuscito, di governi nazionali che condizionano gli aiuti allo sviluppo con il contenimento dei flussi migratori e la chiusura delle frontiere interne all'Africa. Elargire fondi umanitari in cambio del blocco dei migranti non solo è moralmente disgustoso, ma è anche inefficace.

I fondi europei devono combattere la fame, il sottosviluppo e il cambiamento climatico; foraggiare operazioni di controllo dei confini non risolverà le cause delle migrazioni né vi porrà freno. Molti hanno citato il neocolonialismo cinese d'Africa: la nostra politica deve avere come obiettivo lo sviluppo e la democrazia. Dimostriamola con i fatti.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, I visited Sierra Leone on two occasions during the Ebola epidemic and, like many people, I tried to learn the lesson of that experience, particularly in terms of health-system strengthening.

Unlike COVID, Ebola virus disease is not very transmissible and is not airborne, but it is far more deadly. Of the 30 000 people that contracted the disease 10 000 people died and it affected all ages indiscriminately. The lessons were clear. We have to tackle dangerous and airborne viruses if they are as deadly as Ebola and be prepared for that. We must strengthen health systems and we must prepare for the impact of loss of biodiversity. But very little was done. Reports were built up.

Now, COVID is a wake-up call: we are here again, and the manner of our response will define our relationship with many African countries for a generation, despite the ambitions set out in this excellent report by my colleague Chrysoula Zacharopoulou. The ambitions of this report stand on their own merit but it will be for nothing without an ambitious EU-African vaccine partnership.

Jordan Bardella (ID). – Madame la Présidente, à l'heure où la croissance verte et inclusive de l'Afrique, pour reprendre vos mots, semble monopoliser l'attention de Bruxelles, à l'heure où la Chine se veut toujours plus offensive à l'égard de l'Afrique, une vague démographique de 2 milliards 500 millions d'habitants d'ici 2050 se dresse face à nous, de l'autre côté de la Méditerranée.

L'Afrique est et restera un partenaire économique majeur et incontournable, qui bénéficie aujourd'hui d'aides stratégiques nationales et internationales à son développement pour le siècle qui vient. Loin d'être un gage de tutelle, et compte tenu du défi migratoire, des destins croisés de nos continents, si une politique dissuasive d'immigration ne reprend pas rapidement ses lettres de noblesse, ces aides doivent et devront tout d'abord être conditionnées – et strictement conditionnées – à la maîtrise des flux migratoires par les États africains. Nous en savons les drames humains, nous en savons les causes et les conséquences, tant dans la fuite de forces vives pour les pays de départ que dans la volonté de nos peuples de rester eux-mêmes. Oui au codéveloppement, non à la tutelle.

Vincenzo Sofò (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, lui è Luca Attanasio, ambasciatore italiano ammazzato un mese fa in Congo, nell'indifferenza del governo italiano e del ministro Di Maio; ma anche nell'indifferenza dell'Unione europea, nonostante l'assassinio sia avvenuto in una delle aree più ricche di risorse energetiche necessarie alla transizione tanto cara a quest'Aula.

Quell'Africa sempre più preda di strategie neocolonialiste di Cina, Turchia e via dicendo, che puntano a quelle risorse energetiche e a quel controllo dei flussi migratori con cui potranno ricattarci in futuro. E di fronte a tutto ciò l'Europa resta a guardare, subendone passivamente le conseguenze: immigrazione selvaggia e pericolo terrorismo sono solo due da citarne.

È ora che l'UE si decida ad attuare una politica estera comune e concreta per l'Africa, il cui caos si avvicina sempre più alle porte dell'Europa. È ora che l'UE si metta in testa che l'Italia non può essere marginalizzata ma va anzi messa al centro, insieme a paesi come Francia e Spagna, della strategia di stabilizzazione del Mediterraneo.

È ora che l'UE si accorga dell'importanza geopolitica del Sud Italia, fondamentale ponte verso l'Africa, investendo su di esso affinché diventi avamposto e non campo profughi d'Europa.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, de situatie in Afrika is zorgelijk. De rechtsstaat bestaat in een aantal landen niet. De jeugd trekt weg vanwege uitzichtloosheid en we zien ook dat mensenrechten veel worden geschonden.

Afgelopen decennium zijn er veel migranten uit Afrika naar Europa gekomen en dat gaf hier spanningen. Maar laten we niet vergeten dat ondanks de bloei van sommige Afrikaanse landen, de jongeren daar zijn weggetrokken. Zij hadden geen toekomst. En daar moet de EU echt op inspelen en iets aan doen. Ik denk bijvoorbeeld aan het bevorderen van werkgelegenheid in de groene energie, zoals zonne-energie.

Laten we ook de rol van China niet vergeten: China kaapt alle grondstoffen in Afrika. Chinese schepen vissen alles leeg wat in de Afrikaanse zeeën zit. De Europese Unie moet daar krachtig weerstand tegen bieden en een alternatieve politiek ontwikkelen.

Vandaar dat ik het nieuwe beleid van de Europese Unie jegens Afrika zeer steun.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la nuova strategia Unione europea-Africa proposta dalla Commissione parte con l'idea di promuovere un cambiamento di approccio nelle relazioni tra noi e il continente africano.

È un fatto positivo, perché si passa da politiche di sviluppo concepite solo come aiuto a una cooperazione tra partner che hanno pari dignità e che devono definire insieme risposte su questioni strategiche, come le sfide imposte dalla crisi climatica, le politiche energetiche, l'occupazione, il diritto alla mobilità, alla pace.

Occorre andare fino in fondo su questa strada: dobbiamo lasciarci alle spalle quel passato anche recente, in cui abbiamo guardato a quello straordinario continente con commiserazione, paternalismo o con la sola ossessiva preoccupazione di bloccare i flussi migratori. Dobbiamo lasciarci alle spalle tutte le tentazioni neocoloniali e fronteggiare quelle altrui, di altre potenze mondiali.

Cambiare vuol dire costruire un modello di sviluppo differente sia dal punto di vista ambientale, sia economico e sociale. E questo deve voler dire anche guardare diversamente alla migrazione, senza paura, e considerando il rispetto dei diritti umani un elemento irrinunciabile e un terreno per scelte politiche nette e nuove.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, África debe ser un continente prioritario para la Unión Europea: vecino geográficamente, con múltiples vínculos históricos, humanos y económicos, pero con una enorme diferencia económica y también demográfica.

Tenemos que poner África en el centro de nuestra atención con palabras y también con hechos. Ojalá la cumbre de 2021 contribuya a esa asociación de la que tanto venimos hablando. Es crucial crear crecimiento y empleo para esa población joven, muy cuantiosa, que se quiere incorporar al mercado laboral. La inversión europea y la intensificación del comercio deben contribuir al desarrollo del continente.

Pero el desarrollo también requiere seguridad y superación de conflictos. Espero que el Fondo Europeo de Apoyo a la Paz, ayude a los países africanos a afrontar grandes amenazas como el terrorismo, por ejemplo, en el Sahel. El informe de la señora Zacharopoulou insiste con razón en la importancia del Sahel, esa región clave también para nuestros vecinos africanos, los países del Mediterráneo sur.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, things are slowly coming back to normal. I'm the last speaker of the night. Great!

While the summit between Africa and the European Union has had to be postponed, nevertheless dialogue must continue because we must build a close cooperative relationship with our friends in Africa. This must be based on trust and shared values, and together we must tackle shared problems such as climate change and the pandemic, both of which do not recognise any borders. This makes a durable and robust economic relationship between us all the more vital.

This will be particularly important for Africa's youth, as it houses one of the youngest populations in the world. Efforts to reduce poverty, as well as promoting education, training and skills, will help provide a new set of opportunities for these people, and they and the world will be better for it. We have no time to waste.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank all of you for your very active contributions today and your valuable support over the past year. And I have to say that I'm delighted to notice that we share the same assessment, that we have a strategy that brings concrete benefits for all our citizens and reduces inequalities. We need you by our side and we need your knowledge and also your expertise. Your input, as well as stakeholders' input in Europe and Africa, will feed into the African Union-European Union summit where heads of state and government will agree on a joined-up approach for the coming years. So this is the big plan.

Political outreach to African partners will continue, including the newly elected African Union Commission, and I would invite you to pursue this discussion at every level. Because we need an open dialogue with citizens, with civil society organisations, with governments and with parliaments from Africa and Europe. Because successfully shifting towards a modern, vibrant and comprehensive EU-Africa partnership will be the result of efforts and buy-in on all sides.

And this will also help the partnership with Africa whenever possible in the multilateral arena. The EU and Africa account for more than 40% of United Nations member countries. So our collective weight is real and really can change the global course of action.

There has never been a better moment for Europe and Africa – our sister continent – to really join forces, because we are stronger together. We all know that and I very much look forward to continuing this journey together.

(Applause)

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan torstaina 25.3.2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

João Ferreira (The Left), *por escrito*. – A relação entre a UE e os países africanos tem vindo a ser apresentada como uma prioridade estratégica da UE. A chamada estratégia UE-África assume abertamente a intenção da UE de ter um papel de liderança no continente africano. Uma formulação clara na intenção de levar a cabo uma ofensiva recolonizadora do continente, desejavelmente, antecipando-se a outros. Pretende exportar uma «boa governação» - leia-se, impor os modelos de organização económica e política que permitam às suas potências e aos seus grupos económicos apoderar-se mais rapidamente dos recursos e dos mercados africanos. Procura impor de forma instrumental os princípios do livre comércio entre partes profundamente desiguais. Aí temos África como um imenso tabuleiro de disputa imperialista, determinando a crescente militarização do continente, com presença crescente de forças estrangeiras, e a multiplicação dos focos de conflito. A referência a Moçambique é paradigmática não de uma estratégia de verdadeira cooperação, mas de posicionamento e intervenção da UE em função dos seus interesses e «antes de outros». Uma cooperação com África é possível e desejável, mas em pressupostos que garantam o desenvolvimento, entre países iguais em termos de direitos, sem ingerências nem condicionalidades cínicas, no respeito da soberania dos países africanos e da vontade dos seus povos.

Margarida Marques (S&D), *por escrito*. – O fortalecimento da parceria UE-África é essencial, sobretudo no contexto da pandemia global de COVID-19. Esta ampliou a desigualdade e introduziu enormes retrocessos nos compromissos assumidos na tentativa de criar uma nova parceria ancorada na responsabilidade mútua na solução dos problemas, bem como no desenvolvimento sustentável e inclusivo dos dois continentes. A Europa tem privilegiado as relações multilaterais e de parceria com África e as sucessivas presidências portuguesas do Conselho da UE muito têm contribuído para este objetivo. Esta parceria tem todas as condições para perseguir esses objetivos ao nível político, económico, social e ambiental. Na implementação da estratégia UE-África, temos agora uma abordagem orientada para uma solução que coloca a pessoa no centro, principalmente na prestação de cuidados de saúde e educação universais de qualidade, na criação de empregos decentes, no combate à pobreza, no combate à desigualdade, na abordagem aos déficits de infraestrutura e noutras questões como as dívidas junto de organizações internacionais, que afastam as oportunidades necessárias.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Przysłuchując się dzisiejszej debacie, odnoszę wrażenie, że jesteśmy zgodni co do tego, że Afryka jako nasz bliski sąsiad jest dla nas ważna i wymaga ustalenia nowych relacji opartych na zasadzie równości, poszanowania praw, godności ludzkiej oraz wspólnej odpowiedzialności. Nie jestem tylko pewna, czy społeczeństwo europejskie też tak to postrzega, a myślę, że ciężko będzie nadać dużą wagę tym relacjom, jeśli o sprawach kluczowych będziemy obradować późnym wieczorem.

To, jak będzie nam się żyło w Europie w przyszłości, zależy od kondycji krajów, z którymi mamy silne powiązania gospodarcze, społeczne i kulturowe. Jeśli kraje afrykańskie mają się dobrze, tzn. nie są ogarnięte konfliktami, które prowadzą do masowych przesiedleń i skrajnego ubóstwa, nasze bezpieczeństwo nie jest zagrożone.

Pracę nad strategią rozpoczęliśmy przed wybuchem pandemii, a dzisiaj lepiej niż wtedy rozumiemy, że funkcjonujemy w świecie naczyń połączonych, gdzie sytuacja w jednej części globu determinuje zmiany w drugiej. Cieszę się, że strategia powstaje we współpracy z Afryką, że wsłuchujemy się w potrzeby naszych partnerów i nie narzucamy z góry gotowych rozwiązań. Naszą współpracę chcemy zacieśnić w obszarze zdrowia i ochrony środowiska, migracji, a przede wszystkim edukacji. Edukacja jest kluczem do przerywania błędnego koła ubóstwa, do samostanowienia, do budowania silnych rządów opartych na prawach człowieka.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Uus Aafrika-strateegia võtab arvesse maailma räsitud COVID-19 pandeemia tagajärgi ja keskendub Aafrika vaksineerimiskava toetamisele ning meditsiinisüsteemi hoidmisele. Aafrikas elab üle 390 miljoni inimese allpool vaesusepiiri, seega on strateegiliseks prioriteediks seatud inimarengusse investeerimine, mis vähendab ebavõrdsust. Strateegia toob välja säästva põllumajanduse, hariduse, kodanikuühiskonna ja soolise võrdõiguslikkuse olulisuse ning rõhutab, et püüdlused ÜRO kestliku arengu eesmärkideni jõudmiseks ja kliimamuutuse vastu võitlemiseks peavad olema jätkuvalt olulised. Jätkusuutlikud investeeringud kohaliku eluolu ja mandri vabakaubanduspiirkonna arendamiseks on muu maailma ja Aafrika vahelisteks suheteks võtmetähtsusega. Seega peavad nii Rahvusvahelise Valuutafond kui ka Maailmapank tegema suuremaid püüdlusi, et pandeemiast kannatada saanud kontinenti toetada. Lisaks on jätkuvalt oluline tegeleda rändest tulenevate ümberasustamise algpõhjustega.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Wielkie wyzwania stojące przed nową współpracą zaostrzyła jeszcze pandemia COVID-19, uwypuklając problemy, z którymi boryka się dzisiejsza Afryka, oraz podkreślając pilną potrzebę pomocy i współpracy na rzecz rozwoju społecznego i gospodarczego, bardziej efektywnej redystrybucji wytworzonego bogactwa, a także na rzecz przyspieszenia transformacji cyfrowej i ekologicznej.

Zamiast eksportu ideologii powinniśmy pomagać realnie. Pomagać tam, gdzie są realne problemy i wspólny interes w ich rozwiązaniu. Jednym z takich – ogromnie ważnych – problemów, jest pomoc ludziom młodym, których ograniczenia pandemiczne dotknęły szczególnie boleśnie, ograniczając bądź wręcz uniemożliwiając dostęp do edukacji. Troska o młodych mieszkańców Afryki – o ich solidne wykształcenie i możliwość znalezienia zatrudnienia – leży ostatecznie i w naszym interesie oraz jest najlepszą gwarancją rozwoju Afryki.

26. Gestaltung der Politik im Bereich digitale Bildung (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana lyhyt esittely Victor Negrescun mietinnöstä digitaalisen koulutuspolitiikan muotoilusta [2020/2135(INI)] (A9-0042/2021).

Victor Negrescu, raportor. – Doamnă președintă, domnule comisar, dragi colegi, accesul la educație, inclusiv prin mijloace digitale, este un drept.

Pandemia a făcut din păcate ca milioane de cursanți din toată lumea să treacă aproape instantaneu la o formă de educație online, fără să fim pregătiți pentru acest lucru. În anumite state europene, cum este cazul în țara mea, România, aproape un milion de copii nu au mai avut acces la educație și din păcate la peste un an de la începerea pandemiei, în continuare, autoritățile nu au niciun fel de soluție.

Educația digitală nu înseamnă să dai unui cursant o tabletă, înseamnă instrumente, metode și resurse adecvate, platforme adaptate procesului educațional și investiții în pregătirea profesorilor și formarea continuă.

Educația online nu înlocuiește profesorii, dar instrumentele digitale, folosite corect, îi pot ajuta în procesul de predare. Este nevoie de măsuri adaptate care să țină cont de profilul cursantului și actul educațional, de aceea avem nevoie de măsuri pentru învățământul tehnic și altele pentru învățământul special, unele pentru educația continuă și măsuri specifice pentru educația preșcolară.

Am dezvoltat în ultimul an soluții pentru accesibilizarea educației digitale, am discutat cu profesori, părinți și cursanți, am interacționat cu autoritățile locale, parteneri sociali și ONG-uri din toată Europa și vă pot spune că situația este foarte gravă.

Pentru reușita digitalizării educației este nevoie ca toți acești actori să devină cocreatori ai transformării educației. De îndată ce un copil nu s-a mai putut conecta, acesta devine o victimă sigură a abandonului școlar. Un tânăr rupt de școală nu mai are alternative.

Realitatea este că, din păcate, nu suntem pregătiți pentru un nou val al pandemiei ce ar putea închide complet instituțiile de învățământ.

As Members of the European Parliament, we call for a European answer to the crisis faced by education. We need European policies in the field of digital education. Building a European education area by 2025 and fully implementing the European digital education action plan represent key steps. We appreciate the involvement of the European Commission team in charge of digital education and we call upon Member States to deliver the European targets by providing adequate resources and funding. We need to narrow the gap now, and the key is education in all policies.

Unfortunately, some European governments prefer ignoring European documents. This is why, in the draft working document of August last year, we started calling for a minimum allocation of 10% for education in the recovery and resilience plan. At the same time, it is important to respect the 20% earmark for the digital transformation. Therefore, we believe education should be better highlighted in the European Semester framework while at the same time adding an extended evaluation on digital education.

Je continue avec quelques propositions.

On sollicite une meilleure synergie entre les programmes et les politiques au niveau européen, avec une meilleure coordination et une implication directe du Parlement européen dans les applications d'éducation numérique. On demande que la plateforme européenne d'échanges soit finalisée et on a fait appel à la Commission pour développer une université européenne en ligne.

On doit investir dans l'infrastructure technique des établissements d'enseignement formels et non formels. C'est pour cela qu'on parle de l'internet comme étant un bien universel. On lance l'initiative européenne pour l'éducation liée à la robotique et à l'intelligence artificielle. On soutient l'idée d'un certificat européen pour les compétences numériques et on demande aux États membres d'investir davantage dans la formation des professeurs. On parle des risques liés à l'internet et à l'utilisation continue des moyens techniques, tout en soulignant l'importance des compétences initiales numériques et de l'éducation aux médias.

Je finirai en roumain.

Raportul nostru oferă soluții și arată ce putem face împreună la nivel european. Nicio strategie pentru digitalizarea educației nu se poate face fără oameni.

Așa că invitația mea este să-i implicăm pe toți cei care doresc pentru a construi o politică europeană în materie de educație digitală.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, let me thank the rapporteur – the Vice-Chair of the Committee on Culture and Education – Victor Negrescu, the shadow rapporteurs and the entire Culture Committee for this excellent report.

The European Parliament and the European Commission are closely aligned in their ambition to achieve high-quality, inclusive digital education across the Union. Therefore, the Commission warmly welcomes the support of the European Parliament for the digital education action plan 2021-2027.

We had a challenging year, and the crisis is not over yet. Despite years of continuous work on digital education, education and training was one of the sectors most affected by the COVID-19 crisis. When it comes to distance learning, Member States showed different levels of preparedness and it is estimated that at least 100 million learners in Europe were affected by the crisis, especially young pupils.

The crisis was also the first distance-teaching experience of most teachers and educators. Parents also found it difficult to find a balance between supporting their children and working from home. The lessons are clear.

Firstly, there is a pressing need for more comprehensive, ambitious and long-term digital policies to ensure that all necessary conditions for digital education are in place – infrastructure, equipment, strategies, online learning content and adequate teacher training and pedagogies – and that people of all ages and backgrounds have the necessary digital skills and competences to live and thrive in the digital age.

Secondly, there is a need to focus on implementing these policies. With the recovery ahead of us, all citizens need to be ready to take an active part in the growing digital economy and society. This is the approach the Commission took when adopting the digital education action plan which is built around two priorities: the development of a high-performing digital education ecosystem and the enhancement of digital skills and competences for the digital transition.

The action plan contributes to the objectives of the European education area, the skills agenda, the recently adopted European Pillar of Social Rights action plan and the new digital decade communication. Through the digital education action plan, the Commission demonstrates its commitment to promoting digital education in an inclusive and lifelong-learning manner, fostering the development of digital skills and competences, including digital literacy and computer science. This extends to individuals who may already have left the formal education and training system and who may need help during the precarious school-to-work and job-to-job transition. That is also where our youth employment support comes into play, and in particular its strengthened Youth Guarantee, with a strong focus on helping unemployed or inactive young people reach a minimum level of digital skills.

The recently adopted Council recommendation on vocational education and training also puts a strong emphasis on the importance of digital provision of education and training. It foresees that vocational education and training institutions should have access to state-of-the-art infrastructure and have digitalisation strategies in place.

As a first deliverable of the digital education action plan in 2021, the Commission will propose a Council recommendation on distance and online learning. It will outline ways in which Member States could adapt their school systems to be more flexible and inclusive of a broad range of learner needs, changing circumstances and pedagogical approaches. The strategic dialogue with Member States on the enabling factors for successful digital education that will be launched this year will contribute to the discussion on how to address gaps in digital education.

In response to other important challenges, such as the use of artificial intelligence and data in education and the infodemic that accompanied the COVID-19 pandemic, the Commission has started work on ethical guidelines for teachers on artificial intelligence and data in education and training, as well as common guidelines on digital literacy and addressing disinformation.

With the digital education action plan, we have clearly outlined the strategic and long-term importance of digital education for the digital transformation in Europe and the need to act now. The strategic importance of digital education is further reflected in the recently adopted digital decade communication. In this communication, the Commission identified a digitally skilled population, widespread high-speed connectivity and the need for an effective digital education ecosystem as part of the long-term vision for the third decade of the 21st century.

The communication has digital skills as one of its four pillars and also refers to the principle of universal digital education and skills for people to take an active part in society and in democratic processes. The digital education action plan and the digital decade communication are a clear sign of the synergies and complementarity that must be ensured across digital policies.

To achieve our objective, however, we need to ensure that high-quality, inclusive digital education is a shared responsibility for our whole society. This calls for targeted efforts, including investments at European, national and regional level, and the active engagement of all stakeholders, policymakers, the education and training community, civil society and of course the private sector.

We also need stronger cooperation at EU level. One way to achieve this is through the digital education hub. The hub will be the interface for digital education at European level. Investing in digital education is at the core of long-term, effective digital education policies. At European level, Erasmus+, Horizon Europe, the Connecting Europe facility, Digital Europe and the Cohesion Fund support the creation of the digital education ecosystem and boost digital skills and competences. However, the key instrument in the short term is without any doubt the Recovery and Resilience Facility, which is at Member States' disposal to directly address the areas where more support is needed.

Twenty per cent of the budget of the Recovery and Resilience Facility is dedicated to the Digital Transition. It's already encouraging that digital education and skills are supported widely in the draft recovery and resilience plans submitted by Member States, and I'm delighted that Parliament is calling on Member States to invest even more.

The Commission remains committed to continue working with the Parliament in the implementation of the digital education action plan and to ensure that European education and training in the digital age are built on quality and resilience, and work for all citizens.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna 25.3.2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Andrea Bocskor (NI), írásban. – A koronavírus világjárvány következtében középpontba került a digitalizáció és a digitális oktatás kérdése. Egyik napról a másikra kellett átállni az online térben megvalósuló távoktatásra, ami sok kihívással járt a tanároknak, a diákoknak és a családoknak egyaránt. Mindeközben az európai polgárok jelentős része még mindig nem rendelkezik megfelelő digitális készségekkel, a digitális infrastruktúra, a szoftverek és az eszközök használata is nagy különbségeket mutat a korosztályok között. Különösen fontos, hogy valamennyi oktatási intézmény és diák hozzáférjen a szélessávú és gyors internethez, ami a digitális készségek fejlesztésének és a digitális oktatás előfeltétele.

Elengedhetetlen, hogy a vidéki kistelepüléseken élő tanulóknak is biztosítva legyen az internet hozzáférése. Felhívnom a figyelmet a személyes oktatás alapvető fontosságára. Az innovatív és modern oktatás érdekében minél inkább be kell vonni a digitális eszközöket is az oktatási folyamatba. Az online oktatás nem tudja hosszútávon helyettesíteni a személyes, osztálytermi oktatást, legfőképpen nem az oktatás alsóbb szintjén, de fontos megismertetni a digitális eszközök és programok felhasználási lehetőségeit a tanulókkal és szülőikkel egyaránt. A digitális térben zajló adminisztráció, kapcsolattartás elősegíti az oktatás zöldebbé, környezetbaráttá tételét. Sok a megoldandó feladat e téren, a Covid19-világjárvány egyértelmű hiányosságokat tárt fel az oktatás és a digitalizáció terén, amelyek kezelésére koordinált intézkedésekre és befektetésekre van szükség.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Tak jak większość obszarów naszego życia sektor edukacji również ulega ciągłym przekształceniom, a nieodłączną częścią dzisiejszego procesu uczenia się i kształcenia są technologie cyfrowe. Projekt rezolucji bardzo dobrze identyfikuje wyzwania, ale i szanse związane z cyfryzacją edukacji.

Pandemia COVID-19 w istotnym stopniu wpłynęła na sposób realizacji kształcenia i potwierdziła znaczenie cyfrowej transformacji Europy. Nauczanie online wydaje się być jednym z najbardziej skutecznych sposobów kontynuowania edukacji w sytuacjach kryzysowych. Dlatego uważam, że fundusze europejskie należy inwestować w dalszy rozwój infrastruktury, zasobów cyfrowych i narzędzi, z których mogą korzystać bezpłatnie wszystkie zainteresowane strony, w szczególności uczniowie i nauczyciele.

Dostrzegam istotną potrzebę aktywnego wspierania przez UE reform dotyczących cyfryzacji kształcenia w państwach członkowskich i ich regionach. Dotychczasowe doświadczenie pokazuje, że należy zwrócić większą uwagę na zapewnienie państwom członkowskim wsparcia umożliwiającego im zakup sprzętu dla szkół i uczniów, który jest niezbędny do szerokiego wykorzystania ICT w procesie nauczania i uczenia się, a także w zarządzaniu szkołą.

Powszechnie zastosowanie zdalnej edukacji wykazało, że nowoczesna infrastruktura cyfrowa jest koniecznością. Dlatego stworzenie warunków dla skutecznej e-edukacji powinno być także jednym z unijnych priorytetów. W tym kontekście szczególnie ważne jest, aby Komisja Europejska zapewniła większą synergię pomiędzy unijnymi programami a instrumentami na rzecz wsparcia cyfryzacji edukacji.

Dace Melbārde (ECR), rakstiski. – Laba un iekļaujoša izglītība ir viens no veselīgas demokrātijas stūrakmeņiem un ilgtspējīgs ieguldījums sabiedrības nākotnē. Līdz ar tehnoloģisko progresu nepieciešamība pēc digitālajām prasmēm pieaug. Aizvien vairāk darbību un pat profesiju tiks daļēji vai pilnībā automatizētas, un lielākajā daļā darbu jau tagad ir nepieciešamība pēc vismaz pamata digitālajām prasmēm. Vidējā termiņā arvien vairāk algotiem darbiniekiem vajadzēs padziļinātu digitālo lietpratību. Īsumā, informācijas laikmets nesīs virkni pārmaiņas un izglītības sistēmām ir jāiet līdzī laikam. Dalībvalstīm, izmantojot ES līdzekļus, ir nepieredzēta iespēja investēt digitālās pārejas veicināšanai. Vismaz 20 % no Atveseļošanas un noturības mehānisma resursiem ir paredzēti digitālajai pārkārtošanai. Tāpat līdzekļus digitālās izglītības dažādu virzienu finansēšanai var rast arī no struktūrfondiem, kā arī no ES programmām, tostarp “Apvārsnis Eiropa” un “Erasmus+”. Skatoties plašāk, digitālo prasmju apgūšana ir projekts visa mūža ilgumā. Jau tuvā nākotnē cilvēks bez pienācīgām digitālajām prasmēm draud būt sociāli atstumts. Tāpēc valsts politikai būtu jākoncentrējas uz visām iedzīvotāju grupām, nevis tikai uz darbspējīgā vecuma iedzīvotājiem. Ir jānovērš digitālā plaisa, kas nozīmē, ka kvalitatīvai digitālajai izglītībai jābūt pieejamai ikvienam neatkarīgi no vecuma vai dzīvesvietas. Esmu optimistiska, ka Eiropas uzstādījumi digitālajai izglītībai apvienojumā ar izlēmīgu dalībvalstu rīcību nesīs vajadzīgās pārmaiņas digitalizācijas veicināšanā, kas savukārt palīdzēs paātrināt Eiropas ekonomikas atveseļošanu un uzlabos kontinenta konkurētspēju pasaulē.

27. Auswirkungen von Abfällen im Meer auf die Fischerei (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana lyhyt esittely Catherine Chabaud'n mietinnöstä merten roskaantumisen vaikutuksista kalatalouteen [2019/2160(INI)] (A9-0030/2021).

Catherine Chabaud, rapporteure. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, tout d'abord un témoignage: j'ai ici, dans ce pot, une poignée de sable ramassé il y a deux ans sur une plage en Méditerranée. Il y a probablement dans ce pot plus de micro-particules de plastique, de microbilles, que de silice. Alors voilà, je dois ma présence ici au sentiment d'impuissance, mais aussi de responsabilité, que j'ai éprouvé, il y a 30 ans, en croisant des déchets en plein milieu de l'Atlantique.

Ce soir, je suis fière de présenter mon premier rapport du Parlement européen sur cette problématique: l'impact des déchets marins sur les pêcheries, c'est-à-dire sur la pêche et sur l'aquaculture. C'est aussi une manière pour moi de fêter les 24 ans de mon premier tour du monde en solitaire, une expérience qui m'a appris que l'on pouvait avoir des rêves plus grands que soi, comme le fait de vouloir sauver l'océan, notre bien commun.

Disons-le, l'enjeu est colossal, car celui des déchets s'ajoute à celui du climat. De quoi parle-t-on? Huit millions de tonnes de plastique finissent chaque année dans l'océan. Cela va des micro, voire des nanoparticules de plastique aux containers perdus en mer. On parle de 5 000 milliards de microparticules de plastique dispersées en mer. Un million d'animaux marins seraient impactés. Parmi ces déchets, 80 % viennent de la Terre, dont les eaux charrient déjà les pollutions chimiques. Les déchets en surface ne représentent que 1 % des déchets marins. Le reste se disperse, se fragmente, au gré des courants, dans la colonne d'eau, et jusqu'à 10 000 mètres de profondeur dans les grandes fosses océaniques.

Ainsi, le milieu est touché, de même que la ressource halieutique, mais aussi l'activité des pêcheurs et des aquaculteurs, car il faut gérer ces déchets remontés dans les filets ou ceux qui s'enchevêtrent dans les hélices. Imaginez un peu un agriculteur labourant son champ et qui, à chaque coup de bêche, ramènerait à la surface une poignée de déchets. L'impact économique représenterait de 1 à 5 % des profits du secteur. C'est énorme!

Ici, je tiens à souligner malgré tout un paradoxe. Il y a un chiffre dont on est sûr: sur les plages, 27 % des déchets contenant du plastique proviennent bien des engins de pêche ou de l'aquaculture. Ils peuvent s'être échoués à la suite de tempêtes, d'épisodes de mauvais temps, mais on sait aussi que des filets perdus ou provenant d'activités de pêche illégale continuent de pêcher à la dérive. Mais il m'a été impossible jusqu'ici, en plénière, d'ajouter cette information dans mon rapport, comme si cette pollution n'existait pas. C'est un peu un goût amer de voir qu'au sein de cette institution, nous manquons parfois de bon sens.

Alors, quid des solutions? Elles doivent être systémiques parce que la problématique est systémique, c'est-à-dire qu'elles doivent être développées en partie en mer, mais aussi en grande partie à terre. En voici quelques-unes: tout d'abord, renforcer la connaissance, en particulier sur les effets des nano et des microparticules de plastique sur les écosystèmes, sur la ressource halieutique, mais aussi sur la santé humaine. Deuxièmement, intégrer beaucoup plus le lien entre la Terre et la mer dans les politiques européennes, et notamment dans la gestion des déchets et la gestion de l'eau. Troisièmement, accélérer l'économie circulaire dans le secteur de la pêche et mettre en place le marquage des engins de pêche afin de pouvoir les tracer; simplifier les matériaux et développer des matériaux biosourcés; élargir la directive sur les plastiques à usage unique au polystyrène expansé, qui est très intéressant, mais que l'on trouve en grande partie dans les mers, et puis rendre plus attractif pour les pêcheurs le fait de ramener des déchets marins dans les ports. Enfin, il faut lancer un plan d'action très large pour contrer les déchets sauvages et les collecter dans les zones d'accumulation, en partie dans les cours d'eau et les fleuves.

Pour conclure, Madame la Présidente, vous me permettrez de faire une proposition ici, au Parlement européen et à la Commission: celle de développer, comme on le voit déjà un petit peu, une plaque à côté des égouts avec une inscription, «Ne jetez rien: la mer commence ici»... au Parlement européen ou à la Commission européenne, Monsieur le Commissaire.

Puhemies. – annan puheenvuoron komissaari Sinkevičiusille.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission.* – Madam President, I would like to congratulate Ms Chabaud for this very rich and comprehensive report, which not only fully reflects the enormous global challenge of marine litter, but also offers solutions and prospects for change.

I could not agree more with the findings of the report that assess the dimension of marine litter and the detrimental impact it has on marine ecosystems. While the report correctly underlines that more than 80% of marine waste stems from activities on land, we very much welcome the fact that the report covers both sea- and land-based sources of pollution.

All this waste is not only a direct threat to our oceans and seas and the rich biodiversity they host, but also to the future of the fishery sectors and thus of all fishermen and women who go to sea day-by-day and provide us with healthy food from the ocean. The annual costs of marine litter to fisheries in the EU are estimated at EUR 57 million. Only a clean, healthy, productive and biologically diverse marine environment can provide the basis for the important work of our fishers, shellfish gatherers, aquaculture producers and ultimately satisfy the needs of consumers.

When it comes to the responses to the threat from marine litter, I agree that a holistic approach is necessary. In this respect, close and constructive cooperation between the different stakeholders is key to fully ensure and exploit the synergies between the various legislations already in place. We are now in the important implementation phase of both the Single-use Plastics and the Port Reception Facilities directives. Both will contribute to a significant reduction of marine pollution in our seas.

Let me focus tonight on three key points which you also mentioned in your report. Firstly, with the legislation already in place and with the additional ambitious actions foreseen in the circular economy action plan, the biodiversity strategy in the upcoming zero-pollution action plan, we are addressing many, if not most, of your recommendations. Under the Marine Strategy Framework Directive we established the first threshold value for beach litter last September. This means that a beach will need to have less than 20 litter items for every 100 metres of coastline to reach good environmental status. More of these values will be agreed in the near future for surface water litter, seabed litter and microplastics. This will also help achieve the objectives defined in the Single-use Plastics Directive and the circular economy action plan.

We are now embarking on the review of this Marine Strategy Framework Directive. Building on these achievements, we will need to address the shortcomings we identify, notably concerning the determination of good environmental status, and further mainstream the directive's objectives into other policies. Moreover, the zero-pollution action plan we are to adopt in May will strengthen our resolve to fight pollution of all kinds, including at sea, and to reduce it to levels that are no longer harmful for both humans and biodiversity.

To do so we will look at strengthening the implementation of existing instruments and where necessary review them. We will address pollutants of emerging concern and we will also set up an integrated framework for zero-pollution monitoring and outlook. As regards microplastics, we have already made progress towards restriction where they are intentionally added to products. We are currently assessing the recent opinion by the European Chemicals Agency on this matter. We are also advancing work on intentional releases of microplastics and will consider labelling, standardisation, certification and regulatory measures.

Secondly, I fully agree that there are still important knowledge gaps and that research and innovation play a crucial role here. In this context, I want to highlight the oceans, seas and waters mission under our Horizon Europe programme. It's objective is to scale up solutions and accelerate the transition towards restoring the health of our marine and aquatic ecosystems. Furthermore, other parts of Horizon Europe will be looking at improving fisheries monitoring and control capabilities by developing new technological solutions, for instance, including the improvement of fishing gear.

In parallel, our ongoing work on ocean observation aims at improving the collection of more coherent, better and less costly marine data, which is the backbone of an effective ocean policy.

Thirdly, marine litter has no borders and today even the most remote islands are polluted by marine litter. And therefore I agree that we need to step up our international efforts. The Commission continues to lead efforts at international level to reach a global agreement on plastics, to prevent and reduce plastic pollution. The agreement would cover the entire life cycle of plastic, especially the upstream part, and place the focus on prevention. We are working towards the next session of the United Nations Environment Assembly in February next year, where we hope that an intergovernmental negotiating committee will be established at the launch of the formal negotiation process.

We also adopted new rules on the export-import and intra-EU shipment of plastic waste following the agreement under the Basel Convention. This is an important milestone in fighting plastic pollution. The export of plastic waste is now only allowed under very strict conditions. The export of unsorted plastic waste to non-OECD countries is completely banned.

Before closing, I also want to recall that we are actively engaging with our fishermen and women to raise awareness and promote best practices regarding the collection of marine litter. Our current and future European maritime fisheries and aquaculture fund provides for funding of fishing-for-litter schemes. In the current period a total of EUR 22 million was allocated from the European Maritime and Fisheries Fund to such schemes in seven coastal Member States, and we are actively encouraging Member States to promote such schemes in their national programmes for the new programming period. We hope we can also count on your support in promoting these schemes and in your contacts with the sector and of course your national authorities.

Finally let me once again congratulate and thank you for your excellent work on this very important issue, which indeed deserves our full attention and commitment. We all have to join forces to ensure that our oceans remain clean and healthy so that they can continue to provide us with oxygen to absorb CO₂ and to be our ally in the fight against climate change, to feed us and to be the foundation of our coastal communities' prosperity and our citizens' well-being. And I'm looking forward to working closely with you and with your constituencies to add this important touch of blue to our Green Deal.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna 25.3.2021.

28. EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana lyhyt esittely Cláudia Monteiro de Aguiarin mietinnöstä kestävästä matkailusta koskevasta EU:n strategiasta [2020/2038(INI)] (A9-0033/2021).

Cláudia Monteiro de Aguiar, *Relatora*. – Senhora Presidente, a indústria do turismo e viagens enfrenta o pior período, o período mais dramático da sua história. As perdas que, hoje, as empresas turísticas e os seus trabalhadores enfrentam são 11 vezes superiores às registadas durante a crise económica de 2009.

O sector, que é um dos mais resilientes e que foi o motor de crescimento dos países, precisa mais do que nunca da solidariedade e do apoio da União. O Parlamento Europeu apresenta neste relatório um conjunto de respostas claras para a indústria do turismo e viagens e também para os transportes, que podem e devem ser executadas.

Temos vindo a pedir coordenação desde o início da crise pandémica. Apresentamos soluções de implementação de um protocolo europeu de testes, à partida com o investimento europeu e também com o investimento dos governos, sem custos para os cidadãos europeus. O sector do turismo precisa de liquidez para o curto prazo, que ajude a evitar o flagelo de insolvências e com isso salvar postos de trabalho e as vidas das pessoas, e também de capitalização e reforço dos capitais próprios para garantir o seu futuro.

A recuperação prevê-se difícil e longa. Por isso, os planos de recuperação de cada um dos 27 têm de incluir projetos para o turismo. Sem este apoio, não haverá transição verde e digital. A atribuição de apoios financeiros deve ter como critério a base, a contribuição do sector para o produto interno bruto de cada país e das regiões. Países como Portugal e as regiões ultraperiféricas europeias têm a sua riqueza fortemente alavancada no sector do turismo, devendo, por isso, ser alvo de atenção redobrada.

A União precisa de fazer mais, precisa de ter mais competências e o Parlamento Europeu está pronto e pede uma estratégia e um plano de ação ao Sr. Comissário. Precisamos, efetivamente, de um Plano Marshall para o sector, como bem afirmou há pouco tempo, mas precisamos desse plano para ontem porque, se deixarmos as coisas como estão, os que podem capitalizam as suas empresas e os que não podem ficam para trás com consequências sociais e económicas imprevisíveis.

A indústria do turismo e viagens acredita em respostas europeias, em respostas comuns, mas, para isso, é necessário que exista uma vontade política. A União deve juntar-se, unir esforços e ter esta coragem política de assumir uma política europeia para o turismo, de assumir que, no futuro, há possibilidade de implementar uma agência europeia para o turismo que trabalhe os dados, que oriente os *big data* para as melhores soluções e para apoiar nas decisões políticas todos os *stakeholders*, mas também todos aqueles que, direta e indiretamente, lidam com este sector de atividade.

Este período é fundamental, este relatório é fundamental para fazer transparecer aos nossos concidadãos, aos cidadãos europeus, que a Europa está coordenada, que a Europa tem medidas, que a Europa irá preparar financiamento para apoiar empresas, para apoiar instituições, para apoiar cidadãos europeus nesta fase difícil em que a crise de saúde, esta crise pandémica da COVID-19, veio assolar todo o mundo, mas em particular regiões mais debilitadas e com economias mais delicadas e este é, de facto, o momento de o Parlamento Europeu dar uma prova.

Este é um relatório com um caminho definido para um turismo sustentável, para um turismo de futuro.

Haja coragem política da União para efetivamente defender transportes, turismo e viagens. Saberemos, assim, estar à altura das expectativas dos nossos cidadãos.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, allow me to congratulate Ms Monteiro de Aguiar on her report and the constructive ideas for the future of European tourism.

The Commission shares your vision and goals for a sustainable, digital and resilient tourism ecosystem. The pandemic has deeply disrupted Europe's tourism ecosystem, weakening its immediate ability to invest and rebound. It has affected all regions of Europe, and particularly harshly those heavily reliant on tourism, including coastal areas, islands and the EU's outermost regions.

At the same time, there is hope. Europeans are eager to travel again. As the epidemiological situation remains worrisome, we need to put in place measures that protect public health and ensure safety but that also allow safe travel and tourism.

We need to protect businesses and jobs in tourism and exploit the business potential of greening the sector. The EU has mobilised unprecedented emergency support for the tourism ecosystem and individual companies. We have also been working with Member States to coordinate action as regards restrictions of free movement and safety measures.

Thanks to the EU vaccination strategy and efforts made across the EU, we can expect that Member States will be gradually reopening to tourists in the coming months. To facilitate a safe reopening, the Commission proposed last week a package of measures, including a legislative proposal for a Digital Green Certificate.

Currently, Member States have different conditions of entry, such as PCR tests and quarantine. We already have many problems in the recognition of test results from other Member States. With the rollout of vaccinations, the worry is that Member States propose diverse solutions on how to allow vaccinated citizens to enter their country and on how to prove that they are vaccinated. This could lead to a real barrier to free movement and to the functioning of the single market.

Hence the need for a European solution applied evenly by all countries. Let me be clear: this certificate is non-discriminatory. It cannot and should not be used as a precondition for free movement, nor should it be used as a tool for border control. It will include proof that a person has been vaccinated or the results of tests and information on COVID-19 recovery. With the summer travel season approaching, the certificate should be in place by mid-June at the latest. In parallel to the institutional negotiations, the Member States and the Commission are already working on the technical solution. The Commission is counting on your support for its swift adoption.

Health and safety standards are key to reassure travellers and tourists. They also guarantee a level playing field for businesses. The Commission has asked the European Standardisation Organisation to work on a standardisation product for all EU tourism businesses, with an easily recognisable visual identity. This should also be ready in time for the summer.

Regarding the long-term perspective, the Commission is fully mobilised to help restart the tourism ecosystem with concrete actions. Following the safe reopening package of last week, the Commission will propose next month an updated industrial strategy. It will include measures to draw lessons from the crisis and strengthen the resilience of the single market economy and its 14 industrial ecosystems, including tourism.

The Commission is also working with Member States and stakeholders to develop a European agenda for tourism with a shared long-term roadmap. Among the priorities, we are considering sustainable destination and tourism services, including an EU Ecolabel and EMAS tourist accommodation.

The European Year of Rail is an excellent opportunity to boost sustainable ways of travelling and unlock new destinations when tourism can restart. We also need digitalisation and improved data sharing to allow for informed, safe travel spread across more destinations and, of course, the upskilling and reskilling of workers, including through the Pact for Skills in tourism.

Due to the pandemic, the investment needs of the tourism ecosystem are the highest among all the industrial ecosystems. In this context, the Recovery and Resilience Facility, along with the new multiannual financial framework, will play a crucial role. We hope that Member States and the tourism industry will seize these unprecedented opportunities.

Honourable Members of Parliament, protecting businesses and jobs will be at the heart of the EU's agenda, as will our commitment to help rebuild resilient and sustainable tourism. I am confident that together we can relaunch a stronger tourism ecosystem and maintain the European Union as the world's leading destination.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna 25.3.2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Magdalena Adamowicz (PPE), na piśmie. – Pandemia COVID-19, z którą Europa zмага się od ponad roku, niezwykle dotkliwie doświadczyła branżę turystyczną. W ciągu ostatnich miesięcy, z uwagą na drugą i trzecią falę pandemii, większość podmiotów w tym sektorze ponownie została zmuszona do ograniczenia lub całkowitego zawieszenia prowadzonej działalności. Dlatego bez adekwatnego i bezzwłocznego wsparcia finansowego ze strony Unii Europejskiej i jej państw członkowskich szczególnie mikro- oraz małe i średnie przedsiębiorstwa nie przetrwają obecnego kryzysu.

Równie ważne jest odpowiednie uwzględnienie sektora turystyki w Krajowych Planach Odbudowy i Zwiększania Odporności oraz w programach operacyjnych, strategiach inteligentnej specjalizacji i umowach o partnerstwie na lata 2021-2027. Szeroki dostęp do funduszy i wsparcia finansowego jest warunkiem *sine qua non* przetrwania sektora turystycznego i jego późniejszej odbudowy.

Pandemia COVID-19 unaoczniała jednocześnie pilną konieczność ustanowienia europejskiej polityki w dziedzinie turystyki. Włączenie turystyki do unijnych kompetencji dzielonych, utworzenie odrębnej linii budżetowej dla turystyki w ramach budżetu wieloletniego UE, a także powołanie Europejskiej Agencji Turystyki – to działania potrzebne, by utrzymać pozycję Europy jako najpopularniejszego kierunku turystycznego na świecie oraz turystyki jako trzeciego co do wielkości sektora działalności społeczno-gospodarczej we Wspólnocie.

Pablo Arias Echeverría (PPE), *por escrito*. – El informe sobre la definición de una estrategia de la Unión en materia de turismo sostenible plantea las bases para la recuperación del sector del turismo tras el grave impacto que está teniendo la pandemia del coronavirus sobre el mismo.

Espero que la Comisión Europea, y especialmente los Estados miembros, tengan en cuenta nuestras recomendaciones. Es fundamental que insistamos en la necesidad de que los Estados miembros cooperen y adopten medidas armonizadas. Hasta ahora, solo hemos logrado recomendaciones de la Comisión y resoluciones del Parlamento que no son vinculantes. Esto no puede continuar. Tenemos que darle la mayor visibilidad posible a este problema, que ya afecta a miles de familias, pymes y empresarios.

A pesar de ser un ámbito en el que la Unión Europea tiene pocas competencias, hago un llamamiento a que sigamos presionando a los Estados miembros a actuar juntos y salvar la industria del turismo. La coordinación en las medidas anti-COVID entre los Estados miembros era y sigue siendo vital para nuestra salud, nuestra economía, y, por supuesto, para el sector turístico.

Andor Deli (NI), *írásban*. – Tisztelt Képviselőtársaim! Az idegenforgalom egy összetett és átfogó gazdasági ágazat, amely nagyban hozzájárul az egyes tagállamok és annak régióinak fejlettségi szintjéhez, gazdasági és foglalkoztatási mutatóihoz. A turizmus több millió mikro-, kisvállalkozás és családi vállalkozás mindennapi megélhetését biztosítja, ezért nem engedhetjük meg, hogy még egy turisztikai szezon elmaradjon a járvány miatt. Biztosítani kell az idegenforgalom és vendéglátóipar minél előbbi újraindítását. Ennek a legjobb módja pedig a megfelelő átoltottság biztosítása Európa-szerte. A jelentés különböző egészségügyi, biztonsági protokollok bevezetését javasolja, hogy az idej turisztikai időszak akadályok nélkül elkezdődhessen. Továbbá javaslatot tesz arra, hogy a turizmus legyen megosztott uniós hatáskör, és egy uniós turisztikai ügynökség létrehozását is kezdeményezi.

Természetesen ezek a kezdeményezések részben talán támogathatóak is, de nem jelentenek valódi megoldást. A turizmus hatékony újraindításához nem egy új ügynökségre vagy szerződés módosításra van szükség, ezekkel nem lehet megfékezni a vírust. A valódi megoldást a védőoltás jelenti. Sajnos az oltakozás nem halad kellő ütemben Európa-szerte. Az okot pedig mindannyian ismerjük: az Európai Bizottságnak nem sikerült elégedő védőoltást biztosítania, ezért azt javasolom, hogy bürokratikus félmelegoldások helyett inkább koncentráljunk a védőoltás beszerzésére, és az oltakozás felgyorsítására, hogy nyugodtan és biztonságosan kezdődhessen az idej idegenforgalmi szezon.

Julie Lechanteux (ID), *par écrit*. – Le tourisme vient de traverser la plus grave crise de son histoire, un secteur qui en France représente pourtant quatre millions d'emplois directs et indirects et 8 % du produit intérieur brut. Les mesures de confinement, les couvre-feux, la fermeture des commerces dits non-essentiels, des salles de spectacle, des lieux de culture et des musées ont tué un secteur essentiel pour notre économie, et l'inconcevable mise à l'arrêt des stations de ski a provoqué un choc chez les professionnels de la montagne. Seule une plus large utilisation des tests PCR aurait pu nous permettre d'entrevoir le bout du tunnel et de laisser ainsi la liberté de voyager aux citoyens.

L'Union européenne a été incapable de gérer cette crise, notamment du fait des ratés accumulés dès les négociations des contrats d'achat de vaccins et du retard dans les livraisons. Nous devons laisser aux Européens en général et aux Français en particulier le choix de se faire vacciner ou non, et non pas menacer de priver de toute vie sociale normale les personnes non vaccinées. Une obligation vaccinale semblerait par essence totalitaire, et tendrait à dénoter une défiance des élites vis-à-vis du peuple. Agissons vite et soutenons les acteurs de la filière touristique!

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), γραπτώς. – Ο τουρισμός είναι μεταξύ των κλάδων που έχουν πληγεί περισσότερο από την πανδημία με περίπου 6 εκατομμύρια θέσεις εργασίας να βρίσκονται σε κίνδυνο. Είναι αναγκαίο να υπάρξουν συντονισμένες δράσεις από την ΕΕ, ώστε να συμπεριληφθεί ο τουρισμός άμεσα στα εθνικά σχέδια ανάκαμψης. Απαιτείται ισχυρή στήριξη ολόκληρης της τουριστικής βιομηχανίας με νέα χρηματοδοτικά εργαλεία, βραχυπρόθεσμα για την περίοδο 2020-2024, που να απευθύνονται στις πολύ μικρές και μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Επιπλέον, η ΕΕ πρέπει να συνδράμει τις προσπάθειες των κρατών μελών για οικονομική τόνωση του τουρισμού και των μεταφορών, προκειμένου να ελαχιστοποιηθεί ο αριθμός των πτωχεύσεων και να διατηρηθούν οι θέσεις εργασίας. Η πανδημία έχει μετατοπίσει τη ζήτηση των ταξιδιωτών και έχει δημιουργήσει νέες τάσεις στην επιλογή προορισμών, με την υγειονομική ασφάλεια και τις ποιοτικές υπηρεσίες να θεωρούνται πλέον προτεραιότητα. Για τον λόγο αυτόν, οφείλουμε να επενδύσουμε σε ασφαλή και «καθαρά» ταξίδια. Το ψηφιακό πράσινο πιστοποιητικό εμβολιασμού αποτελεί τη λύση. Ξεκίνησε από πρόταση του Έλληνα Πρωθυπουργού, Κυριάκου Μητσοτάκη, και το υποστήριξε ολόκληρη η Ευρώπη. Η κατεπείγουσα έγκριση του πιστοποιητικού εμβολιασμού από την Ολομέλεια αναμένεται να οδηγήσει στην επιστροφή της οικονομικής δραστηριότητας στους τομείς των μεταφορών και του τουρισμού, διευκολύνοντας τα ταξίδια, καθώς αποτελεί την εναλλακτική λύση έναντι των μοριακών τεστ και της υποχρεωτικής καραντίνας.

29. Stärkung der internationalen Rolle des Euro (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana lyhyt esittely Danuta Maria Hübnerin mietinnöstä euron kansainvälisen aseman vahvistamisesta [2020/2037(INI)] (A9-0043/2021).

Danuta Maria Hübner, rapporteur. – Madam President, in 20 years of its existence, the euro has become a positive symbol of Europe's unity, integration and economic strength. Two-thirds of Europeans see the euro as a good thing. The starting point for this report has been the observation that the international role of the European currency remains below its potential and that it is in our strategic interest to reap all possible benefits from a stronger role of the euro in the world.

For far too long, the use of the position of the euro internationally was entirely left to market forces. Recently we have realised that with supportive policies the euro can become a currency that is widely welcomed, used and trusted all over the world. Geopolitical shifts and international trade challenges, including the disruption of value chains, technological developments, digital transformation, the rise of China's economic power, geopolitical challenges to multilateralism, and last but not least the pandemic and its consequences, have triggered reflection and action on building the necessary resilience of our economy.

The President of the European Commission in his State of the Union address at the end of 2018 highlighted the strategic importance of the euro, and the need to ensure that the single currency plays its full role on the international stage. After the elections in 2019, the European Parliament accepted my proposal to start working on our position on this issue. The Commission, in its communication issued on 19 January 2021, encourages wider use of the euro as part of a broader strategy to enhance the Union's leading role in the global economy and its governance.

Parliament's report comes just before the euro summit on Friday 26 March, set to discuss how to enhance the euro's weight as an international reference currency. In preparation for the summit, the Eurogroup contemplated last week how the international role of the euro can contribute to the EU's open strategic autonomy and resilience, while boosting the EU's openness and global engagement. The ECB too has departed from its historically neutral stance regarding promotion of the euro. Beyond its active contributions to the discussions in preparation to launch the digital euro, the ECB has taken actions attesting its support for the euro currency's international role.

An example here can be the extension of swap lines to a number of central banks outside the euro area. The global nature and severity of the pandemic have highlighted the world's interdependence, bringing new impetus to the project. The push for action towards a stronger international role of the euro comes in the moment of high relevance of policies enhancing the EU's geopolitical resilience and its new trade agenda. But a stronger role for the euro internationally will also provide additional choice to market operators globally, contributing to the stability of international finance and trade. It will lead to deeper and more liquid European financial markets, providing for more reliable access to finance for European businesses and governments. It will make the world economy less vulnerable to monetary shocks.

As mentioned, the European currency can facilitate building a multipolar, international monetary system. However, the decision to use a currency is ultimately determined by market participants' preferences. Our policies should be supporting market-driven shifts in this direction. The report proposes, in this context, focusing on a number of particularly relevant policies governing areas of international trade, financial services, capital markets and payment systems, but also climate change, the digital transformation, energy, and foreign and security policies.

The report leaves no doubt: the euro is irreversible as a European currency and a strengthened international role will allow the EU to improve the well-being of citizens and promote an international system based on multilateral cooperation and good global governance.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, it's my pleasure to address the House on the international role of the euro. The Commission welcomes the report prepared by Danuta Hübner. I would like to thank the rapporteur for the significant work accomplished. This debate is very timely. Tomorrow, the euro area leaders will discuss the same topic at the euro summit.

As your report rightly points out, we have indeed witnessed an increasingly multipolar, geopolitical context over the last years. But the EU has the capacity to help shape the system of global economic governance. The EU has remained open to the rest of the world and continues to advocate for a rule-based multilateral system with well-functioning international financial markets and a more resilient and open global economy.

In order to continue enjoying the benefits of our openness we have to make our economic and financial system even stronger and more resilient. For this purpose, the Commission set out a dedicated strategy. The first key action that we set out in our communication is to further deepen economic and monetary union. Your valuable report attaches great importance to strengthening our domestic capital market. Indeed, completing banking union and making further significant progress on capital markets union are immediate steps to take.

As you noted, we also need to ensure the swift and ambitious implementation of the reforms and investments embedded in the Recovery and Resilience Facility to make the economy more resilient and inclusive, and a sustainable recovery and enhance economic resilience are preconditions for a strong international role of Europe. We fully agree with you that the sizable issuance of euro-denominated bonds to finance Next Generation EU will help achieve these objectives. These bonds will add depth and liquidity to the debt securities market denominated in euro.

Next to this, the EU also needs to pursue other more targeted actions to strengthen the international role of the euro. This includes fostering the use of the euro in trade and in financial instruments, as well as in energy markets, consolidating the leading role of the euro as a denomination currency of sustainable finance products, conducting outreach to third-country partners to encourage a wider use of the euro, and cooperating with the ECB on the possible introduction of a digital euro.

The second area of targeted action is on financial market infrastructures. We need to make sure that we are not over-reliant on third-country infrastructure, as the EU needs to be able to control potential risks to financial stability. We will also work to secure the uninterrupted flow of essential financial services between the EU and its trading partners, and to shield the legitimate operations of EU operators targeted by the extraterritorial application of third-country sanctions.

The last pillar of our strategy relates to our sanctions policy. Our institutions share the same approach. First, we need to ensure the uniform and effective implementation of EU sanctions across Member States. In this regard we propose to better coordinate Member States' authorities and increase the flow of information among them and the Commission. Second, we need to continue to agree on legally binding provisions with partners implementing EU funds to ensure that EU funds and economic resources are not used in violation of EU sanctions. And third, we need to continue our work in promoting new and more effective tools to counter the extraterritorial application of non-EU sanctions.

In parallel, we will continue with dialogue and cooperation with our international partners on sanctions which we believe is the most effective way of strengthening our sanctions policy and reducing the nefarious effects of the extra-territorial application of third-country sanctions. The areas of action that we are discussing today are of course interconnected and mutually reinforcing. We count on your support in carrying this work forward.

The euro is the currency of the Union. But it is more than just a currency. It's a symbol of unity and prosperity of Europeans. The euro is an attractive currency. That is also demonstrated by the efforts that Bulgaria and Croatia are making towards the adopting the euro. Last summer the two countries joined ERM II. The Commission counts on the European Parliament's cooperation in supporting Bulgaria and Croatia on the road to joining the euro area once the criteria are met.

Puhemies. – Asian käsittely päättyi.

30. Kohäsionspolitik und regionale Umweltstrategien im Kampf gegen den Klimawandel (kurze Darstellung)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana Tonino Piculan aluekehitysvaliokunnan puolesta laatima mietintö koheesiopoliitikasta ja alueellisista ympäristöstrategioista ilmastonmuutoksen torjunnassa (A9-0034/2021) [2020/2074(INI)]

Tonino Picula, rapporteur. – Madam President, the main idea of this report was to outline the necessary steps for transition towards a climate-neutral Europe by 2050 from a regional perspective. With an approved budget of over EUR 330 billion in the current programming period, cohesion policy is the biggest and most important investment tool in Europe. As 30% of both the Cohesion Fund and European Regional Development Fund (ERDF) will need to be spent on projects for decarbonisation of our economy, cohesion policy has a crucial role in tackling climate change. This is a chance our regions cannot miss out on.

The next 10 years will design the way forward and the political possibilities for the upcoming decades. On 28 November 2019, the European Parliament called out a climate and environmental emergency. The European Green Deal and the commitment to a climate-neutral Europe by 2050 will require far-reaching reform for its agricultural, trade, transport, energy and infrastructure-investment policies. The coming years are especially crucial as we currently have already 1.2°C more average global temperature compared with the pre-industrial levels. The 1.5°C goal of the Paris Agreement might be reached by the end of the year 2027, and therefore within the cohesion policy framework of the next seven years. An increase of 1.5°C is the maximum the planet can tolerate. Should temperatures increase further beyond 2030 we will face even more droughts, floods, extreme heat, poverty for hundreds of millions of people and, of course, we may risk our long-term survival altogether.

So how can our regions contribute to fighting climate change while using cohesion policy funds, and how can we best assist them? Just a few examples: by ensuring greater coherence and coordination between cohesion policy and other EU policies while improving the implementation of climate policies on the ground; by enshrining the 'do no significant harm' principle for all investment; by supporting holistic regional environment strategies and civic engagement while relying on the robust research and innovation process; by underlining the strategic role of renewable, sustainable and decentralised energy in the development of the EU regions and their enterprises; by investing further in sustainable mobility and the strong involvement of micro-, small and medium-sized enterprises in the transition process; and by acknowledging the specificities and potential of different regions, such as islands, which have become the front-runners in energy transition.

We call on the Commission to monitor and publish reports using a common standard for all Member States about the progress of national governments and local and regional authorities in addressing climate change at all levels.

I would like to conclude with one message that was the leading thought of this report. Climate change is not only a matter of the environment; it's also a matter of economic and social change. Economic, social and territorial cohesion means, in this regard, putting a special focus on three elements: territorial cohesion with an understanding of the different needs of EU regions; economic cohesion with sustainable growth and green jobs respecting the needs of the different sectors; social cohesion with a just transition, social fairness and an understanding of energy poverty and special needs. The transition towards climate neutrality can only be reached in a socially fair and just pathway forwards, leaving no one behind.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for the opportunity to discuss this important topic. The Commission welcomes this own-initiative report on cohesion policy and regional environmental strategies in the fight against climate change.

In the 2021-2027 programming period, cohesion policy will make a major contribution to the fight against climate change. Some EUR 69 billion will be devoted to climate-related intervention in 2021-2027.

One of the five key policy objectives of cohesion policy, Greener Europe is dedicated to supporting a greener low-carbon transition towards a net zero-carbon economy. All cohesion investments will obey the 'do no significant harm' principle, in line with the European Green Deal, and all cohesion funds have ambitious and binding climate contribution targets, including 30% for the ERDF and 37% for the Cohesion Fund.

We will climate track all our investment based on OECD standards for assessing climate impact. The Just Transition Fund will support those regions most exposed to transition challenges in all Member States, alleviating the social and economic costs of transition towards a climate neutral economy.

All levels of governance need to be mobilised, from the local level to the European – regions and cities are major players in our climate action.

In fact, for all investments under the upcoming 2021-2027 programmes the Commission is emphasising the importance of future-proof growth – 'building back better'.

In the preparations and negotiations of the cohesion programmes in each Member State we are urging more sustainable investments. At the local level, we are promoting smarter and greener technologies such as smart grids, renewable energy networks and the renovation wave. To build resilience, cohesion policy will help local and regional authorities in mitigating and adapting to climate change, insisting on respect of the partnership principle and in accordance with the multi-level governance approach involving urban and local authorities, economic and social partners, environmental partners and civil society.

With a strong focus on climate objectives, targeted investments, leaving no region behind and active involvement at local and civil society level, cohesion policy will be an important ally in the fight against climate change for years to come.

This effort, of course, does not start now. Importantly, it is a key aspect of recovery. Long-term recovery from the COVID-19 crisis requires future-proof growth strategies supporting climate transition, phasing out reliance on fossil fuels and decarbonising industries.

To ensure the recovery is sustainable, inclusive and fair, Europe has put in place an unprecedented financial package of EUR 1.8 trillion financed by Next Generation EU and the long-term EU budget. This is the most ambitious recovery plan that the EU has ever seen and it has one aim: to turn this immense challenge into an opportunity not only by supporting the recovery but also by investing in our future, the European Green Deal and digitalisation.

With a dedicated instrument – React EU – of some EUR 50 billion, financed from Next Generation EU, cohesion policy will also help a green and digital repair of the economy.

Now we must press ahead with programming. The new 2021-2027 cohesion programmes are in preparation, but this preparation must reach cruising speed so that programmes are ready in time.

We need full mobilisation of all actors at all levels, and we are definitely counting on your support.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna 25.3.2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Izabela-Helena Kloc (ECR), *na piśmie*. – Polityka spójności jest największym i najważniejszym narzędziem inwestycyjnym Unii Europejskiej. Z tego względu może potencjalnie odgrywać kluczową rolę w przeciwdziałaniu zmianom klimatycznym i znacząco przyczynić się do realizacji założeń i celów Europejskiego Zielonego Ładu.

Jednak nie zapominajmy, że polityka klimatyczna i związana z nią transformacja energetyczna mają bardzo silny i nierozzerwalny wymiar społeczno-gospodarczy. Dążenie do osiągnięcia neutralności klimatycznej Unii Europejskiej wymusza na wielu państwach członkowskich oraz ich obywatelach ustępstwa i poświęcenia, na które mogą nie być gotowi. Droga do Zielonego Ładu musi być sprawiedliwa, tak aby nie pozostawić nikogo w tyle – inaczej polityka spójności przyczyni się jedynie do pogłębienia różnic pomiędzy krajami i regionami Europy.

Moim zdaniem sprawozdanie to wykracza daleko poza porozumienia międzyinstytucjonalne i polityczne, promując działania, które mogą przynieść szkodę obywatelom Unii. W sprawozdaniu wezwano m.in. do całkowitej i niemalże natychmiastowej rezygnacji z paliw kopalnych, w tym gazu ziemnego. Stoi to w sprzeczności z fundamentalnym pragnieniem państw członkowskich do decydowania o własnym „koszyku energetycznym”. Państwa członkowskie mogą osiągnąć neutralność klimatyczną jedynie w ramach swoich możliwości i na swój indywidualny sposób.

31. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

32. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

33. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

34. Schluss der Sitzung

(Istunto päättyi klo 23:28)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos

C/2024/5254

23.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. MÄRZ 2021

(C/2024/5254)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 24. und 25. März 2021

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	3
3. Austritt der Türkei aus dem Übereinkommen von Istanbul (Aussprache)	5
4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen; siehe Protokoll	14
5. Eine europäische Datenstrategie – Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung (Aussprache)	14
6. Erste Abstimmungsrunde	24
7. Eine europäische Datenstrategie – Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung (Fortsetzung der Aussprache) ...	24
8. Berichte 2019-2020 über Albanien – Berichte 2019-2020 über das Kosovo – Berichte 2019-2020 über Nordmazedonien – Berichte 2019-2020 über Serbien (Aussprache)	30
9. Wiederaufnahme der Sitzung	50
10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse; siehe Protokoll	50

Inhalt	Seite
11. Mord an Daphne Caruana Galizia und Rechtsstaatlichkeit in Malta (Aussprache)	50
12. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	63
13. Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Aussprache)	63
14. Zweite Abstimmungsrunde	70
15. Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Fortsetzung der Aussprache)	70
16. Wiederaufnahme der Sitzung	71
17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	71
18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	71
19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	71
20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	71
21. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	71
22. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	71
23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	71
24. Schluss der Sitzung	71
25. Unterbrechung der Sitzungsperiode	71

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. MÄRZ 2021

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Viċi President

1. Eröffnung der Sitzung

(Hin tal-ftuħ tas-seduta: 09.02)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Il-President. – *(wara li habbret ir-riżultati tal-votazzjonijiet)* Qabel l-ewwel sessjoni ta' votazzjoni tal-lum, li se ssir fis-11.00, nixtieq nagħti l-kelma lill-Kummissjarju, li skont l-Artikolu 163(3) tar-Regoli ta' Proċedura se tressaq żewġ talbiet għal proċedura urġenti li jikkonċernaw il-fajls legiżlattivi dwar

Ċertifikat Ahdar Diġitali – ċittadini tal-Unjoni, u

Ċertifikat Ahdar Diġitali – ċittadini ta' pajjiżi terzi;

Nagħti issa l-kelma lill-Kummissarju Dalli.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, on 17 March the European Commission adopted a proposal for a regulation on a Digital Green Certificate. This framework, once in place, will allow for the free movement of our citizens to gradually resume under safe conditions. It will allow for a consistent European approach to what you have always advocated in this House: a European solution to a European problem.

Yesterday's debate on this proposal showed that we share a common ambition. We need to have this framework fully in place in June. We owe this to our Union, to the citizens, to the businesses who have been asking for a safe return to normality.

As you know, this is essential to put Europe back on its feet and our economies out of this crisis and to allow people to look forward to travelling in summer. For this to be possible it is important that interinstitutional negotiations start straight away. It is with this concern in mind that the Commission has requested the Parliament to activate the urgent procedure.

During yesterday's debate, we heard some concerns by Members of this House on the use of this procedure. These concerns stem from the fact that with this procedure there will be no vote on a report in the competent parliamentary committee. Yet the whole Parliament will be able to scrutinise the proposal within a time-frame of about a month and adopt its position in plenary before engaging in negotiations with the Council.

Exceptional times call for exceptional measures and while we are called to work fast, it is important that the role of each institution is respected and that democratic scrutiny fully takes place. Citizens are looking at us for responses, for solutions, for fast decisions.

So, moving forward, let us confirm that the Commission stands ready to provide its full support. We will act as an honest broker during the interinstitutional negotiations. In parallel we will support Member States in developing the necessary technical infrastructure.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, yesterday our Group already welcomed the proposal for a Digital Green Certificate, as we believe that a harmonised approach on lifting the borders is necessary to avoid health-risk chaos, insecurity and arbitrariness. The Green Certificate could thus pave a better way to restored freedom of movement. We also share your view that we need to expedite this harmonisation if you want to be ready for the summer season, to allow for holidays abroad, but more specifically to save tourist industries from a second summer without revenues.

But what we do not share with you is the view that the urgent procedure has to be triggered in order to reach a vote in the June part-session, because as the 'Rule 163 procedure' sets aside the normal parliamentary procedure, it can only be justified if it's absolutely necessary. And this is not the case, because if we use the accelerated procedure of Rule 49 we can treat the proposal with exactly the same speed while also maintaining our democratic role. And I can tell you, Commissioner, that role is also necessary. The proposed regulation may serve our freedom, but it also touches upon rights and freedoms that are dear to us.

As representatives of the citizens, we need to ensure that the Green Certificate is non-discriminatory, is easily available, that it meets the highest standards of data protection and is only required when strictly necessary. As a Parliament, we have the responsibility to ensure and improve these safeguards, and that is why the prerogatives of the different committees have to be respected.

As said, we agree that the certificate must be ready for the summer season and that adoption at the June part-session is necessary, but we can do that perfectly well in a responsible way through a normal, but accelerated, procedure. And that is why the urgent procedure deprives us of parliamentary scrutiny competences. It's not necessary. On the contrary, the far-reaching decision we are about to make and the societal support for it, require democratic control and legitimacy. Parliamentary scrutiny is inherent to our checks and balances in the making of EU legislation, and indeed Commissioner, these are exceptional circumstances. But even in times of crisis, we need those checks and balances. Rigidity? No. Carefulness? Yes.

Our Group will therefore vote against the request for the urgent procedure.

Juan Fernando López Aguilar, presidente de la Comisión LIBE. – Señora presidenta, intervino ayer en el debate general sobre la presentación de esta propuesta de la Comisión de un certificado verde. Es decir, un certificado unitario y europeo, sanitario e inmunológico, que combata la actual situación de fragmentación que conduce a discriminación con respecto de los requisitos que en estos momentos impiden la libre circulación en la Unión Europea. Sin duda, el activo máspreciado de la construcción europea.

Adelanté en mi intervención la preocupación de la comisión que tengo el honor de presidir, la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior. Da la bienvenida a esta iniciativa, da la bienvenida a la base jurídica elegida, que es precisamente la preservación de la libre circulación de personas, consagrada en los artículos 21 y 45 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea y en el artículo 45 de la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea. Porque la libre circulación es efectivamente el primero de los derechos fundamentales de los europeos y de las europeas.

Y, en la medida en que la comisión responsable es la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, expresé que una mayoría de coordinadores apuesta por no solamente dar la bienvenida a esta iniciativa, sino darle cauce por el procedimiento acelerado. Pero la Comisión somete a votación en este Parlamento Europeo el procedimiento de urgencia del artículo 163. Y el procedimiento de urgencia significa que se vota la urgencia, se abre inmediatamente en el mismo Pleno un plazo de presentación de enmiendas y se votan las enmiendas. Pero inmediatamente después, como presidente de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, tengo el derecho y el deber de solicitar que se devuelva la iniciativa a la comisión competente, que es la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, para asegurar exactamente el trámite parlamentario y el debate sobre la base del mandato de negociación con el Consejo.

El mandato de negociación interinstitucional significa que es la comisión responsable quien se pronuncia en primer lugar sobre el resultado del así llamado «trílogo», es decir de la negociación con el Consejo y la Comisión. Y solo después del voto en la comisión responsable, regresa, finalmente, para su votación en Pleno en primera lectura. Esto significa cumplir con el calendario. Es posible efectivamente acudir al desplazamiento del verano.

Y es importante que, antes del verano, las europeas y europeos que nos miran y cuyas esperanzas representamos en este Parlamento sepan que estamos acelerando no solamente la vacunación, sino también la restauración de la libre circulación sin discriminación; y por eso subrayo los derechos fundamentales que están involucrados.

Está involucrado el derecho a la confidencialidad de los datos, a la privacidad y a que el principio de proporcionalidad y necesidad en el tratamiento de los datos sea estrictamente aplicado en esta iniciativa. En segundo lugar, que su aplicación sea homogénea en el conjunto de la Unión Europea. Pero, en tercer lugar y fundamental, que no sea discriminatorio, de modo que se potencie la libre circulación, pero en ningún caso se exija como un requisito el certificado verde, de modo que el certificado verde ayude a la libre circulación, pero ni la impida ni la obstaculice.

3. Austritt der Türkei aus dem Übereinkommen von Istanbul (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-aġenda huwa d-dibattitu dwar id-dikjarazzjonijiet tal-Kunsill u tal-Kummissjoni dwar il-hruġ tat-Turkija mill-Konvenzjoni ta' Istanbul (2021/2610(RSP)).

Nixtieq infakkar lill-onorevoli Membri li, għad-dibattiti kollha ta' din is-sessjoni parzjali, mhux se jkun hemm proċedura "catch-the-eye" u mhux se jiġu aċċettati karti blu.

Barra minn hekk, bħal fis-sessjonijiet parzjali preċedenti, huma previsti interventi mill-bogħod mill-Uffiċċji ta' Kollegament tal-Parlament fl-Istati Membri.

Ana Paula Zacarias, President-in-Office of the Council. – Madam President, equality between men and women is inherent to human dignity. Combating all forms of violence against women and girls is a core element of respect for fundamental rights.

On Turkey's decision to withdraw from the Istanbul Convention, I would like to underline the statement issued by the High Representative last Saturday. He deeply regretted the decision by the Turkish Government to withdraw from the convention, the first international legally binding instrument aiming at ensuring essential legal protection for women and girls across the world. The decision is a huge setback, all the more as Turkey was the first country to sign this landmark treaty.

Mr Borrell also noted that this comes at a moment when violence against women has increased to new levels worldwide as a result of the COVID-19 pandemic. A step backwards which sends a very dangerous message. I would like to recall that on Monday, the Council on Foreign Affairs met here in Brussels and the ministers discussed the situation in Turkey on the basis of the report presented by the High Representative.

The question of the convention was highlighted by several Member States. On the following day, I had the honour of chairing the VTC meeting of ministers of European affairs, where we also had a discussion on Turkey's withdrawal from the convention. And once again many ministers echoed the High Representative's words of regret.

We have seen the reaction in Turkey as well as international reactions, including from the leaders of the Council of Europe. The Presidency, as many others, consider this a regrettable and grave matter in itself and because it's also combined with other setbacks on Turkey's obligations to respect democracy and the rule of law. These and other recent developments will also certainly be part of the leaders' discussion on Turkey today.

Honourable Members, as President von der Leyen said, violence against women is not tolerable. Women deserve a strong legal framework to protect them. The Council has consistently called for increased efforts to ensure gender equality and respect for human rights. The Union is redoubling its efforts to defend the rights of women and girls as fundamental elements of human rights and equality. In this context, let me reiterate the Presidency's attachment to the Istanbul Convention and say that combating violence against women features prominently on the agenda of the Portuguese Presidency and of the relevant Council bodies.

This year, as we mark the 10th anniversary of the Istanbul Convention, on this occasion the Presidency will organise on 6 April a high-level conference with the German Presidency of the Council of Europe Committee of Ministers. The Council has repeatedly called on the Member States that have not done so to ratify the Istanbul Convention. The Presidency will continue in any possible way to work towards the conclusion of this important instrument within the legal framework set by the Treaties and pending the European Court of Justice's opinion requested by this Parliament.

Dear Honourable Members, we are only a few days away from 8 March and we have often debated women's rights in this Chamber. Only last month we were discussing the 25th anniversary of the Beijing Declaration and its platform of action. Much progress has been made over the past decades, to the benefit of women and girls in the Union and across the world.

However, as we see every day, many challenges remain, and we must keep on fighting for women's rights and combatting violence against women. We have to do this all together.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, the Istanbul Convention is a landmark treaty of the Council of Europe and the most comprehensive and effective legally binding instrument at international level to combat violence against women and domestic violence. Its aim – its only aim, I would say – is to ensure that violence is prevented, victims are protected and perpetrators are prosecuted.

The Commission is fully committed to eradicate violence against women in the EU and outside its borders because violence against women is never justified. It's just not acceptable that women and girls are afraid or need to be cautious when walking down the street. We cannot look away when we know or suspect violence in the house next door. Women and girls should live free from violence and have a strong legal framework to protect them. This is why the EU signed the Istanbul Convention and why the Commission is pushing for EU accession. As you know there are hurdles in the Council, and thus to ensure we do have a comprehensive legal framework, the Commission is preparing a legislative proposal to prevent and combat violence against women and domestic violence. We are planning to present this by the end of this year.

We are hearing more and more dissenting voices on the importance and the aim of the Istanbul Convention, not only outside but also inside the European Union. The Convention is based on the understanding that violence against women and domestic violence are not private or family matters, but criminal behaviour. Consequently, politicians need to ensure it is a criminal offence in national law for which there should never be impunity. This approach requires measures for the prevention of crime, the protection of victims and the prosecution of perpetrators. It also requires practical measures that contribute to an overall effort for better policies, services and discourse around the violence that women and girls experience so that awareness is raised, mentalities are changed and women are supported and empowered.

I stress that the aim of those measures is prevention, and that the Convention is based on the premise that violence against women cannot be eradicated without investing in gender equality. That is what the Convention is about and what it aims for. There are no other hidden motives. Turkey's decision to withdraw from the Convention sends a regrettable signal at a bad moment. It risks compromising the protection and fundamental rights of women and girls in Turkey with devastating effects on its entire society at a time when this protection is needed more than ever. The High Representative/Vice-President Borrell was very clear on this in his statement issued in immediate reaction to this news. This is a wrong step from Turkey, a country that hosted the Convention in the first place. It is a huge setback to efforts made in the country in recent years and sends a dangerous message across the world. We therefore cannot but urge Turkey to reverse its decision. Turkey should fully commit to defending the rights of women and girls, a fundamental element of human rights, peace, security and equality.

Now, more than ever, it is essential that state parties, both in the European Union and outside, stand by the standards of the Istanbul Convention as a source of guidance for action. Now, especially at this point in time, is the moment to show leadership and enhance global efforts to fight violence against women and girls, and not to retreat. This is why we deeply regret the decision of the Turkish Government to withdraw from the Convention that even bears the name of Istanbul, and Turkey was the first country to ratify it. The lives and health of women and girls are at stake and we need to stand by all women and girls.

Frances Fitzgerald, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, not every discussion in the European Parliament is about life and death, but this is. The increase in domestic violence across Europe of 30% during the pandemic gives truth to the pervasiveness of this issue.

To withdraw support for the Istanbul Convention is unconscionable. To see a major country such as Turkey opt out is shameful, inhumane and wrong. The misunderstandings that have been allowed to fester by leaders in some countries are disgraceful and threaten the lives of women and girls. Women are being attacked every moment of every day in every country around the world. Women are being attacked, and they are dying.

The Istanbul Convention simply ensures fundamental and basic human rights and safety for women. Today the leaders of the Member States will meet and Turkey is on the agenda. Prime ministers from across Europe must give the issue more than a passing glance or comment. Turkey has long been a geopolitical discussion for Europe. If Europe is to be a beacon of light for human rights around the world, then let's start with the basics: being safe in one's home.

I call on the EU leaders to stand up for Turkish women today and to know that in Europe they have supporters and advocates. Let's call it out; let's end violence against women.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señora ministra, señora comisaría, señorías, cuatrocientas mujeres han sido asesinadas en Turquía desde 2018: a manos de sus maridos, víctimas de violencia de género, o a manos de sus padres y hermanos, víctimas de los crímenes de honor. Sinceramente, es insostenible, es inaceptable y es una vergüenza lo que hoy está haciendo el Gobierno del señor Erdogan.

En ese pulso contra Europa vuelve a utilizar a las mujeres como moneda de cambio porque siempre somos nosotras las que tenemos que pagar los platos rotos y siempre tienen que ser las mujeres las que sufran los ataques a los derechos fundamentales, en una decisión que además va en contra de la propia Constitución turca.

Hay una involución en todo el mundo. Los derechos de las mujeres no tienen fronteras. Tenemos noticias de que, en breves días, el Gobierno de Polonia decidirá hacer lo mismo. Y alguien podría preguntarse qué tienen en común el Gobierno de Turquía y el Gobierno de Polonia: su alergia y su odio a las mujeres. Y aquí hay un Parlamento que va a levantar la voz para decir que no lo vamos a permitir.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, efectivamente, esta decisión del Gobierno turco es una decisión devastadora. Lanza un mensaje terrible, un mensaje terrible a las mujeres turcas: al 40 % de las mujeres turcas que sufren violencia de género; a las más de trescientas mujeres que han sido víctimas, han sido asesinadas, aunque esta cifra se queda pequeña porque el Gobierno turco nos dice que muchas de estas mujeres se han suicidado. Es un claro desprecio a su vida, es un mensaje claro de «no nos importáis».

Por eso hoy, este Parlamento Europeo tiene que lanzar el mensaje contrario: nos importan, nos importan mucho. Y tenemos que decir a Turquía que debe retirar su decisión y debe implementar el Convenio. Pero, señorías, ¿qué ha pasado en estos nueve años desde la firma del Convenio por parte de Turquía a su retirada por Erdogan?

Han pasado muchas cosas: un deterioro de los derechos humanos en este país, día a día; un gran sectarismo; un alejamiento de los valores de lo que significa Europa. Y finalmente, la cesión de las libertades y de los derechos de las mujeres a los grupos más conservadores y radicales. Señorías, así se construyen las dictaduras. Así mueren las democracias, con la cesión por decreto de los derechos y libertades de todos a los grupos conservadores, radicales y ultras. Y por eso esta lucha -el Convenio de Estambul- es la lucha de todos los demócratas. La lucha por los derechos de las mujeres y de las niñas en Turquía, señorías, y también aquí en la Unión Europea.

Christine Anderson, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Kollegen! Die Türkei tritt also aus der Istanbul-Konvention aus – einem Abkommen, welches zumindest vordergründig Gewalt an Frauen zu bekämpfen sucht und die Unterzeichnerstaaten durch präventive und gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung öffentlicher und häuslicher Gewalt gegen Frauen verpflichtet.

Was aber nutzt eine solche Konvention, wenn man die Grenzen sperrangelweit aufreißt und Millionen von jungen Männern in die EU importiert, die so ein Schriftstück entweder gar nicht lesen können oder denen es wegen ihrer Sozialisierung in einer Macho-Kultur schlichtweg egal ist, welche Rechte eine Frau hierzulande haben sollte?

Seit 2015 hat sich die Zahl der Frauenmorde in den Mitgliedstaaten fast verdoppelt. Zwangsheiraten, Kinderehen und auch Genitalverstümmelung sind in der EU auf dem Vormarsch. Die Betroffenheitslyrik der Istanbul-Konvention hat dies nicht verhindert.

Der Schutz von Frauen vor Gewalt beginnt mit dem Schutz der Grenzen. Es ist scheinheilig, der Türkei im Zuge des Austritts nun frauenfeindliche Bestrebungen vorwerfen zu wollen, wenn sie doch bloß die traditionelle Familie schützen will. Das ist ihr gutes Recht und auch richtig so.

Die Istanbul-Konvention gibt nämlich nur vor, sich gegen Gewalt von Frauen zu richten. In Wahrheit – unter dem Deckmantel des Frauenschutzes – wird ein völlig abstruser, irreführender Genderwahn-Quatsch implementiert.

Sergey Lagodinsky, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, this is incredible. I feel ashamed to have to speak after a speech like that.

And honestly, for years we friends of Turkey have been telling those people, those opponents, we have been trying to convince them that they are incorrect, that we share a common future because we share common values. And now it's the Government of Turkey itself that proves us wrong, that tells us that this convention is European values and they don't want to deal with that? No, they want to prove us wrong, but we're not wrong. Because they can throw the rights of women out of the window, they can ridicule their own LGBTI minorities, they can prosecute the Kurdish minority and try to ban their party, but they cannot take away the dignity of those people, and we are obliged to the dignity of those people. And the Member States are obliged to the dignity of those people. That's why I say: don't sell out human rights for realpolitik. And that's why I say to Mr Erdoğan: stop the withdrawal from the Istanbul Convention.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani komisarz! ECR jest przeciwny wszelkiej przemocy. Z niepokojem słuchamy doniesień z Turcji o wciąż istniejącej tam przemocy względem kobiet, zwłaszcza o tzw. honorowych zabójstwach. Nie można jednak tego wiązać wyłącznie z wypowiedzeniem konwencji stambulskiej. Proszę zwrócić uwagę na dane stowarzyszeń monitorujących przestrzeganie praw kobiet w Turcji: w 2019 r. doszło do 474 zabójstw kobiet, czyli dwa razy więcej niż w 2011 r., a przecież przez te wszystkie lata obowiązywała tam konwencja stambulska, która okazała się kompletnie nieskuteczna.

Dziś pani komisarz Dalli mówi, że konwencja stambulska jest najbardziej skutecznym instrumentem przeciwko przemocy. Pani chyba żartuje! Unia Europejska podpisała konwencję stambulską, a to w Unii Europejskiej ciągle są okaleczane narządy płciowe małych dziewczynek. To w Unii Europejskiej ciągle małe dziewczynki przymuszane są do małżeństw z dorosłymi mężczyznami. Czy chce pani może porozmawiać o handlu dziećmi, o surogacji? Tu w Unii Europejskiej mamy bardzo dużo do zrobienia, a konwencja stambulska nie działa, bo jest podlana lewicowym, ideologicznym...

(Przewodnicząca odebrała mówczyni głos.)

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, Erdogan ha retirado a Turquía del Convenio de Estambul en un momento en el que los feminicidios y la violencia machista están aumentando en el país. Hablamos del primer país que lo firmó y del único instrumento vinculante en Europa para proteger a las mujeres.

Erdogan ha canjeado su vida a cambio del favor de quienes ven en el Convenio una amenaza para la familia tradicional: los mismos que en la Unión Europea impiden que se ratifique o animan a Polonia a retirarse; los que se llaman provida y creen que las mujeres son sus particulares máquinas reproductoras; los que se oponen al aborto porque no les importa si los embarazos son el fruto de una violación o de estupro; los que piensan que la familia no se elige, sino que es un yugo formado por papá y mamá, donde papá es el propietario, y mamá, la propiedad.

Turquía es un socio prioritario de la Unión Europea y Erdogan ha dejado a las mujeres turcas vendidas a sus asesinos. Un paso atrás que debería tener consecuencias.

Arba Kokalari (PPE). – Fru talman! Misshandel, våldtäkter, sexuella övergrepp, mord och stalking – det här är brott som dagligen drabbar miljontals kvinnor. Mord och dessa brott utsätts de för av sin partner. Detta är brott som ibland aldrig utreds eller tas på allvar. I Europa har en av tre kvinnor varit eller är drabbade av detta, och coronapandemin har ju förvärrat situationen avsevärt.

I Turkiet är det ännu värre. Ungefär fyra av tio kvinnor har blivit utsatta för våld. När det inte kan bli värre, ja då meddelar Turkiets regering att man lämnar Istanbulkonventionen som garanterar rättsligt skydd för våldsutsatta kvinnor och åtar förövare. Detta händer alltså tio år efter det att Turkiet anslöt sig till Istanbulkonventionen i Istanbul. Detta är en skandal. Det är ett enormt bakslag för kvinnors frihet från våld. Det är ett enormt bakslag för kvinnors grundläggande mänskliga rättigheter.

Det massiva fördömande som vi nu har sett från EU, Europarådet och från USA måste följas med tydliga krav i våra relationer med Turkiet på att vi inte kommer tolerera detta och att Turkiet måste tillbaka till Istanbulkonventionen. Jag hoppas innerligt att denna debatt kan leda till att öka trycket både på EU:s ledare och på Turkiet.

Som Europaparlamentets ansvariga för just Istanbulkonventionen så ser jag att det är ett arbete i motvind, där kvinnors grundläggande rättigheter utmanas. Detta är en kamp som EU måste föra mycket hårdare. Detta är vår tids nya frihetsfråga, nämligen att stå upp för kvinnors grundläggande mänskliga rättigheter.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, leggiamo in questi giorni due diversi tipi di notizie: da una parte il rafforzamento di un'agenda positiva delle relazioni tra Turchia e UE; dall'altra il cappio liberticida di Erdoğan che si stringe sempre di più sui diritti delle donne e del popolo turco.

Sembrano notizie diverse ma io inizio a pensare che siano correlate, perché migliori sono le relazioni tra il nostro continente e la Turchia, più la mano di Erdoğan è libera per battere il pugno sulle libertà e sui diritti nel proprio paese.

Non è la prima volta che capita nella storia: l'inazione che ha portato alle aberranti ideologie totalitarie può sembrare lontana nel tempo ma allora è utile ricordare le ferite più recente, da quelli dei Balcani, al Medio Oriente, al Maghreb.

«La storia insegna, ma non ha scolari» diceva un grande intellettuale italiano e allora, se migliorare i rapporti con la Turchia significa condannare il suo popolo, le sue donne, i suoi intellettuali, i suoi giornalisti, i suoi studenti, le sue minoranze, mi chiedo quanto tempo passerà prima che quella condanna infiammi tutto il Mediterraneo?

Susanna Ceccardi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi,

«Lamento. Essere donna significa essere invasa. Mi hanno preso tutto. Una donna mi prese la mia infanzia. Un uomo il mio essere donna. Dio non dovrebbe creare la donna. Dio non sa come partorire. Qui le costole di tutti gli uomini sono fratturate. Il nostro collo è sottile come un capello. Gli uomini ci trasportano come a un funerale sulle spalle. Siamo state sotto i loro piedi, leggere come piume. Abbiamo volato da un mondo ad un Adamo. E le mie parole sono le loro impronte.»

Müesser Yenai, poetessa turca.

In Turchia 300 donne sono morte ammazzate nel 2020. Negli ultimi dieci anni il numero di donne uccise in Turchia è triplicato. Molte sono le donne incarcerate per motivi politici e il recesso dalla convenzione di Istanbul è l'ulteriore conferma di una Turchia lontana dai valori occidentali.

Per le donne, per i valori europei, per la libertà, lo ribadiamo ancora una volta: la Turchia non è Europa.

Sylwia Spurek (Verts/ALE). – Pani Przewodnicząca! Pani komisarko! Po pierwsze chciałabym wyrazić solidarność i przekazać słowa wsparcia Turczynkom protestującym przeciwko pozbawieniu ich praw i ochrony.

Kierujemy dziś swój wzrok i oburzenie ku Turcji, a tymczasem Polska, państwo członkowskie, jest o krok od pójścia w jej ślady, a Unia Europejska nie reaguje. Polski Sejm może w przyszłym tygodniu skierować do dalszych prac parlamentarnych obywatelski projekt ustawy, który zakłada wypowiedzenie konwencji stambulskiej. Polski Trybunał Konstytucyjny może w każdej chwili rozpoznać złożony przez premiera wniosek o uznanie konwencji stambulskiej za niezgodną z polską konstytucją. To ten sam Trybunał, który pozbawił Polki resztek praw do legalnej aborcji.

Jeśli Komisja Europejska poważnie traktuje swoje zobowiązanie do przeciwdziałania przemocy ze względu na płeć, nie może milczeć i czekać. Za chwilę będzie za późno.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Fru formand! Beslutningen om at trække Tyrkiet ud af Istanbulkonventionen er en legitimering af vold mod kvinder, legitimering af en vold, som rammer op mod 40 procent af den kvindelige befolkning i Tyrkiet. En vold, som alene i 2019 slog mindst 474 kvinder ihjel. En vold, som må og skal stoppes. Siden beslutningen blev annonceret, er modige kvinder i Tyrkiet strømmet ud på gaderne i protest. De har brug for vores støtte. De har brug for vores solidaritet. De har brug for en klokkeklar kritik af Erdogan fra EU-lederne. Erdogans formørkede angreb på kvinders rettigheder skal fordømmes. Kvinder mishandles, kvinder myrdes. EU må og skal handle.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, señora comisaria, señora ministra, señorías, en mayo de 2011 se firmó el Convenio de Estambul. Turquía fue el primer país en firmarlo y por eso lleva el nombre de su ciudad más emblemática. Desde entonces, treinta y cuatro países lo han firmado y ratificado, y cuarenta y cinco lo han firmado. La Unión Europea ha querido siempre estar en primera línea en la lucha contra la violencia de la mujer. Es el primer instrumento internacional jurídico y vinculante para poder acabar con esta lacra social y esas cifras sonrojantes que cada día, por desgracia, tenemos en el mundo. La defensa de los derechos humanos es un valor intrínseco a la Unión Europea. No hay Unión Europea sin democracia y sin derechos humanos.

Turquía, por desgracia, el sábado pasado —la noche del viernes al sábado—, abandonó el Convenio de Estambul con una absoluta malinterpretación intencionada, con un absoluto desprecio al Estado de Derecho. Supone un mazazo a los derechos humanos y pisotea la lucha por los derechos de las mujeres. Supone también más víctimas y menos democracia en un país donde mueren más de cuatrocientas mujeres cada día. Envía una peligrosa señal al mundo.

Tenemos que reflexionar y volver al Convenio. En el año 2019 se colgaron 440 pares de zapatos de tacón en la fachada de un edificio de Estambul. La obra del artista turco Vahit Tuna se hizo en memoria de las más de 440 mujeres asesinadas por sus parejas estos años. ¿Cuántos pares de zapatos más hacen falta para convencer al Gobierno de que estas vidas humanas están en juego?

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, como ponente sobre Turquía me centro en dos aspectos: la secuencia de decisiones contra los derechos democráticos y el momento en el que se produce la retirada, para concluir en la importancia de mantener en todo momento la condicionalidad democrática en la relación con Turquía.

Me gustaría que la gravedad del hecho de la retirada no ocultara lo que pasó la semana pasada: el levantamiento de la inmunidad de un parlamentario activista de los derechos humanos, luego detenido en el Parlamento; el intento de la Fiscalía de cerrar el tercer partido político del país, partido hermano de los Socialistas Europeos; y una nueva ridícula condena al líder del HDP. A pesar de este aterrador panorama, el Consejo y la Comisión mantuvieron en la agenda una videoreunión con el líder turco.

Primer error: no mostrar claramente nuestro enfado por lo que estaba pasando. Conclusión: la decisión sobre el Convenio se tomó horas después de esa conversación entre Erdogan, Von der Leyen y Michel, en la que estos ofrecieron continuar la denominada «agenda positiva», una agenda que parece basarse en olvidar los derechos humanos.

Segundo error: esa desatención a la situación de los derechos ha sido entendida como una luz verde europea para continuar masacrando y desmontando la oposición democrática en Turquía.

Por mis funciones, tengo muy frecuentes y directas relaciones con la oposición turca. Se mantienen absolutamente desalentados por este abandono de la Unión Europea y he de decir que el Parlamento ha mantenido en todo momento la condicionalidad democrática. Yo quiero que el Consejo y la Comisión no dejen nunca de... *(la presidenta retira la palabra al orador).*

Gilles Lebreton (ID). – Le 20 mars, nous avons appris que la Turquie se retirait de la convention d'Istanbul de 2011. Ce retrait est un événement dont la portée politique est considérable: la convention d'Istanbul est en effet le principal instrument européen de lutte contre la violence à l'égard des femmes. Certes, c'est un texte imparfait dont le préambule cède à un féminisme exacerbé qui dresse les femmes contre les hommes, mais elle a l'immense mérite d'essayer de protéger les femmes contre toutes sortes de violences, parmi lesquelles la violence domestique, le viol, le mariage forcé ou encore l'excision. C'est pourquoi je l'ai personnellement toujours défendue.

En se retirant de cette convention, la Turquie tourne donc le dos à l'égalité de l'homme et de la femme, qui est une valeur essentielle de la civilisation européenne. Sur le plan symbolique, ce retrait est une déclaration de guerre qui nous est adressée par Erdoğan, qui se rallie clairement à l'islamisme le plus rétrograde. Nous devons en tirer les conséquences et abandonner définitivement le processus d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Nous lamenter ne sert à rien, il faut agir.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, every year, just as in the European Union, hundreds of women are killed by their partners, ex-partners and close relatives in Turkey. Thousands are battered, raped and beaten.

After deciding to withdraw from the Istanbul Convention, you might argue that Erdoğan does not care about this brutal violence against women, but actually it is worse. Autocrats like Erdoğan and his lookalikes in the European Union are afraid of free and independent women. They are afraid of societies where women can freely decide about their own bodies, their money and their lives. They are afraid of the strength of women and LGBTI movements and that is why they hate the Istanbul Convention. That is why they hate us to be protected from discrimination and violence, and that is why they attack our freedom and independence.

We cannot let these autocrats win, not in Turkey nor in the European Union. We express our solidarity with all the feminists and queers who are standing up to this in Turkey right now. But most of all we need to have the full accession, ratification and implementation of the Istanbul Convention all over Europe.

Niyazi Kizilyürek (The Left). – Madam President, the Turkish presidency wants to justify its withdrawal from the Istanbul Convention by claiming that it is incompatible with Turkish traditional family values, and argues that women in Turkey are already protected by Turkish values and traditions.

What values and traditions? Laws or Turkish patriarchy? In Turkey on average everyday five women are killed. Sixty-one per cent of women are subjected to physical violence by their partners, fathers or brothers.

Withdrawing from a convention which aims to prevent domestic violence against women in a country such as Turkey, where murders of women have tripled in the past 10 years, is to leave the woman at the mercy of male domination. On top of that, Turkey justifies the withdrawal by attacking the LGBTI community: an open violation of sexual liberty.

The European Union should show zero tolerance to the Turkish Government, which day by day becomes more authoritarian and more and more disrespects fundamental human rights. We need to make all necessary steps in order to provide strong protection and promotion of the rights and freedoms of women and the LGBTI community.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ*Wiceprzewodnicząca*

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, het Verdrag van Istanbul is het eerste juridisch bindende verdrag dat lidstaten verplicht om huiselijk geweld te voorkomen en te bestrijden. En net als blijkt dat het geweld op vrouwen de laatste maanden met alarmerende cijfers is toegenomen ten gevolge van de lockdown, waarbij niet minder dan één op vijf vrouwen de afgelopen maanden geconfronteerd werd met huiselijk geweld, net op dat moment beslist Turkije om zich terug te trekken uit het verdrag!

De voorzitter van de Commissie heeft de ratificatie van het Verdrag van Istanbul altijd verdedigd als een van haar topprioriteiten. Het is tijd om woorden om te zetten in daden. Want sommigen willen de klok terugdraaien. Daarom vraag ik de Commissie met absolute aandring om een duidelijk signaal te geven aan Turkije, maar ook om zelf het goede voorbeeld te geven door de resterende lidstaten aan te moedigen om eindelijk het verdrag te ratificeren en om de Europese ratificatie niet langer te blokkeren. Beste collega's, hoelang gaan we nog wachten om te doen wat moet?

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman, rådet, kommissionen! Vi har en konvention för att bekämpa våld mot kvinnor, som bär namnet på en stad där bekämpandet av detta våld mot kvinnor inte längre är viktigt – Istanbulkonventionen.

Det kan tyckas självklart att varje människa ska ha rätt att leva sitt liv fritt från våld, men så är det inte i Turkiet. Turkiets agerande är en attack mot kvinnors mänskliga rättigheter, mot demokratin och mot rättsstatens principer. Kvinnor utsätts för våld, och kvinnor mördas.

Vi socialdemokrater i parlamentet har tydligt fördömt Turkiets beslut, och i dag förväntar vi oss att EU:s medlemsstater gör detsamma. Låt Istanbulkonventionen bli en påminnelse om att vi aldrig, aldrig får acceptera attacker mot flickor och kvinnor. Det är deras liv det handlar om.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Żadna kobieta ani dziewczynka nie powinny doświadczać przemocy. Jej skutki są katastrofalne dla zdrowia psychicznego, dla funkcjonowania rodziny, dla rozwoju młodej kobiety i podejmowanych przez nią w dorosłym życiu decyzji.

Prezydent Erdogan, wypowiadając konwencję, mówił o próbie narzucenia ideologii gender, wartości Zachodu, promocji homoseksualizmu i podważaniu tradycyjnej roli rodziny. Tych samych argumentów używają dzisiaj politycy partii rządzącej w Polsce, w moim kraju, którzy chcą wypowiedzenia konwencji, zakazu rozwodów, karania aborcji czy dekryminalizacji pierwszego pobicia. Kilka lat temu uznałabym to za absurd, dzisiaj z niepokojem słucham tych wypowiedzi, bo one uderzają nie tylko w rodzinę, ale zniechęcają do jej założenia i niestety jakoś nie słyszę słów sprzeciwu ze strony wielu kobiet, ale przede wszystkim ze strony polityczek partii rządzącej. Gdzie nasza kobieca solidarność? Nie widzę jej i mówię to z przykrością.

Ja nie wiem, czy prezydent Erdogan zmieni zdanie, ale mam nadzieję, że żaden europejski kraj nie wypowie konwencji, bo tylko słabi, kreujący się na macho mężczyźni boją się silnych kobiet i biją kobiety i tylko słabi, kreujący się na macho politycy chcą przyzwolenia na takie działania.

Pernille Weiss (PPE). – Fru formand! Mindst 38 procent af kvinder i Tyrkiet udsættes årligt for vold fra deres partner. Derfor er det ikke forkert at konstatere, at værdien af, at Tyrkiet i ti år har haft sin underskrift på Europarådets konvention, har været lig nul. Konventionen har til formål at bekæmpe hustruvold, voldtægt i ægteskabet, anden seksuel vold mod kvinder samt lemlæstelse af pigers og kvinders kønsorganer.

Konventionen er opkaldt efter byen Istanbul, som ironisk nok ligger i grænselandet mellem Europa og den arabiske verden. Men når Erdogan skal tilfredsstill sine formørkede middelalderlige støtter og i øvrigt finde nye måder at håne og provokere det EU, landet aldrig bliver medlem af, ja, så ofres kvinders sundhed, sikkerhed, trivsel, frihed og værdighed.

Det er modbydeligt at være vidne til, og den væmmelse bør vi bruge til at speede op under vores bestræbelser, for at vi kan agere kraftigere imod Erdogan. Det fortjener tyrkiske kvinder og alle ordentlige mennesker, som sætter deres lid til samarbejdsaftaler for at gøre verden til et bedre sted.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, 350 γυναίκες δολοφονούνται κάθε χρόνο στην Τουρκία και, σύμφωνα με τον Παγκόσμιο Οργανισμό Υγείας, τα περιστατικά υπερβαίνουν το 38%, όταν ο ευρωπαϊκός μέσος όρος δεν ξεπερνά το 25%. Οι μισές και πλέον δολοφονίες αναφέρονται ως αυτοκτονίες, ενώ δεν τηρούνται αρχεία ούτε στο Υπουργείο Οικογενειακής Πολιτικής. Τον καιρό της πανδημίας, η ενδοοικογενειακή βία έχει τεράστια αύξηση και τα θύματα είναι απολύτως απροστάτευτα.

Παρά ταύτα, ο πρόεδρος Erdogan απέσυρε τη χώρα του από τη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης, τον μήνα που παγκοσμίως προβάλλονται οι αγώνες για ισότητα και καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών. Διεθνής κατακραυγή, αντιδράσεις και εκκλήσεις από τον ΟΗΕ, την Ευρωπαϊκή Ένωση, από ηγέτες κρατών και οργανώσεις πολιτών για αναθεώρηση της απόφασης του πέφτουν στο κενό. Ο Erdogan συστηματικά περιφρονεί το κράτος δικαίου και τις ευρωπαϊκές αξίες. Συνάδελφοι, ως εδώ: να υποχρεωθεί η Τουρκία τώρα να σεβαστεί τα θεμελιώδη ανθρώπινα δικαιώματα· να αναγνωρίσει, επιτέλους, τον ακρογωνιαίο λίθο του ευρωπαϊκού οικοδομήματος.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, thank you so much to the minister and the Honourable Members for this debate. But isn't it sad that we should be discussing this and speaking about this?

I can assure you that the Commission continues to support women and girls, victims of gender-based violence, both in the EU and outside its borders. We will continue to keep the prevention of violence against women and domestic violence, as well as the protection of the victims, high on the internal and international agenda.

We stand ready to enhance our cooperation with stakeholders, partners and Member States to make Europe and the rest of the world a safer place. We stand ready to engage in discussion with those who are sceptical or have doubts. Only by joining forces and sharing expertise and best practice can we be successful and accelerate the societal change we need for achieving gender equality in law and practice, and eradicate discourage of violence against women and girls.

Ana Paula Zacarias, Presidente em exercício do Conselho. – Senhora Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, Senhora Comissária, resulta deste debate, bastante claro, que a retirada da Turquia da Convenção de Istambul é um assunto grave, que representa um passo atrás nas obrigações da Turquia de respeitar a democracia, o Estado de Direito e os direitos das mulheres.

Depois de ter sido o primeiro país a ratificar a convenção, a Turquia é agora o primeiro país a abandoná-la, mas não há cultura, religião ou tradições que possam servir de desculpa para ignorar a violência contra as mulheres. Neste momento marcado pela pandemia, é hora de mostrar liderança e aumentar os esforços globais para combater a violência contra as mulheres. Por isso, como já referi, não podemos deixar de lamentar profundamente e expressar incompreensão em relação à decisão do Governo turco de se retirar desta Convenção.

Esta decisão corre o risco de comprometer a proteção dos direitos fundamentais das mulheres turcas, mas envia também uma mensagem perigosa de retrocesso dos direitos das mulheres no mundo, a que temos que estar atentos. A Presidência Portuguesa do Conselho continuará a acompanhar este assunto com toda a atenção, nomeadamente, instando a Turquia a reverter a sua decisão e a juntar-se aos países que, no século XXI, defendem os direitos das mulheres e das raparigas como um elemento fundamental dos direitos humanos, da paz, da segurança e da igualdade.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Šiandien kalbame apie Turkijos sprendimą pasitraukti iš Stambulo konvencijos. Dėl to galime tik apgailestauti ir raginti Turkijos vyriausybę persvarstyti šį sprendimą. Deja, tačiau tai nėra tik Turkijos problema. Pažanga, taip sunkiai padaryta per daug metų moterų ir vyrų lygybės srityje, sparčiai blogėja. COVID pandemija šią situaciją pablogino ir pagreitino. Nepateisinama, kad konvencija, kuria siekiama apsaugoti ir ginti moteris ir mergaites nuo smurto, tapo politiniu įrankiu kiršinant visuomenę bei iškreipiant konvencijos pagrindinį tikslą. Turkijos pasitraukimas tai labai aiškiai parodo. Tačiau ne tik Turkijoje, bet ir pas mus, kai kuriose ES valstybėse, kuriama stipri provokacinė kampanija prieš šią konvenciją, kuri neturi realaus faktinio pagrindo, tačiau kurią labai aktyviai naudoja ypač radikali politinės jėgos su tikslu suskaldyti visuomenę. Labai reikalingas aktyvesnis vaidmuo ES lygmeniu siekiant informuoti mūsų žmones apie tikrą konvencijos tikslą – užtikrinti, kad moterys ir mergaitės būtų apsaugotos nuo visų rūšių smurto, ir privalome dėti visas pastangas, kad bent jau Europos Sąjungoje visos ES valstybės narės ratifikuotų šią konvenciją. Jei to nebus padaryta, kova su smurtu prieš moteris liks vien tik tuščia deklaracija ir visos mūsų pastangos siekti saugesnės ir lygesnės visuomenės liks tik tuščiais pažadais.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – La pandemia di COVID-19 ha avuto e continua ad avere, un impatto molto forte sulle donne: l'occupazione femminile è diminuita considerevolmente, e sulle donne si riversano maggiormente le difficoltà legate al telelavoro e alla chiusura delle scuole. E soprattutto, la violenza contro donne e ragazze, in particolare la violenza domestica, ha conosciuto un drammatico incremento, tanto da configurare un'epidemia ombra, come l'hanno definita le Nazioni unite. Desta quindi profondo rammarico e preoccupazione il ritiro dalla Convenzione di Istanbul della Turchia, che pure è stata il primo paese a ratificarla. La Convenzione, infatti, rappresenta il primo strumento giuridico internazionale volto a dettare norme vincolanti per la prevenzione e il contrasto ai reati di violenza nei confronti delle donne e violenza domestica, e per la protezione delle vittime, inclusi i bambini che vi assistono. L'Unione europea deve allora adoperarsi perché la Turchia riveda questa decisione, che rischia di minare la protezione e i diritti delle donne e delle ragazze turche, e di compromettere l'impegno internazionale nella lotta a queste intollerabili violazioni dei diritti fondamentali e del principio di uguaglianza. E va ribadito l'appello del Parlamento europeo, perché l'Unione stessa concluda al più presto il processo di adesione alla Convenzione.

Łukasz Kohut (S&D), na piśmie. – Konwencja stambulska jest pierwszym prawnie wiążącym instrumentem, który tworzy kompleksowe ramy prawne dla zwalczania przemocy wobec kobiet i koncentruje się na zapobieganiu przemocy domowej, ochronie ofiar i ściganiu oskarżonych. Bycie stroną tej konwencji, wdrażanie jej postanowień oznacza zaangażowanie w walkę z przemocą wobec kobiet i przemocą domową.

Zarzuty sformułowane przez skrajną prawicę, jakoby konwencja była „narzędziem walki ideologicznej” są absurdalne. I byłyby śmieszne, gdyby nie to, że mogą mieć prawdziwie tragiczne skutki. Wypowiadając konwencję stambulską, prezydent Erdogan po raz kolejny oddalił Turcję od standardów państwa prawa i liberalnej demokracji. Pogorszył sytuację Turczynek i wszystkich ofiar przemocy domowej w Turcji. I zrobił to w imię swojego partykularnego interesu politycznego.

To samo usiłują zrobić autokraci w niektórych państwach członkowskich Unii. W Polsce, rządzonej przez Zjednoczoną w Nienawiści Prawicę, już rozpoczęła się próba wypowiedzenia konwencji. Unia Europejska podpisała konwencję, czas ją jak najszybciej ratyfikować. Jako sprawozdawca Komisji Wolności Obywatelskich, Sprawiedliwości i Spraw Wewnętrznych Parlamentu Europejskiego w sprawie przystąpienia UE do konwencji zrobię wszystko, żeby tak się stało. Pamiętajmy – Unia to jej mieszkanki i mieszkańcy. I wszystkie organy władzy publicznej, niezależnie od ich szczebla, mają obowiązek zapewnić im ochronę przed przemocą i pełnię praw.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Der Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention ist ein dramatischer Rückschritt für die türkische Gesellschaft und absolut unverständlich. Die Vertrauensgrundlage zur türkischen Regierung wird dadurch immer dünner. Auf der einen Seite wird der EU die Kooperation bei der Umsetzung von Menschenrechtsrichtlinien zugesagt, auf der anderen kehrt Präsident Erdoğan uns mit dem Austritt aus der Konvention den Rücken zu. Religiöse und kulturelle Traditionen dürfen niemals dem Schutz von Frauen vor Gewalt im Weg stehen. Besonders während der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass Frauen durch sie noch schutzbedürftiger sind. Jegliche Gewaltverbrechen müssen strafrechtlich verfolgt werden! Es ist zwar nach wie vor wichtig, den diplomatischen Dialog mit der Türkei aufrechtzuerhalten, jedoch muss die EU mit angemessener Härte auf dieses Verhalten reagieren. Das Europäische Parlament ist ebenso in der Verantwortung, sich mit der türkischen Zivilbevölkerung und den Frauen in der Türkei solidarisch zu zeigen und mit ihnen gemeinsam einen Weg zurück in die Konvention zu finden.

4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

5. Eine europäische Datenstrategie – Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata łączna na temat europejskiej strategii w zakresie danych nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Miapetrę Kumpuli-Natri w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie europejskiej strategii w zakresie danych (2020/2217(INI)) (A9-0027/2021) oraz

— oświadczeniem Komisji w sprawie sprawozdania Komisji z oceny wdrożenia ogólnego rozporządzenia o ochronie danych po dwóch latach jego stosowania (2020/2717(RSP)).

Miapetra Kumpula-Natri, rapporteur. – Madam President, I'm happy to present the European Parliament's draft report on the European data strategy.

We believe that this strategy will be a basis for European businesses and their global competitiveness. It will define the conditions for a fair data economy which will lead to better services, sustainable growth and quality jobs.

It must be designed in such a way as to facilitate innovations, data access and flows, interoperability and cross-border data portability. We must safeguard fair competition and legal clarity for all actors.

The COVID-19 crisis has highlighted even more the role and need for high quality real-time data sharing. Data can be used to predict and treat diseases and understand better how viruses spread.

Future data legislation must be based on the EU's rules and values: privacy, transparency and respect for fundamental rights and freedoms. Human-centric data policy is at the heart of the European Parliament position. As GDPR is another topic this morning, the right to data portability and other rights provided by the General Data Protection Regulation must be untouched. But the tools to use these rights must be reinforced.

Data strategy must support and contribute to the sustainability of the Green Deal and Union climate targets, as well as the resilient recovery of the Union's economy and social cohesion.

During our report process, the Commission gave a legal proposal for the Data Governance Act. I warmly thank it for the discussions along the way.

We fully support the creation of the Data Governance Framework and common European data spaces. In this report we touch on various ways of how to get data out from the silos and to benefit Europe in machine-readable formats.

Parliament insists that data governance must be built on a decentralised data operating environment that will support the emergence of interoperable and secure data ecosystems in various sectors. If I were to pick one of the most important messages from this report and the negotiations on the DGA, I would highlight the need for interoperability and standards.

Well-formed APIs could provide essential access to data and interoperability would enable automated real-time data flows between the different actors.

We still expect important legislative proposals on the Data Act to clarify data access rights and flows, business-to-business, business-to-government and vice versa, and also between all governmental actors. Economic growth can be secured by ensuring a level playing field and a competitive multiplayer and fair market economy. We don't want to see monopoly markets on data.

Data sharing culture and voluntary data sharing schemes must be encouraged by, for example, fair contractual model agreements and security measures. But also market imbalances must be tackled. Business-to-business contractual agreements do not always necessarily guarantee adequate access to SMEs, owing to disparities in negotiating power. Actors' rights and obligations to access the data they have been involved in generating must fall within that focus.

This report highlights also the role of the public sector in fostering an innovative and competitive data economy. We call for EU institutions and Member States to lead by example and put in place real-time services based on real-time quality data.

Let me take some other important topics I want to highlight.

First, infrastructure. The success of data and AI strategies depend on the wider ICT systems. We must close the digital gap, accelerate technological developments and investments on cutting-edge technologies. We are waiting for the Cloud rulebook to happen, and welcome new Cloud initiatives, but also high performance computing, 5-6 G, AI, fibre and so on.

On the climate, the digital sector has a significant potential to contribute to the reduction of emissions. We call for modern energy efficient solutions fit for our climate goals.

A cybersecurity framework is also needed for the data economy, as is its deployment, for example in the EU toolbox on 5G cybersecurity.

The Union's growth potential depends on the skills of its population and workforce. From overall digital literacy, to software engineering and the challenge to build European know-how on next generation technologies.

The data economy goes hand in hand with AI and AI relies on high quality and increased data availability. We must prevent all kinds of biases, especially gender, from being reflected in AI applications. Transparency on algorithms is a priority and we must focus on the employment of women in tech to help this.

On working life, we call in this strategy on the social partners to explore the potential of digitalisation, data and AI for increasing sustainable productivity while respecting workers' rights. To increase trust, employees should have the right to know where and how their data is collected, used, stored and shared.

I conclude with the global perspective. Establishing an international framework for data-sharing and international rules with like-minded third countries is a role that the EU has to take seriously.

Parliament calls for the free flow of data with proper rules in place, and this funding and legislative proposal will make these a reality.

I thank all the tens of colleagues, my shadows and, all and all, the seven committees who provided material for this report.

Christel Schaldemose, *ordfører for udtalelse fra IMCO*. – Fru formand! Data er vor tids olie, data er afgørende for økonomisk vækst, for bæredygtighed og for innovation og ikke mindst for jobskabelsen i Europa. Derfor skal vi skabe et indre marked for data, som er frit, retfærdigt og sikkert, både for den enkelte borger og for virksomheden.

Den balance, den rammer vi i betænkningen. Vi vogter nidkært forbrugernes sikkerhed, samtidig med at vi sikrer virksomhederne adgang til vigtige data. Vi prøver at imødegå markedsfejl og muliggør frivillig datadeling. Vi stiller krav til virksomhederne og giver plads til innovation.

Samtidig skal vi sikre, at EU's standarder følger med den teknologiske udvikling. Det må ikke tage flere år at opdatere en standard, for så løber udviklingen fra os. Derfor opfordrer vi Kommissionen til at sikre en fast track-model for standarder. Vores besked til Kommissionen er klar. De nye datainitiativer skal sikre en effektiv, ansvarlig og sikker adgang til data, som skaber reel værdi for borgere og virksomheder i hele Europa.

Axel Voss, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Reynders! Ich frage mich: Haben wir eigentlich noch den Willen und die Kraft, digital überleben zu wollen? Wenn wir global im digitalen Wettbewerb bestehen wollen, brauchen wir Datenräume, den Zugang zu Datenanalyse- und Trainingsmöglichkeiten sowie das Teilen von Daten. Das muss innovationsfreundlich und prinzipienbasiert sein und wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, und die Kommission hat dafür gute Vorarbeit geleistet.

Doch der Mut und die Entschlossenheit und Zielgerichtetheit fehlen meines Erachtens, wenn es um Verbesserungen oder Modernisierung der Datenschutz-Grundverordnung geht. Einige Kollegen und auch einige Teile der Kommission scheinen immer noch zu glauben, dass man das Rennen um die digitalen Erfolge auch ohne personenbezogene Daten erreichen kann. Und es gibt Möglichkeiten heute, Datenschutz, Innovation und Wettbewerb durchaus miteinander zu verbinden. Man muss es nur wollen und auch zulassen. Und wenn hier der Ruck nicht kommt, bleiben wir Datenkolonie der USA oder Chinas, und das zeugt nicht unbedingt von einem Überlebenswillen.

Marina Kaljurand, *kodanikuvabaduste, justiits- ja siseasjade komisjoni arvamuse koostaja*. – Head kolleegid, alustan Euroopa andmestrategieast, mis on oluline samm parema andmevahetuse, andmekasutuse ja taaskasutuse suunas. Seejuures peame meeles pidama, et me ei kaota andmete vahele üksikisikut, seda reaalselt inimest, kelle huvides tahame andmetel põhinevaid paremaid otsuseid teha. Kuidas seista üksikisiku eest?

Esiteks tuleb lähtuda üksikisiku huvidest ning teha seda kooskõlas Euroopa Liidu väärtuste, põhiõiguste ja normidega. Teiseks, andmestrategia nurgakiviks on ja peab jääma isikuandmete kaitse üldmääruse ja e-privatsuse õigusaktide absoluutne täitmine. Ning kolmandaks tuleb luua üksikutele isikutele parimad võimalused oma õiguste kasutamiseks, alustades andmekirjaoskusest ja lõpetades oskusega teha tarku otsuseid oma andmete üle.

Ja lõpetuseks tahaksin kommenteerida ka isikuandmete kaitse üldmääruse kohaldamist. See on olnud edukas, see on saanud rahvusvahelisel isikuandmete kaitse rahvusvaheliseks standardiks. Aga on ka kitsaskohti, nagu väikeste ja keskmise suurusega ettevõtete osas, samuti järelevalveasutuste rahastamisel ja mehitamisel. Need on teemad, millele peame pöörama suuremat tähelepanu, kui tahame, et GDPR töötaks sajaprotsendilisel. Täna tähelepanu eest!

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais tout d'abord vous remercier pour le débat de ce matin, relatif à la fois à la stratégie européenne pour les données et au rapport de la Commission, publié en juin dernier, quant à la mise en œuvre du règlement général sur la protection des données, le RGPD.

En ce qui concerne la stratégie européenne pour les données, tout d'abord, je m'exprime aujourd'hui devant vous en lieu et place de mon collègue Thierry Breton, et je tiens à remercier les membres de la commission ITRE et la rapporteure, M^{me} Kumpula-Natri, pour son rapport très complet à ce sujet, ainsi que les commissions associées pour avoir enrichi ce rapport de leurs avis.

Lorsque la Commission a publié sa stratégie européenne pour les données en février de l'année dernière, nous n'aurions pas pu imaginer quelle année extraordinairement turbulente nous attendait. Une année marquée, bien entendu, par la pandémie de COVID-19. Cette crise a encore davantage mis en évidence l'importance des données et des technologies numériques pour faire face à des défis sans précédent.

La Commission partage pleinement le point de vue de la rapporteure, selon lequel le potentiel des données n'est pas encore pleinement exploité en Europe, principalement en raison du manque de confiance dans le partage de ces données et du manque d'interopérabilité et de normes permettant de les faire circuler entre secteurs et entre États membres.

La Commission partage également l'idée que nous devons tracer notre propre voie européenne vers une économie et une société des données; une voie fondée, permettez-moi d'insister sur ce point, sur nos valeurs communes. L'Europe a besoin de prendre davantage le contrôle de ses intérêts stratégiques, tout en maintenant une économie ouverte et, comme le permet déjà le RGPD en matière de données personnelles, de garantir que les entreprises et les citoyens européens contrôlent leurs données.

Avec la stratégie européenne sur les données, notre objectif est de créer un véritable marché unique des données, où celles-ci circulent entre secteurs et entre États membres, et où des données de haute qualité sont disponibles pour l'innovation et la création de valeur, tout en minimisant l'empreinte environnementale et en assurant la protection des données personnelles.

Comme vous le savez, en novembre dernier, la Commission a adopté une proposition de règlement sur une gouvernance européenne des données – premier volet de la stratégie –, dans le but de débloquent la valeur des données volontairement mises à disposition par leurs détenteurs pour être réutilisées. Ce cadre vise à favoriser la disponibilité des données en augmentant la confiance dans les intermédiaires et en renforçant les mécanismes de partage de données au sein de l'Union, de manière pro-concurrentielle.

Nous visons à adopter ici, peut-être déjà dès l'été, un acte d'exécution sur les ensembles de données à forte valeur afin que plus de données de haute qualité issues du secteur public soient disponibles pour réutilisation, ce dans toute l'Union, gratuitement, dans un format lisible par les machines au moyen des interfaces de programmes d'application.

Afin d'améliorer l'accès et l'utilisation des données, la Commission proposera également, d'ici à la fin de l'année, un *Data act*, une initiative législative visant à améliorer l'équité dans l'économie des données en clarifiant les droits d'utilisation, notamment dans des configurations *Business to Government* et *Business to Business*.

Il est important de souligner que toutes ces initiatives sont ou seront pleinement conformes aux législations existantes en matière de protection des données et des droits fondamentaux, ainsi qu'aux obligations internationales de l'Union en matière de commerce.

Enfin, la stratégie des données prévoit également le déploiement d'espaces européens communs de données dans des secteurs stratégiques et des domaines d'intérêt public. La Commission prévoit de soutenir ces espaces de données.

Le programme pour l'Europe numérique et le deuxième programme pour l'interconnexion en Europe joueront un rôle déterminant dans la réalisation de notre objectif de renforcement d'une infrastructure européenne des données et d'une utilisation de celles-ci qui respecte pleinement les valeurs européennes.

Nous attendons également de l'industrie qu'elle investisse dans les infrastructures de données, comme nous l'attendons des États membres, notamment par le biais de la facilité pour la reprise et la résilience, le RRF, et dans le cadre de projet multi-pays.

Mesdames et Messieurs les députés, permettez-moi maintenant de passer au second point de notre débat. Je me réjouis que votre Parlement ait décidé de débattre aujourd'hui du rapport de la Commission sur les deux premières années de mise en œuvre du règlement général sur la protection des données, publié en juin de l'année dernière, ainsi que d'exprimer sa position dans une résolution.

Au regard du projet de résolution de la commission LIBE, je ne peux que me réjouir de voir qu'il met en avant l'importance du RGPD en tant que norme mondiale de la protection des données et la nécessité de focaliser nos efforts sur la mise en œuvre effective de cet instrument.

Nous convergions également quant à l'évaluation des principaux défis qui devront être relevés au cours des mois et années à venir. Premièrement, il est clair qu'il importe de continuer à soutenir les petites et moyennes entreprises pour faciliter le respect du RGPD. C'est la raison pour laquelle la Commission soutient financièrement les autorités nationales de protection des données dans leurs efforts à destination du grand public et des entreprises, en particulier des PME. Un nouvel appel à propositions couvrant notamment le développement d'outils pratiques pour aider les PME sera lancé avant l'été.

National data protection authorities are the cornerstone of the effective application of the GDPR, as it is up to them and to national courts to enforce its rules. We need to continue to closely monitor the resources allocated to them, while noting that many have benefited from increases in recent years. We also need to facilitate their cooperation in cross-border cases. We welcome the European Data Protection Board's new procedures to ensure that the one-stop-shop mechanisms functions effectively.

We recognise that more must be done towards a European data protection culture, also among Data Protection Authorities, and notably within the EDPB. The Commission is working towards this objective. With regard to some national divergences in the application of the GDPR, we will continue our discussions with the Member States and consider how these issues can be best addressed.

Let me say generally that if GDPR provisions are violated, the Commission does not shy away from having recourse to all the tools at its disposal, including infringement proceedings. We also use harmonisation tools, such as the Standard Contractual Clauses for intra-EU transfers, to help the controllers and processors across the EU to comply with the GDPR and to use the same set of clauses.

As the recent proposal on the Digital Green Certificate shows, the Commission strives to ensure the highest level of personal data protection, in line with the GDPR, in its initiatives. We systematically ask the opinion of the European Data Protection Supervisor as well as, for major proposals, like the certificate, that of the EDPB.

In this context, I would like to address more generally the relationship between the GDPR and technological development. As already demonstrated during the COVID pandemic, the GDPR allows for developing innovative tools in compliance with fundamental rights. Being technologically neutral, the GDPR frames innovation, but does not preclude it. A precondition for this is that the GDPR is also interpreted and enforced in a technologically neutral way.

Mesdames et Messieurs les députés, avec la pandémie actuelle, nous réalisons une fois de plus combien la question de la protection des droits fondamentaux, notamment le droit à la protection de la vie privée, est une question fondamentale.

Le RGPD prévoit la flexibilité nécessaire pour aborder les défis de notre temps. Par exemple, dans le cadre de la pandémie actuelle de COVID-19, la réponse de l'Union ne consiste pas à ériger des barrières, mais à rester ouverte aux échanges de données, tout en assurant la continuité de leur protection. Les objectifs de protection de la vie privée et de libéralisation des flux de données, et donc du commerce, doivent être complémentaires.

Dans ce contexte, il est encourageant de constater qu'un nombre croissant de pays dans le monde convergent vers la mise en place de régimes modernes de protection des données, qui partagent de nombreux points communs avec le RGPD. Il s'agit là d'une tendance mondiale à laquelle participent des pays comme le Brésil ou le Japon, la Corée du Sud, l'Inde ou le Kenya.

On a bilateral basis we have set up with Japan the world's largest area of safe data flows. We will finalise soon a similar arrangement with South Korea and we have drafted two adequacy decisions in relation to the UK.

Following the recent case-law of the European Court of Justice on the Privacy Shield, we are engaging with the United States to reach a solid and legally sound arrangement. Moreover, we are working with like-minded partners to define standards at multilateral level – I am thinking for instance of the promising work taking place at the level of the OECD on developing common principles on access to data by public authorities.

We are also pursuing debates in the WTO as concerns data protection in an e-commerce context.

I look forward to our debate today and to your final resolution, of course. As always, your resolutions will inspire our work and offer us – Thierry Breton, myself and the entire Commission – a roadmap for the key objectives to achieve.

Juan Ignacio Zoido Álvarez, *ponente de opinión de la Comisión de Agricultura*. – Señora presidenta, Europa necesitaba esta estrategia de datos y digitalización. La inversión en datos es fundamental para apoyar la innovación de las empresas y para mejorar la vida de los ciudadanos, de todos los ciudadanos, independientemente de donde vivan. Porque, como reconocía la presidenta Ursula von der Leyen, el 40 % de los habitantes de las zonas rurales de Europa todavía no tienen acceso a conexiones de internet de banda ancha. Mientras se recortan los servicios en la Europa vacía, sus ciudadanos siguen desconectados de la Europa urbana; desconectados de nuevas oportunidades; desconectados de nuevos servicios; desconectados, en definitiva, de un futuro más próspero.

Los fondos de recuperación son la oportunidad perfecta para invertir en conexiones de fibra y en 5G, y para llenar de datos la brecha que existe entre el campo y la ciudad. Es hora de avanzar en la igualdad entre todos los europeos. Es hora de conectar a la Europa rural.

Radka Maxová, zpravodajka Výboru pro kulturu a vzdělávání. – Paní předsedající, jako zpravodajka stanoviska Výboru pro kulturu a vzdělávání děkuji všem kolegům za spolupráci a za výslednou podobu této zprávy.

Evropská unie musí zvýšit svoji konkurenceschopnost v digitálním světě a ve vývoji umělé inteligence. To je možné pouze tehdy, když budeme mít dostatek odborníků a budou mít přístup k datům napříč obory a státy. Musíme být ambiciózní a usilovat o to, aby evropští občané byli vybaveni takovými digitálními dovednostmi, které jim umožní plně zapojení do čím dál více digitalizované společnosti. Tyto dovednosti a technologie musí být přístupné pro všechny, i pro znevýhodněné skupiny, aby digitalizace ještě nerozšířila nerovnosti v naší společnosti. Podpora digitalizace ve vzdělávání a celoživotním učení nám pomůže být lídry v oblasti férového využití moderních technologií a umělé inteligence.

Chci ocenit i to, že zpráva zaujala k vytvoření jednotného datového trhu správný přístup, který chrání naše data a zaručuje ochranu osobních údajů.

Angelika Niebler, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Abbauen von Barrieren ist eine der größten Errungenschaften in der Europäischen Union: Erst der Abbau unserer Binnengrenzen und die Abschaffung von Zollkontrollen haben der europäischen Wirtschaft zu wahrer Größe verholfen.

Es wird Zeit, dass wir diese Idee auch auf den digitalen Raum übertragen. Genau das ist das Ziel der europäischen Datenstrategie – wir wollen ein Schengen für Daten in Europa aufbauen. Innerhalb Europas sollen Daten sicher und einfach zirkulieren können. Nur wenn wir unsere nationalen Datensilos öffnen und Daten europäisch verknüpfen und nutzbar machen, die heute oft noch ungenutzt in öffentlichen Einrichtungen oder auf den Festplatten von mittelständischen Unternehmen verstauben, können wir zum Beispiel künstliche Intelligenz *made in Europe* vorantreiben.

Dabei müssen wir natürlich sicherstellen, dass Bürger und Unternehmen genau wissen, wofür ihre Daten verwendet werden. Ein solcher europäischer Binnenmarkt für Daten soll – gerade als Alternative zu den Geschäftsmodellen der amerikanischen Datenriesen – die Kontrolle über die Daten an Bürger und Unternehmen zurückgeben.

Beispiel Gesundheitsdaten: Ein europäischer Medizindatenraum kann uns in der Krebsforschung um Jahre voranbringen. Beispielsweise Geo- und Mobilitätsdaten: Hier können wir für den Umwelt- und Klimaschutz viele nützliche Informationen ziehen. Oder beispielsweise alle Daten, die in der Landwirtschaft generiert werden – auch das hilft unseren Bauern, ressourcenschonender zu wirtschaften.

Also, wir haben Riesenschancen, wenn wir die EU-Datenstrategie entsprechend umsetzen, und wir sind jetzt alle aufgerufen, das zu tun.

Juan Fernando López Aguilar, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, durante la primera legislatura de plena vigencia del Tratado de Lisboa y la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior de este Parlamento Europeo —que tengo el honor de presidir— consumió mucho tiempo y energías en ejercitar su papel de legislador de los derechos fundamentales en materia de protección de datos, aprobando el Reglamento General de Protección de Datos y la Directiva que protege los datos de los europeos ante la investigación de los delitos.

Y entra finalmente en vigor ese paquete de protección de datos en 2018, mandatando que dos años después, en 2020, la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior presente un informe de aplicación. Y lo hace en un contexto que no puede ser más desafiante: en el momento en que la Unión Europea está legislando el paquete digital, la inteligencia artificial y, al mismo tiempo, se enfrenta a la protección de datos en el control de la pandemia, en la investigación médica y en la aprobación de los certificados verdes.

Y este informe tiene una valoración globalmente positiva. Las empresas, incluso las pequeñas y medianas, se han adaptado, lo mismo que las administraciones públicas, al nuevo régimen de protección de datos. Y, sin embargo, sigue habiendo problemas y los detectamos.

En primer lugar, abusos del consentimiento por parte de la publicidad en línea o los «patrones oscuros».

En segundo lugar, abusos a rebufo de la protección de datos contra derechos fundamentales, como son la libertad de expresión y de comunicación o las libertades sindicales y de negociación colectiva.

Pero, en tercer lugar, también discrepancias en el modo de aplicar, porque, sobre todo, algunos países están fallando a la hora de dotar de medios materiales, tecnológicos y personales a sus agencias de protección de datos para que puedan efectivamente embridar a los gigantes en la red. Y detectamos que hay autoridades de protección nacionales que no están cumpliendo adecuadamente su función.

Por tanto, una valoración positiva, pero al mismo tiempo una llamada de atención para ejercitar a fondo la autoridad de las autoridades de protección de datos para hacer cumplir plenamente el Reglamento General de Protección de Datos en los años venideros.

Nicola Danti, *a nome del gruppo Renew*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ogni secondo dai nostri satelliti, dagli apparati che ormai regolano la nostra vita, vengono prodotti globalmente miliardi di dati, dati che hanno l'enorme potenziale di aumentare la sostenibilità e l'efficiamento dei sistemi produttivi, dei trasporti, delle reti energetiche, dell'agricoltura, dei servizi sanitari – solo per citarne alcuni – e, non ultimo, di contribuire al raggiungimento degli ambiziosi obiettivi che ci siamo posti in campo climatico.

La sfida che dobbiamo vincere oggi è proprio quella dei dati non personali. Con la relazione che andiamo ad approvare il Parlamento sostiene con convinzione l'obiettivo di creare una governance europea dei dati che crei opportunità per il nostro sistema economico, in particolare per le piccole e medie imprese, rendendolo sempre più competitivo e innovativo e che miri al contempo a migliorare la quotidianità dei cittadini, dei lavoratori e dei consumatori.

Certo, ci sono anche rischi connessi all'utilizzo improprio o fraudolento dei dati che dovremmo saper prevenire per creare un clima di fiducia. Dobbiamo creare quindi regole chiare e facilmente applicabili che si basino su principi solidi, come l'interoperabilità, da una parte, e la tutela dei dati personali e la coerenza con il GDPR, dall'altra.

Abbiamo bisogno di un'Europa che investa su *cloud*, 5G, intelligenza artificiale, cibersicurezza, così come su formazione e competenze digitali; un'Europa che rimanga aperta al dialogo con i paesi partner e che guidi lo sviluppo di standard internazionali, promuovendo i propri valori a livello globale.

Isabella Tovaglieri, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa relazione tocca sicuramente molti temi e aspetti cruciali ma vorrei concentrarmi in particolare sul tema della sicurezza dei dati.

La pandemia e l'aumento dell'utilizzo delle tecnologie digitali ha certamente creato delle nuove opportunità ma, al contempo, ha rinforzato grandi criticità che spesso impattano sui soggetti più deboli e fragili, donne e minori in primis.

Non è quindi solo una questione di genere o di diversità, come cita la relazione, e nemmeno solo una questione di truffe online o di disinformazione, tematiche comunque sensibili. Mi riferisco piuttosto a delitti odiosi come il *revenge porn*, che spesso porta le persone che lo subiscono al suicidio, o all'aumento dei casi di pedopornografia online, come quelli recentemente scoperti dalla polizia postale italiana.

Sarebbe quindi importante che questa relazione incentivasse la cooperazione in materia di contrasto alle attività illecite online, contribuisse a una maggior consapevolezza di operatori e utenti, in particolar modo se più vulnerabili, e favorisse una dimensione digitale nella quale i nostri dati siano protetti e tutelati.

La digitalizzazione crescente ha dei costi e questi, purtroppo, non si limitano solo a tecnologie, infrastrutture e reti.

Patrick Breyer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Unsere persönlichen Daten sind in Europa so stark gesetzlich vor Missbrauch, vor Datenklau, vor Datenverlust geschützt wie nirgendwo sonst auf der Welt. Dieser Goldstandard an Datenschutz und Privatsphäre sichert unsere Freiheit und Selbstbestimmung – im Unterschied etwa zur chinesischen Diktatur. Persönliche Daten sind kein Industrirohstoff.

Aber unsere Datenschutzrechte sind nur so viel wert, wie wir um ihre Einhaltung zu kämpfen bereit sind – auch gegen Industrieinteressen, auch gegen mächtige Staaten wie die USA. Die Datenschutzbehörden müssen ohne Rücksicht auf Standortinteressen zeitnah Anordnungen treffen und Strafen verhängen. Die EU-Kommission muss Vertragsverletzungsverfahren einleiten, wo das nicht klappt.

Und wir als Volksvertretung müssen bei *ePrivacy* und beim Digitale-Dienste-Gesetz gegen Chatkontrolle, gegen Vorratsdatenspeicherung, gegen totales Tracking und für das Recht auf Anonymität kämpfen.

Denn auch unsere Kinder haben ein Recht auf ein Leben frei von ständiger Beobachtung und Manipulation. Packen wir es an!

Assita Kanko, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de algemene verordening gegevensbescherming (AVG) is niet perfect, maar ze is baanbrekend en heeft tot doel een globale standaard op te stellen. In een post-covidwereld met de snelle ontwikkeling van artificiële intelligentie en de toegenomen dreiging van cyberaanvallen is een robuust en tegen phishing bestand juridisch kader voor gegevens dat onze economie toestaat op te bloeien, van vitaal belang.

De AVG heeft het potentieel om de grootste troef van de EU uit te spelen: wederzijds vertrouwen, onafhankelijk toezicht en een juridisch gelijk speelveld. Maar we moeten nog steeds de hardnekkige inconsistenties, de niet-naleving en lacunes aanpakken. Het is niet het moment om alle regels te verzaken en opnieuw te beginnen. Maar het is juist tijd om de regelgeving te laten werken zoals de wetgever bedoeld heeft.

We moeten nagaan hoe we de AVG hand in hand kunnen laten gaan met de veranderende technologie. Hoe kunnen we bedrijven helpen groeien in een digitaal tijdperk? Hoe kunnen we kmo's meer begeleiding en steun bieden? En uiteindelijk, hoe kunnen we de privacy en de gegevens van onze burgers beter beschermen? Daarover moet het gaan!

Marisa Matias, *em nome do Grupo The Left*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, uma estratégia europeia para os dados não é só absolutamente necessária como é urgente. Ainda que estejamos a falar de primeiros passos, é importante incluir dimensões que muitas vezes não são consideradas. Desse ponto de vista, lutámos para incluir três recomendações, saudando a sua inclusão.

Em primeiro lugar, os direitos de quem trabalha. É preciso garantir o direito dos empregados a saber onde estão os seus dados, como são usados, como são partilhados. É preciso também incluir orientações para reduzir a vigilância no local de trabalho e para garantir a privacidade.

Em segundo lugar, os dados da saúde. É importante que se estabeleça que as companhias de seguros ou qualquer outro prestador de serviços, que tenha acesso à informação guardada em aplicações de saúde, não possam usar esses dados para fins discriminatórios, incluindo a definição dos preços.

Em terceiro lugar, por último, mas não menos importante, é importante garantir os impactos ambientais das tecnologias da informação e comunicação e a sua pegada ecológica. Estamos satisfeitos com o facto de terem sido incluídos.

Queremos ver consequências agora para o futuro.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, deze evaluatie van de algemene verordening gegevensbescherming komt op een goed moment. Want laat daar geen misverstand over bestaan: privacy is niet alleen een individueel recht, het is ook een maatschappelijke waarde. Het is absoluut cruciaal dat onze persoonlijke gegevens wettelijk goed beschermd zijn. Het is ook goed dat we dat in Europa doen. Het is zoveel beter en duidelijker om één setje regels te hebben dat in de hele EU van kracht is, in plaats van 27 nationale wetten, met alle grensoverschrijdende gevolgen en moeilijkheden van dien.

We moeten dus goede en duidelijke regels hebben die onze privacy waarborgen, maar tegelijkertijd moeten we ervoor zorgen dat er ruimte is om maatregelen te kunnen nemen voor onze veiligheid en voor onze gezondheid. We hebben in de afgelopen twee jaar vele honderden, zo niet duizenden signalen vanuit de samenleving gekregen over onduidelijkheden en onvolkomenheden in de huidige wetgeving: vanuit het midden- en kleinbedrijf, vanuit verenigingen, vanuit scholen, vanuit jeugdzorg en gezondheidszorg, vanuit startups en technologieën van de toekomst.

We hebben nu een keus. Wij kunnen die signalen negeren. We kunnen vanuit deze ruimte hier zeggen dat wij het allemaal beter weten en dat wij vasthouden aan ons eigen absolute gelijk. Of we kunnen die signalen serieus nemen. We kunnen ze oppikken en we kunnen daar iets mee doen. We kunnen samen kijken naar hoe en waar wij de huidige regels op een gerichte manier beter, duidelijker en toekomstbestendiger kunnen maken.

Ik kies heel duidelijk voor die tweede optie en ik ga die uitdaging aan. Ik hoop van harte dat veel collega's mij daarin zullen volgen.

Josianne Cutajar (S&D). – Madam President, I should like to thank all colleagues who have been working on this important file. The European data strategy paves the way to an effective and inclusive digital transition. Data is a key to the success of our societies. I stress its potential in improving health services and research on chronic and rare diseases that, unfortunately, affect many European citizens.

An effective and inclusive data strategy is necessary to enhance the competitiveness of small and medium enterprises. Way too often SMEs lag behind large firms, lacking the means and skills necessary to take advantage of their own data and get their knowledge through analytics. Nowhere is this truer than in transport and tourism. It will be paramount to ensure trust by all and data-sharing that is rooted in legal clarity. I conclude by noting that the European Parliament is putting forward a noble cause when speaking about data for a public good. Citizens must always come first.

Bart Groothuis (Renew). – Madam President, for two years Russia has actually been testing whether it can disconnect itself from the internet, and whether it can do so without severe consequences for the Russian economy or its society. Well, it can. That same country, Russia, has developed a highly advanced military capability to potentially sabotage the internet optic-fibre cables that connect our continent with others and which form the backbone of our digital economy. Many NATO and EU members have warned about this and any European data strategy should therefore not just address the data addressed, but should also cover the flow security of data in transit, both under the sea and on our continent. Well I believe every incident must be reported, investigated and attributed. Our navies should engage actively with any adversarial operation. And I therefore ask for a strategy that also deals with flow security.

Alessandro Panza (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il GDPR è uno strumento importante per la difesa della privacy di ognuno di noi ed è un punto fondamentale.

Serve però essere molto, molto franchi anche sulle ricadute pratiche dipendenti da questo provvedimento: troppo spesso le piccole o soprattutto le piccolissime aziende vedono questo provvedimento come l'ennesimo adempimento burocratico e quindi come l'ennesimo costo, che a volte sembra essere eccessivo o persino superfluo.

Le sfide dell'imminente futuro in merito, ad esempio, all'implementazione dell'intelligenza artificiale devono avere le giuste condizioni per poter recuperare il divario accumulato con concorrenti come Stati Uniti e Cina.

Per fare questo serve avere un approccio maggiormente dinamico, sempre senza precludere la sicurezza, nella gestione dei dati per poter permettere alle imprese di essere competitive.

In ultimo, un appello affinché la condivisione dei dati soprattutto sulla pubblica sicurezza possa diventare la normalità per prevenire la diffusione di reti criminali sul territorio europeo.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Madam President, those who control shares, profit from data. This is the key question that we are trying to tackle with this report. At its core this question is a question of power and I think with GDPR we have made a big step towards ensuring that some of this power is being given back to individuals. With this report we ask for further steps to rebalance this power. Currently, there seems to be an imbalance when it comes to the concentration of market power in many of the aspects related to data.

We need to make sure in our future steps in this legislation when it comes to the Data Governance Act, when it comes to the Data Act, that we give power back to individuals, that we safeguard their rights, that we clarify the role of intermediaries and that we empower governments and businesses to share data in a trusted and safe environment. This has to be the European model to get towards greater digital competitiveness.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzy! Dane to paliwo dla gospodarki cyfrowej. Bez niego tworzenie innowacyjnych produktów i usług jest niemożliwe. Zbudowanie jednolitej europejskiej przestrzeni danych jest niezbędne, aby nasze przedsiębiorstwa mogły konkurować w obszarze nowych technologii. Dotyczy to zwłaszcza start-upów, z których zdecydowana większość to małe i średnie przedsiębiorstwa. Projektowane przepisy muszą traktować te przedsiębiorstwa priorytetowo.

Pozycja, jaką mają dzisiaj na rynku globalnym największe firmy technologiczne, wynika właśnie z ogromnych zasobów informacji, jakie udało się im zgromadzić do tej pory. Instytucje publiczne dysponują ogromnymi zasobami danych, które mogą i powinny być nieodpłatnie udostępniane i otwierane do ponownego wykorzystania.

Rozwój nowych modeli biznesowych w sektorach transportu, turystyki nie będzie możliwy bez dostępu do danych wchodzących w zakres infrastruktury informacji przestrzennej, takich jak dane kartograficzne. Komisja powinna stworzyć system zachęt dla państw członkowskich wspierający proces otwierania tych zasobów.

(Debata została na chwilę zawieszona)

6. Erste Abstimmungsrunde

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest głosowanie.

Będziemy głosowali nad punktami zapisanymi w porządku obrad. Głosowanie będzie otwarte od godz. 11.00 do godz. 12.15. Przyjęto taką samą metodę głosowania jak w poprzednim głosowaniu. Wszystkie głosowania będą imienne. Ogłaszam otwarcie pierwszej części głosowania, można głosować do godz. 12.15. Wyniki pierwszej części głosowania zostaną ogłoszone o godz. 14.30.

7. Eine europäische Datenstrategie – Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung (Fortsetzung der Aussprache)

Przewodnicząca. – Powracamy do debaty łącznej na temat europejskiej strategii w zakresie danych nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Miapetrę Kumpuli-Natri w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie europejskiej strategii w zakresie danych (2020/2217(INI)) (A9-0027/2021) oraz

— oświadczeniem Komisji w sprawie sprawozdania Komisji z oceny wdrożenia ogólnego rozporządzenia o ochronie danych po dwóch latach jego stosowania (2020/2717(RSP)).

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, todellakin, kulunut pandemiavuosi on vauhdittanut digitalisaatiota kaikkialla Euroopassa, ja se tekee tästä datataloutta koskevasta mietinnöstä entistä tärkeämmän ja ajankohtaisemman. Haluan kiittää kaikkia esittelijöitä ja kollegoita hyvästä työstä tämän tärkeän mietinnön eteen.

EPP-ryhmässä olemme halunneet erityisesti painottaa pk-yritysten, mikroyritysten, ja startupien merkitystä ja osuutta tässä mietinnössä, koska on tärkeää, että myös ne pääsisivät hyödyntämään nykyistä paremmin datatalouden mahdollisuuksia. Samoin meille tärkeää ja että investointeja yritysten digitalisaatioon, sekä yksityisiä että julkisia, vauhditetaan kaikkialla Euroopassa ja että suuntaamme rahoitusta alan koulutukseen ja tutkimukseen, jotta pystymme todella hyödyntämään kaikki ne mahdollisuudet, joita datatalous tuo tullessaan.

Erityisesti pk-yritysten mahdollisuuksien korostaminen on nyt tärkeää seuraavissa askelissa, koska pk-yritykset ovat valtava osa meidän talouttamme ja niihin syntyy yhä suurempi osa työpaikoista. Täytyy siis hakea ratkaisuja, ei pelkästään siihen, mikä nyt mietinnössä painottuu. Datavirtojen sujuvoittaminen, se on ilman muuta tärkeä asia, mutta täytyy löytää myös parempia keinoja siihen, miten pk-yritykset pystyisivät hyödyntämään paremmin jo omistamaansa ja tuotamaansa dataa ja luomaan uusia palveluita ja innovaatioita.

Meidän pitää myös arvioida, onko Euroopan tasolla oma lainsäädäntömme tässä mielessä ajan tasalla, niin että se kannustaa todellakin jakamaan dataa. Tässä on erityisesti tarkasteltava myös tietosuojasetusta, koska usein tiedämme, että teollinen data ja henkilöihin liittyvä henkilökohtainen data ovat yhteydessä keskenään. Jos siinä on vähänkin mukana henkilökohtaista dataa, silloin sitä käsitellään niin kuin henkilökohtaista dataa, ja saattaa olla, että iso osa tuosta mahdollisuudesta jää hyödyntämättä.

Иво Христов (S&D). – Уважаема г-жо Председател, бих искал да благодаря на Миапетра Кумпула-Натри за цялостната работа по Европейската стратегия за данните. Приветствам призива за изграждане на прозрачна икономика, която обаче зачита правото на неприкосновеност на личния живот и не залага допълнителни предпоставки за усилване на социалните неравенства.

Ускореното и повсеместно навлизане на технологии, базирани на изкуствен интелект, редом със създаването на европейски пространства на данни, ще промени драстично самите понятия за труд, работно място и работно време. Затова е необходимо изграждането на европейска нормативна рамка, която да гарантира социалните права на работниците. Кризата с Ковид-19 е показателна за нуждата от изграждане на общоевропейско пространство на здравни данни. Същевременно съм убеден, че не бива да допускаме извънредната ситуация да се използва като основание за намаляване на контрола на гражданите върху личните здравни данни.

В дигитализирания свят изобилието от данни нараства, с него нарастват и възможностите ни, но информационните масиви крият рискове за демокрацията и правата на индивида, които трябва да отчитаме преди да се опияняваме от възможностите, защото тъкмо демокрацията и свободата са онова, което ни обединява.

Dragoș Tudorache (Renew). – Madam President, dear Commissioner, I welcome the work on the digital future of Europe, of which the strategy for data is an important piece, but not the only one.

The Digital Markets Act (DMA) and Digital Services Act (DSA), the digital decade, the Data Governance Act, the upcoming AI legislation are all ambitious and ground-breaking proposals. It is in this context of setting up our digital future that we need to remember that everything we do should be for the benefit of all citizens. And in light of this, I have three points to make.

First, our citizens need to benefit from the personal data that they generate. We need to go beyond the GDPR and data protection, we need to find ways to make personal data generate value, not just for a few global tech platforms but also directly for all citizens. So looking forward to the Data Act, I encourage the Commission to reflect on such ways.

Second, our citizens and our businesses need a single market, they need data economies of scale in order to take advantage of all that the digital age has to offer. This is one area where we cannot afford fragmentation. We need to do more at the European level, including in the way we write laws and we need to make sure that our data strategy leads to more convergence and better data flows in Europe.

And third, in order to thrive, our citizens need additional protection against novel threats specific to the data economy. Fake news and disinformation, which threaten the foundations of our democracies, and other forms of data-fuelled hybrid threats can only be countered if we leverage our geopolitical weight and our strategic partnerships to set the global rules on how data can and cannot be used.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Madam President, data is not the new oil, data is the new soil, because data uses knowledge and we can harvest it over and over again. And that is an excellent reason to farm that soil with great care. First of all, we should have the expertise to do it ourselves because every good farmer knows how to farm her crop. But today European companies don't have the top-notch expertise to process big data and therefore we need huge investment in European talent, rather than outsourcing that task permanently to global hyperscalers that don't respect our fundamental rights, like data protection.

Secondly, we need to focus on innovation to minimise electricity consumption and greenhouse gas emissions and waste, because the data economy must mitigate and not precipitate the climate crisis.

And thirdly, we urgently need to close the gender-data gap in order to obtain high-quality data and create a digital economy in which all population groups are equally represented. Let's respect privacy, focus on open source and decentralised systems, ensure intra-operability and above all, make sure that the produce of our new soil goes to the many and not the few.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Dane są fundamentem transformacji cyfrowej i innowacyjności. Są podstawą do tworzenia nowych produktów i usług oraz rozwoju sztucznej inteligencji. Ich dostępność oraz otwarta i bezpieczna międzynarodowa wymiana mogą być podstawową wartością dodaną i przełomem w budowaniu autonomicznej europejskiej gospodarki cyfrowej oraz przyczynić się do poprawy warunków zdrowia, życia, a także środowiska naturalnego.

Pamiętajmy jednak, że zapewnienie lepszego dostępu do danych i wymiana danych powinny odbywać się przy jednoczesnym zagwarantowaniu wysokich standardów ochrony danych osobowych i cyberbezpieczeństwa. Szczególną uwagę pragnę zwrócić na aspekt związany z cyberbezpieczeństwem, bo to jest poważne wyzwanie, z którym będziemy musieli się zmierzyć.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, de AVG is inmiddels meer dan twee jaar van kracht en we kunnen er niet omheen: de verordening bewijst haar nut. Ze zorgt voor een betere bescherming van persoonsgegevens en een breder bewustzijn onder de bevolking en zet de normen wereldwijd.

Duizenden bedrijven hebben tot nog toe hun uiterste best gedaan om volledig aan de AVG te voldoen. Ze hebben daar ook de nodige investeringen toe gedaan.

Ik wens vandaag drie opmerkingen over ons databeleid te maken. Ten eerste mogen we niet blind zijn voor de tekortkomingen en de problemen die de voorbije jaren duidelijk zijn geworden. We moeten erkennen dat de AVG voor kmo's en alledaagse verenigingen tijdrovend en duur is. Daarnaast loopt de toepassing en de handhaving niet in iedere lidstaat gelijk. Dat verstoort een goede werking van de interne markt.

Ten tweede mogen we de uitwisseling van data met derde landen niet hinderen. Adequaatheidsbeslissingen met derde landen zijn inderdaad cruciaal om bedrijven in staat te stellen om op een vlotte en met de AVG strokende manier gegevens met elkaar uit te wisselen.

Ten derde en ten laatste zijn er de nieuwe technologieën, die vaak op artificiële intelligentie gebaseerd zijn en grote hoeveelheden data behoeven om fatsoenlijk te werken. De AVG mag de Europese Unie in de wereldwijde wedloop naar innovatieve strategische technologieën niet belemmeren.

Daarom roep ik samen met mijn fractie de Commissie ertoe op in de komende maanden en jaren de effecten van de AVG op die nieuwe technologieën volledig in kaart te brengen en een plan uit te werken, opdat deze verder kunnen gedijen en zich ontwikkelen in de toekomst.

Svenja Hahn (Renew). – Frau Präsidentin! Danke, Kommissar Reynders, dass Sie heute mit uns diskutieren.

Datenschutz und Cybersicherheit sind Voraussetzung für einen sicheren strategischen Umgang mit Daten. Es sind aber Qualität, Zugang und Umgang mit ihnen, die über den Erfolg von datengetriebenen Technologien wie künstlicher Intelligenz entscheiden werden. Die Datenstrategie muss unterscheiden zwischen personenbezogenen, nicht personenbezogenen und anonymisierten Daten. Gesundheitsdaten können zum Beispiel anonymisiert sehr gut und sinnvoll in der Forschung genutzt werden – aber bitte nicht individuell zur Berechnung der Krankenkassenbeiträge.

Ein Algorithmus kann übrigens auch immer nur so gut sein wie die Daten, mit denen er gefüttert wurde. Datensätze müssen frei von Diskriminierung sein, damit die Bewerbungssoftware, die von der Frau in der Führungsposition noch nichts gehört hat, eben nicht die Frauen aussortiert.

Es braucht auch Zugang zu öffentlichen Daten und klare Regeln, was Unternehmen teilen müssen und was nicht, damit morgen nicht nur die groß sind, die heute schon einen großen Datenvorsprung haben. Denn: Innovation und Fortschritt braucht Daten, und die Zukunft von künstlicher Intelligenz braucht eine kluge europäische Datenstrategie. Denn unser Ziel ist es doch, dass wir die Europäische Union an die Weltspitze der Innovation führen. Und eine Datenstrategie ist dafür der Grundstein.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Każdy z nas ma coraz więcej urządzeń, które komunikują się z internetem, przysyłając tam dane o naszym funkcjonowaniu. Pustka prawna, która istniała dotąd, jeśli chodzi o przetwarzanie takich danych, prowadziła do nadużyć i budziła słuszne obawy obywateli naszych krajów.

To właśnie regulacje dotyczące anonimizacji, bezpieczeństwa użytkowników urządzeń cyfrowych budzą nasze zadowolenie. Chcemy, by dane były przetwarzane w celu znajdowania rozwiązań poprawiających jakość życia i napędzających gospodarkę. Jednocześnie dostrzegamy ryzyko zdominowania procesów udostępniania danych przez największe na świecie spółki technologiczne, będące skądinąd właścicielem największych, systemowo ważnych platform internetowych.

W naszej ocenie projekt nie daje wystarczających gwarancji, by wyeliminować ryzyko takiej dominacji. Podkreślę również, że zależy nam na tym, by dane gromadzone przez rządy, a udostępniane biznesowi przyczyniały się do budowy nowoczesnej gospodarki cyfrowej podnoszącej komfort życia obywateli. Nie chcemy jednak, by służyły do budowania przewagi kompetencyjnej prywatnych firm nad państwowymi. W tym kierunku potrzebny jest jeszcze większy wysiłek, zarówno ze strony instytucji unijnych, jak i państw narodowych.

Karen Melchior (Renew). – Fru formand! Data er i dag vores største kilde til viden, og den viden skal komme os alle til gode. Med den europæiske datastrategi skal vi sikre adgang til data på tværs af medlemslandene, mellem virksomhederne og ind til forskerne. Hvorfor? Fordi vi er en af de regioner, som er mest datarige, men også mest datanære. Vi deler ikke data, selv om det vil komme os alle til gode.

Adgang til data gør det muligt at forske i sundhed og udvikle de nye grønne løsninger, som vi har brug for. Adgang til data gør det muligt for ikke kun nye virksomheder, startups, men også de gamle at udvikle nye løsninger. Derfor vil en ambitiøs datastrategi sikre, at Europa ikke bliver verdens frilandsmuseum.

Vi skal skabe grundlaget for, at Europa kan stå i spidsen for ny viden. Med vores egne løsninger og ved at beholde nogle af dataene i EU skaber vi øget sikkerhed for dine data. Vi skal også sikre øget anonymisering af data, og at Europa bliver ledende inden for forskning, for syntetiske datasæt. I Europa sætter vi ansvarlighed og mennesker først, også når vi udvikler teknologi. Så lad os skabe et fundament i datastrategien, hvor vi skaber et EU baseret på viden og integritet. Data er viden, og Europa skal baseres på viden.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, une fois encore, je tiens à remercier le Parlement pour son soutien dans ce programme ambitieux en matière de données. Nous avons débattu ensemble de la stratégie européenne pour les données et, vous le savez, la Commission est engagée, tant sur le plan législatif qu'au travers du programme et de l'alliance industrielle, afin que l'Europe puisse bénéficier pleinement de la vague des données industrielles qui définiront notre capacité à intégrer la transformation numérique de nos écosystèmes industriels.

La Commission compte sur le soutien de votre Parlement, notamment dans les différents dossiers législatifs déjà sur la table, mais aussi dans ceux à venir.

Turning to the GDPR, I would like to thank you again for our interesting discussion. I am pleased to see that we share many ideas on how to continue the work for an effective implementation and enforcement of the GDPR. On SMEs, the Commission is ready to assist the development of consistent and practical national guidance and guidelines of the EDPB in order to help businesses, in particular SMEs, to comply with data provision rules.

The Commission financially supports national data protection authorities in their efforts to reach out to SMEs and citizens. And we will continue this financial support in 2021, including on projects aimed at developing templates and all the practical tools to help SMEs to comply with the rules.

As announced in the Commission evaluation report, we will also explore whether, in the light of further experience and relevant case-law, proposing possible targeted amendments to certain provisions of the GDPR might be appropriate in the future, in particular regarding records of processing by SMEs that do not have the processing of personal data as their core business.

While it is clear that there is still work ahead to improve the effectiveness of the implementation of the GDPR, I am convinced that our efforts will contribute to reaching our ambition of creating a common culture of data protection in the EU, and even beyond.

I look forward to continuing of course our exchange on the GDPR and on data protection issues more generally. So thank you very much also again for your support.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 25 marca 2021 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Andrus Ansip (Renew), in writing. – The data strategy for Europe is extremely important. We cannot compete with China and the United States if we are not able to create a common European data pool. If we continue with relatively small data sets, we will not be able to create new innovative products as quickly as our competitors. Ensuring access to data is crucial for our businesses' innovation and growth. We need to boost data sharing and the free flow of data within the European Union, but this cannot come about as a protectionist measure. We need to extend the data flows also between the Union and third countries, provided that privacy and security requirements are met. Further, I would like to highlight the rise of edge computing. As said in the Commission's communication today 80% of the processing of data takes place in the cloud and 20% in smart connected objects. The share of edge computing will increase rapidly and it will be 80% by 2025. Therefore, we need to make sure that there are technical and legal solutions in place for providing effective access to data on the edge. We also need to address the emerging cybersecurity and data interoperability challenges the distributed nature of edge computing brings along.

Adam Bielan (ECR), na piśmie. – Dane mają kluczowe znaczenie dla wzrostu gospodarczego, zrównoważonego rozwoju i innowacji w Europie. Pandemia COVID-19 jeszcze bardziej uwypukliła rolę i potrzebę udostępniania wysokiej jakości danych. Naszym zadaniem jest więc zapewnienie standardów europejskich, które nadążają za rozwojem technologicznym i pomagają firmom, a szczególnie małym i średnim przedsiębiorstwom rozwijać się w erze cyfrowej.

Stworzenie jednolitej europejskiej przestrzeni danych wydaje się być zatem kluczowe. Powinniśmy zwrócić uwagę na bezpieczeństwo konsumentów, jednocześnie zapewniając firmom dostęp do ważnych danych. Priorytetami powinny być także interoperacyjność danych oraz współpraca między państwami członkowskimi.

Mam nadzieję, że nowa strategia zapewni skuteczny, odpowiedzialny i bezpieczny dostęp do danych, które stworzą rzeczywistą wartość dodaną dla obywateli i przedsiębiorstw w całej Unii Europejskiej. Mamy więc ogromne możliwości i potencjał w Europie – nadszedł czas, aby je wykorzystać.

András Gyürk (NI), írásban. – A digitalizáció előretörése egyre nagyobb és gyorsuló ütemben alakítja át a gazdaságot, valamint az emberek mindennapi életét. Ennek egyik legfőbb lenyomata a rohamosan növekvő adatforgalom, ami globális szinten átlagosan másfél évente megduplázódik. A folyamat ellenőrzése és a technológiai cégeknek való kiszolgáltatottság elkerülése érdekében megfelelő szakpolitikai célkitűzésekre, illetve jogalkotási eszközökre van szükség, melyeknek három szempontot érdemes szem előtt tartaniuk. Az új digitálisadat-alapú gazdaságnak az európai polgárok életminőségének javítására kell irányulnia. A digitális átállás minden munkavállaló, vállalkozó, valamint helyi közösség számára előnyös kell, hogy legyen. Ehhez jelenthet megfelelő eszközt a közös európai adatterek létrehozása.

Szintén kiemelt fontossággal bír, hogy a mikro-, kis- és középvállalkozások megfelelő jogi és technikai támogatásban részesüljenek a digitalizáció kapcsán. A kkv-k mintegy 100 millió munkahelyet és a GDP több mint 50%-át adják az Európai Unióban. Versenyképességük megőrzése elengedhetetlen feltétele a digitális átmenet sikerének. Végül az adatalapú technológiáknak hozzá kell járulniuk a klímavédelmi célkitűzések teljesítéséhez is. Az informatikai ágazat jelentős potenciállal bír ezen a téren. Egy megfelelő sebességgel és ambícióval végrehajtott digitális átállás nagyban javíthatja a klímasemlegesség elérésének esélyeit 2050-re.

Sandra Pereira (The Left), *por escrito*. – A estratégia europeia para os dados não aborda a questão fundamental da propriedade dos «dados», que deve ser sempre de quem os originou em primeiro lugar (normalmente os cidadãos nas suas interações com a máquina) e não dos agentes que coligiram e classificaram tais dados. Esta é a questão fundamental para a IA, na sua transformação da experiência da força de trabalho em capital fixo, e que a UE insiste em não abordar. Além disso, a questão da federação de dados em nuvem (interligação), da criação dos chamados espaços europeus comuns de dados, da interoperabilidade e da partilha de dados na UE pode contribuir para a concentração ainda maior da recolha, conservação e tratamento de dados, em benefício não dos povos e dos estados, mas das grandes multinacionais de variados sectores, não apenas no domínio digital. Estes aspetos deviam ser integrados numa visão do desenvolvimento soberano, visando a preservação e salvaguarda de dados no plano nacional, e numa gestão de dados que comporte simultaneamente uma dimensão pública e de interesse nacional. O exemplo de um espaço europeu comum de dados de saúde servirá obviamente as entidades privadas a operar no sector, nomeadamente no ramo segurador.

Ernő Schaller-Baross (NI), *írásban*. – Az Európai Bizottság Digitális Iránytű javaslatára 2030-ra egy olyan digitális Európát vizionál, amely a vállalkozások és az állampolgárok digitális fejlődését helyezi a középpontba. Támogatandó cél, hogy 2030-ra a vállalkozások háromnegyedének felhőalapú számítástechnikai szolgáltatásokat, big data és mesterséges intelligencia technológiákat kell alkalmazniuk. Szintén lényeges a versenyképesség szempontjából, hogy a javaslat szerint a kis- és középvállalatok 90%-ának el kell érnie az alapszintű digitális fejlettséget. A fentiek eléréséhez azonban a Bizottságnak megfelelő támogatást kell nyújtania az európai vállalkozások, különösen a kkv-szektor számára.

A bizottsági elképzelések egyeznek a magyar kormány Digitális Jólét Programjának céljaival is. Az annak részeként 2019-ben bemutatott Digitális Jólét Tőkeprogram legalább 10 és legfeljebb 500 millió forint összegű tőkebefektetéssel támogatja a hazai mikro-, kis-, és középvállalkozások, illetve startupok digitális termék- és szolgáltatásfejlesztési projektjeit. Ennek keretében a tavalyi év végéig összesen mintegy 3,7 milliárd forintnyi támogatást osztott ki a kormány a vállalkozások számára. Fontos, hogy a Bizottság proaktívan tárja fel a digitális technológiában, az adatokban és a mesterséges intelligenciában rejlő lehetőségeket a vállalkozások termelékenységének és a munkaerő jólétének növelése érdekében. Emellett áll ki a magyar kormány Mesterséges Intelligencia Stratégiája is, amely 2030-ig előírja, hogy egymillió állampolgár találjon digitális szempontból jelentősebb hozzáadott értékű munkát, a Mesterséges Intelligencia segítségével Magyarország GDP-je növekedjen, továbbá, hogy a kkv-k termelékenysége 26%-kal emelkedjen.

Susana Solís Pérez (Renew), *por escrito*. – Necesitamos una estrategia de datos que permita la libre circulación de datos dentro de la UE que garantice la competitividad global de Europa y la soberanía de los datos. Europa puede liderar en cuanto a gestión y uso responsable de datos como ya lo ha hecho con la RGPD, y para ello es fundamental que todos los actores —grandes o pequeños— formen parte y se beneficien de los ecosistemas de datos europeos y de la inteligencia artificial.

Los datos están en el centro de la transformación digital; traen enormes mejoras para los ciudadanos europeos y contribuirán a un crecimiento sostenible con empleos de alta calidad. Pero los ciudadanos europeos solamente confiarán y adoptarán innovaciones basadas en datos si están seguros de que cualquier intercambio de datos personales estará sujeto al pleno cumplimiento de las normas de protección de datos de la UE.

Por ello, debemos asegurar los más altos estándares seguridad, anonimidad, transparencia y confianza, y que los usuarios tengan herramientas simples y efectivas de utilizar para mantener el control sobre sus datos. Además, debemos evitar que una mayor regulación obstaculice el camino de I+D+i, y cerciorarnos de que este camino sea uno destinado a crear valor y no destruirlo.

Riho Terras (PPE), *in writing*. – Data is an essential resource necessary for training artificial intelligence. Furthermore, the processing of anonymized medical data will enable us to draw very useful conclusions regarding the spread of pandemics, such as COVID-19 and its various mutations. It will also allow us to make progress in figuring out treatments for rare and chronic illnesses. In order to be able to achieve these scientific developments and to be able to find potential efficiency gains in our everyday lives, for instance in the field of energy efficiency, data needs to be shared and it needs to be accessible for those that need to process it. Although some fundamental safeguards are necessary, we must make sure that the regulatory burden and cost of compliance does not overwhelm the administrative capabilities of our SMEs. It is precisely our SMEs that are the cradle of innovation in Europe. In addition to fostering innovation, they provide a significant number of jobs, forming the backbone of our economy. Therefore, our data strategy and its implementation are of key importance for our future prosperity. We need to get it right from the beginning!

Edina Tóth (NI), *írásban*. – A globális koronavírus-járvány folytán milliók kényszerültek otthoni munkavégzésre, a digitálizáció szerepe így még inkább felértékelődött. A mai virtuális világ gazdaság fő motorját az adatok gyors és hatékony cseréje képezi. Nem csoda tehát, hogy az adatok állnak az EU digitális átalakulásának középpontjában, hiszen azok a társadalom és a gazdaság minden aspektusában fontosak. Örömteli, hogy az Európai Parlament mai plenáris ülésén megszavazta az európai adatstratégiáról szóló jelentést. A Covid19-világjárvány még inkább kiemeli a digitálizáció, az elektronikus infrastruktúra, a high-tech eszközök és készségek fontosságát.

Úgy gondolom, hogy a digitálizáció segítségével hatékonyabb lesz a gazdasági helyreállítás, amely lehetőséget teremt a régiók és tagállamok közötti digitális megosztottság felszámolására. A digitálizáció nem vezethet nagyobb vagy újabb társadalmi egyenlőtlenségekhez, régiók leszakadásához! Az adatgazdaság terén Európa jelenleg vesztesre áll az Amerikai Egyesült Államokkal és Kínával szemben. A baloldali, Brüsszel-központú, bürokratikus elképzelés helyett a nemzetállamoknak szerepet adó, rugalmas adatstratégiára van szükség. Úgy vélem, hogy a nemzetállamok közötti hatékony és gyors adatfelhasználás a kulcsa a globális versenyhátrány leküzdésének. Örömteli, hogy az európai parlamenti jelentés a tagállami hatóságok szerepének fontosságát hangsúlyozza.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O relatório de iniciativa em debate posiciona o Parlamento Europeu para desenvolver com maior eficácia e capacidade de influência o seu papel de legislador no pacote legislativo para a segunda vaga da digitalização e para a transição digital e, em particular, nos regulamentos da gestão de dados, dos serviços digitais e dos mercados digitais.

Saliento o compromisso alargado que foi obtido, dando força a uma visão da economia dos dados fortemente interligada com os objetivos do Pacto Ecológico Europeu, respeitando os princípios da transparência, da confiança, da centralidade das pessoas, dos direitos humanos e da democracia. Um compromisso importante também na prioridade dada à criação de mais serviços e oportunidades para os cidadãos e para as empresas, em particular para as pequenas e médias empresas.

O conteúdo do relatório está em linha com a visão que tenho proposto em diversos debates e processos negociais em curso, de que é necessário um pacto europeu de cidadania para os dados, que permita que os dados disponibilizados pelos cidadãos sejam convertidos em serviços de interesse geral e acesso fácil, promovendo uma digitalização democrática, verde e inclusiva. As apostas nas qualificações e na interoperabilidade são chaves para esta abordagem.

8. **Berichte 2019-2020 über Albanien – Berichte 2019-2020 über das Kosovo – Berichte 2019-2020 über Nordmazedonien – Berichte 2019-2020 über Serbien (Aussprache)**

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata łączna na temat sprawozdań z postępów w sprawie Albanii, Kosowa, Macedonii Północnej i Serbii za lata 2019-2020 nad:

— sprawozdaniem sporządzonym przez Isabel Santos w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie sprawozdań Komisji dotyczących Albanii za lata 2019-2020 (2019/2170(INI)) (A9-0041/2021),

— sprawozdaniem sporządzonym przez Violę Von Cramon-Taubadel w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie sprawozdań Komisji dotyczących Kosowa za lata 2019-2020 (2019/2172(INI)) (A9-0031/2021),

— sprawozdaniem sporządzonym przez Ilhana Kyuchyuka w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie sprawozdań Komisji dotyczących Macedonii Północnej za lata 2019-2020 (2019/2174(INI)) (A9-0040/2021) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez Vladimíra Bilčíka w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie sprawozdań Komisji dotyczących Serbii za lata 2019-2020 (2019/2175(INI)) (A9-0032/2021).

Isabel Santos, Relatora. – Senhora Presidente, Caros Colegas, compreendam que hoje, ao dirigir-me a esta câmara, as minhas palavras vão também para o povo albanês, para aqueles que olham para a União Europeia com uma contagiante esperança de progresso, modernidade e justiça social. O ânimo, a coragem e a determinação com que os albaneses têm avançado, sem hesitação, nas reformas que lhes foram pedidas, mesmo em momentos de desaire como o caso do terramoto no final de 2019 e da pandemia no último ano, são verdadeiramente inspiradores e permitiram atingir as condições apresentadas em março de 2018 para avançar com as primeiras negociações formais.

As eleições europeias e o atraso por parte da Comissão Europeia na apresentação do relatório no ano passado levaram a que este Parlamento não se pronunciasse sobre a situação na Albânia desde 2018.

Felizmente, durante este período, como já foi reconhecido pelo Conselho de Associação e pela Comissão Europeia, registaram-se muitos progressos em campos tão diversos como os da justiça, do Estado de Direito, do respeito pelos direitos fundamentais, da lei eleitoral, da administração pública, da política económica, da educação e do emprego, da conectividade e da luta contra a corrupção e a criminalidade organizada.

O retomar das condições de funcionamento do Supremo Tribunal e do Tribunal Constitucional com o processo de nomeação de juizes continua a decorrer, bem como o começo do funcionamento das agências de luta contra a corrupção.

São apenas alguns exemplos dos esforços e da vontade demonstrada pela Albânia.

Sei que existem visões diferentes relativamente às reformas implementadas no país. Alguns dirão que é preciso aprofundar estas reformas e avançar com outras. Claro que sim, é sempre possível e necessário fazer mais e melhor.

Este relatório formula, inclusive, um conjunto de recomendações para áreas muito distintas, como o ambiente, a cooperação regional, a comunicação social, o Estado de Direito, entre outras, com o intuito de contribuir para a modernização do país e proporcionar novos horizontes de qualidade de vida às novas gerações e progredir rumo a um maior alinhamento com as políticas europeias.

Este é um caminho que faremos juntos, mas agora, no imediato, impõe-se que o esforço feito pelo país seja reconhecido sem hesitações nem adiamentos, a bem da credibilidade de todo este processo. O mérito no cumprimento das diferentes etapas tem que ter claras consequências nos progressos rumo à adesão.

Um processo em que todos temos a ganhar em oportunidades de negócio, investimento, livre circulação, desenvolvimento, qualidade de vida, capacidade de competição a nível global e na afirmação dos valores que nos unem.

Estou convencida de que as eleições gerais na Albânia, no próximo dia 25 de abril, uma data com grande significado no meu país, permitirão consolidar e renovar procedimentos e estruturas democráticos e ultrapassar a polarização que se tem feito sentir.

Arrumada a disputa eleitoral, importa que todos se concentrem no essencial, porque todos são necessários, todos somos necessários, na exigente tarefa de construir um futuro melhor.

A opção europeia dos albaneses, 97% segundo os estudos de opinião, é clara. Não os podemos defraudar.

Este é um relatório abrangente, equilibrado, que procura abordar as questões mais importantes para a União Europeia e para o povo albanês, algo que só foi possível com a atitude construtiva e dialogante dos diferentes grupos políticos e dos relatores-sombra, a quem deixo o meu profundo agradecimento.

Agora, é tempo de agir na concretização das expectativas do povo albanês, legitimadas pelo caminho feito.

É tempo de agir, colocando os interesses coletivos dos europeus acima dos interesses individuais ou momentâneos de alguns países e de algumas fações políticas.

Sim, Albânia, sim, Albânia, juntos iremos mais longe. Boa sorte, Albânia. *Good luck, Albânia.*

Good luck Albania!

Viola Von Cramon-Taubadel, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank everyone who contributed to this report, which I believe sends clear and positive signals to Kosovo. We here in the Parliament have confidence in Kosovo's European future, and we would expect an equal commitment by the newly elected government of Kosovo. Our committee's report is a strong one, and this result would have been impossible without the help of the interlocutors in Kosovo and the constructive support of my colleagues here – so thank you once again.

Kosovo's progress on the European path is in our common interest. Parliament stands strong and united with Kosovo and its people, and we need to make sure that all political actors work alongside us for this European perspective. People in Kosovo are overwhelmingly in favour of the European Union, in fact, no country in the region shows a more positive attitude towards the EU than Kosovo. This fact is not self-evident, however, and cannot be taken for granted forever. If we do not fulfil our promises, we lose credibility and trust. It is high time for the Council to deliver at last on the promise of visa liberalisation. I absolutely share the frustration of the citizens of Kosovo. I wish the European Parliament could decide on this matter.

A very topical problem is also the lack of vaccine supply in Kosovo. The production capacities here in the EU are currently being increased, and this must lead to a much better supply for Kosovo as soon as possible. The EU should support the speedy vaccination of healthcare workers and other most vulnerable groups.

Compared to crisis response, our cooperation regarding the pre-accession funds might not seem that pressing, but in the pursuit of a more sustainable and healthier future for Kosovo the fight against air pollution mainly caused by coal and outdated infrastructure must be tackled as well.

We need to use the Instrument for Pre-accession Assistance (IPA) funds wisely. If we do not invest in the energy transition now, we are harming the health of millions of people, not to mention our climate commitments. IPA funds aim at sustainable development. Therefore they need to be accessible. We particularly expect the Commission not to prioritise only state-sponsored infrastructure projects; SMEs, NGOs, civil society are crucial for sustainable development in the region and they must have access to these funds too. Experts advise the EU to spend more of its resources on democratic institution-building, and less on gas pipelines.

Apart from those obvious EU topics, our report also encourages Kosovo to make more effort on various domestic issues. Amongst them are topics such as climate change, education policy, gender-based violence, to name just a few. The responsibility for this work lies in Pristina. Ultimately, the Government of Kosovo has to pass the reforms and implement them consistently. I would like to take this opportunity to congratulate the new Prime Minister Albin Kurti and his government. I wish them every success in responding to the many challenges ahead and look forward to working on our shared priorities.

To overcome the current difficulties, political stability is a precondition. In the interest of the country, the new assembly and the government should find common ground and enable the election of the new President.

Regarding the Belgrade-Pristina dialogue, I ask them not to go for the low-hanging fruits. I ask Kosovo to stay committed to continue to work with Belgrade and the EU, and despite all difficulties not to abandon the dialogue.

An agreement, and yes ultimately mutual recognition, is a precondition for EU accession both for Serbia and Kosovo. Joining the EU without a comprehensive agreement will not be feasible, neither for Serbia nor for Kosovo. Asking what Kosovo can gain from the dialogue is the wrong approach. All political actors should rather ask themselves what is lost by abandoning the dialogue? The opportunity-cost of not having any agreement is high, and no one gains anything from the current status quo.

This leads me directly to Serbia and the respective report for which I am a shadow rapporteur – after all, Belgrade's responsibility in this dialogue is not any less, and abandoning it should not be an option for Serbia either.

If President Vučić is truly committed to Serbia's European path, he should show commitment regarding a comprehensive agreement, which is a precondition for Serbia's accession. Aleksandar Vučić could and should use his two-thirds parliamentary majority as a strong backing for continuing the dialogue. With this majority ratio, he could easily push through domestic reforms, prove his democratic commitment and deliver changes that improve the livelihood of all Serbian citizens.

We are looking forward to seeing the actual results of his work: better democratic conditions and economic prosperity. What we do not want to see, but unfortunately have to, are certain forms of misuse of power. Here I think about how government and individual MPs attack those whose opinions they do not share: silencing, threatening and harassing political opponents are surely not in line with democratic and EU principles to which Serbia has also committed itself. Political debates can sometimes be very controversial, heated and emotionally charged, but hate speech and orchestrated personal attacks are never tolerable.

These reports are not an end or a conclusion but a stocktake and guidance for further cooperation.

It is almost needless to say that my commitment will continue as ever.

Ilhan Kyuchyuk, *rapporteur*. – Madam President, the progress report that we'll be discussing and voting on today covers a period of two years. This should have been full of dynamic events for the Western Balkans. Despite some positive developments like the enlargement methodology, the decision of the European Council on North Macedonia and on Albania at the end of last year was harmful for the Western Balkans and had a direct negative impact on the respective countries and their societies.

But the COVID pandemic that hit the region dramatically has shown us something else. Europe has managed to prove that it stands behind its partners. The mobilisation of EUR 3.3 billion for the countries of the region to deal with the effects of the pandemic was a clear demonstration of the European solidarity which has long been called into question. It has now proven to be real and this is well underlined in all four reports, because the EU's engagement with the Western Balkans surpasses that of any other region and is in our strategic interest.

In particular, on the Republic of North Macedonia, as standing rapporteur I would work to highlight some important elements of the report. But before that, let me first express my gratitude for the constructive work of the shadow rapporteurs, whose contributions undoubtedly enriched the report. North Macedonia has come along an uneasy way to building reforms and compromises, until it reached the stage of starting formal EU accession negotiations and deservedly became the 30th NATO member.

The report clearly reflects that. It is an objective account of what we have seen in that country in recent years. Indeed, consistent progress was achieved. The country demonstrated continuity in its dedicated commitment to the European path and understanding of the need to implement stable and inclusive democratic reforms, to stand for democracy and the rule of law in order to reinforce the climate of mutual trust. The report recognises that and further calls on all political parties to remain constructive, to refrain from using nationalistic and inflammatory rhetoric. Engaging in a constructive dialogue is a prerequisite of good governance in the pursuit of the cross-party goal of accession. Maintaining a steady pace in adopting EU reforms as a means of ensuring efficient functioning of democratic institutions and procedures is also well recognised.

Of course, some setbacks such as the impact of the COVID-19 pandemic and the tensions in the diplomatic relations with Bulgaria were noted as well.

But North Macedonia shouldn't stop with the reforms as in some areas, like the fight against corruption, organised crime and media freedom, more reforms are needed. Reforms are needed in areas like more inclusivity in the society. We need to see deeper and faster reforms, and we need to see progress for sure.

It is further important that public administration reforms are prioritised by systematically applying merit-based standards in public appointments and in promotions. The cooperative approach of North Macedonia throughout the negotiations of the Prespa Agreement with Greece and the Treaty on Good Neighbourly Relations with Bulgaria is also underlined.

Having said that I hope that both countries – North Macedonia and Bulgaria – will resume the constructive dialogue on the pending bilateral issues in order to achieve sustainable results. Reaching a compromise over an action plan of concrete measures, implementation of which is to be regularly assessed in accordance with the Friendship Treaty, would start the process and would allow the Council to convene the first intergovernmental conference as soon as possible.

I am convinced that further delays will put at risk the credibility, objectivity and reliability of the accession process.

We have to focus on the bigger picture. Through building trust together we are building our common future within the EU as we need bridges that unite us more than walls that divide.

няколко думи и на български. Когато едно доверие е нарушено, безспорно то трябва да бъде възстановено и най-добрият начин за това е да се върнем към основите на Договора. Само той ще ни даде възможност да начертаям пътната карта на региона, който неминуемо е свързан с интеграцията на всички страни в Европейския съюз. От това ще спечели регионалното сътрудничество, от това ще спечелят добросъседските отношения, от това ще спечели и целият Европейски съюз.

Finally, on the Kosovo report, for which I am shadow rapporteur, the country has demonstrated continued and strong commitment to advancing on its European path and accelerating the reforms, as well as strong support for European integration among the population, and all of this deserves to be underlined.

I do believe it is high time for all European Member States to recognise Kosovo and all its citizens to benefit from visa liberalisation, because all the benchmarks have been fulfilled since 2018.

The last elections once again demonstrated that the country deserves credit for showing a high level of political opportunity, and I look forward for the new government speeding up the reforms and working actively on the Pristina-Belgrade dialogue.

Vladimír Bilčík, *rapporteur*. – Madam President, let me begin by saying that I very much regret that I have not been able to travel to the Western Balkans in over a year. And this is the case for all of us here, colleagues and I think it's important to underline that we need to re-open as soon as this is possible, because if we really truly want to be engaged in the region of the Western Balkans, we must be engaged on the ground.

Meanwhile, we have been engaged. We have been engaged through various channels, online and through the modern technologies and we have followed the situation very, very closely. We have been engaged in conversation with our partners, and I do want to express my sincere condolences to all of those who have lost their loved ones in Serbia but also across the Western Balkans.

We are all in this pandemic together and we can come out of this pandemic only together; and I hope we come out of it stronger by also underlying what unites us. And what unites us is the European perspective, European perspective for Serbia, European perspective for the countries in the region of the Western Balkans.

As a standing rapporteur for Serbia, I believe we have a balanced report on Serbia. We welcome progress where progress has been made and we are critical where criticism is due. But most of all, what I've tried to push – and we did have difficult negotiations on the report, is a constructive forward looking approach. We cannot dwell on a single case or a single detail. I think we as politicians have the responsibility for pushing a systematic change. A systematic change, not because of us in Europe, only, but because of the people and the countries in the region. This is important, and this is especially important as a message to my and our Serbian partners.

Let me highlight some of the details from the report and some of the key messages. I very much welcome the fact that EU membership continues to be Serbia's strategic goal and strategic priority, and that it is among the priorities of the newly formed government following the elections in June last year.

However, we need to inject more dynamism into the negotiating process. It's a welcome sign that the report by the Commission was discussed in the Narodna Skupština. That was a very good point, but of course what's in the report by the Commission but also in this report – which I hope we adopt successfully in this House today – are the key messages, which we want to discuss in partnership.

We are here to support the reforms and the change, which must take place on the ground. It's important that we remember the basic criteria, the Copenhagen criteria, and the basic criterion is the political criterion. That's why rule of law reforms are essential. That's why the inter-party dialogue within Serbia – which I very much welcome and I welcome the fact that we launched its second phase in our conversation with Ivica Dačić earlier this month – is key for making progress on the quality of political competition, on the quality of electoral conditions and on the quality of democracy in Serbia.

I do hope we have a meaningful conversation with all pro-European forces in the coming months in Serbia, and we can help through our facilitation by Members of the European Parliament and other colleagues, to achieve progress in this area. We need more trust, more good faith, more dialogue, less and fewer conflicts and we also need a calmer atmosphere. Attacks against journalists are unacceptable. Attacks against NGOs are unacceptable.

We will have a debate this afternoon in this House about Malta and I do hope that all of us who are so critical about the situation with journalists in Serbia will be equally critical with respect to Malta, or other countries: my own Slovakia, for instance. This is important. We need to hold everybody to the same standards. This is the message which I want to send to our Serbian partners.

I do want to welcome the progress that's been made in the Pristina in the Belgrade-Pristina Dialogue. That's something which has been a big achievement in terms of the past year. The EU facilitated, EU-led dialogue. It is important it continues and it is important it brings results. We do need a comprehensive legally binding agreement, which will help us reconcile the past and move forward.

This is important for the European perspective for Serbia and the European perspective of the region. Reconciliation in general is a point which we must underline. And I also want to underline the fact that in public communication it is important to take action following words. This is in particular important when it comes to foreign policy, in the case of Serbia. Serbia has had the lowest alignment rate with our foreign policy.

This must change. The only meaningful European future of Serbia can only take place if Serbia does gradually move ahead in this respect. And I very much hope that we can have much closer ties when it comes to countering the negative influences, also the fight against disinformation with respect to Russia and China.

This is a joint debate, and let me just make a point on Albania very quickly on behalf of my colleague David Lega, who is a shadow rapporteur. We welcome the commitment of Albania to integration and support the convening of the first intergovernmental conference following the complete fulfilment of the conditions set out by the European Council, but the fight against corruption and amendments to the media law are a crucial element.

Let me make one last point on enlargement in general. I think we would deserve a much bigger debate on this issue here. This has been one of the biggest achievements of the European project in the past decades. I think each country would deserve its own debate and I hope we can do this next time we meet and discuss the Western Balkans.

Ana Paula Zacarias, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, first of all I would like to thank the distinguished rapporteurs for their presentations and their reports that are very timely and important for us also in the Council.

And let me begin by recalling the EU's unequivocal support for the European perspective of the Western Balkans region based on fair and rigorous conditionality and on the principles of own merits. The Portuguese Presidency remains committed to strengthening the EU engagement with the region, in particular in these challenging times of the coronavirus crisis.

I would like to recall that the Council, in its conclusions of March 2020, decided to open the accession negotiations with the Republic of North Macedonia and the Republic of Albania. And I concur with you in welcoming the determination demonstrated by these two countries to advance on the EU reform agenda and to deliver tangible and sustained results.

These decisions pave the way for the important work on the framework for negotiations that is still going on in the Council. The Presidency is determined to continue the work with a view to holding the first intergovernmental conferences and formally opening the accession negotiations as soon as possible.

As you know, in March 2020, the Council endorsed the Commission communication enhancing the accession process. The objective is to make this process more predictable, more credible, dynamic and subject to stronger political steering, based on objective criteria and rigorous positive and negative conditionality and reversibility.

At the same time, it underlines that fundamental, democratic rule-of-law and economic reforms represent the core objective of the accession process. The proper functioning and independence of the democratic institutions are essential elements of well-functioning democracies and a key condition for EU accession. In this regard, let me stress the importance of continued reforms and their implementation by both the Republic of North Macedonia and the Republic of Albania.

Regarding the Republic of North Macedonia in particular, I would like to stress that the Portuguese Presidency, along with the Commission, has been actively supporting all efforts to find pragmatic solutions to pave the way for the approval of the negotiation framework in the Council with a view to holding the first intergovernmental conference as soon as possible. Consistent progress has been achieved, but at the same time, we also urge the authorities and the political parties of North Macedonia to sustain their efforts to strengthen democracy and implement the deeper reforms.

With regard to Albania, constructive political dialogue and cooperation in parliament between the government and the opposition is essential for progress and the sustainability of the reforms. Even after the electoral reform, the political environment remains strongly paralysed and we stress the importance of further strengthening the political dialogue within the country. We also commend Albania for its continuous 100% alignment with EU common foreign and security policy, which serves as a positive example for the entire region.

Now on Serbia, I would like to start by underlining that the President's aim is to hold an intergovernmental conference if possible, still this semester, under the revised enlargement methodology and to advance the EU enlargement process as much as possible. As you well know, the pace of the accession negotiations will continue to depend on Serbia's own progress and reform efforts, in particular in the key areas of the rule of law and in the normalisation of relations with Kosovo. We welcome the fact that the new Serbian Government has made EU integration and the normalisation of relations with Kosovo its priority. Despite some advances, we need to see more progress on the rule of law and we need to see more, faster implementation of the reforms.

It is particularly important that the reforms focus on the independence of the judiciary, the fight against corruption, media freedom, domestic handling of war crimes and the fight against organised crime. It is also important that Serbia fulfils its commitment and steps up its efforts in gradually aligning with EU common foreign and security policy.

We encourage parliamentary political forces in Serbia to engage in the inter-party dialogue, led by the European Parliament, with a view to forging broad cross-party and societal consensus on EU-related reforms. And I really would like to thank the European Parliament for its relentless efforts in this process.

We also welcome the resumption of the EU-facilitated Belgrade-Pristina Dialogue. It's important that it will continue. It's important that we will get some concrete results. We expect Serbia and the new government in Kosovo to engage in this dialogue in good faith and in the spirit of compromise to achieve a comprehensive, legally binding agreement in accordance with international law and the EU *acquis*.

The Stabilisation and Association Agreement offers Kosovo an opportunity for sustainable progress and rapprochement with the European Union, in line with the European perspective on the region. At the same time, it creates opportunities for trade and investment.

We share your concerns about the limited progress in reforms in Kosovo and the challenging domestic political context marked by early elections and several changes in government. We certainly call for an acceleration of the reforms and all political actors must now deliver.

We recognise the importance of visa liberalisation for Kosovo's citizens and the Portuguese Presidency will continue to follow this matter.

Finally, I would like to stress, as some of you have mentioned here, that the COVID-19 crisis continues to have a severe negative impact on all our societies and on all our economies, and the EU is providing significant support to the Western Balkans, including to Kosovo. So let me assure you that we remain committed to continuing this important cooperation. Thank you very much for your attention, and thank you, Madam President, for your indulgence.

Olivér Várhelyi, *Member of the Commission*. – Madam President, I should like to thank the House for its continued strong support for the European perspective of the whole of the Western Balkan region.

As your reports recognise, we have gone through an extremely difficult year. But we have never lost sight of our closest neighbours, providing unprecedented support to the Western Balkans region. For example, the EUR 3.3 billion emergency support package a year ago was also coupled with an economic package of EUR 9 billion only last October, and we hope to raise another EUR 20 billion together with the economic plan.

In addition, we extended a number of initiatives normally reserved for EU Member States to our partners in the region, effectively treating them as future EU members. This is in line with the strong commitment of this Commission to the Western Balkans. The region is a priority for us. Its future lies in the European Union.

Our current focus is on providing vaccines as soon as possible. Unfortunately, this is proving more difficult than we had hoped. But I can assure you that we are leaving no stone unturned to get vaccines to the region. I am very pleased that the COVAX mechanism, to which the EU is one of the biggest contributors, is now delivering the first doses to the Western Balkans. We also continue working with EU Member States and vaccine manufacturers to work to resell vaccine doses to the Western Balkans under the advance purchase agreements for which the EU is making available EUR 70 million, only to the Western Balkans.

In order to be able to continue our important support to the Western Balkans we would need to agree as soon as possible on the future instrument, the Instrument for Pre-accession Assistance (IPA) III. I express my hope and expectation to this distinguished House that we will soon be able to reach a compromise confirming to the region that the EU is a credible partner.

Let me now turn to the reports. I thank all rapporteurs for their work and commitment. I will begin with Albania. Let me start by acknowledging the exceptional challenges the country has had to cope with due to the devastating earthquake just before they were hit with the COVID-19 pandemic. Albania's determination in the pursuit of its EU reform agenda is therefore all the more remarkable. This enthusiasm and engagement is something that we need to praise and recognise.

We consider that Albania has fulfilled the conditions set by the Council in March last year for the holding of the first intergovernmental conference (IGC). The implementation of the justice reform has continued. Both the Constitutional Court and the High Court have resumed functioning. The vetting process of the re-evaluation of judges and prosecutors is progressing smoothly. This is an unprecedented reform and has our full support. The fight against corruption, organised crime and money laundering have also continued. The specialised structures against corruption and organised crime have all been established.

As you may have seen, there has been good progress made in law enforcement, where we have witnessed a number of successful large-scale international operations. Of course, we need to stress the importance of continuing the reform effort, particularly with respect to the further vetting and appointment of magistrates, as well as strengthening the track record on law enforcement.

We have commended progress made on the electoral reform in accordance with the 5 June agreement of last year and implementing the recommendations made by the Office for Democratic Institutions and Human Rights at the Organisation for Security and Cooperation in Europe (OSCE/ODIHR). Ahead of the upcoming elections it is important – and I do encourage all political parties to do their best here – to maintain a constructive dialogue, also on all other crucial matters. This will ensure that Albania continues to deliver results and moves steadily on its path towards the EU. The Commission will continue to monitor this thoroughly and, at the same time, it goes without saying that the track record of the efforts against crime and corruption must continue.

Against the background of all these achievements, we do look forward to the adoption of the negotiating framework and to holding the first IGC as soon as possible with Albania. We stand ready to help the Presidency to this end.

Let me now turn to Kosovo. I'm pleased to see that we are very much on the same page on what Kosovo's priorities should be to advance on its European path. The Commission also agrees with the Parliament's position that it is high time to proceed on visa liberalisation for Kosovo's citizens but, as you know, the decision has to be made by the Member States in the Council. We encourage Kosovo's authorities to reach out to Member States to address their remaining concerns. This is a critical moment for Kosovo. The citizens have just made their voices heard through elections and the new leadership will soon be in place.

There are three main messages I would like to make. First, it is essential to complete the setting-up of new institutions. After the formation of the new assembly and the new government this Monday, Kosovo needs to elect a new president without delay. Kosovo cannot afford more political uncertainty in these challenging times.

Second, we welcome the fact that the winning party has put a strong emphasis on issues that are at the core of Kosovo's European agenda, such as the fight against corruption and organised crime, economic and social development and the shift towards a greener economy. With its strong mandate, the new government will have an opportunity to deliver on reforms. The Commission stands ready to support it in its direction. However, we also expect the government to build and take ownership of key existing reform commitments and achievements.

My third message concerns the EU-facilitated dialogue with Serbia. It is essential that the new government of Kosovo commits to continuing the dialogue. This is crucial for the citizens of Kosovo and Serbia, the normalisation of relations between the two and for the perspectives of both. EU Special Representative Lajčák visited the region earlier this month and expects that the next high-level meeting can take place within a reasonable time.

Let me now turn to North Macedonia. Overall, the draft report is in line with the main findings of the Commission report and also the latest developments are fully reflected. As you have rightly pointed out, North Macedonia has maintained a steady pace in its implementation of EU reforms, in particular in key areas of the rule of law, the fight against corruption and organised crime. However, much needs to be done.

The Member States' decision to open accession negotiations last spring was truly historic. We look forward to the adoption of the negotiating framework and the holding of the first intergovernmental conference as soon as possible, hopefully still under this Presidency. In the meantime, it is important that both the government and the opposition continue to deliver on EU-related reforms, in particular with regard to the fundamentals. As you know, regional cooperation and good neighbourly relations form an essential part of the country's process of moving towards the EU. It is important that bilateral agreements, including the Prespa agreement with Greece and the Treaty on good neighbourly relations with Bulgaria, continue to be implemented in good faith by all parties.

At such a pivotal moment, I encourage both Skopje and Sofia to redouble their efforts to find a mutually acceptable solution to the pending bilateral issues. I would like to echo your report by encouraging all parties to act in a constructive manner and to refrain from statements or actions that might undermine the EU's wider interests. This House has shown its continued dedication to improve the democratic processes in North Macedonia and to support the country's EU perspective, including through the Jean Monnet dialogue. I count on you to remain engaged and to send common messages of encouragement to North Macedonia.

Lastly, let me turn to Serbia. I welcome the report as an encouragement for Serbia to accelerate on its path to the EU accession. The report acknowledges the accomplishments while, of course, much more still needs to be done. I'm glad that the Joint Parliamentary Committee with Serbia has recently been relaunched, the inter-party dialogue with the Serbian Parliament and the European Commission, of course, strongly supports this dialogue as a crucial forum for cross-party debates.

On the accession negotiations with Serbia, last week I presented to the Council a proposal of how the revised methodology could be applied both to Montenegro and Serbia. I look forward to the Member States deciding soon and bringing this forward. We need to encourage the country to remain fully engaged on its EU path. This is key for the stability of the region. We now have the opportunity to speed up the country's accession negotiations provided that key EU-related reforms are implemented as an urgent priority. This is also an opportunity to make progress in the EU-facilitated dialogue with Pristina towards a comprehensive, legally binding agreement. We must build on the commitment of the new government in Belgrade. We need to engage intensively with the authorities in these three interconnected objectives: bring forward reforms; bring forward accession negotiations and successfully conclude the dialogue with Pristina.

We have already seen commitment in a number of crucial areas, such as kicking off the second phase of the inter-party dialogue, launching the constitutional reform by submitting the initiative to change the constitution in the area of the judiciary to the parliament, and the government's adoption of the action plan of the new media strategy.

Of course, much more still needs to be done. Our priority now is to work with the authorities to help them translate these steps into tangible progress on the ground. We're grateful for the continued support of Members of the European Parliament in passing these messages. Whatever the difficulties, Serbia should not lose sight of its EU membership goal. It should keep focusing on fundamental reforms with continued EU support. With this, I thank you very much for your attention.

Андрей Ковачев, от името на групата PPE. – Г-жо Председател, г-н Комисар, уважаеми колеги, ние сме за разширяването, защото сме убедени, че това е най-добрият начин по най-бързия начин да се преодолеят ужасните последици от комунизма. Все още в сегашната Република Северна Македония се дискриминира всеки, който открито заяви своята българска идентичност и произход. Историческата истина е табу, а който открито я споделя, бива подлаган на натиск, обиди и дискриминация.

Проблемът не е културно-исторически спор, а потъпкване на основни демократични права от една страна кандидат, като правото на свободно изразяване без страх от негативни последици. Над 130 000 са българските граждани по произход в Република Северна Македония, като част от българската историческа общност, която до идването на Титовия режим представлява мнозинство там. Тези хора живеят в страх, те са притискани да не се впишат като българи по време на предстоящото преброяване. Последен пример е представителят на конкурса Евровизия. Неговият единствен грях беше, че сподели своя български произход. Последва вълна от обиди, заплахи и опити за отстраняването му от конкурса. „Да“ на разширяването към всички страни от Западните Балкани, „Не“ на лъжите, омразата и дискриминацията.

Colleagues especially from the Greens and from the Socialists: please wake up and open your eyes.

I see colleague Fajon is after me. Is it for you a historical provocation towards the Slovenian people if I say something about the atrocities of the Tito's Communists, especially, for example, in Huda Jama?

Г-жо Председател, г-н Комисар, уважаеми колеги, ние сме за разширяването, защото сме убедени, че това е най-добрият начин по най-бързия начин да се преодолеят ужасните последици от комунизма. Все още в сегашната Република Северна Македония се дискриминира всеки, който открито заяви своята българска идентичност и произход. Историческата истина е табу, а който открито я споделя, бива подлаган на натиск, обиди и дискриминация.

Проблемът не е културно-исторически спор, а потъпкване на основни демократични права от една страна кандидат, като правото на свободно изразяване без страх от негативни последици. Над 1 30 000 са българските граждани по произход в Република Северна Македония като част от българската историческа общност, която до идването на Титовия режим представлява мнозинство там. Тези хора живеят в страх, те са притискани да не се впишат като българи по време на предстоящото преброяване. Последен пример е представителят на конкурса Евровизия. Неговият единствен грях беше, че сподели своя български произход. Последва вълна от обиди, заплахи и опити за отстраняването му от конкурса. „Да“ на разширяването към всички страни от Западните Балкани, „не“ на лъжите, омразата и дискриминацията.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Gospa predsedujoča, širitvena politika je temelj stabilne in povezane Evrope. Ni več časa za izgovore, za opravičila, za politično izsiljevanje, neiskrenost, neizpolnjevanje obljub.

Države Zahodnega Balkana so del Evrope in skupaj nosimo odgovornost za napredek in razvoj naše celine. Preveč razočaranj smo doživeli na eni in na drugi strani v širitvenem procesu.

In brez temeljitega preskoka v zavedanju, da potrebujemo drug drugega, nam bo spodletelo in škodo bodo čutili državljani, posebej mladi ljudje, ki danes množično zapuščajo Zahodni Balkan.

Poročila, o katerih danes razpravljamo, so uravnotežen in verodostojen pregled dveletnega dela v štirih državah. Vse so dosegle napredek na področju pravne države, temeljnih pravic, svobodnih medijev, v boju proti korupciji, a čaka jih še veliko dela.

In danes mora biti naše sporočilo jasno: podpiramo države na njihovi poti v Evropsko unijo, a hkrati ne bomo pristali na popuščanje, posebej ko gre za spoštovanje vladavine prava in demokracije.

Vlade Evropske unije danes vnovič pozivam, naj izpolnijo obljubo in odprejo pristopna pogajanja za Albanijo in Severno Makedonijo.

Državi sta izpolnili pogoje. Bolgarski veto Severni Makedoniji je neodgovoren. Enostranski interesi, volilni koledar nimajo nič skupnega s kriteriji, ki jih mora država izpolniti. Zato pozivam, naj Bolgarija umakne veto.

Zdaj je na preizkušnji verodostojnost Evropske unije. Kriza, ki je danes na obzorju, bo ogrozila tudi širitveni proces za ostale države.

Državam Zahodnega Balkana danes želim predvsem srečno na njihovi poti, nam pa veliko modrosti in poguma, da jim pri tem pomagamo.

Michal Šimečka, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, I'll focus on the progress report on Albania, but many of the key messages are in fact wider in application and relate to the Western Balkans as a whole. And the key message from the European Parliament on Albania, but also more generally, is that despite all the difficulties, despite the pandemic, the European Union and this Parliament specifically remains absolutely committed to moving forward with the accession negotiations with respect to Albania, and convening that very important first intergovernmental conference as soon as possible.

Now as elsewhere, in Albania obviously the challenges are obvious and must be addressed. In the case of Albania, its democracy is in dire need of consolidation and stability and the country needs to move beyond the climate of constant political conflict and division that we've seen in recent years. And here the upcoming parliamentary elections in April, as was said by the Commissioner, will be a crucial test.

Whoever wins, there can be absolutely no doubt that elections are organised in a free and fair fashion and in accordance with the best international practices. Anything short of that will sow distrust of democratic institutions, prolonged political conflict and damage Albania's accession trajectory.

And second, and this is again of a more general nature and it has been mentioned by the Commissioner, the justice sector and reforms in the rule of law must be of the highest priority to the next government, especially after what we are experiencing in the EU that some Member States after accession are, we say, undermining the rule of law, checks and balances. Therefore, it is absolutely clear and right that compliance when it comes to rule of law will become more stringent than ever when it comes to the enlargement countries.

The European Union, and this Parliament in particular, will continue to support Albania and all the other states on the European path.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, la politique européenne à l'égard des Balkans occidentaux peut se résumer en deux mots: soumission et hypocrisie.

La soumission, d'abord, car l'Union européenne ne poursuit pas l'intérêt de ses États membres dans les Balkans; elle sert les intérêts de l'OTAN. L'hypocrisie, car les différents rapports prétendent que le Kosovo a vocation à intégrer l'Union européenne, ou que l'Albanie est sur le point de le faire, alors que chacun sait que cela n'est ni une prérogative du Parlement européen, ni une volonté de l'intégralité des États membres.

Qu'on le dise clairement: les Français subissent déjà les effets déplorables du précédent élargissement; ils n'ont aucune envie de voir les mêmes erreurs se répéter. Nous voyons bien que ces élargissements ne tiennent pas leurs promesses: ils devaient densifier notre stature internationale, ils nous rendent encore plus dépendants de Washington; ils devaient prévenir l'avènement de nouveaux conflits, ils poussent sans cesse à la provocation avec Moscou; ils devaient renforcer notre coopération pratique, la gestion calamiteuse de la crise du COVID démontre l'inverse.

L'Albanie ne doit pas intégrer l'Union européenne. Elle exporte ses mafias jusqu'au cœur des campagnes françaises. Elle a signé des accords d'extradition avec le régime d'Erdoğan. Elle ne cache même plus ses inclinaisons hégémoniques, aux dépens de populations serbes constamment discriminées par la communauté internationale. L'Albanie constitue aujourd'hui une zone de confluence des influences étrangères les plus dangereuses pour la sécurité des nations.

Le débat public donnera bientôt en France l'occasion à chacun de clarifier sa position sur cette question, mais je pense que les Français y sont très majoritairement opposés et nous ne céderons pas au jeu de couloir habituel sur ces sujets. Sortons de l'hypocrisie et affirmons-le: non à l'élargissement, non à l'entrée de l'Albanie, cheval de Troie de la Turquie dans l'Union européenne.

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

Thomas Waitz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich beziehe mich auf den Albanien-Bericht, und zuerst möchte ich für die gute Zusammenarbeit und für die kooperative Stimmung bei der Erstellung des Berichts danken.

Wir haben in dem Bericht festgehalten, dass wir die Justizreformen, die in dieser Form und in dieser Dramatik wohl keinen Vergleich zu scheuen haben, willkommen heißen. Wir haben die Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung gesehen und haben diese in dem Bericht auch entsprechend erwähnt.

Aber natürlich bleibt viel zu tun beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität, bei dem Einsatz für Medienfreiheit in Albanien, aber auch bei der Frage der Unterstützung zum Beispiel von Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind. Es reicht hier nicht, wenn die richtigen Gesetze verabschiedet werden, sondern es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Behörden auch fähig sind, entsprechend auf solche Fälle zu reagieren und Frauen in diesem Zusammenhang Sicherheit zu bieten.

Wir brauchen eine weitere Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, keine Frage. Albanien ist ein Land mit einem wunderbaren kulturellen Erbe, mit reichhaltigen historischen Gütern, mit einer wunderbaren Natur, mit Naturschätzen, die man an anderen Orten Europas heute leider vergeblich sucht. Wir heißen die Ankündigung des Ministerpräsidenten Edi Rama willkommen – zur geplanten Errichtung des ersten Wildfluss-Nationalparks Europas, an der Vjosa: 300 Kilometer unverbauter Fluss, ein Juwel für die Arterhaltung, ein Juwel für die Biodiversität, etwas, was in die Strategie des *Green Deals* passt. Und wir hoffen, dass wir von der Seite der Europäischen Union über IPA-III-Mittel und andere Finanzmittel diese Entwicklung unterstützen können.

Aber eines ist klar: Wir sollten unseren Ankündigungen auch Folge leisten und Beitrittsverhandlungen mit Albanien ehestmöglich beginnen.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Г-н Председател, уважаеми колеги, днес в Република Северна Македония се извършва драстично нарушаване на човешките права, на основното човешко право на самоопределение. Днес в Македония един певец, Гарванлиев, получи повече от 400 смъртни заплахи, само защото се определи като българин. Днес в Македония 50 човека са привикани от драстичната бивша югославска тайна полиция, за да дадат обяснения защо са купили български книги. Днес в Република Северна Македония се горят български знамена, уважаеми колеги. Днес в Република Северна Македония се привикват хора, защото са се самоопределили като българи. Днес в Република Северна Македония има не повече от 130 хиляди човека, които са се самоопределили като българи и които нямат право да направят това свое самоопределение на предстоящото преброяване на населението.

Това, уважаеми, е Северна Корея. Това се случва не в Африка, това се случва не в Азия, това се случва не някъде по света. Това драстично нарушаване на основно човешко право се случва в Европа, под носа ви и затова съм възмутен от поведението на част от нашите колеги, главно от групата на социалистите и зелените, които се правят, че не забелязват тези драстични нарушения на човешките права, а напротив – се опитват да стоварят някаква хипотетична вина върху българското правителство за това, че защитава историческата истина.

Да, Гоце Делчев е българин, да, Иван Михайлов е българин, да, Тодор Александров е българин, да, Братя Миладинови са българи и те винаги са се самоопределяли като такива. И да, днес в Македония живеят стотици хиляди граждани, които се самоопределят като българи и затова, колеги, не си позволявайте лицемерието да се опитвате да се правите, че не виждате това драстично нарушаване на правата им. И не си позволявайте да налагате двойни стандарти, това просто не може и няма да се случва, защото противоречи на всякаква идея за Европейски съюз, защото противоречи на всичките ви идеи за това как трябва да се защитават правата на всяко едно човешко същество на самоопределение. И това, пак казвам, се случва в Европа. Не можете да промените факта, че до 1944 г. Македония е българска и тя ще остане такава.

Στέλιος Κούλογλου, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κυρία Πρόεδρε, θα μιλήσω στα ελληνικά γιατί σήμερα είναι μια πολύ σημαντική μέρα για την Ελλάδα: είναι τα 200 χρόνια από την Ελληνική Επανάσταση, η οποία ήταν η αρχή του τέλους της Οθωμανικής Αυτοκρατορίας στα Βαλκάνια, αλλά και η αρχή της ευρωπαϊκής αλληλεγγύης, γιατί η επανάσταση νίκησε χάρη, φυσικά, στον ηρωισμό των εξεγερμένων, αλλά και χάρη στην ευρωπαϊκή αλληλεγγύη που εκφράστηκε τότε από τις δημοκρατικές δυνάμεις και τους δημοκρατικούς ανθρώπους της Ευρώπης.

Ήδη, όμως, από εκείνα τα χρόνια και μέχρι σήμερα, υπήρχε ένας «ιός», για να χρησιμοποιήσω έναν όρο, ο «ιός των Βαλκανίων», που σήμαινε πολέμους και εθνικές συγκρούσεις. Συνέχιστηκε μέσα στα χρόνια και μέσα στην ιστορία: πρόσφατα είχαμε τον καταστροφικό πόλεμο της Γιουγκοσλαβίας την περίοδο 1991-1995, και βέβαια τον καταστροφικό βομβαρδισμό το 1999 της Σερβίας, που τότε ανήκε στη Γιουγκοσλαβία.

Σήμερα, ακόμα υπάρχουν τέτοιοι «ιοί»: υπάρχουν εθνικές διαμάχες, εδαφικά προβλήματα και διενέξεις, προβλήματα σεβασμού των μειονοτήτων, του κράτους δικαίου, προβλήματα καταπολέμησης της διαφθοράς σε όλα τα υποψήφια κράτη μέλη. Υπάρχουν σοβαρά ζητήματα, υπάρχουν και λιγότερο σοβαρά, όπως η Eurovision και ποιος θα είναι ο τραγουδιστής στη Eurovision· αλλά υπάρχει και ένα αντίδοτο, ένα φάρμακο σε όλα αυτά.

Το φάρμακο, το εμβόλιο απέναντι στον «ιό των Βαλκανίων» είναι το πνεύμα της Συμφωνίας των Πρεσπών. Χάρη στη Συμφωνία των Πρεσπών και στο κουράγιο και το θάρρος που έδειξαν οι ηγέτες της Ελλάδας και της Βόρειας Μακεδονίας, έχουμε μια συμφωνία που μπορεί να αποτελέσει το μοντέλο, τον τρόπο επίλυσης και το φάρμακο για τον εθνικισμό στα Βαλκάνια που, δυστυχώς, συνεχίζεται ακόμη.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, sono estremamente preoccupato perché ho la forte sensazione che l'Unione europea stia perdendo i Balcani occidentali.

Lo slancio dato dalla decisione del Consiglio di aprire i negoziati con l'Albania e la Macedonia del Nord si è schiantato sul vedo bulgaro e la pandemia COVID ha esacerbato alcuni trend geopolitici già in atto, amplificando, anche a causa della geopolitica dei vaccini e delle infrastrutture, il ruolo di Cina, Russia, Turchia ed Emirati Arabi, pronti a sfruttare il vuoto politico, o quantomeno percepito dai nostri *partners*, e lasciato proprio da noi, dall'UE.

Serve un cambio di passo, servono azioni decise perché questa disaffezione non diventi anche una vera e propria alienazione. È importante valorizzare i passi in avanti compiuti da Serbia, Albania, Macedonia del Nord e Kosovo e trasformarli in opportunità, piuttosto che soffermarsi solo ed esclusivamente sulle mancanze.

Serve che si sblocchi quanto prima la negoziazione di Albania e Macedonia del Nord con l'organizzazione delle relative conferenze intergovernative ed è fondamentale che tutti i paesi dei Balcani occidentali siano veramente e seriamente coinvolti in quell'importante momento di riflessione che ci accingiamo ad affrontare: la Conferenza sul futuro dell'Europa, un progetto europeo del quale devono inequivocabilmente tornare a sentire di far pienamente parte. E tutto questo dipende anche da noi.

Christian Sagartz (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nordmazedonien hat zweifelsfrei in den letzten Jahren tiefgreifende Reformen konsequent umgesetzt, um Teil der Europäischen Union zu werden.

Dabei wurden nicht nur Gesetzesänderungen beschlossen, sondern teils tiefgreifende Schritte gesetzt. Das Land hat seine Verfassung verändert. Ja, es hat sogar seinen Namen geändert, um Teil dieser Europäischen Gemeinschaft zu werden, und das waren harte – sehr harte – Schritte, um Teil der Gemeinschaft zu werden. Und natürlich möchte ich auch hier nicht verhehlen: Es gibt weiterhin Reformbedarf. Das betrifft die Korruptionsbekämpfung, aber auch die Stärkung einer unabhängigen Justiz.

Ich bin zuversichtlich, dass weiterhin ein Wille zur Veränderung gegeben ist und dass dieses Tempo bei den Reformen gehalten werden kann. Man darf aber festhalten: Nordmazedonien hat seine Aufgaben abgearbeitet. Es liegt an der Europäischen Union, jetzt unsererseits ihre und unsere Aufgaben zu erledigen. Wenn wir in dieser Region glaubwürdig bleiben wollen, dann ist das höchste Zeit.

Zu den Bedenken meiner bulgarischen Kollegen möchte ich ganz klar Stellung nehmen: Ich verstehe diese Sorgen, und ich appelliere an beide Länder, bei der Wortwahl abzurüsten und bei den Differenzen die gemeinsame Zukunft der Region in den Mittelpunkt zu stellen. Drohungen und politische Propaganda stehen im krassen Widerspruch zu den Werten unserer Europäischen Union.

Andreas Schieder (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Der Westbalkan steht ganz oben auf der EU-Agenda. Und dort muss er auch ganz oben stehen, denn die EU-Perspektive ist ein ganz, ganz wichtiges Signal an die Menschen im Westbalkan. Aber: Wir müssen auch den EU-Mitgliedstaaten einmal ein klares Signal schicken, dass sie nicht weiter verschleppen und blockieren dürfen – zumindest einzelnen Ländern, die das leider tun.

Ein paar Worte zur Situation im Kosovo: Die Visaliberalisierung ist hier das allerwichtigste Thema. Denn gerade die junge Generation im Kosovo erwartet sich, dass sie auch gleichberechtigter Teil der Europäischen Union, der europäischen Idee sein kann. Albin Kurti, der neue Regierungschef im Kosovo, braucht die Unterstützung für seine Reformen, die Perspektive geben sollen, die die soziale Entwicklung in dem Land organisieren – und aber auch den Kampf gegen Korruption. Gerade politische Stabilität ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft des Landes, aber auch für einen erfolgreichen Dialog mit Belgrad. Nationalistische Töne sind hier – wie immer übrigens – fehl am Platz.

Ein Satz auch noch zu den Entwicklungen in Nordmazedonien: Zoran Zaev, der Regierungschef der Republik Nordmazedonien, hat mit den Nachbarländern und in seinem eigenen Land extrem viel weitergebracht – und gerade diese Reformen brauchen unsere Unterstützung. Ich halte die Blockade, die die Regierung in Sofia gerade inszeniert, für fundamental falsch. Es ist so jammerschade, dass damit so viele Chancen, die Bulgarien, Nordmazedonien, die Europa insgesamt haben könnte, verspielt werden.

Es braucht – und das ist mein Appell – gemeinsame Lösungen. Dieses Hervorziehen von Geschichte darf nicht der Parameter für die Zukunft sein. Unsere Zukunft – auch am Balkan – muss eine gemeinsame Zukunft sein, und daran müssen wir mit aller Kraft arbeiten und nicht blockieren.

Klemen Grošelj (Renew). – Gospa predsedujoča, kot del Zahodnega Balkana je Srbija in tudi celotna regija na pomembni prelomnici. Od odločitev in dejanj, sprejetih v času po epidemiji COVID-19, bo odvisna prihodnost tako regije kot tudi držav v njej.

Regija kljub težkim bremenom preteklosti sodi in je del Evrope. Nekako bi lahko rekli, članstvo v evropskih evroatlantskih integracijah je njen naravni razvojni cilj. Seveda pa to ne pomeni, da bo pot do tega cilja zaradi tega lažja ali enostavnejša.

Proces širitve EU je zahteven in je zahteven bil za vse današnje članice, saj zahteva od držav in njenih družb globoke družbene, politične in gospodarske reforme in spremembe.

Zato je ključni izziv, ki je pred današnjo Srbijo, predvsem, kako ponotranjiti, da vključevanje v EU in sam pogajalski proces nista tehnično-mehanična, ampak da zahtevata predvsem ponotranjenje ključnih političnih, gospodarskih in širših družbenih sprememb in reform.

Gre za reforme, ki niso namenjene samo članstvu v EU, ampak so predvsem potrebne za dvig blagostanja in splošne dobrobiti državljanov in državljanek Srbije. Samo s temi reformami bo Srbija lahko v celoti in v polnosti izkoristila prednosti članstva, potem ko bo enkrat polnopravna članica.

Pri tem se je potrebno zavedati, da brez političnih reform ne bo trajnega gospodarskega uspeha. Polnokrvna moderna demokracija, utemeljena na kulturi dialoga, spoštovanju temeljnih vrednot, kot so vladavina prava, svoboda medijev, človekove in državljske pravice, so temelji, na katerih se lahko države in družbe socialno, pravno in gospodarsko razcvetijo.

Ne gre torej za vprašanje tehničnega sprejemanja zakonodaje, ampak je ključnega pomena njeno dejansko udejanjanje v vsakdanjem življenju. Zato v bistvu pri tem ne gre za nikakršne zahteve EU, ampak za potrebe same Srbije.

Pri tem žal ni bližnjic, ampak je potrebno trdo delo in naporno iskanje širokega političnega in družbenega konsenza. Seveda obstajajo vabljive bližnjice, ki pa se ... *(Predsedujoča je prekinila govorca.)*

Jérôme Rivière (ID). – Madame la Présidente, mes chers collègues, s'il est un mal qui frappe cette assemblée et les institutions de l'Union européenne, c'est bien celui de l'aveuglement. Dans votre volonté frénétique d'élargir l'Union européenne aux pays des Balkans, volonté fédéraliste de soumission à l'OTAN, qui n'en demandait pas tant, vous oubliez l'un des dangers qui menacent notre civilisation.

Avant tout, comment passer sous silence le fait que le Kosovo n'est pas un pays reconnu par l'ensemble de la communauté internationale, ni même par toute l'Union européenne? En effet, cinq États membres, à savoir l'Espagne, la Grèce, Chypre, la Slovaquie et la Roumanie, ne reconnaissent pas le Kosovo.

Oubliées, pour la France, les promesses de campagne contre l'adhésion des Balkans à l'Union européenne faites par les députés français macronistes de Renew. Quel mensonge aux électeurs! Mais les Français s'en aperçoivent et sanctionneront ces *serial* menteurs. Plus largement, oubliées la corruption et la criminalité qui règnent dans les Balkans, qui seront autant de problèmes pour l'Union européenne. Oubliées les racines de ces peuples, arrachés à leur terre historique et parfois massacrés, comme le furent les Serbes. Oubliée l'islamisation rampante et agressive qui gangrène les pays instrumentalisés par la Turquie, adversaire déclaré des nations européennes. Face à la Turquie, je pense à la Grèce, qui fête aujourd'hui le 200e anniversaire de son indépendance, conquise à l'époque sur les Ottomans, avec l'aide notamment de la France. Oublié, enfin, le refus des peuples européens de ce projet qui broie les identités et écrase les classes moyennes.

La seule réponse aux problèmes que vous multipliez serait de prôner toujours plus d'Europe, toujours moins de frontières et finalement toujours plus de migrants. Telle la grenouille qui veut se faire aussi grosse que le bœuf, votre politique d'élargissement conduira cette Union européenne à la fin funeste de la fable de La Fontaine. Craignez que le Brexit n'en soit qu'un signe avant-coureur.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, already 12 years ago the Commission recommended to start the negotiations with North Macedonia and since then the country has done a tremendous job regarding EU integration. I would like to thank the rapporteur and my shadow rapporteurs for their great cooperation.

The report rightly commends North Macedonian authorities for the deep and many, and sometimes painful, reforms and it encourages them to further improve the rule of law and anti-corruption policies, to support civil society, strengthen women's rights and combat discrimination of minorities, including LGBTIQ, Roma and also the Bulgarian minority.

North Macedonia of course has to work on regional cooperation and resolving bilateral disputes, and the appointment of a special envoy to Bulgaria is a sign of willingness, but a solution requires cooperation from both sides. However, this bilateral conflict which is unfortunately ongoing cannot stand in the way of keeping our promise by kicking off the negotiations talk without further delay.

North Macedonian citizens have waited long enough. They deserve that we deliver. Let us grant them perspective. Let us prove our credibility.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, los Balcanes tienen más historia de la que pueden digerir. Esto lo decía Bismarck, creo, y, desde luego, vuelve a verse ahora, que estamos en un momento en el que se están bloqueando unos pasos absolutamente necesarios. Porque, mientras tenemos un agujero negro en los Balcanes Occidentales, tenemos una serie de potencias extranjeras que están entrando allí y cubriendo lo que debíamos haber cubierto nosotros hace tiempo. Tenemos a China, tenemos a Rusia y tenemos a Turquía dentro activamente, tomando posiciones, tomando las economías y tomando una fuerza que nos va a resultar después en una seria preocupación de seguridad.

Por eso, hay que hacer un llamamiento a la generosidad por parte de todos, a superar, por parte de todos -como digo, los cuatro candidatos y los vecinos-, esas diferencias porque necesitamos cohesión, necesitamos seguridad y necesitamos que ese agujero negro deje de existir.

Dorien Rookmaker (NI). – Madam President, I believe that the enlargement strategy that takes into account the benefits, costs and risks of all parties involved, facilitates prosperity and stability in the region, defends the geopolitical interests of the EU.

I am especially addressing my fellow members of the opposition on the left, right and in the back of this Parliament. We need our neighbouring countries to help us contain the ever-closer union aspirations of the leading parties in Parliament, especially when the EU terminates the veto right of Member States in the near future. Certain Member States are blocking the entrance into the EU of Albania, Kosovo and North Macedonia, which will only continue to create resentment, giving leeway to China and Russia.

I urge the Member States and politicians that are blocking this process to reconsider their stance. The EU needs to act fast and decisively if it wants to remain a credible factor in the Western Balkans.

Marion Walsmann (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft von Nordmazedonien und des westlichen Balkans liegt in der Europäischen Union. In Zeiten der Unsicherheit, die durch diese verheerende Pandemie verursacht sind, verhilft eine europäische Perspektive diesen Ländern zu mehr Stabilität.

Als stellvertretende Vorsitzende der Delegation EU-Nordmazedonien und Verhandlungsführerin des Jean-Monnet-Dialogs bin ich der Meinung, dass die Fortsetzung dieses politischen Dialogs in der *Sobranie* essenziell ist. Das ist das richtige Instrument zur Stärkung der demokratischen Kultur und des demokratischen Handelns. Dadurch wird ein gesundes politisches Umfeld für die notwendigen Reformen und die Umsetzung der EU-Vorgaben geschaffen.

Lassen Sie uns die Konferenz zur Zukunft Europas als Gelegenheit nutzen, um Nordmazedonien und den westlichen Balkan mit ins Boot zu holen, indem wir sie in die Debatte einbeziehen. Wenn wir über die Zukunft Europas sprechen, dann müssen wir auch über die Zukunft des westlichen Balkans sprechen.

Tonino Picula (S&D). – Madam President, today we are sending once again a clear message of support for countries wishing to join the European Union. The future of Western Balkans remains within a united European Union and we encourage them to continue the path of reforms towards European Union laws, standards and values. We in the S&D Group particularly insist that all countries in the region uphold fundamental rights and the rule of law, defend the freedom of media and fight corruption. We are and we will remain a reliable voice for enlargement in this House, but we will not compromise on these issues.

At the same time, the European Union should live up to its commitments, and therefore preserve its credibility, which has been under pressure during the ongoing pandemic and because of persistent blockage in the Council. Accession talks with North Macedonia and Albania, as well as a visa-free regime for Kosovo, should be implemented without delay. Upholding our values means not opening new chapters with Serbia without clear progress related to democratic standards, minority rights and fundamental freedoms.

To conclude, our engagement and commitment to the European future of the Western Balkans should remain a priority for the Union, not just side policy. In the turbulent times we are living in, we must keep in mind that enlargement is the most effective foreign policy instrument the European Union has to promote our values of peace, democracy, fairness and prosperity.

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin, werte Kollegen! Die EU-Erweiterung auf dem Westbalkan dürfte heute nicht zur Debatte stehen. Der Balkan ist ein höchst fragiles Gebilde, auf dem die Feindseligkeiten lediglich ruhen und jeden Moment wieder ausbrechen können. Sich dieses zusätzliche Konfliktpotenzial in die EU zu holen, ist purer Wahnsinn. Aber auch darüber hinaus gibt es unzählige Gründe gegen diese erneute Erweiterung.

Die EU hat so viele hausgemachte und ungelöste Probleme, denen sie sich zunächst einmal widmen müsste. Die Westbalkanländer haben – trotz aller Finanzhilfen – nach wie vor bisher keine kompatiblen Rechtssysteme, die Korruption ist nach wie vor vorherrschend, und die Justiz ist nicht unabhängig. Millionen von illegalen Migranten wurden einfach in die EU durchgewunken. Laut den Vereinten Nationen ist der Balkan darüber hinaus noch der Hauptlieferant für alle Schusswaffen oder illegalen Schusswaffen in Europa.

Das ist alles nur die Spitze des Eisbergs. Die EU sollte sich deshalb dringend vorrangig der Bewältigung ihrer eigenen Probleme widmen, statt sich noch weitere aufzuhalsen.

Romeo Franz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei meiner Kollegin für den exzellenten Bericht bedanken. Das Kosovo muss für seine Bestrebungen, in Zukunft ein EU-Mitglied zu werden, noch sehr viele Aufgaben erledigen. Dazu gehört natürlich auch, wie das Land mit seinen Minderheiten wie den Aschkali, den Roma und anderen umgeht und inwieweit es eine Inklusion und eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen für diese Menschen ermöglichen wird.

Die neue Kurti-Regierung wird sich nicht zuletzt auch in dieser Frage messen lassen. Aber die Bringschuld darf nicht nur einseitig gesehen werden – auch die EU muss jetzt bei der Visaliberalisierung liefern. Es kann nicht sein, dass das Kosovo als einziges Land auf dem Westbalkan von dieser Liberalisierung ausgenommen bleibt, obwohl es alle Bedingungen seit 2018 erfüllt hat. Wenn die EU nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren möchte und zur Stabilität des Kosovo beitragen möchte, muss sie diesbezüglich nun handeln. Gerade für die jungen Menschen wäre die Visabefreiung ein wichtiger Fortschritt.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, govoreći o zemljama jugoistočne Europe na njihovom putu u Europsku uniju pokazalo se jasno, u ovoj krizi, da im Europa sve manje ima za ponuditi.

Mogu li im se ponuditi demokratski standardi nakon što Europa ide u ubranu proceduru donošenja COVID putovnice, bez javne rasprave. Nažalost, vidio sam mnogo toga u hrvatskom parlamentu. Može li se ponuditi sloboda kretanja Schengena nakon uvođenja COVID putovnice, koja je sada minirana? To je opasan presedan koji može otići u diskriminaciju i segregaciju, jesu li to te europske vrijednosti? Već sada se u upravljanju ovom krizom, došlo do ozbiljnog potkopavanja ljudskih prava. Mogu li se tim zemljama ponoviti europski standardi, ako da, zašto onda Europska medicinska agencija odobrava cjepiva bez ikakvih nezavisnih studija, bez ikakvog znanja o dugoročnim efektima? Nažalost, to ono što danas vidimo.

U tom kontekstu odluka Ustavnog suda recimo Bosne i Hercegovine iz te jugoistočne Europe da je poštenje maski neustavno je napredna za brojne europske odluke i institucije.

Александър Александров Йорданов (PPE). – Г-жо Председател, г-н Комисар, Република Северна Македонија не изпълнява договора с България и продължава антибългарската кампания. Все още не е осъден геноцидът над българите по време на комунистическия режим, продължава политиката на смяна на идентичността на починали българи, дейци на културата и образованието, борци за свобода, както и кражбата на българското културно историческо наследство. Това, г-н Кючюк, г-н Комисар, са престъпления, а не спор за историята.

В Скопие не се говори македонски език, а език на омразата срещу българите и България. Предлаганото от социалисти и зелени изменение II е скандално и обидно за България. Колеги, не го подкрепяйте, не обиждате моята страна. Уважаеми колеги, България желае да приеме Република Северна Македонија в Европейския съюз, но след като тази страна се ваксинара срещу комунистическия корона вирус от миналото.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο οφείλουμε να στείλουμε τα σωστά μηνύματα προς όλες τις κατευθύνσεις και ιδιαίτερα προς τον λαό της Σερβίας. Θέλω να τονίσω ότι η ευρωπαϊκή προοπτική της χώρας θα αλλάξει τα μέχρι σήμερα δεδομένα, θα επηρεάσει θετικά τον τρόπο με τον οποίο οι πολιτικοί πολιτεύονται και συμπεριφέρονται στο εσωτερικό της χώρας και θα δώσει ελπίδα για ένα καλύτερο μέλλον σε όλους τους πολίτες της.

Είναι πολύ σημαντικό οι μεταρρυθμίσεις στη Σερβία να προωθηθούν με διαφάνεια και διάλογο με όλους τους ενδιαφερομένους, με εμπλοκή όλων των πολιτικών δυνάμεων της χώρας και της κοινωνίας των πολιτών. Με αυτό τον τρόπο, θα επέλθουν θετικές αλλαγές στην καθημερινότητα όλων των κατοίκων της χώρας, εξασφαλίζοντας νέες θέσεις εργασίας, με την απαραίτητη προστασία για τους μη προνομιούχους της κοινωνίας. Αυτό είναι πολύ σημαντικό, κυρίως για τη νεολαία, έτσι ώστε να παραμείνει στη χώρα και να πιστέψει σε ένα καλύτερο μέλλον. Οι περαιτέρω προοδευτικές μεταρρυθμίσεις στη Σερβία θα τη φέρουν ακόμη πιο κοντά στην Ευρωπαϊκή Ένωση, με αποτέλεσμα να συνεχιστεί απρόσκοπτα η ενταξιακή της πορεία.

Αναγνωρίζω ότι οι δυσκολίες παραμένουν και χρειάζεται ακόμη πολλή δουλειά και έμπρακτη εφαρμογή των συμφωνηθέντων. Ως Προοδευτική Συμμαχία Σοσιαλιστών και Δημοκρατών, θα συνεχίσουμε να αγωνιζόμαστε για τη δημοκρατική λογοδοσία, το κράτος δικαίου, την ελευθερία των μέσων ενημέρωσης, την καταπολέμηση της διαφθοράς, και θα συνεχίσουμε να προασπίζομαστε τη διασφάλιση και εφαρμογή των θεμελιωδών ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Καταληκτικά, υποστηρίζω πλήρως την ευρωπαϊκή προοπτική της Σερβίας: αναμένουμε να γίνουν γρήγορα βήματα για να βρεθεί όσο το δυνατόν πιο σύντομα εντός του ευρωπαϊκού οικοδομήματος.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, on Kosovo the European Union needs a unique position, but five Member States are still opposing recognition. Four are neighbours of the region, but the fifth? It's Spain. Why? What is Spain's problem with Kosovo? Colleagues, Spain's problem is not about Kosovo: it's the 'C' problem. 'C' as in Catalonia.

In a landmark decision on Kosovo, the International Court of Justice ruled that international law does not prohibit unilateral declarations of independence. This applies to Kosovo, but it also applies to Catalonia.

Spain's tantrum about Kosovo expresses their fear to set a precedent that threatens their sacred unity. The EU cannot have a unique position on Kosovo because Spain is obsessed that unity is more sacred than democracy and human rights. The unity of Spain is not sacred! It is, with the crown of the corrupt Borbón family, an imposition from the political will of General Franco, the only Fascist dictator never defeated in Europe. It is time to move on. Spain must recognise Kosovo and let Catalans decide about their future.

Miriam Lexmann (PPE). – Madam President, let me first thank my colleague Vlado Bilčik for his hard work on this file, and for vigorously supporting Serbia's path to the EU.

The creeping malign influence of the Chinese Communist Party and other authoritarian regimes across the Western Balkans is increasingly worrying. In particular, Chinese investments are emblematic of its growing malign influence in Serbia and elsewhere in the Western Balkans.

Chinese investment, as highlighted in the case of several heavy industry projects in Smederevo, Bor and Kostolac, as well as the tyre plant in Zrenjanin, lack transparency and sustainability, cause serious environmental damage, have negative impact on labour rights and have a corrosive effect on democratic governance. This is why it is important that the European Union takes this malign influence seriously, and works with the governments and civil society to help the countries of the Western Balkans to become more resilient to the negative impact of Chinese investments as part of their EU accession process.

Петър Витанов (S&D). – Г-жо Председател, по доклада за Република Северна Македония не желая да се конфронтираме с колегите от своята парламентарна група, защото досега винаги сме водили битките рамо до рамо, но днес тук мога да говоря само като българин.

Част от предложените изменения задълбочават съществуването на един проблем. Вземането на страна пречи на диалога и изостря конфронтацията. То се ползва от една страна в България от крайни фашизирани и националистически партии в предизборна кампания, а в Македония за допълнителен натиск върху всички онези хора, които имат българско самосъзнание. Ние сме „за“ напредъка на Република Северна Македония, но той минава само през зачитане и през уважение на добросъседските отношения. Българо-македонския диалог има нужда от динамо, не от динамит.

Andor Deli (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Biztos Úr! Ha ismerjük Szerbia jelentőségét a térségben, akkor tudnunk kell azt is, hogy a csatlakozás késleltetése ellentétes az EU saját érdekeivel is. Ezért mi a Fidesz delegációban mindig is azon dolgoztunk, hogy Szerbia a lehető legrövidebb időn belül az EU teljes jogú tagjává váljon. Ennek ellenére a baloldali képviselők által benyújtott módosítók miatt a jelentés szövege nélkülözi a kellő tárgyilagosságot. Megkérdőjelezi, például a tavalyi választások legitimitását, a szerbiai parlament összetételét, miközben ezekről a témákról Szerbia polgárai már határozott véleményt nyilvánítottak a választásokon. A jelentés kritikus hangon szól a szerb egészségügyről és a járvány kezeléséről, miközben oltások tekintetében Szerbia messze lekörözte azokat a tagállamokat, ahonnan ezek a kritikák érkeznek.

Inkább a saját udvarukban kellene sepregetni. Néhány uniós tagállam, köztük Magyarország már megtapasztalhatta, hogy az EP-jelentéseket a politikai ellenfelekkel való leszámolás eszközeiként használják. Azonban, ha ezt a módszert egy uniós tagjelölt ország ellen alkalmazzák, az nagyon rossz üzenet. Ezért a mi számunkra, a Fidesz képviselői számára elfogadhatatlan a Szerbiáról szóló jelentés.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, επιτρέψτε μου να αρχίσω ευχόμενος χρόνια πολλά στην Ελλάδα και στους Έλληνες, που γιορτάζουν σήμερα τα 200 χρόνια από την Ελληνική Επανάσταση η οποία οδήγησε σε ένα ελεύθερο ελληνικό κράτος.

Ο σεβασμός των ευρωπαϊκών ιδανικών και αξιών αποτελεί βασική προϋπόθεση για ένα ευρωπαϊκό κράτος. Υποστηρίζουμε πλήρως την ευρωπαϊκή προοπτική της Σερβίας και χαίρετιζουμε το γεγονός ότι αποτελεί κοινό στρατηγικό στόχο της κυβέρνησης αλλά και όλων των πολιτικών δυνάμεων της χώρας. Η ένταξη της Σερβίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση θα είναι προς όφελος όλων μας.

Θέλω να τονίσω ότι υποστηρίζουμε το άνοιγμα περισσότερων κεφαλαίων στις διαπραγματεύσεις μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Σερβίας, γεγονός που θα δώσει πρόσθετο δυναμισμό στη διαδικασία και επιπλέον κίνητρα και ενθάρρυνση στους Σέρβους πολίτες. Στην έκθεση προόδου καταγράφεται η κοινή βούληση όλων των πλευρών να επιταχυνθούν οι διαδικασίες των διαπραγματεύσεων, ώστε να καταφέρουμε να δούμε τη Σερβία σύντομα εκεί όπου ανήκει, στους κόλπους της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Kinga Gál (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Biztos Úr! Meggyőződésem, hogy a Nyugat-Balkán stabilitásának garanciája az európai integráció. És az EU érdeke egy prosperáló és saját határait hatékonyan védeni képes nyugat-balkáni térség. Ezért szorgalmazom a csatlakozási folyamat felgyorsítását. Az országjelentések közül, ma sok mindent hallottunk itt ezekről, egy másik szempontra hívnám fel a figyelmet. A szerbiai jelentés ezúttal az eddigiektől eltérően feltűnően kritikus, egyoldalú hangot üt meg a jobboldali-konzervatív kormánnyal rendelkező Szerbia esetében. Pedig az ország a térségben stabilizáló tényező, békés rendezésre egyértelműen törekszik.

A szomszédaival való kapcsolatok terén jelentős előrelépéseket tett, derekasan védi az Európai Unió külső határait, és a világválság ellenére gazdasága kiválóan teljesít. Egyik úttörője a Covid elleni áttörtségnek. Ugyanakkor, megnézve alaposan a többi jelentést, a baloldali vezetéssel rendelkező Észak-Macedónia, Albánia, vagy Koszovó tekintetében a jelentések sokkal megengedőbbek, amiben az Európai Parlamentben oly gyakran alkalmazott kettős mércét látom újra. Ez eltérő mércékkel mérés. A politikai alapú hozzáállás nem segíti a Nyugat-Balkán stabilitását. Az Unió elfogadottságát kérdőjelezzük meg ezekben az országokban.

Olivér Várhelyi, Member of the Commission. – Madam President, I thank all the Members of this House for the continued very strong support for the European perspective of the whole Western Balkans region. Now more than ever we must show that the EU will continue to stand with our Western Balkan partners and to support the whole region during this pandemic.

The future of the Western Balkan region lies in the European Union. It is not only their interest, it is our interest. They are surrounded by EU Member States, they are integrated and getting even more integrated into our economies but also into our societies. The region is clearly committed to an EU path. Now it is time for us also to deliver. As you know this Commission is very heavily committed to deliver on this promise and we need the support of the Member States, we need the support of this House, to be able to move on and move fast.

Ana Paula Zacarias, *Presidente em exercício do Conselho*. – Senhora Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, Senhor Comissário, agradeço-vos este debate proveitoso e pelo empenhamento construtivo do Parlamento Europeu na região dos Balcãs Ocidentais. Gostaria também de manifestar a minha sincera gratidão pelo excelente trabalho e pelo empenho dos relatores, de todos estes relatórios tão importantes que aqui foram hoje apresentados.

Neste ano tão difícil, marcado pela pandemia, continuaremos a trabalhar em todas as áreas para apoiar os parceiros dos Balcãs Ocidentais no seu percurso europeu.

A realização de reformas é crucial. Os progressos realizados estão a ser cuidadosamente acompanhados e incentivamos os dirigentes políticos a continuar a trabalhar com entusiasmo e empenho para o bem dos seus cidadãos, para assegurar um diálogo construtivo na região, o seu desenvolvimento económico e social e o seu percurso de adesão à União.

Posso assegurar-vos que a Presidência continuará a trabalhar nesta área, continuará a congratular-se com todos os progressos que forem sendo alcançados pelos países candidatos, apesar das diferentes circunstâncias e dos difíceis momentos que atravessamos. Reiteramos o nosso compromisso com o processo de adesão dos Balcãs Ocidentais à União.

Todos sabemos que este é um caminho difícil, complexo. Sabemos que há ainda muito para fazer em termos das necessárias reformas, particularmente na área das reformas da administração, dos sistemas judiciais, da luta contra a corrupção, no respeito pelo Estado de Direito e pelos valores fundamentais, mas este diálogo é fundamental para a União e para os países dos Balcãs.

A pandemia veio demonstrar a importância e o valor de nos mantermos unidos e de respondermos em conjunto a estes desafios comuns que são de todos nós.

Die Präsidentin. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 25. März 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – D'une manière générale, je ne suis pas favorable à ce que la reconnaissance du Kosovo comme un État indépendant soit une condition sine qua non imposée à la Serbie en vue d'une éventuelle adhésion à l'Union européenne – quelle que soit l'opinion que l'on porte quant à cet élargissement sur le fond. En effet, à l'heure actuelle, cinq États membres de l'Union européenne ne reconnaissent toujours pas le Kosovo, dont l'Espagne. Dans le monde, ce sont des puissances comme l'Inde, la Russie, ou encore la Chine qui maintiennent une position similaire. Par ailleurs, l'actualité récente ne plaide pas en faveur de la normalisation des relations avec la Serbie, en dépit des accords de Washington signés sous l'égide de Donald Trump. En témoigne la déclaration récente d'Albin Kurti, à nouveau Premier ministre kosovar, à Euronews, par laquelle il affirmait qu'il voterait favorablement à un éventuel référendum portant sur l'unification de l'Albanie et du Kosovo. Enfin, l'attitude de la Turquie lors de la polémique relative à l'installation d'une représentation diplomatique kosovare à Jérusalem, dans la foulée des accords de Washington susvisés, a mis en évidence l'ingérence croissante d'Erdogan dans les Balkans.

Guido Reil (ID), *schriftlich*. – Nach dem Internationalen Währungsfonds ist ein Narco-Staat ein Land, „in dem alle rechtmäßigen Institutionen von der Macht und dem Reichtum des illegalen Drogenhandels durchdrungen sind“. Albanien ist ein Narco-Staat, denn in diesem Land sind Drogenhandel und politische Macht sehr verstrickt. Drogenbosse sind mit der politischen Elite vernetzt und beeinflussen maßgeblich die Entwicklung Albaniens. Dieser Narco-Staat versorgt unter anderem Deutschland mit Cannabis und Kokain. Auch der regierenden Sozialistischen Partei werden Korruption und Verbindungen zum organisierten Verbrechen vorgeworfen. Viele junge Leuten sind gefangen in einem Netz von Armut und Korruption. Sie haben keine Hoffnung auf Verbesserung und wollen das Land verlassen. Es gibt nirgendwo so viele EU-Anhänger wie in Albanien. Die meisten Albaner wollen einen EU-Beitritt. Ich glaube aber nicht, dass ein Beitritt in unserem Interesse ist. Korruption und kriminelle Machenschaften werden belohnt. Ein Beitritt führt zu noch mehr Armutsmigration. Darüber hinaus wird ein Beitritt den *brain drain* noch verschärfen. Es gibt viele Beispiele: Rumänien, Kroatien, Bulgarien. Übrigens wird der Grüne Deal die bestehenden politischen Gräben zwischen wes-

teuropäischen und osteuropäischen Staaten noch vertiefen. Wir sollen über andere Lösungen nachdenken.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Το μέλλον των Δυτικών Βαλκανίων βρίσκεται στην Ευρώπη. Η πλειοψηφία των πολιτικών δυνάμεων αυτού του Κοινοβουλίου συμφωνεί με αυτή την προοπτική. Κάθε χώρα και κάθε υποψηφιότητα όμως θα κριθεί ξεχωριστά. Η πορεία των μεταρρυθμίσεων και η εκπλήρωση των κριτηρίων ένταξης προφανώς διαφέρει από χώρα σε χώρα. Πρέπει να δώσουμε στήριξη στις υποψήφιες χώρες των Βαλκανίων· αλλά και οι υποψήφιες χώρες οφείλουν να αναλάβουν τις αναγκαίες δεσμεύσεις και να υλοποιήσουν τις απαραίτητες μεταρρυθμίσεις. Οι σχέσεις καλής γειτονίας είναι καθοριστικής σημασίας για την πορεία των ενταξιακών διαπραγματεύσεων. Πολλοί ζητούν να ξεπεράσουμε τις περιφερειακές διαφορές και το δύσκολο, κάποιες φορές, παρελθόν και να επικεντρωθούμε στο μέλλον. Αυτό, όμως, δεν μπορεί να γίνει εις βάρος της ιστορίας. Εάν δεν επιλυθούν οι εκκρεμείς διαφορές, εάν απλώς «κρύψουμε τα προβλήματα κάτω από το χαλί», είναι βέβαιο ότι θα βρεθούμε αντιμέτωποι με νέες διενέξεις στο μέλλον.

(Die Sitzung wird um 13.02 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 14.33)

10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

11. Mord an Daphne Caruana Galizia und Rechtsstaatlichkeit in Malta (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione della Commissione sull'assassinio di Daphne Caruana Galizia e sullo Stato di diritto a Malta (2021/2611(RSP)).

Ricordo a tutti gli onorevoli e le onorevoli colleghe che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come già nelle precedenti tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di rappresentanza del Parlamento presso gli Stati membri.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank you for inviting the Commission to this debate. The Commission has always condemned the brutal assassination of Daphne Caruana Galizia in the strongest possible terms. It was a shocking event and a stark reminder that the safety of journalists is not a given, even in a democratic European Union. The right of a journalist to investigate, ask uncomfortable questions and report, is at the heart of democracy. It needs to be guaranteed at all times.

The Commission is closely following the developments in the criminal investigation regarding the murder of Daphne Caruana Galizia. We have repeatedly stressed the need for those responsible for her assassination to be brought to justice, without any political interference. The Commission has also welcomed the ongoing public inquiry as a positive aspect, as it also gives the possibility to civil society in Malta to monitor developments and to play a role in defending the rule of law. And indeed, the inquiry praised a strong public demand for a strengthened capacity to tackle corruption and wider rule-of-law reforms.

The work of Daphne Caruana Galizia unveiled patterns of corruption, fraud and money laundering. Recent events resulting from a magisterial inquiry that was inspired by Daphne's work are very symbolic. They show the value and importance of media freedom in a free and open society, and today they also show that the prosecution and justice system in Malta can work. We all, and particularly her family, expect that justice be ultimately fully served.

The 2020 rule-of-law report acknowledges that a number of significant reforms of the Maltese justice system were adopted last year. In particular, the reforms of the system of judicial appointments and of disciplinary proceedings aim at strengthening judicial independence and the system of the separation of powers. They also aim at responding to some of the Venice Commission's recommendations and the recommendations from the European Commission and from the Council in the framework of the European Semester. Also a prosecution service under the authority of the Office of the Attorney General, and fully separate from the State Advocate, has been set up and these are all steps in the right direction. But important concerns remain as regards the efficiency of the justice system – the judicial proceedings being very long at all levels, and in all categories of cases.

As regards the anti-corruption framework, it still lacks a track record of securing convictions in high-level corruption cases. We take note that authorities have launched broad reforms to address gaps and strengthen the institutional anti-corruption framework, including law enforcement and prosecution. The effective implementation of these reforms will show the extent to which the Maltese Government has addressed the recommendations from the Venice Commission and the group of states against corruption – GRECO – in addition to those from the European Commission.

The assassination of Daphne Caruana Galizia was widely seen as an attack on the free press. It triggered concerns about media freedom and the safety of journalists in Malta and beyond. We see the increasing number of threats against investigative journalists online and offline across the whole of Europe. And this is why we need to act. The Commission is now working on a recommendation to Member States on the safety of journalists. On Tuesday I opened the first ever European news media forum with a dialogue on the safety of journalists. Several Members of the European Parliament participated in this event and today it is Matthew Caruana Galizia, the son of Daphne Caruana Galizia and the director of the Daphne Caruana Galizia Foundation, who is delivering the closing address at this event.

Other areas of concern regarding the media in Malta include the effective independence of the media regulator. The ownership, control or management by the two main political parties in Malta of multiple Maltese media outlets continues to have a significant impact on the Maltese media landscape. The reforms of institutional rules, such as limiting the role of the Prime Minister in the appointment of independent commissions, aim at strengthening the overall system of checks and balances and at responding to some of the recommendations made by the Venice Commission.

In light of these findings, the Commission has called on the Maltese authorities to do three things in particular. One, continue with its reform efforts. Two, ensure a wide consultation of society on these reforms. And three, ensure a proper implementation of the reforms already adopted.

The Commission has underlined the need for an inclusive approach when preparing and adopting structural reforms that have a strong impact on the rule of law. It is also important to follow the recommendations from the Council of Europe. Such reforms can only succeed when support for them is widespread in the society. This is why it is vital that all relevant actors, including civil society organisations and the people, have their say. The Commission is in contact with the Maltese authorities in the spirit of sincere cooperation in order to support reform steps.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, when Daphne Caruana Galizia was assassinated in a horrific car bomb in October 2017, it was clear that she could only have been killed because of what she wrote or because of what she was about to write. For years, she had been exposing corruption in power right up to the office of the prime minister himself.

Since then, the judicial process has been moving slowly but surely. We recognise that. But the public institutions remain politically captured and the political consequences have been totally absent, until now. This is a matter of major concern for us.

New developments in court are deeply disturbing: a former minister and deputy leader of the ruling Labour Party has been named by one of the killers as having known about the plot and tipped off the killers. And just this week, on Tuesday, the two other killers also offered information about the involvement of ministers. This means that the ruling party knew about the plot to kill Daphne. I have no words to describe how shocking this is. When I hear these things I ask myself: how is this possible in today's European Union?

But what is even worse is that there have been no consequences at all for the moment, no arrests, no resignation, no political consequences, nothing. It's as if nothing has happened in Malta, and this is unacceptable for the European Union of today.

When public institutions are politically captured, they obstruct justice instead of serving justice. This becomes a problem of rule of law, not only for Malta, but for all of us. And this is why we are seriously worried about what is happening today in Malta, because the government is not allowing the institutions to work, because the people who should be brought to justice are part or were part of the government itself.

I repeat: this is unacceptable. So we expect the Maltese Government to clean up its house because these things are not acceptable. The EPP stands with the people of Malta in their fight for justice.

Elena Yoncheva, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, l'état de droit doit être une priorité pour chaque État membre, et personne ne doit fuir un tel débat. C'est la clé de la confiance mutuelle.

Le destin tragique de Daphne Galizia nous a tous secoués. Nous avons insisté sur une action décisive pour ne plus jamais être témoins de ce qui est arrivé à Daphne. À Malte, nous voyons déjà un désir de changement, et il y a également un procès en cours. Je crois personnellement que justice sera rendue prochainement. Nous le devons à la famille de Daphne, aux journalistes en Europe et à tous les citoyens européens.

Vous voulez également que nous adoptions une résolution. Nous l'adopterons. Mais je vous demande: que faisons-nous avec la Bulgarie, la Hongrie, la Slovaquie? Souvenez-vous: nous avons récemment adopté une résolution à propos de la Bulgarie dans cette même salle. Que s'est-il passé en Bulgarie après cela? Rien. Rien ne s'est passé. Le premier ministre bulgare n'a jamais commenté la résolution. Je voudrais demander à mes collègues du PPE combien de temps l'état de droit sera une question de mathématiques politiques?

Enfin, ma question à la Commission est la suivante: quand va-t-elle commencer à utiliser le règlement pour lier l'état de droit au budget? Combien de temps allez-vous serrer la main de dirigeants comme Orbán et Borissov, qui détruisent le fondement de nos sociétés démocratiques?

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, let me start by saying that the rule of law is not a partisan issue, and let's also establish that there isn't a single political family, not a single political family, that is immune to corruption and wrongdoing.

I welcome the progress made recently in the judicial proceedings. Finally, we have one conviction. We have several high-profile arrests in the cases that Daphne Caruana Galizia was investigating. But I also conclude that it's all taken far too long; that too much time has been allowed for the destruction of evidence, thanks to years of inertia and inaction; and that I regret to note that judges may now have to rely on the testimonies of criminals who will get pardoned in return, just for the judges to be able to build their cases. That is not real justice.

I also welcome the process of institutional reforms that has been set in motion. But I also conclude that the political culture has not yet sufficiently changed. I'm concerned that there is too little reform in the internal culture of the political parties, and it's not a partisan issue. It is an issue of common concern.

The need for political responsibility has already been mentioned, but I would also like to emphasise the need for the selection procedures, the vetting procedures for candidates for high political offices to be reviewed, because I still get too many signals of corrupt practices. I'm quite surprised to know that there is somebody who has now temporarily stepped down as a minister, who was taking cash – large cash payments – when having dinner in a restaurant, and that person is now being investigated by an ethics committee. Now, I cannot judge the details. I don't want to judge. But I would say against the backdrop of everything that's happened, an ethics committee may not be the appropriate procedure.

We, in the Democracy, Rule of Law and Fundamental Rights Monitoring Group, will continue to monitor the situation, to work towards strengthening the rule of law, and we will do that together with all the people of Malta, as Europeans, shoulder to shoulder.

Maximilian Krah, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einem Land, das die Meinungsfreiheit wohl einschränkt durch sein korruptes System, und es ist nicht Ungarn, es ist nicht Polen – es ist Malta. Das erklärt vielleicht auch, dass es doch relativ sanft ist, was hier vorgeschlagen wird, dass nicht darüber nachgedacht wird, EU-Zahlungen einzuschränken, wie in Fällen von Ländern, wo keine Journalisten umgebracht werden.

Malta ist ein Land, das abwechselnd von Sozialdemokraten und Christdemokraten regiert wird und wo sich seitdem – oder vielleicht gerade deshalb – ein System und ein Dickicht von Korruption und Kriminalität herausgebildet hat. Es geht hier eben um einen Mord. Nachdem dieser Mord die Zivilgesellschaft aufgerüttelt hat, ist jetzt der Polizeipräsident zurückgetreten, haben wir festgestellt, dass der Chef der Bankenaufsicht Schmiergelder einer Bank, die er überprüfen sollte, angenommen hat, und ist klar geworden, dass sich in Malta ein Geflecht von Politik, Kontrollinstitutionen, Polizei und Geschäftswelt herausgebildet hat, das mit einer freien Marktwirtschaft, mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun hat, sondern eher an eine Drittwelt-Oligarchie erinnert.

Und die Frage ist: Wieso so verhalten? Oder umgekehrt: Wieso so aggressiv, wenn es gegen konservative Länder geht, wo komischerweise keine Journalisten umgebracht werden, wo Sie aber jede Art und Weise von irgendwelchen Einschränkungen der Pressefreiheit – ob bestehend oder nicht – dazu zum Anlass nehmen, regelrechte Strafexpeditionen zu fordern? Es ist diese elende Doppelmoral der hier tonangebenden Fraktionen, die unsere gesamte Europäische Union in Misskredit bringt und die Fragen aufwirft, wie ehrlich Sie es meinen.

Malta, liebe Frau Kollegin in 't Veld, ist eben nicht das Problem aller Gruppen hier im Hause. Malta ist das Problem der etablierten Gruppen hier im Hause – der Sozialisten und der Christdemokraten: Es ist ihre Korruption, es ist ihre Geschäftshuber-Wirtschaft, es ist ihr Dickicht der Korruption, das Daphne Caruana Galizia in die Luft hat sprengen lassen. Nicht unsere, nicht die von Herrn Orbán und nicht die von Herrn Kaczyński.

Wir sollten den Mut haben, die Verantwortlichkeiten zu benennen. Und die Verantwortlichkeiten haben etwas mit Machtsicherheit und Arroganz, mit zu langer Nichthinterfragung der eigenen Position zu tun. Und das ist das Markenzeichen von Sozialisten und Christdemokraten, aber nicht von konservativen bürgerlichen Erneuerungsbewegungen, die sie sonst immer angreifen, um von ihrem eigenen Versagen, der eigenen Korruption und dem eigenen Machtmissbrauch abzulenken.

Endlich kümmern wir uns um Malta – jawohl. Aber wir tun es viel zu sanft, und wir tun es nicht forsch genug. Angemessen wäre hier das, was wir den Polen und den Ungarn nachtragen – nämlich dass wir fordern, die Zuwendungen der Union an dieses Land zu beenden, wenn nicht endlich aufgeräumt wird. Diese Aufforderung geht an die hier tragenden Mehrheitsfraktionen: Räumen Sie bei sich auf, damit keine Journalisten mehr sterben müssen.

Gwendoline Delbos-Corfield, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, nous sommes à Malte. Celui qui était Premier ministre jusqu'en janvier 2020, Joseph Muscat, a participé à des échanges de mails avec son chef de cabinet, Keith Schembri, où il était question d'entraver, de paralyser le travail d'une journaliste par l'accumulation de poursuites en diffamation.

Cette journaliste, c'était Daphne Caruana Galizia. Elle enquêtait sur des affaires de corruption, notamment dans le domaine de gros appels d'offres publics en matière d'énergie. Le chef de cabinet en question a ensuite été désigné par un des suspects comme un possible complice de la commande du meurtre. Et puis, aujourd'hui, depuis samedi, il fait face à de graves accusations de corruption par la justice. Le Premier ministre, quant à lui, a tenté de conclure prématurément l'enquête publique et l'enquête policière à plusieurs occasions.

Nous sommes à Malte. En novembre 2020, l'ancien ministre de l'énergie a refusé de répondre à plus de 100 questions dans le cadre de l'enquête publique. L'ancien ministre de l'économie a vu son nom circuler parmi les suspects. Une députée a reçu à plusieurs occasions de l'argent en cash. Des politiciens, des hommes d'affaires, des fonctionnaires, un nombre considérable de personnes semblent avoir des connexions avec ceux qui ont préparé et perpétré ce meurtre.

Nous sommes à Malte. Le 16 octobre 2017, Daphne Caruana Galizia était assassinée un meurtre prémédité, organisé, financé, et on peut craindre une implication jusqu'au plus haut niveau de l'État. Justice et police ont été entravées parfois, au point qu'Europol s'est demandé s'il fallait continuer à collaborer.

Nous sommes à Malte. On peut, avec beaucoup d'argent, y acheter la citoyenneté européenne; on peut être trafiquants, criminels, on peut être un exilé fiscal, on peut être terroriste, on ne vous posera pas de questions, si vous avez l'argent, comme à Chypre, comme en Bulgarie, comme dans divers endroits. Voilà la valeur de la citoyenneté européenne. Nous sommes à Malte; nous sommes dans l'Union européenne.

Assita Kanko, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as Mr Weber also just pointed out, it's very hard to imagine that this is happening inside the European Union. To me, it's even harder to imagine when I discussed with people I grew up with in Burkina Faso about what is happening here in the continent of enlightenment, while we're travelling around the world to show everyone how to respect human rights. We knew inside the EU for years that there was something rotten in the state of Malta and yet it was continually ignored or diminished. In recent days and weeks we have seen the highest echelons of government implicated in the murder of a journalist.

We can never bring back Daphne Caruana Galizia to her husband and children, but we can bring them justice. We must bring them justice. We can show that Europe has learned its lessons. No corner of the EU must be free from scrutiny of the rule of law. It makes no difference whether you are a conservative, a liberal or a socialist. We are all equal in the eyes of democracy and the law. As long as we treat the rule of law as a political football we will chip away at our own credibility and authority, both at home and on the global stage.

We have discussed in this Chamber the shortcomings of governments on the right, but we failed miserably in this House to discuss Malta, due to its origins being on the left. Let's never repeat the mistake. I hope that finally justice is delivered for the family of Daphne Caruana Galizia. I hope that the truth is delivered for our citizens and I hope that journalists will never live in fear of writing their story in our territories.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, είναι 25 Μαρτίου σήμερα. Η πατρίδα μου και οι απανταχού Έλληνες και φιλέλληνες τιμούμε τα 200 χρόνια από την επανάσταση των σκλαβωμένων Ελλήνων και Ελληνίδων. Σήμερα, η Ελλάδα τιμά τα 200 χρόνια από την έναρξη του αγώνα της εθνικής της ανεξαρτησίας και της δημοκρατίας. Είναι μια πολύ μεγάλη ημέρα για όλους τους Έλληνες και για όλους εσάς που, πιστεύω, είστε φιλέλληνες.

Ο εθνικός μας ύμνος, αγαπητοί συνάδελφοι, είναι ύμνος για την ελευθερία και τη δικαιοσύνη, που, δυστυχώς, είναι και σήμερα ζητούμενο σε πολλές από τις χώρες μας και ειδικά εδώ στην Ευρώπη. Στην Ουγγαρία, στην Πολωνία, στη Σλοβενία, στη Μάλτα, στην Ελλάδα, στην Ιταλία υπάρχει πολύ σοβαρό θέμα με τον Τύπο. Εδώ, όμως, μιλάμε για τη δολοφονία ενός ανθρώπου, μιας γυναίκας δημοσιογράφου που ερευνούσε και εργαζόταν για την αλήθεια. Συζητάμε για το αναφαίρετο δικαίωμα στη ζωή.

Δεν γίνεται να μένουμε άπραγοι μπροστά σε αυτή τη φρικτική πραγματικότητα της δολοφονίας ερευνητών δημοσιογράφων, επειδή βγάζουν στο φως υποθέσεις κυβερνητικής διαφθοράς. Δεν θα σταματήσουμε μέχρι να οδηγηθούν ενώπιον της δικαιοσύνης όλοι οι υπεύθυνοι. Και βεβαίως, δεν μπορούμε εμείς απλώς να καταγράψουμε. Οφείλουμε να αναλάβουμε δράση, να λάβουμε μέτρα. Οφείλουμε, νομίζω, όλοι εμείς οι βουλευτές του δημοκρατικού τόξου, όλοι ανεξαιρέτως, να στηρίξουμε και να πιέσουμε θεσμικά να πιέσουμε τα θεσμικά μας όργανα να παράσχουν ουσιαστική στήριξη κάθε μορφής ερευνητικής δημοσιογραφίας, που είναι πολύτιμος σύμμαχος για τη δημοκρατία. Η μάχη για τη δημοκρατία, τη δικαιοσύνη και το κράτος δικαίου είναι μια μάχη για την ψυχή και το αύριο της Ευρώπης που όλοι αγαπάμε.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, perché è stata uccisa Daphne Caruana Galizia? Perché scriveva. Scriveva senza censura dei traffici illegali che coinvolgevano anche importanti cariche istituzionali maltesi.

Le inchieste della giornalista riguardavano, tra l'altro, la corruzione e la vendita dei passaporti d'oro e il contrabbando del petrolio, affari in cui si arriva al coinvolgimento di membri del governo, a opachi intrecci societari e a legami con le mafie italiane. Ma le indagini sono difficili per la scarsa indipendenza del sistema investigativo e giudiziario dal governo maltese.

Inoltre Malta, in quanto Stato membro dell'Unione europea, è tenuta a cooperare con gli organi inquirenti degli altri Stati: ma le risposte che vengono date arrivano con estrema lentezza e difficoltà. In particolare vengono riscontrate difficoltà oggettive a ottenere collaborazione rispetto alle misure più incisive per contrastare proprio forme gravi di criminalità organizzata, come le intercettazioni telefoniche e telematiche.

Questa situazione non è accettabile: Malta deve mostrare con azioni concrete di voler combattere la criminalità. Lo Stato, tutti gli Stati, l'Unione europea, noi abbiamo l'obbligo di portare avanti le battaglie di Daphne per giustizia e legalità.

Esteban González Pons (PPE). – Mr President, Daphne Caruana was not a remote victim of an incident. She was the target of a criminal organisation of corruption and fraud, plotted from and by the very top of the Maltese Government. For years those in power have tried to transform Malta into a paradise for dark business and golden business. For years they have tried to establish a code of silence and fear. But enough is enough. Malta deserves better. The European Union must do something.

We demand the Maltese Government to take full responsibility in this case. Criminals must be brought to justice: those who killed Daphne, but also those who gave them instructions and political protection. Protecting killers of a journalist from the government – *from* the government – is one of the most serious attacks on the rule of law. The Maltese Government should be aware, if they don't help to solve the murder of Daphne Caruana, this Chamber will have to act, and it will not be just a simple resolution. And we demand to our friends the Social Democrats in this Chamber to break all ties with the Maltese Labour Party, because this party is protecting the killers of Daphne. I say it again, killers! And this is shameful for the Social Democrats and for the whole Chamber.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Alfred Sant (S&D). – Mr President, in past speeches to this plenary my comrades and I promised that the Labour government in Malta would relentlessly strive to find the murderers of Daphne Caruana Galizia and bring them to justice. That promise is still valid and it is being fully honoured. The road has been longer than we've anticipated, but it is still being followed.

Shocking discoveries have been made. Some have got close to the bone, but there have been no let-ups. Other discoveries may still be made about them too. There will be no indulgence: that this is so, the Robert Abela administration in Malta has given more than enough assurances and it will continue to deliver on its promises.

Meanwhile, it has also been carrying out institutional reforms that respond to what the Council of Europe and EU institutions, including this House, have called for. But there is a time for political initiative and action. There is a time for the police to investigate and prosecute and there is a time for the courts to judge. This debate has been called at the same time that crucial evidence about the Caruana Galizia murder and more is being given in a court of law.

In this House, in the past, the Malta Government was criticised for not having yet prosecuted perpetrators of the murder. Now we are there and there should be no place for political or other intervention in the judicial process. We claim, as one of our basic values, that the full separation should be observed between the judicial, executive and legislative arms of government.

Yet this debate is quite clearly intruding hugely in judicial processes that have been making slow but spectacular progress. It brings no value-added to the rule of law or to justice.

Quite rightly, in the past, this House kept back from discussing lengthy controversial cases arising in the judicial system of Member States, such as the Sarkozy case in France and the Bárcenas-Gürtel scandal in Spain. So why are two weights and two measures being applied today?

I can only repeat one assurance. There will be full justice, without fear or favour, towards all those guilty of the atrocious murder of Daphne Caruana Galizia.

Michal Šimečka (Renew). – Mr President, indeed the assassination of Daphne Caruana Galizia was an exceptionally gruesome and vicious crime that at the time very few in Europe thought was possible. It awoke everyone all over Europe to some serious rule-of-law problems in Malta, but also more broadly, to the importance of investigative journalism, media freedom and the rule of law.

And after what happened to her, but also Ján Kuciak in Slovakia, we can never become complacent about the safety of journalists in Europe. Yet still, even today, we see people in power in several Member States verbally attacking journalists and complaining about media scrutiny. So today, step by step – although it's taking too long – the work of Daphne Caruana Galizia has been vindicated in Malta and, as has been said, her family is entitled to justice and the full truth behind the murder, but also all journalists in Europe are entitled to a safe and free environment to pursue their hugely important work.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Mr President, Europe has a responsibility for Daphne Caruana Galizia. It is our responsibility to ensure justice for Daphne, because Daphne fought for our common European values, for the rule of law, for democracy and for tax justice. When Daphne was murdered the extensive problems around corruption and money laundering that she investigated for so many years did not disappear. On the contrary, these problems are still structural problems in Malta. So as Europeans we must continue Daphne's fight. The continuation of her cause means at least two things.

First, we must urge the Maltese institutions to hold every single person accountable that was involved in the murder of Daphne. The same applies to the cases of high-level corruption Daphne reported on. And let me be clear on this, the role of Joseph Muscat must be fully investigated. Justice for Daphne: that means that every person must be held accountable, no matter how powerful he is.

And second, we have to address the structural problems of corruption and money laundering in Malta. Also on this point I want to be clear. The system in Malta is still rotten. Some improvements have been made, but the big tidying-up still needs to happen. Also, the recommendations of the Venice Commission have not been implemented yet, as the Council of Europe rapporteur Pieter Omtzigt demonstrated recently in a follow-up report.

A culture of impunity for financial crime persists. Parliamentary reform and the effective protection of journalism against lawsuits is equally outstanding. As the European Parliament, we cannot accept this, and therefore I call on the European Commission to hold Malta accountable when it comes to infringements of EU law. The passport issue is not enough. It's also about public procurement, financial supervision, environmental law. So what Europe can and should do for Daphne today is to make sure that her work was not in vain. Europe must do everything it can to continue her fight, for Daphne, for the people in Malta and for the rule of law in our common European Union.

Elżbieta Kruk (ECR). – Panie Przewodniczący! Groźby i ataki na dziennikarzy stały się dziś częścią ich pracy. Nękanie dziennikarzy to coraz częściej metoda uciszania mediów. Poziom wolności prasy obniżył się na całym świecie, a, jak widać, Europa też już nie jest dla dziennikarzy azylem. Tymczasem bezpieczeństwo, w szczególności dziennikarzy śledczych, leży w żywotnym interesie społeczeństw demokratycznych.

Maltanka Daphne Caruana Galizia została zabita przez płatnych morderców w związku ze swoją pracą reporterską. Pisała o korupcji zarówno w środowisku biznesowym, jak i w kręgach władzy. Choć śledztwo w tej sprawie doprowadziło do aresztowania podejrzanych, wydaje się, że nie wszystkie zamieszane w sprawę osoby – sprawcy lub ich wspólnicy – zostały aresztowane i oskarżone. Nie wszystko jeszcze wiemy. Wiemy natomiast, jak wysoko mogła sięgać badana przez dziennikarkę afera korupcyjna. Tylko wówczas, gdy prawda o tym zabójstwie zostanie w pełni wyjaśniona, praca, za którą Daphne Caruana Galizia zapłaciła najwyższą cenę, nie pójdzie na marne. Rozwiązanie tej sprawy ma daleko idące konsekwencje dla poszanowania praworządności i problemu korupcji w ogóle. Nie możemy pozwolić na zabijanie niewygodnych dziennikarzy, by zamykać im usta.

Jest jednak jeszcze inna kwestia dotycząca mediów. Kiedyś spełniały funkcję kontroli społecznej nad pozostałymi władzami, aby nie dochodziło do nadużyć i korupcji. Ale czy dziś zawsze pełnią tę funkcję? Mówi się wszak o nich jako o czwartej władzy, choć nie z wyboru i bez kontroli. Warto o tym pamiętać, choć zdaję sobie sprawę, panie Przewodniczący, że to inna debata, ale może warto taką również podjąć.

Marisa Matias (The Left). – Senhor Presidente, Caros Colegas, Caras Colegas, três resoluções parlamentares sobre Daphne Caruana Galizia e sobre o Estado de Direito em Malta, quatro missões parlamentares das quais saíram muitos dados, todas elas realizadas em Malta, dois debates em plenário onde debatemos as questões relacionadas com Malta, com o Estado de Direito e com o assassinato de Daphne Caruana Galizia. E continuamos exatamente como começámos ou muito perto do que começámos.

Qual é a nossa legitimidade quando todos os meses trazemos aqui, no debate de urgências, casos de violação do Estado de Direito, de assassinato de jornalistas em outras partes do mundo, defendemos a aplicação de sanções a estes países, mas deixamos que tudo continue a acontecer em Malta.

A corrupção em Malta não é de hoje e a gestão da corrupção pelo poder político também não é de hoje: casos de corrupção e lavagem de dinheiro que não são investigados, em relação às quais não se vê nenhum progresso, ou morosidade nos casos em que há progresso, como aconteceu recentemente, ainda bem, mas muito, muito lentamente.

Os criminosos responsáveis pelo assassinato foram perdoados pelo Presidente ou aguardam decisão. Não haverá justiça para dar a Daphne Caruana Galizia enquanto os responsáveis pelo seu assassinato não forem condenados e não haverá nenhuma capacidade de nos olharmos ao espelho enquanto não percebermos que o combate à corrupção e a liberdade de imprensa são mesmo para ser levados a sério.

Balázs Hidvéghi (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Daphne Caruana Galizia máltai újságíró nő halálának ügyében évek óta folyik a nyomozás. Ez alapján egyértelmű, hogy a politikai gyilkosság szálai a baloldali máltai kormány legmagasabb szintjéig vezetnek el. Ehhez képest, az európai baloldali frakciók évek óta ködösítenek ebben az ügyben. És emlékezzünk rá, többször megpróbálták megakadályozni, hogy egyáltalán napirendre vegyünk ezt az ügyet itt, az EP-ben. Ez a politikai és erkölcsi cinizmus már önmagában is botrányos. Az azonban még ezen is túltesz, hogy ugyanezek a baloldali képviselők, akik a máltai szocialista kormányt érintő gyilkossági ügyben hallgatnának, folyamatosan mondvacsinált ügyekkel és hazugságokkal támadnak jobboldali, kereszténydemokrata kormányokat Lengyelországban, Magyarországon, az utóbbi időben, Szlovéniában, sőt most már Bulgáriában is.

Felszólítom Vera Jourová biztost, hogy ha valóban olyan fontos számára a demokrácia, akkor indítson jogállamisági eljárást Máltával szemben! Úgy tűnik, ott van miért, és ne folytasson ideológiai háborúskodást több millió közép-európai választópolgár ellen, akik szabad és demokratikus választásokon választottak jobboldali kormányokat!

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, our message today is clear: we need those responsible for the assassination of Daphne Caruana Galizia, those who let it happen and those who tried to cover it up to face justice. We need an end to impunity and justice for the stories that she was killed for exposing and we must prevent this from happening ever again. That means strengthening our systems and giving Europol more authority on sharing evidence and investigations. It means having an anti-strategic lawsuit against public participation (anti-SLAPP) directive to not let them dismiss this as partisan bickering. It is far more important.

And do not judge my country by the actions of criminals posing as politicians. Malta is not them. Malta is better than them. We may be an island of 25 by 15 kilometres, but we do not see ourselves as small. We built back better after becoming the most bombed place on earth. We pushed for democracy and joined the EU as equals. We are the country that put climate change on the world agenda. We are the island of Daphne Caruana Galizia's courage, Oliver Friggieri's pen, Joseph Calleja's voice, Edward de Bono's thinking.

When you look at Malta, understand that the criminals do not represent the true face of our country. Look at the thousands of businesses who work hard, create jobs and thrive while playing by the rules. Look at those who stand up as they face down an organised machine of abuse and intimidation. Look at the families who look to Europe to protect the values that our generation was promised.

This House should not give the criminals the comfort of silence or patronage. And let us do our best to ensure that this never happens again anywhere.

Cyrus Engerer (S&D). – Sur President, din ma hijiex kwistjoni ta' politika partigġjana. Kulhadd f'Malta jrid li ssir ġustizzja fuq l-assassinju atroci ta' Daphne Caruana Galizia; kulhadd f'Malta jrid li l-verità kollha tohroġ u kulhadd f'Malta jrid li kull min kellu x'jaqsam ma' dan il-każ jinghata l-piena li tixraqlu: huma min huma. Però, kollegi, il-verità qiegħda tohroġ għaliex f'Malta llum għandna istituzzjonijiet li qegħdin jaħdmu. Istituzzjonijiet li rajna b'mod ċar li ma huma jharsu lejn wiċċ hadd. Iva, llum għandna Malta aħjar. B'dispijaci li biex wasalna hawn, però, kellna deċennji ta' abbuż u sfortunatament anke qtil.

Però dan id-dibattitu jinkwetani; mhux għax niddejjaq li nitkellmu fuq pajjiżi. Dan nagħmlu b'wiċċi minn quddiem fil-Kumitat tal-Ġustizzja, li jien l-MEP Laburista fih, fejn nagħgornakom dwar in-nuqqasijiet li kellna u l-avvanzi li l-Gvern Malti mmexxi minn Robert Abela għamel matul din l-aħħar sena. Avvanzi li minn meta kont tifel jiena, kont nisma' li jridu jsiru, iżda li hadd qatt ma kellu r-rieda li jagħmilhom. Ninkwieta għaliex, bħal ma tghid il-Konvenzjoni tad-Drittijiet tal-Bniedem b'mod ċar fl-Artikolu 6, diskussjonijiet politici u fil-midja bħal dawn, dwar dak li qed jinghad mix-xhieda waqt li għaddej il-każ, jistgħu jippreġudikaw il-proċess ġudizzjarju u jghinu aktar lill-akkużati milli biex issir ġustizzja.

F'għieh il-verità u f'għieh il-ġustizzja, ieqfu ippolitizzaw il-proċess ġudizzjarju! Is-Sur Weber hareġ mill-kamra, però jid-dispijaci nisma' li qal li l-Partit Laburista kien jaf minn qabel bil-qtil ta' Daphne. Ahna l-Partit Laburista: nies ġenwini li nemmnu fil-ġustizzja u li nemmnu fil-progress. Hawn min tatu ferneżija biex b'urġenza niddiskutu llum dak li għadu f'nofs xhieda, wieħed mix-xhud f'dan il-każ. Ferneżija mhux għax iridu li tohroġ il-verità, imma ferneżija għax iridu jirbhu l-punti elettorali qabel elezzjoni ġenerali.

Sur President, saret il-hsara lill-pajjiż minn kull min abbuża mill-istituzzjonijiet tul id-deċennji shah. Din id-drawwa biddilha l-gvern progressiv f'din l-aħħar sena. Sahħah is-saltna tad-dritt, saħħah id-demokrazija, mexa mar-rakkommandazzjonijiet tal-Kummissjoni Venezja.... *(il-President interrompa lill-kelliem)*

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, señora comisaria, ¡qué hermosa lengua es el maltés! Sobre todo cuando no se utiliza para mentir.

El caso de Malta es uno de los que estamos viendo en Europa donde la prensa libre es ninguneada e incluso atacada por parte de partidos políticos y de Gobiernos a quienes no les interesa la verdad, sino el poder con cada vez menos límites. En maltes, en inglés o en español. Y los hechos verídicos son la única vacuna contra esto, y la lucha contra la corrupción.

Daphne Caruana Galizia fue asesinada para callarla. Para que no buscara hechos sobre la corrupción y el caciquismo. Keith Schembri, el exjefe de gabinete del primer ministro, ha sido acusado de corrupción, blanqueo de capitales, fraude y falsificación sobre la base de una investigación que publicó Daphne en 2016. Antes de ser asesinada, fue deshumanizada, vejada, humillada. Hasta ahora no ha habido ni decencia en maltés ni en inglés, ni aceptación de la responsabilidad pese a que los tres sicarios apuntan directamente adonde apuntan. Tres años.

Si queremos ser fieles a la palabra que dimos en los homenajes, primero debemos conseguir ser eficaces en el respeto a la libertad de información y su protección. Y, segundo, en estado de *shock* aprobamos medidas en la comisión contra la corrupción. Apliquémoslas.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, oikeusvaltio on ja sen pitää olla yhteisten arvojen keskeinen periaate. Tämä on liian arvokas keskustelu haaskattavaksi puoluepolitiikointiin. Toimivassa oikeusvaltiossa on vapaa ja moniääninen media. Toimivassa oikeusvaltiossa tutkivat journalistit ja riippumaton media toimivat vallan vahtikoirana tuoden päivänvaloon väärinkäytökset. Toimivassa oikeusvaltiossa rikoksen uhri saa oikeutta riippumattomasta oikeuslaitoksesta.

Daphne Caruana Galizian järkyttävä kohtalo on tehnyt näkyväksi Maltan ongelmat ja korruption laajuuden tavalla, joka vaatii meitä toimimaan. Oikeusvaltioperiaatteen loukkauksia on ilmennyt useita. Rajoituksia mielenilmausten järjestämisessä, median vapauden rajoittamisessa, korruptiota, rahanpesua. Ongelmat näyttävät olevan rakenteellisia. Oikeusvaltioperiaatteiden noudattaminen, se koskee joka ikistä jäsenvaltiota, ja siksi komission on viipymättä ruvettava toimiin varmistaakseen, että Daphne Caruana Galizia saa oikeutta ja että Malta palaa oikeusvaltioperiaatteen polulle. Kiitos.

Paulo Rangel (PPE). – Mr President, my dear fellow European citizens of Malta, we are always very proud of your country, also because you are the Fatherland and the Motherland of such a European hero and the freedom champion like Daphne Caruana Galizia.

But we have to condemn, and also to be ashamed of the former and of the present Maltese Government that are undoubtedly associated to this repugnant and repellent crime. Let me be very loud and very clear: when impunity, corruption, destruction of evidence, concealment, obstruction of justice, flourishes and endures; when the perpetrators of this crime and other crimes dare to ask for pardon and official clemency; when the connections and links with members of government and of the Labour Party are widely proved, we are not in the presence of a crime, we are not before a single case of impunity, no, we are in the presence of a systematic violation and a massive breach of the rule of law.

And that is why I urge the S&D Group to acknowledge this breach. And I appeal to all the members of the meeting of today's European Council to address the persistent breach of all values of the European Union by the Maltese Government.

Please be courageous and honour the memory of Daphne, honour the pride and honour of all Maltese citizens.

Lara Wolters (S&D). – Mr President, well, I will try, and because I'm not here as a member of the S&D to deny the deep corruption patterns in Malta, as identified in the Commission's 2020 rule-of-law report. And I'm not here either to overstate the progress that has been made, even though the Commission's assessment is tentatively positive. I am here to stand up for journalists who must be able to do their work without being pestered by defamation lawsuits and certainly without physical attacks or assassination attempts. And I'm also here to stand up for justice and the rule of law.

The Council of Europe, the Venice Committee, the Commission recommendations on Malta, they should all be implemented urgently. No country is immune to the temptations of power and the serious allegations of money laundering, tax evasion and corruption should be recognised by all here.

And lastly, I am here because far too often our debates in this room do not seem to originate from genuine concerns over our Union and the rule of law. And having studied together with Andrew Caruana, I feel very strongly that he and his brothers deserve better than what we tend to provide them with. I'm here to remind colleagues that Daphne Caruana's family are not helped by the political games that are played on both sides of this House and to remind those that need reminding that their suffering is still real.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident! Der schreckliche Mord an Daphne Caruana Galizia war ein Angriff auf die Pressefreiheit in ganz Europa und auf Rechtsstaatlichkeit, auf den Kampf gegen Korruption. Und darüber wollte ich eigentlich auch heute vor allem reden.

Und dann bin ich dieser Debatte hier gefolgt und muss mit Bedauern feststellen, dass in der S&D-Fraktion schon im ersten Wortbeitrag abgelenkt wird und von Polen und Ungarn gesprochen wird und gleichzeitig die Rechte hier hinkommt und sagt: „Es wird nicht genügend über Malta diskutiert, Ihr diskutiert immer nur über Ungarn und Polen.“

Übrigens, Herr Krah – der ist ja jetzt schon weg, der ist ja direkt nach seinem Redebeitrag gegangen: Es gab unzählige Missionen dieses Parlamentes in Malta, es gab unzählige Entschließungen. Wer sich also von der Rechten einfach hier hinstellt und sagt „Also, das ist hier ein Fall, der von der Linken in diesem Parlament nicht bearbeitet werden muss“, der lügt einfach faktisch! Und das ist tatsächlich etwas, was wir hier festhalten müssen: Dieser Kampf zwischen Hin und Her, rechts und links – es geht darum, Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalisten in ganz Europa zu verteidigen.

Und deswegen sollten wir einzig und allein die Kommission unterstützen, tatsächlich stärker dafür zu sorgen, dass Journalisten überall geschützt werden. Und wir müssen sie auffordern, noch härter gegen Rechtsstaatlichkeitsverbrechen vorzugehen und endlich den Rechtsstaatsmechanismus ... *(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)*

David Casa (PPE). – Daphne Caruana Galizia, grazzi. Grazzi tal-kuraġġ u d-determinazzjoni tiegħek minkejja t-theddid. Grazzi talli tajt kollox, anke hajtek, biex Malta ma tibqax immexxija mill-kriminali, u fisem dan il-Parlament Ewropew, iva, nerga' nghid: grazzi Daphne.

U allura, intom li kkonfoffajtu biex teliminawha, intom li hallastu l-flus biex teqirduha, ibżgħu! Twerwru! Ghax ghandkom ghaliex! Ghaliex se thallsu għal ghemilkom. Ghaliex dik il-familja li kissirtu u fridtu, għad tridu tharsu fghajnejha qabel tmorru l-habs.

Dawn huma n-nies li qed imexxu lil pajjiżna: haġa waħda mal-kriminalità. Realtà kerha li tiġi kkonfermata ma' kull jum li jgħaddi. Kuljum ahbar ġdida. Kuljum skandlu ġdid. Malta għandha bżonn protezzjoni mill-Gvern tagħha stess.

Il-qattielu u l-hallelin isibu lil haddiehor min jiddefendihom, imma mhux lili. Imma mhux lil Roberta.

Naghlaq b'messaġġ lilkom, lill-Maltin u l-Ghawdxin. Taqtgħux qalbkom. Ahna mhux se nieqfu hawn. Se nibqgħu ninsistu li ssir ġustizzja. Hemm nies qalbiena u ta' kuraġġ li mhumiex jibżgħu: nies fil-pulizija, fil-qrati, ġurnalisti u s-soċjetà civili. U fl-ahħar mill-ahħar, mhux inqas, f'dan il-Parlament. Il-Parlament Ewropew hu t-tarka tal-poplu Malti u Ghawdxi, bħalma jien jien.

Grazzi Daphne, u Daphne, ahna ma ninsewk qatt!

Alex Agius Saliba (S&D). – Sur President, iva l-istituzzjonijiet f'Malta qed jahdmu; qed jahdmu bla ma jharsu lejn wiċċ hadd! Ghaliex iva, għalina l-akbar priorità hija dik li ssir ġustizzja wara l-qtil ta' Daphne Caruana Galizia; ġustizzja illi bhalissa qed issir quddiem il-Qrati tagħna fejn seba' persuni jinsabu akkużati b'dan l-omicidju.

Għalhekk, ma nistax nifhem. Ma nistax nifhem kif il-Parlament Ewropew qed jipprova jgħaddi l-ġudizzju politiku tiegħu fuq proċess illi għadu għaddej quddiem il-Qrati tagħna. Ejja nhallu l-istituzzjonijiet tagħna jahdmu fil-libertà u mhux inkomplu naghmlu minn dan il-proċess kummiedja ta' politika partigġjana.

Ġustizzja, pereżempju, illi żgur ma nistgħu nsibuha qatt jekk niehdu l-parir tal-Kap tal-Oppożizzjoni Malti illi jrid jagħti mahfra lil dawk kollha akkużati b'dan id-delitt mingħajr ma jikkonsulta mal-istituzzjonijiet.

Jiena kburi, kburi bil-Gvern Malti. Kburi bil-gvern illi qatt ma kien superv matul dawn l-ahħar xhur u kompli jimplimenta rakkomandazzjoni waħda wara l-ohra, tal-Kummissjoni Venezja, tal-Greco u tal-Kunsill tal-Ewropa. Rakkomandazzjonijiet illi kienu ilhom snin twal fuq l-ixkaffa.

Sahhahna s-saltna tad-dritt. Sahhahna l-ġlieda kontra l-hasil tal-flus billi sahhahna l-legalizzazzjoni u tajna aktar riżorsi lill-Pulizija tagħna. Komplejna ninvestu fil-qrati tagħna billi židna l-maġistrati, billi židna l-imhallfin, billi l-Prim Ministru m'għadx fadallu s-setgħa li hu stess jahtar il-ġudikatura. Appuntajna għall-ewwel darba Kummissarju b'sejha pubblika, bi proċess trasparenti.

Perfetti m'ahniex u r-riformi għadna qed naghmluhom, imma foloz m'ahniex lanqas. Foloz, bħal hafna minn dawk illi tkellmu llum illi qed jippuntaw subgħajhom għall-korruzzjoni u f'pajjiżhom għandhom problemi kbar, ibda minn Weber illi l-partit tiegħu anki fuq daqsxejn ta'... *(il-President interrompa lill-kelliem)*

Irena Joveva (Renew). – Gospod predsednik, že skoraj štiri leta so minila od umora preiskovalne novinarke Daphne Caruana Galizia. Bila je brutalno umorjena zgoľ zaradi opravljanja svoje službe v interesu javnega dobrega in zaradi razkrivanja korupcije. Štiri leta, pa se še vedno zdi, da se celoten proces iskanja krivcev in pravice vedno bolj izmika.

Kakšno sporočilo oblasti Malte s tem dajejo preiskovalnim novinarjem po Evropi? Kdaj bomo dosegli epilog te grozne zgodbe in razrešili sistemske napake, ki so nas pripeljale do te točke?

Zaenkrat je pet od sedmih moških, ki so vpleteni v ta umor, poskušalo skleniti dogovor z državo. Edini, ki je bil zaenkrat obsojen, pa je morilec, ki je sam priznal umor in si za sodelovanje s tožilci izpogajal zmanjšano kazen. In zdaj bi se dva še dodatno pogajala za imuniteto s tem, da razkrijeta svoja pretekla kriminalna dejanja. Resno?

Vsi, ki so vpleteni, morajo dobiti pravične kazni. Nihče ne sme biti pomiloščen. Razčistiti pa se mora tudi korupcija in vse politične povezave. Pika.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Mr President, where are the leaders of the left? Missing in action. There are secondary figures here today speaking about Bulgaria, Hungary and the respect that they have for Malta and the Maltese people. Is this the respect they have?

The highest ranks of the Maltese Labour Party are involved in the highest form of corruption and criminal offences. For how long is the European Socialist Party going to maintain them in their ranks? The former Chief of Staff of the Prime Minister is charged with corruption and money laundering. Five of seven people charged with the murder of Daphne Caruana have requested presidential pardons in exchange for providing information against politicians in government.

Just try to imagine if this was a right or centre-right government. Let me be clear, this is not a critique of Malta but of their government. The Maltese people rightly demand justice and political accountability. We have to be bold and clear and call things for what they are. The socialist government in Malta has allowed, in the heart of Europe, a journalist to be murdered for her work, and her killers and the enablers remain free.

Daphne exemplified this need to shine a light on corruption and demand justice. She paid for it with her life. Her life and work should be a lesson and an example for all of us.

Josianne Cutajar (S&D) – Sur President, jien Maltija u rrid li ssir ġustizzja. Imma l-ġustizzja trid tithalla tiegħu l-kors tagħha biex tkun tassew effettiva u serena f'xogħolha. Għandna quddiemna dibattitu illum, li hu barra minn waqt u insensittiv għar-realtà attwali. Dan id-dibattitu u r-riżoluzzjoni mitluba f'dan il-mument, f'it jista' jidher għid minnhom, anzi jistgħu jwasslu għal iżjed firdiet; u dan f'soċjetà li bħalissa qed tifttex li ssaħħah is-sens ta' għaqda u r-rikonciljazzjoni fi hdanha.

X'sens jagħmel li, waqt li membru stat f'pajjiżi qed jagħmel l-isforzi ġenwini kollha tiegħu biex jiżgura titjib fl-oqsma ta' governanza u s-saltna tad-dritt, tinstiga proċess bħal dan? X'sens jagħmel li waqt li Malta dejjem hemm proċeduri ġudizzjarji fil-qrati tagħna, qed jinstemgħu testimonjanzi kruċjali, għaddejjin inkjesti varji b'kunsens sod li jissolvew każijiet maġġuri, tmexxu dibattiti hawnhekk li se jqanqal is-sitwazzjoni aktar milli jirrispetta l-hidma nnifisha tal-ġustizzja?

Din tal-lum hija tassew azzjoni insensittiva lejn ir-realtà ta' Malta bħalissa, u għalhekk la se tkun konċiljatorja u lanqas utli fl-eżitu tagħha. Ftit aktar minn sena ilu kien diġà sar dibattitu u riżoluzzjoni oħra fil-konfront ta' Malta. Minn dakinhar intrefgħet responsabbiltà politika, irreżenja prim ministru, tela' iehor, ikkommettejna bl-akbar sforzi biex insewvu fejn kien mehtieg u nżidu r-rigorozità fil-proċessi kollha tal-governanza tal-pajjiż. La darba xorta dan id-dibattitu sehh barra minn waqtu, nittama li dan il-proċess iwassal jekk xejn, biex jirrikonoxxi u juri fiduċja fl-isforzi li bħalissa verament qeghdin isiru. Ejja nhallu l-istituzzjonijiet jahdmu. Ejja inhallu..... (il-President interrompa lill-kelliema)

Vlad Gheorghe (Renew). – Domnule preşedinte, corupția vulnerabilizează nepermis statele membre și Uniunea în tot ansamblul său. Este o amenințare continuă la adresa statului de drept și a securității, are costuri uriașe, limitează libertatea presei, descurajează avertizările de integritate, adâncește conflictele din societate și alimentează extremismul.

Crima comisă asupra jurnalistei malteze nu poate rămâne nepedepsită.

Rezoluția trebuie să conțină un mesaj ferm împotriva corupției și împotriva criminalității organizate. Presa liberă și jurnalismul de investigație trebuie să știe că sunt sprijiniți și protejați. Cooperarea judiciară este esențială, Parchetul European trebuie să înceapă urgent activitatea, în ciuda celor care încă i se opun.

Corupția este o piedică în calea progresului și prosperității. Ca jurist român, știu, din păcate, asta prea bine. Vă cer să fim uniți în fața corupților care încalcă drepturile fundamentale și valorile familiei europene. Putem și trebuie să eliminăm corupția din Europa pentru a fi puternici împreună.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, un journalisme indépendant, un journalisme d'investigation qui nous apporte les faits, la vérité, est un journalisme indispensable. Aucune démocratie ne peut survivre sans que la vérité soit connue. La vérité est l'arme de la justice. Nous ne pouvons nous passer de vérité.

Il faut s'imprégner du caractère de Daphné Caruana Galizia, de cette soif qu'elle avait de divulguer la vérité à tout prix, ce qu'elle a payé de sa vie. Il faut aussi prendre conscience de la personnalité de ces puissants, de ces criminels, qui ont commis et commandité un crime odieux. Il est inconcevable que des groupes au centre de l'échiquier politique européen, malgré les révélations récentes à Malte, aient refusé d'en débattre ici et maintenant.

Aujourd'hui est le jour où il convient d'évoquer Daphne Caruana Galizia dans cette plénière. Dommage que cela n'ait pas été une évidence pour tous dans cette assemblée! Les Maltais méritent mieux, les Européens méritent mieux.

Nous devons honorer, soutenir et mieux protéger nos journalistes d'investigation. Nous ne pouvons admettre qu'ils soient si exposés, et nous ne pouvons surtout pas admettre que nos propres lois soient utilisées pour les faire taire. Ils sont de plus en plus nombreux à être impliqués dans des procès sans consistance, le but étant simplement de les précipiter dans la faillite personnelle. C'était aussi le cas de Daphne.

Créer un cadre juridique qui empêche cela et protège mieux nos journalistes est absolument nécessaire pour eux et pour nos démocraties. Nous le devons à Daphne et à tous ceux qui se sacrifient.

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'omicidio di Daphne Caruana Galizia non è stato soltanto una ferita inferta al popolo maltese, è stata una ferita inferta a tutta l'Europa. E questo che stiamo svolgendo oggi è un dibattito non per ricordare, ma per andare avanti. Perché quando i mandanti dell'omicidio sedevano nel palazzo del governo socialista a Malta, vuol dire che c'è qualche cosa di ben più grave, che va ben al di là del semplice omicidio: c'era un complotto politico per uccidere una giornalista che stava scoprendo qualcosa che non doveva scoprire, che il governo socialista non voleva che si scoprisse! Ecco perché dobbiamo andare avanti, ecco perché è importante discutere adesso.

E io credo che la famiglia del partito socialista debba anche farsi un esame di coscienza quando non vuole affrontare questi problemi: la difesa dello Stato di diritto è uguale in tutta Europa e in tutto il mondo. Non esistono Stati di diritti più belli e Stati di diritti meno belli, bisogna sempre e comunque difendere i valori nei quali noi crediamo.

Ecco perché il Parlamento europeo – è un impegno che presi da Presidente – non deve lasciare la presa sulla vicenda di Daphne Caruana Galizia. Vogliamo sapere la verità! Non dobbiamo mettere la testa sotto la sabbia: la politica dello struzzo non paga. Dobbiamo anzi incentivare l'approvazione della direttiva anti-SLAPP. Dobbiamo aiutare Europol a poter fare ancora di più, perché non accada mai più in Europa che un governo sia complice dell'omicidio di un giornalista.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, the assassination of Daphne Caruana Galizia has been a wake-up call for Malta to address the rule of law concerns and engage in reforms. Malta has rolled out important reforms and it is key that it continues to consolidate them.

Many of you here repeated today that murders of journalists are unacceptable and intolerable in Europe today. And I agree with those who said here that it is not the matter for party politics that we are speaking here about the universal value, which is freedom of press and freedom of speech and safety of journalists who work for the society.

Whenever I read new revelations about the fact that Daphne Caruana Galizia was right in her work, I realise that she is still working for us now and she is still working for the truth. For us at EU level, we have already taken steps to improve the situation of journalists and the media. More specifically, we are currently working on two important initiatives.

I have already mentioned, the first one. It's the recommendation to Member States on the safety of journalists. I haven't spoken here today about the other initiative, which concerns the fight against abusive litigation against journalists and rights defenders, so-called 'strategic lawsuits against public participation (SLAPP)' cases. And again Daphne Caruana Galizia is a stark reminder of this practice. She had 47 such lawsuits pending against her in Malta and abroad at the moment of her assassination. Journalists should spend their time by doing their investigative work and informing citizens by being the watchdogs of our democracies, not by fighting ingenious claims.

We see the paradoxical situation as if the justice system turns against the freedom of speech. This is something we have to stop. Recent revelations as regards the investigation over the assassination of Daphne Caruana Galizia are important, but are not the end of this sad story. Many questions remain still unanswered. All those responsible must be brought to justice and the whole truth must be fully revealed. Also the public inquiry must continue unhindered.

The Commission is aware that a number of journalistic stories which she broke or worked on have led to criminal investigations, some of which have led to high-profile arrests. It underlines the critical importance of all Maltese and other journalists who continue to hold those in power to account. It also shows the importance of the work of all those organisations which support them.

I also salute those Members of the European Parliament who continue to keep media freedom and pluralism and the safety of journalists high on the EU's agenda, and pledge the Commission's full support in this endeavour. I would like to thank you again for the cooperation. It is the responsibility of each and every one of us to defend the rule of law and to put bricks for the strengthening of our democracies.

Der Präsident. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet im Rahmen der nächsten Tagung statt.

12. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

13. Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Markéta Gregorová im Namen des Ausschusses für internationalen Handel über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung) (COM(2016)0616 – C8-0393/2016 – 2016/0295(COD)) (A8-0390/2017).

Markéta Gregorová, rapporteur. – Mr President, today's debate comes after a process that started with an ambitious Commission recast proposal in 2016, which aims to rein in the immoral and damaging export of European cyber-surveillance to dictatorships around the world. My predecessor, Professor Klaus Buchner, took up this political battle against concentrated industry power, lack of willingness to cooperate among national states, and a baseline of secrecy that one usually only finds in spy thrillers. I thank him, my fellow shadow rapporteurs, our Committee Chair Bernd Lange, and our hard-working staff wholeheartedly for engaging in this years-long political battle. The result has been a recast that does not reinvent dual-use export controls, but one that provides the necessary tools to protect human rights and our European security, and one that eases our legitimate exports and cuts red tape. It is not our final destination. It is however an important stepping stone to progress even further.

If we adopt this reform in today's vote, the European Parliament will have put human rights and human security at the forefront of our exports policy for some of the most dangerous dual-use technology. The new rules for cyber-surveillance exports, paired with companies' new due diligence requirements and meaningful transparency, will together mean that powerful European cyber-surveillance technology does not end up in the hands of dictators and authoritarians.

In this regard, I also cannot omit the current and future role of civil society. Watchdogs and non-governmental organisations and journalists always had a crucial role in the identification of problematic companies and areas. We now have their hands with the new transparency provisions to access necessary information. We have also carefully listened to our businesses and narrowed down the scope of new controlled items to a small percentile of all exports. Cyber-surveillance is not the big job-creator in the EU and the costs of it landing in the wrong hands far outweigh those economic gains. Although bureaucratic changes will have to occur, ultimately, the new harmonised reporting, implementation and enforcement measures will improve competitiveness inside the single market.

In addition, the new general export authorisations will allow our businesses to compete in a tough global environment. The recast would also create new listing mechanisms that allow us to go beyond Wassenaar, with its limits in scope and speed of adoption that is hopelessly behind the current technological frontier. Ultimately, we must find a solution with our trading partners and expand controls to all democracies. The European Union alone cannot stop the proliferation of cyber-surveillance, weapons of mass destruction, or new dangerous emerging technologies, but with this recast we take a step in the right direction and invite our democratic allies to go together.

I agree with Antony Blinken's recent statement that when one of us is coerced we should respond as allies and work together. I agree with him. I believe that only when democratic nations that uphold the rule of law, due process and fundamental rights work together on the non-proliferation of new and future weapons technologies of the 21st century can we ensure global peace and rising prosperity. The Chinese Communist Party sanctioned five of our colleagues over defending fundamental rights and speaking out about genocide and horrifying human rights abuses in China. It's caused us all to come closer together, as Europeans, and to get a clearer understanding of this one-party regime. Like any other dictatorship, the CCP attempts to silence all opposition and it does so at home with cyber-surveillance that it legally bought, or backwards-engineered, from our companies. This is unacceptable and cannot continue.

I call on the Member States and the Council Working Group on Dual-use Exports to use the new articles in the recast and to put the CCP on our list. China has become one of the most industrious suppliers of cyber-surveillance to dictatorships around the world. It is launching constant cyber-attacks against our institutions and companies. The Soviet threat after the Second World War saw the birth of the Coordinating Committee for Multilateral Export Controls. It is time that we realise the threats to our institutions and democracies by the Chinese Communist Party as yet another such pivotal moment that requires a comparable level of increased multilateral export controls.

Let me conclude by saying that an adoption of the recast today would only mark the beginning of much of the necessary work. With many new tasks, the European Commission must dedicate more resources and workforce. I trust Stéphane Chardon to do his job well, but he cannot be alone. Our businesses rightfully demand that due diligence guidelines for the export of cyber-surveillance are provided on time.

I would just like to ask Commissioner Šefčovič, what are the Commission's plans in this regard and how can the European Parliament support him in providing the necessary resources for the tasks ahead?

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I welcome this opportunity to debate the new EU Export Control Regulation. When the co-legislator reached an agreement last November, it represented an important step forward for the geo-strategic ambition of the European Union.

By strengthening our exports control toolbox, we strengthen our capacity to protect our interests and our values. I particularly wish to thank the rapporteur, Ms Gregorová, but also the Chair of the Committee on International Trade (INTA), Mr Lange, for their key role in brokering this agreement.

The new regulation will mean a comprehensive system upgrade in the development of the EU export controls. Definitions are clarified, new concepts are introduced, licensing processes are simplified and harmonised and a new basis is provided for enhanced information exchange and transparency. It also strengthens our outreach to industry and dialogue with our partners.

For the first time, EU autonomous controls are being introduced in our export control system. This new toolbox will allow the EU to start setting the agenda rather than simply implementing decisions taken at the multilateral level. We will have a strong foundation to engage with third countries to support the global level playing field and enhance international security through more convergent approaches to export controls at the global level.

With the new regulation, EU export control will be fit for the digital age and I know this is a key priority for the European Parliament. We will now have the tools to address human rights concerns associated with the trade in cyber-surveillance technologies.

The EU already decided in July 2020 to tighten controls on the export of cyber-surveillance technologies to Hong Kong following the introduction of its national security law. In the course of this year, using the new provisions of the regulation, the Commission will bring Member States together to encourage further EU action on cyber-surveillance technology whose misuse leads to human rights violations.

Beyond cyber-surveillance, export controls are also a tool that can support our foreign and security policy objectives. Our updated rules will allow the EU to be more active in striking the right balance between trade and security. We are not immune to the effect of export controls mobilised by others, notably as a part of the strategic competition between the US and China. And we cannot be indifferent when controls on emerging and foundational technologies have the potential to redefine the trade and technology map of the 21st century.

The new regulation helps us to rise to this challenge and make our voice heard. Work to develop an approach to the control of emerging technologies is now under way. This will allow us to mitigate risks associated with threats in potentially dangerous technologies and we stand ready to work with partners and allies to secure supply chains for strategic technologies. We know this is an area of particular interest for the Biden administration.

To conclude, honourable Members, this regulation forms an important element of more assertive European approach to global trade issues. It will strengthen our hand in standing up for key European values. I look forward to hearing your views and I urge you to give this new strategic approach your full support.

Sven Simon, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe leider ausgerechnet zeitgleich eine Einladung von Präsident Sassoli erhalten, um mit ihm über die Debatte und die Zukunft zu sprechen, deshalb muss ich um Verzeihung bitten, wenn ich die Debatte gleich verlasse.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute über diese Exportkontrollverordnung abstimmen, behandeln wir eines dieser Themen, die so technisch sind und weit weg von den Menschen erscheinen. Es ist ja sogar schon schwer zu erklären, um was es eigentlich geht. Dabei hat die Entscheidung, die wir heute treffen, gravierende Folgen für den Alltag vieler Menschen – weltweit.

Es geht um die Frage, wie wir den Export von Gütern kontrollieren, die nicht nur zu zivilen, sondern auch zu militärischen Zwecken eingesetzt werden können. Hubschrauber, Chemikalien, Cyberwaffen, künstliche Intelligenz – in der Regelung der Instrumente, etwa zur digitalisierten Kriegsführung, liegt der Innovationsgehalt dieses Gesetzgebungsaktes. Wir wollen, dass es für Autokraten künftig schwieriger wird, an europäische Spitzentechnologie zu gelangen. Wir wollen uns Europäer aber gleichzeitig nicht vollständig aus der Entwicklung zurückziehen, uns den Weg abschneiden, um jeglichen Einfluss in der Welt zu verlieren.

In den Verhandlungen ist es uns gelungen, einen Kompromiss zu erarbeiten, der für mittelständische Unternehmen Rechtssicherheit schafft und unnütze bürokratische Hürden abbaut – gleichzeitig setzen wir Europäerinnen und Europäer weltweit Standards. Das ist ein Erfolg. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung für dieses innovative Instrument.

Bernd Lange, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, verehrte Berichterstatterin! Wenn wir uns in der Welt umschauen und sehen, dass in Myanmar Oppositionelle verfolgt werden, in der Türkei Oppositionelle verfolgt werden, in Saudi-Arabien Oppositionelle verfolgt werden, dann finde ich es in der Tat beschämend, dass da europäische Überwachungstechnologie genutzt wird.

Insofern begrüße ich sehr, dass wir heute eine Gesetzgebung verabschieden, die die Kontrolle über den Export von Überwachungstechnologien endlich in der Europäischen Union Gesetz werden lässt. Wir haben ja diese *Dual-Use*-Gesetzgebung, wo eben geschaut wird, ob ein Lastwagen zum Transport von einem Panzer oder von Baumaterialien benutzt wird.

Aber heutzutage geht es eben nicht mehr um den Lastwagen, sondern darum, ob man ein iPhone hackt, ob man ein Profil für die Bewegung herstellt und so Oppositionelle verfolgen kann. Deswegen: richtig und gut, dass das in die Kontrolle hineinkommt. Wir haben sichergestellt, dass auch moderne Technologien – wie Gesichtserkennung, Emotionserkennung – darunterfallen. Wir haben klargemacht, dass die zukünftige Technologie auch hier eingebunden wird. Wir haben das Kriterium der Menschenrechtsverletzung neu eingeführt. Bisher galt nur die militärische Verwendung oder die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln als Kriterium.

Wir haben auch sichergestellt, dass es mehr Transparenz gibt, dass jährlich berichtet wird, was exportiert wird und wohin exportiert wird. Und wir haben eine Sorgfaltspflicht für die Unternehmen eingeführt, dass sie genau schauen, was mit ihrer Technologie passiert.

Also lassen Sie uns darüber abstimmen. Herzlichen Dank, Herr Kommissar, für die gute Zusammenarbeit und den Schattenberichterstattern auch.

Liesje Schreinemacher, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, in the past years we have seen mass surveillance systems used against Uyghurs in China, spyware used against the people in Hong Kong and surveillance technology used during the Arab Spring.

These are all examples of emerging technologies that fell into the wrong hands. The new export rules we are discussing today, the so-called update of the dual-use regulation, come not a moment too soon, because we should never allow European technologies to be used in a way that goes directly against our democratic values.

Not only can dual-use goods – be it traditional or emerging technologies – be used against Europe, these goods can also be used by repressive regimes against their own citizens, journalists and political opponents. With rapid technological developments in the fields of cyber we are encountering an increasing number of grave human rights violations with these technologies.

Even this past year, it was reported that three European companies exported surveillance technology, such as facial recognition, to China. We must be clear that EU companies and technology should never be or become part of the problem.

So it is an important success that this update focuses on human rights risks and adds cyber-surveillance items to the export control regime. And it is good that we leave room for flexibility to add new emerging technologies in the future. These are good first steps, as the rapporteur said, but we do have to continue monitoring this regulation closely and be ambitious in order to keep it up to date and effective.

By not letting goods or technologies leave Europe when they can be used against us or against a third country's own population, I believe these rules will help make the world a safer place for citizens inside and outside the European Union.

Gunnar Beck, *on behalf of the ID Group*. – Mr President, dual-use goods and technologies are generally sold for a legitimate use and often provide a public or economic benefit, but they may also be put to military use.

The EU is now proposing to tighten existing strict export controls with a particular focus on digital surveillance technology. This proposal also introduces human rights violations as a ground for export bans. Authoritarian regimes should not be aided or abetted in suppressing opposition or limiting free speech.

That's all very well. However, there are two problems here.

First, the COVID crisis has shown that the EU is heavily dependent on US and Chinese imports of digital surveillance and other dual-use technology. If the EU really wishes to catch up, it is shooting itself in the foot if it forgoes export opportunities.

Secondly, if we ban the use of such technology, do we really think that the whole world is following us?

Manuela Ripa, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Šefčovič. Die EU versteht sich als Wächter der Menschenrechte in Europa und weltweit. Der alljährlich durch das Europäische Parlament vergebene Sacharow-Preis symbolisiert diesen Anspruch.

Daher war es nur folgerichtig, mit der *Dual-Use-Verordnung* die Nutzung von Überwachungstechnik durch autoritäre Regime stark einschränken zu wollen. Denn wir dürfen nicht vergessen: Mithilfe von europäischen Technologien werden Regimekritiker verhaftet, gefoltert und ermordet. Doch diese Verordnung ist nur ein Pyrrhussieg, der die wesentlichen Schutzkriterien nicht garantieren kann. Diese Verordnung bringt kaum sinnvolle Verbesserungen.

Ich finde es mehr als bedauerlich, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die *Dual-Use-Verordnung* auf Biegen und Brechen schnell, aber lückenhaft zu Ende bringen wollte, nachdem der Rat die Verhandlungen jahrelang blockiert hatte. Denn eine lückenhafte Verordnung hilft den Menschenrechten nicht. Damit ist eine Gesetzgebung entstanden, die nur uralte Techniken berücksichtigt und den Export von modernen Überwachungssystemen kaum noch einschränkt. Zwar konnten einige Kernpunkte meiner Fraktion in den finalen Text eingebracht werden, doch alle guten Errungenschaften bringen uns nichts, wenn kritische *Dual-Use-Produkte* überhaupt nicht von der Verordnung erfasst werden.

Als Hauptproblem sind hier ganz klar die Definition „Güter für die digitale Überwachung“ und die *Catch-all-Klausel* zu nennen. Beide sind lückenhaft, weil sie nur für verdeckte Überwachungssysteme gelten. Die meisten Überwachungssysteme werden somit nicht erfasst, weil sie nicht verdeckt, sondern gut sichtbar eingesetzt werden wie zum Beispiel Überwachungskameras. Selbst bestimmte Technik für das Anzapfen von Informations- und Telekommunikationssystemen kann problemlos exportiert werden, weil sie eigentlich für harmlose Zwecke konstruiert wurde, zum Beispiel für Telefonabrechnungen – deshalb auch der Begriff *dual use*.

Mit der gleichen Technik, nur anders angewendet, können aber auch Gespräche aufgezeichnet werden. Der Gesetzentwurf hat es versäumt, hier eine gute Unterscheidung zu treffen. Analyseprogramme, mit denen man Regimegegner identifizieren kann, können leider nach wie vor exportiert werden. Die sogenannte *Catch-all-Klausel* hatte den Zweck, der sich rasant entwickelnden Technik Rechnung zu tragen. Man kann heute aber nicht bei allen Überwachungssystemen so exakt definieren, ob ein Verstoß gegen die *Dual-Use-Verordnung* vorliegt oder nicht.

Es bleibt nur noch die Hoffnung, dass die Mitgliedstaaten wenigstens einige der Lücken durch schärfere nationale Gesetze schließen werden. Wir haben hier klar die Chance und damit ein europäisches Momentum verpasst, den betroffenen Regimekritikern zu helfen.

Geert Bourgeois, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, vicevoorzitter, wij steunen het akkoord over de exportcontrole inzake producten voor tweërlei gebruik. Onze dank gaat naar de rapporteur en we drukken ook onze bijzondere waardering uit voor Bernd Lange, die in dezen een zeer bepalende rol heeft gespeeld.

De nieuwe criteria in deze herschikte verordening zorgen voor meer harmonisering van standaarden en procedures, voor een betere coördinatie en informatiedoorstroming tussen de lidstaten en voor een verhoogde transparantie. Nieuw is dat de verordening ook een autonome controle op schending van mensenrechten inzake export van cyberbewakingstechnologie mogelijk maakt. We kunnen inderdaad niet langer tolereren dat schendingen van mensenrechten en onderdrukking van bevolkingsgroepen gebeuren met gebruik van Europese hightech producten. In dit verband wordt mij gezegd dat uitgerekend in dit Parlement camera's hangen van een Chinees bedrijf dat bewakingstechnologie zou leveren voor de fameuze Chinese strafkampen. Als dat klopt is dit wel bijzonder cynisch en ook bijzonder inconsequent.

Vicevoorzitter, u wacht de taak om een gebalanceerde uitvoering te geven aan de nieuwe verordening door het versterken van het concurrentievermogen van de EU, het vermijden van onnodige administratieve rompslomp voor onze bedrijven, het waarborgen van onze veiligheidsbelangen, het hanteren van hoge ethische standaarden en het bevorderen van de mensenrechten.

Clare Daly, on behalf of The Left Group. – Mr President, like colleagues I'd like to welcome the final text of the regulation before us. It contains a number of important new extensions in the scope of the Dual-use Regulation as well as clarifications on control and cooperation mechanisms which definitely will improve monitoring and transparency.

We welcome the measures around the new technologies legislation in terms of biotech and AI, and indeed, despite resistance from the Council, the compromise proposal expanding the catch-all provision to make it obligatory to obtain authorisation for dual-use items not included in the control list if the item is being intended for use in internal repression or a serious violation of human rights – although I find it hard to see any situation where anybody would admit that fact, but undoubtedly many of them are being used for that.

So I do think we have to be wary when we come to civilian items that can have military applications, particularly when they're going to serial rights abusers like Saudi Arabia and Israel, and that's why I think it's a bit of a hard neck for people in here to get up and talk about China and Russia when the EU has been aiding and arming Israel for years, despite its human rights violations and flagrant disregard for international law. The fact that the EU is the second-largest exporter to Saudi Arabia and the UAE countries which have been pummelling Yemen into the dust, murdering civilians, starving babies – clearly human rights isn't really a problem for us when we're selling arms, so why welcome this? We might want to stop our military activity, full stop.

Tiziana Beghin (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi anni alcune società europee hanno venduto software e tecnologie di spionaggio e sorveglianza a dittature e regimi totalitari, che le hanno usate per rintracciare, arrestare e, ahimè, uccidere attivisti e cittadini innocenti.

Tra queste c'era anche una società italiana che ha potuto esportare legalmente queste tecnologie, perché il governo di allora aveva scelto di chiudere un occhio e di permettere l'esportazione, approfittando anche di un vuoto normativo a livello europeo.

Oggi finalmente possiamo dire che questo vuoto è stato colmato. Con il regolamento che stiamo per votare sarà impossibile fornire questa tecnologia ai dittatori stranieri. Questo provvedimento non è perfetto ma, approvandolo, l'Europa fa un grande passo verso la tutela dei diritti umani e la creazione di un mondo più equo.

La delegazione del Movimento 5Stelle ringrazia i relatori di questa e della passata legislatura e volentieri voterà a favore.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señor presidente, las tecnologías de doble uso, aquellas que pueden emplearse para usos civiles y también para militares, son casi tan viejas como la humanidad. Si nos remontamos al paleolítico, ya encontramos hachas de sílex necesarias para la caza, pero también empleadas para la guerra.

La tecnología, por su propia naturaleza, es un arma de doble filo. Por un lado, es una herramienta para generar innovación, nuevas oportunidades económicas y nuevos empleos. Por eso Europa debe seguir apostando por nuevas técnicas como la inteligencia artificial o la computación cuántica para no perder la carrera tecnológica global. También la tecnología se ha consolidado en los últimos años en un instrumento clave para ayudar a las Fuerzas y Cuerpos de Seguridad del Estado a proteger a todos los ciudadanos. Pero, por el otro lado, existen numerosas razones para controlar y limitar las transferencias tecnológicas y las exportaciones de estos servicios fuera de la Unión Europea.

De caer en manos erróneas, estas tecnologías pueden poner en peligro nuestra propia seguridad nacional o restringir las libertades y los derechos humanos de ciudadanos de terceros países. Creo que el informe que hoy debatimos supone el equilibrio correcto para seguir avanzando gracias a la tecnología sin poner en grave peligro derechos y libertades.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, the reform of the Dual-use Regulation is an important step forward in promoting human rights in the value-based EU trade policy. Dual-use equipment is a concern, as emerging and disruptive civilian technologies are more and more frequently used by authoritarian states to suppress human rights both internally and externally. China's military-civil fusion is very good example of this.

There is now an opportunity with a more coherent and responsible EU policy also to step up on the international cooperation to promote human rights. We need coordinated action to deprive authoritarian leaders and states of technology so that they cannot be used for malign purposes. The next step might be that we need to start working more on import controls to also protect our own citizens.

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Kolleger! Alltför ofta har vi sett teknologier för cyberövervakning exporteras från EU till repressiva regimer – till länder som använder dem för att spionera på och kontrollera sina egna medborgare, journalister och människorättsförsvare. Detta måste stoppas.

Det är välkommet att EU nu stärker regelverket för export av produkter för dubbla användningsområden. Det behövs, och det är det här parlamentet som har drivit på för det. Sedan är det klart att arbetet med ny lagstiftning kan få svårt att hålla jämna steg med den tekniska utvecklingen. Men detta är en politik i rätt riktning.

Mänskliga fri- och rättigheter ska vara en ledstjärna för EU. Vi ska ta ställning för dem som har minst frihet och aldrig stå på förtryckarnas sida. Detta är ett exempel på där EU verkligen ställer sig på rätt sida.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, de EU wil controle op exportvergunningen, maar hier is sprake van een hemeltergende schijnheiligheid inzake wapenuitvoer, bijvoorbeeld naar Saudi-Arabië. 75% van de EU-wapenuitvoer gaat naar dat land en al dat wapengeklettert komt uit het Waalse Gewest. Andere lidstaten hebben een wapenembargo ingesteld, maar het Waalse FN blijft leveren. En wie is eigenaar van FN? Dat is de Waalse regering! En wie zit in die Waalse regering? Socialisten, groenen en liberalen.

Die partijen leveren dus wapens aan Saudi-Arabië, dat ze dan gebruikt in Jemen, waar al jarenlang een bloedige oorlog woedt tussen soennieten en sjiieten, waarbij de Saudische oliemiljardairs en de Iraanse ayatollahs elkaar bestoken.

Toppunt is natuurlijk dat de EU tegelijkertijd humanitaire hulp naar Jemen moet sturen, in totaal reeds voor 1 miljard euro. Dus de Saudische soennieten en de Iraanse sjiieten vernietigen half Jemen en wij betalen voor de schade.

Ik kan nog voorbeelden aanhalen: vanuit EU-landen werden de islamitische rebellen in Syrië bevoorraad. De sultan van Turkije krijgt zelfs heuse raketten vanuit Europa. Akkoorden worden gesloten met de communistische dictators in China en de EU laat toe dat de Chinezen onze technologie inpikken. Kortom, hier wordt weer eens door socialisten, groenen, christendemocraten en liberalen, die toch zo graag de gutmensch uithangen, een toch wel bijzonder hypocriet theaterstuk opgevoerd.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Domnule președinte, onorată Comisie, onorați membri, suntem astăzi pe un teren minat. Certificatul verde de călătorie, a cărui introducere ați adoptat-o astăzi prin procedură de urgență, poate deveni fără o dezbateră amplă, bazată pe date concludente medicale și respectarea datelor cu caracter personal, un nou produs cu dublă utilizare. În aceste condiții, pot să vă spun că acest lucru înseamnă un atentat la drepturile noastre fundamentale, la libertățile și valorile noastre europene.

Cel mai important drept, obținut de toți românii, câștigat cu greu de toți românii odată cu aderarea României la Uniunea Europeană, a fost chiar acest drept de a circula liber, fără restricții de circulație și fără cheltuieli suplimentare, doar în baza unui act eliberat de România. Eu vreau ca și acest drept să fie respectat și vă întreb de ce vaccinarea este gratuită iar testarea este pe bani grei?

Vă propun încă o dată ca orice produs cu dublă utilizare, inclusiv acest certificat verde de călătorie, să fie supus unei dezbateri ample, bazat pe date medicale concludente, în așa fel încât „Unitate în diversitate”, deviza Uniunii Europene, să însemne (președintele întrerupe oratorul)...

(Die Aussprache wird unterbrochen)

14. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor ich nun Herrn Kommissar Šefčovič das Wort erteile, möchte ich die zweite Abstimmungsrunde eröffnen.

Es wird über die auf der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt.

Die Abstimmungsrunde ist von 16.30 bis 17.45 Uhrgeöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie bei den letzten Abstimmungsunden.

Alle Abstimmungen erfolgen namentlich.

Ich erkläre die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 17.45 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde werden um 19.00 Uhr bekannt gegeben.

15. Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Markéta Gregorová (A8-0390/2017) fort.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, first I would like to thank the honourable Members for their interventions and also for using very concrete examples of how these technologies can be dangerous in the hands of autocratic or non-democratic regimes – as Mr Lange, Ms Kumpula-Natri and Ms Karlsbro demonstrated in their remarks.

Therefore, as Ms Schreinemacher has just said, it's absolutely important that the European Parliament take full ownership of this new approach to EU export controls.

We have a lot of work ahead of us to develop these new tools and fulfil the promise of the regulation. To answer the rapporteur, Ms Gregorová, I would like to underline that the Commission takes this very seriously, and how you can help us would be with your continuous interest and support in our effort, because I'm sure this will be crucial for the future. Because this has to be a collective joint effort involving the Parliament, Commission and Member States within our respective areas of responsibility, and I'm sure that we also have to work very closely with industry and civil society.

It is in our strong collective interest to adopt this new approach because we know that dual-use technology poses a real risk to national and international security, and we know that cyber-technologies can lead to human rights violations, as we've been reminded by Mr Bourgeois and Mr Zoido Álvarez.

We will now have robust export controls to mitigate these things. Exporters will have to follow due diligence obligations. These are real and positive steps forward for the European Union, and this gives us a strong platform to engage with our global partners on these issues.

So I would kindly ask you, and urge you, to give your full support to an ambitious implementation of the regulation. I believe that we can build on the trust and good collaboration that developed during the negotiations and work closely together to ensure successful implementation.

Once again, thank you very much for the great work and thank you very much for the excellent cooperation.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Über dieses Dossier können Sie bis 17.45 Uhr abstimmen.

(Die Sitzung wird um 16.34 Uhr unterbrochen.)

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 19.09 Uhr wieder aufgenommen.)

17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Der Präsident. – (Nach der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse:)

Gemäß Artikel 163 Absatz 4 der Geschäftsordnung möchte ich Sie nach dem Ergebnis der Abstimmungen über die beiden Dringlichkeitsanträge zur Annahme eines digitalen grünen Zertifikats – Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und eines digitalen grünen Zertifikats – Drittstaatsangehörige darüber informieren, dass die Aussprachen und die Abstimmungen am Mittwoch, dem 28. April 2021, stattfinden werden. Die Fristen für Änderungsanträge werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

21. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

22. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 19.14 Uhr geschlossen)

25. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Kettenplatten aus Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China

(C/2024/5264)

Der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) liegt ein Antrag nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“) vor, dem zufolge die Einfuhren von Kettenplatten aus Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China gedumpte sind und dadurch den Wirtschaftszweig der Union schädigen ⁽²⁾.

1. Antrag

Der Antrag wurde am 12. Juli 2024 von Duferco Travi e Profilati S.p.A. (im Folgenden „Antragsteller“) eingereicht. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung vom Wirtschaftszweig der Union für Kettenplatten aus Stahl gestellt.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

2. Untersuchte Ware

Diese Untersuchung betrifft bestimmte Arten von Stahlplatten, auch mit daran befestigten Gummiauflagen, auch zu einer Laufkette zusammengesetzt, mit einer Länge von höchstens 3 000 mm, die für derzeit unter den Positionen 8426, 8429 oder 8430 eingereichte Maschinen oder für derzeit unter der Position 8428 eingereichte Förderbänder verwendet werden (im Folgenden „untersuchte Ware“).

Interessierte Parteien, die Informationen zur Warendefinition übermitteln möchten, müssen dies binnen 10 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ⁽³⁾ tun.

3. Dumpingbehauptung

Bei der angeblich gedumpten Ware handelt es sich um die untersuchte Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“ oder „betroffenes Land“), die derzeit unter den KN-Codes ex 8431 49 20, ex 8431 39 00 und ex 8431 49 80 (TARIC-Codes 8431 49 20 10, 8431 39 00 20 und 8431 49 80 10) eingereiht wird. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung angegeben. Der Gegenstand dieser Untersuchung unterliegt der Definition der untersuchten Ware in Abschnitt 2.

Dem Antragsteller zufolge ist es aufgrund nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht angemessen, die Inlandspreise und -kosten in der VR China heranzuziehen.

Zur Untermauerung der Behauptung, dass nennenswerte Verzerrungen bestehen, bezog sich der Antragsteller auf die Informationen in der für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen erstellten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über nennenswerte wirtschaftliche Verzerrungen in der Volksrepublik China ⁽⁴⁾ vom 10. April 2024. Insbesondere seien bei Herstellung und Verkauf der untersuchten Ware offenbar die Faktoren gegeben, die unter anderem in den Kapiteln über die Stahlindustrie, Grund und Boden, Energie, Kapital, Rohstoffe und Arbeit angeführt seien.

⁽¹⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj>.

⁽²⁾ Der allgemeine Begriff „Schädigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 der Grundverordnung bedeutet, dass ein Wirtschaftszweig der Union bedeutend geschädigt wird oder geschädigt zu werden droht oder dass die Errichtung eines Wirtschaftszweigs der Union erheblich verzögert wird.

⁽³⁾ Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung sind als Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu verstehen.

⁽⁴⁾ Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 10. April 2024, SWD(2024) 91 final, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2024\)91&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2024)91&lang=en).

Darüber hinaus verwies der Antragsteller auf nennenswerte und seit Langem bestehende Verzerrungen im chinesischen Stahlsektor, der durch massive staatliche Eingriffe und erhebliche Überkapazitäten gekennzeichnet sei, wie von der OECD ⁽⁵⁾ oder in früheren Untersuchungen der Kommission ⁽⁶⁾ dokumentiert sei.

Daher stützt sich die Dumpingbehauptung nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung auf einen Vergleich eines Normalwerts, der rechnerisch ermittelt wurde anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte widerspiegeln, mit dem Preis der untersuchten Ware bei der Ausfuhr in die Union (auf der Stufe ab Werk). Der Antragsteller nannte die Türkei als geeignetes repräsentatives Land für die rechnerische Ermittlung des Normalwerts.

Aus diesem Vergleich ergeben sich für das betroffene Land erhebliche Dumpingspannen.

Angesichts der vorliegenden Informationen vertritt die Kommission die Auffassung, dass im Sinne des Artikels 5 Absatz 9 der Grundverordnung genügend Beweise vorliegen, die tendenziell darauf hindeuten, dass es aufgrund nennenswerter Verzerrungen mit Auswirkungen auf Preise und Kosten nicht angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten des betroffenen Landes heranzuziehen, und dass somit die Einleitung einer Untersuchung nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung gerechtfertigt ist.

Der Länderbericht steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel zur Verfügung ⁽⁷⁾.

4. Behauptung bezüglich Schädigung und Schadensursache

4.1 Behauptung bezüglich Schädigung und Schadensursache

Der Antragsteller legte Beweise dafür vor, dass die Einfuhren der untersuchten Ware aus dem betroffenen Land in absoluten Zahlen und gemessen am Marktanteil insgesamt gestiegen sind.

Aus den vom Antragsteller vorgelegten Beweisen geht hervor, dass die Menge und die Preise der eingeführten untersuchten Ware sich unter anderem auf die Verkaufsmengen, die in Rechnung gestellten Preise und den Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union negativ ausgewirkt und dadurch die Gesamtergebnisse, die finanzielle Lage und die Beschäftigungssituation des Wirtschaftszweigs der Union sehr nachteilig beeinflusst haben.

4.2 Behauptung bezüglich Verzerrungen des Rohstoffangebots

Der Antragsteller hat genügend Beweise dafür vorgelegt, dass es im betroffenen Land bei der untersuchten Ware möglicherweise Verzerrungen des Rohstoffangebots gibt. Den im Antrag enthaltenen Beweisen zufolge unterliegen bestimmte Stahlprofile (derzeit unter dem HS-Code 7228 70 eingereiht), auf die 73 % der Herstellkosten der untersuchten Ware entfallen, in dem betroffenen Land einer Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr. Auf der Grundlage eines Vergleichs der Preise auf den repräsentativen internationalen Märkten – insbesondere aufgrund der Preise der Einfuhren in die Türkei ⁽⁸⁾ – mit den Preisen im betroffenen Land wurde im Antrag festgestellt, dass die Verzerrungen des Rohstoffangebots im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a Unterabsatz 2 der Grundverordnung offensichtlich zu Preisen führen, die deutlich unter denen der repräsentativen internationalen Märkte liegen.

Daher werden nach Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung bei der Untersuchung die mutmaßlichen Verzerrungen geprüft, damit beurteilt werden kann, ob gegebenenfalls ein unter der Dumpingspanne liegender Zoll ausreicht, um die Schädigung zu beseitigen. Sollten im Laufe der Untersuchung noch weitere Verzerrungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a der Grundverordnung festgestellt werden, so kann sich die Untersuchung auch auf diese Verzerrungen erstrecken.

⁽⁵⁾ „Latest developments in steelmaking capacity“, OECD DSTI/SC(2023)10, vom 17. Oktober 2023 und „Latest developments in steelmaking capacity“, OECD DSTI/SC(2023)3, vom 17. Februar 2023.

⁽⁶⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2017/969 der Kommission vom 8. Juni 2017 zur Einführung endgültiger Ausgleichszölle auf die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/649 der Kommission zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 146 vom 9.6.2017, S. 17, Erwägungsgründe 128 und 146).

⁽⁷⁾ Im Länderbericht zitierte Dokumente sind auf hinreichend begründeten Antrag ebenfalls erhältlich.

⁽⁸⁾ Ohne Einfuhren aus der VR China.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Unterrichtung der Mitgliedstaaten zu dem Schluss, dass der Antrag vom Wirtschaftszweig der Union gestellt wurde und dass die vorliegenden Beweise die Einleitung eines Verfahrens rechtfertigen; sie leitet daher nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Untersuchung ein.

Bei der Untersuchung wird geprüft, ob die untersuchte Ware mit Ursprung in dem betroffenen Land gedumpte ist und ob der Wirtschaftszweig der Union durch die gedumpten Einfuhren geschädigt wird.

Sollte sich dies bestätigen, wird nach Artikel 21 der Grundverordnung weiter geprüft, ob die Einführung von Maßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Um festzustellen, ob Artikel 7 Absatz 2a Anwendung findet, wird darüber hinaus eine Prüfung des Unionsinteresses nach Artikel 7 Absatz 2b der Grundverordnung vorgenommen.

5.1 Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum

Die Untersuchung von Dumping und Schädigung betrifft den Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum“). Die Untersuchung der für die Schadensanalyse relevanten Entwicklungen betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

5.2 Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Schädigung oder der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

5.3 Verfahren zur Dumpingermittlung

Die ausführenden Hersteller (*) der untersuchten Ware aus dem betroffenen Land werden gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

5.3.1 Untersuchung der ausführenden Hersteller

a) Stichprobenverfahren

Da in der VR China möglicherweise eine Vielzahl ausführender Hersteller von dem Verfahren betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden ausführenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle ausführenden Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen. Diese Angaben sind über TRON.tdi (im Folgenden „TRON“) unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/AD716_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.8.

Die Kommission hat ferner mit den Behörden des betroffenen Landes Kontakt aufgenommen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der ausführenden Hersteller benötigt; zum selben Zweck kontaktiert sie möglicherweise auch die ihr bekannten Verbände ausführender Hersteller.

(*) Ein ausführender Hersteller ist ein Unternehmen im betroffenen Land, das die untersuchte Ware herstellt und in die Union ausführt, entweder direkt oder über einen Dritten, auch über ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der untersuchten Ware beteiligt ist.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die ausführenden Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Menge der Ausfuhren in die Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten ausführenden Hersteller, die Behörden des betroffenen Landes und die Verbände der ausführenden Hersteller werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden des betroffenen Landes) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Stichprobe der ausführenden Hersteller zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die ausführenden Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Der Fragebogen für ausführende Hersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caselid=2745>) zur Verfügung.

Der Fragebogen wird auch allen der Kommission bekannten Verbänden ausführender Hersteller sowie den Behörden des betroffenen Landes zur Verfügung gestellt.

Unbeschadet des Artikels 18 der Grundverordnung gelten ausführende Hersteller, die ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend (im Folgenden „nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller“). Unbeschadet des Abschnitts 5.3.1 Buchstabe b darf der Antidumpingzoll, der gegebenenfalls auf die von diesen Herstellern stammenden Einfuhren erhoben wird, die gewogene durchschnittliche Dumpingspanne nicht übersteigen, die für die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller ermittelt wird⁽¹⁰⁾.

b) Individuelle Dumpingspanne für nicht in die Stichprobe einbezogene ausführende Hersteller

Nach Artikel 17 Absatz 3 der Grundverordnung können nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller beantragen, dass die Kommission für sie eine unternehmensspezifische Dumpingspanne (im Folgenden „individuelle Dumpingspanne“) ermittelt. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen ausführende Hersteller, die eine individuelle Dumpingspanne beantragen möchten, den Fragebogen binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe ordnungsgemäß ausgefüllt zurücksenden. Der Fragebogen für ausführende Hersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caselid=2745>) zur Verfügung. Die Kommission wird prüfen, ob nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern ein unternehmensspezifischer Zoll nach Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung gewährt werden kann.

Allerdings sollten sich nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller, die eine individuelle Dumpingspanne beantragen, darüber im Klaren sein, dass die Kommission dennoch beschließen kann, keine individuelle Dumpingspanne für sie zu ermitteln, wenn beispielsweise die Zahl der zu untersuchenden mitarbeitenden ausführenden Hersteller – einschließlich der in die Stichprobe einbezogenen – so groß ist, dass eine solche Ermittlung eine zu große Belastung darstellen und den fristgerechten Abschluss der Untersuchung verhindern würde.

5.3.2 **Zusätzliches Verfahren für das betroffene Land, in dem nennenswerte Verzerrungen auftreten**

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien gebeten, unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen ihren Standpunkt zur Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Insbesondere fordert die Kommission alle interessierten Parteien auf, zu den im Antrag angegebenen Inputs und Codes des Harmonisierten Systems (HS) Stellung zu nehmen, ein geeignetes repräsentatives Land oder geeignete repräsentative Länder vorzuschlagen und Hersteller der untersuchten Ware in diesen Ländern zu nennen. Diese Informationen und sachdienlichen Nachweise müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

⁽¹⁰⁾ Nach Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung bleiben Dumpingspannen, deren Höhe null beträgt, geringfügig ist oder nach Maßgabe des Artikels 18 der Grundverordnung ermittelt wurde, unberücksichtigt.

Kurz nach der Einleitung der Untersuchung unterrichtet die Kommission nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e der Grundverordnung durch einen Vermerk in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier die von der Untersuchung betroffenen Parteien über die relevanten Quellen (gegebenenfalls auch über die Auswahl eines geeigneten repräsentativen Drittlands), welche die Kommission zur Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a heranzuziehen beabsichtigt. Im Einklang mit Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e können die von der Untersuchung betroffenen Parteien binnen 10 Tagen zu dem Vermerk Stellung nehmen.

Für die endgültige Auswahl eines angemessenen repräsentativen Drittlands wird die Kommission prüfen, ob der wirtschaftliche Entwicklungsstand in den betreffenden Drittländern ähnlich ist wie im betroffenen Land, ob die untersuchte Ware in diesen Drittländern tatsächlich hergestellt und verkauft wird und ob die entsprechenden Daten ohne Weiteres verfügbar sind. Gibt es mehr als ein repräsentatives Drittland, wird gegebenenfalls Ländern der Vorzug gegeben, in denen ein angemessener Sozial- und Umweltschutz besteht. Den der Kommission vorliegenden Informationen zufolge könnte die Türkei ein geeignetes repräsentatives Drittland sein.

In diesem Zusammenhang fordert die Kommission alle Hersteller im betroffenen Land auf, ihr innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Informationen über die bei der Herstellung der untersuchten Ware verwendeten Vormaterialien (Rohstoffe und Halbzeug) und den entsprechenden Energieverbrauch zu übermitteln. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/AD716_INFO_ON_INPUTS_FOR_EXPORTING_PRODUCER_FORM. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.8.

Sachinformationen zu Kosten und Preisen nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung müssen darüber hinaus binnen 65 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden. Solche Sachinformationen sollten ausschließlich aus öffentlichen Quellen stammen, die ohne Weiteres verfügbar sind.

5.3.3 *Untersuchung der unabhängigen Einführer* ⁽¹¹⁾ ⁽¹²⁾

Die unabhängigen Einführer, die die untersuchte Ware aus der VR China in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dem Verfahren betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen.

Ferner kann die Kommission Kontakt mit den ihr bekannten Einführerverbänden aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der untersuchten Ware in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit angemessen untersucht werden kann.

⁽¹¹⁾ Dieser Abschnitt betrifft nur Einführer, die nicht mit ausführenden Herstellern verbunden sind. Einführer, die mit ausführenden Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden ausführenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

⁽¹²⁾ Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Dumpingermittlung herangezogen werden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Stichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien ihre Entscheidung bezüglich der Einführer Stichprobe mit. Die Kommission nimmt ferner einen Vermerk zur Stichprobenauswahl in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2745>) zur Verfügung.

5.4 **Verfahren zur Feststellung einer Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller**

Die Feststellung einer Schädigung stützt sich auf eindeutige Beweise und erfordert eine objektive Prüfung der Menge der gedumpten Einfuhren sowie ihrer Auswirkungen auf die Preise in der Union und auf den Wirtschaftszweig der Union. Zwecks Feststellung, ob der Wirtschaftszweig der Union geschädigt wird, werden die Unionshersteller der untersuchten Ware gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

Da eine Vielzahl von Unionsherstellern betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, hat die Kommission beschlossen, die Zahl der zu untersuchenden Unionshersteller auf ein vertretbares Maß zu beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Die Kommission hat eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet. Genauere Angaben dazu können dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden. Die interessierten Parteien werden aufgefordert, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Ferner müssen andere Unionshersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter, die der Auffassung sind, dass bestimmte Gründe für die Einbeziehung ihres Unternehmens in die Stichprobe sprechen, die Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung kontaktieren. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle Stellungnahmen zur vorläufigen Stichprobe binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingegangen sein.

Alle der Kommission bekannten Unionshersteller und Verbände von Unionsherstellern werden von ihr darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die endgültige Stichprobe ausgewählt wurden.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Unionshersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2745>) zur Verfügung.

5.5 **Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses bei Behauptungen bezüglich Verzerrungen des Rohstoffangebots**

Bei Verzerrungen des Rohstoffangebots im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a der Grundverordnung nimmt die Kommission eine Prüfung des Unionsinteresses nach Artikel 7 Absatz 2b der genannten Verordnung vor.

Die interessierten Parteien werden gebeten, alle sachdienlichen Informationen zu übermitteln, anhand deren die Kommission feststellen kann, ob es im Unionsinteresse liegt, die Höhe der Maßnahmen nach Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung festzulegen. Insbesondere gilt dies für Informationen über das Vorhandensein von Kapazitätsreserven im betroffenen Land, den Wettbewerb um Rohstoffe und die Auswirkungen auf die Lieferketten für Unternehmen in der Union. Im Falle fehlender Mitarbeit kann die Kommission zu dem Schluss kommen, dass es mit dem Unionsinteresse im Einklang steht, Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung anzuwenden.

In jedem Fall ist nach Artikel 21 der Grundverordnung zu entscheiden, ob die Einführung von Antidumpingmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen zum Unionsinteresse zu übermitteln.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Die Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden. Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der untersuchten Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2745>) zur Verfügung. Nach Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind.

5.6 **Interessierte Parteien**

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.3 und 5.4 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 18 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite ⁽¹³⁾.

5.7 **Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen**

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen.

Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Für die Anhörungen gilt folgender Zeitrahmen:

- Anhörungen, die vor Ablauf der Frist für die Einführung vorläufiger Maßnahmen stattfinden sollen, sollten binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beantragt werden. Die Anhörung findet in der Regel binnen 60 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung statt.
- Nach dem Stadium der vorläufigen Feststellungen sollten Anträge binnen 5 Tagen nach dem Datum der Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder des Informationspapiers gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel binnen 15 Tagen nach der Mitteilung bezüglich des Unterrichtungsdokuments oder dem Datum des Informationspapiers statt.
- Im Stadium der endgültigen Feststellungen sollten Anträge binnen 3 Tagen nach dem Datum der Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel innerhalb der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung statt. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Anträge unmittelbar nach Erhalt dieses weiteren Unterrichtungsdokuments gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel innerhalb der Frist für Stellungnahmen zu dieser Unterrichtung statt.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommissionsdienststellen, in hinreichend begründeten Fällen auch Anhörungen außerhalb des jeweils genannten Zeitrahmens zu akzeptieren und in hinreichend begründeten Fällen Anhörungen zu verweigern. Wird ein Antrag auf Anhörung von den Kommissionsdienststellen abgelehnt, werden der betreffenden Partei die Gründe für die Ablehnung mitgeteilt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

⁽¹³⁾ Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail (trade-service-desk@ec.europa.eu) oder telefonisch (Tel. +32 22979797) an den Trade Service Desk.

5.8 *Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel*

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den interessierten Parteien dieser Untersuchung die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“⁽¹⁴⁾ (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung sollte so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht.

Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht aus geeigneten Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch Anträge auf Registrierung als interessierte Partei, gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSSCHUTZUNTERSUCHUNGEN“ einverstanden, der auf der Website der GD Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und eine gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass die genannte E-Mail-Adresse zu einer aktiven offiziellen Mailbox führt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

Postanschrift der Kommission:
Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G
Büro: CHAR 04/039
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail-Adresse:

Für Dumpingaspekte: TRADE-AD716-STS-DUMPING@ec.europa.eu

Für Schädigungsaspekte: TRADE-AD716-STS-INJURY@ec.europa.eu

⁽¹⁴⁾ Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 19 der Grundverordnung und des Artikels 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen). Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 6 Absatz 9 der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen. Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, und zwar spätestens sieben Monate, allerspätstens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung.

Im Einklang mit Artikel 19a der Grundverordnung erteilt die Kommission vier Wochen vor der Einführung vorläufiger Maßnahmen Auskünfte über die geplante Einführung der vorläufigen Zölle. Den interessierten Parteien werden drei Arbeitstage eingeräumt, um schriftlich zur Richtigkeit der Berechnungen Stellung zu nehmen.

Falls die Kommission beabsichtigt, keine vorläufigen Zölle einzuführen, die Untersuchung aber fortzusetzen, werden die interessierten Parteien mittels eines Informationspapiers vier Wochen vor Ablauf der Frist nach Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung von der Nichteinführung der Zölle in Kenntnis gesetzt.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden den interessierten Parteien 15 Tage eingeräumt, um schriftlich zu den vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier Stellung zu nehmen, und 10 Tage, um schriftlich zu den endgültigen Feststellungen Stellung zu nehmen. Gegebenenfalls wird in weiteren Unterrichtungen über die endgültigen Feststellungen die Frist angegeben, in der interessierte Parteien schriftlich dazu Stellung nehmen können.

7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in den Abschnitten 5 und 6 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen. Bei der Vorlage sonstiger, nicht unter diese Abschnitte fallender Informationen sollte folgender Zeitrahmen eingehalten werden:

- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten Informationen für das Stadium der vorläufigen Feststellungen binnen 70 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden.
- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten interessierte Parteien nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier im Stadium der vorläufigen Feststellungen keine neuen Sachinformationen vorlegen. Nach Ablauf dieser Frist können interessierte Parteien nur dann neue Sachinformationen vorlegen, wenn sie nachweisen können, dass diese neuen Sachinformationen erforderlich sind, um Tatsachenbehauptungen anderer interessierter Parteien zu widerlegen, und wenn diese neuen Sachinformationen außerdem innerhalb der für den rechtzeitigen Abschluss der Untersuchung zur Verfügung stehenden Zeit überprüft werden können.
- Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abschließen zu können, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Diese Stellungnahmen sollten innerhalb des folgenden Zeitrahmens abgegeben werden:

- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien vor Ablauf der Frist für die Einführung vorläufiger Maßnahmen vorgelegt wurden, spätestens am 75. Tag nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgegeben werden.
- Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder das Informationspapier hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 7 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier abgegeben werden.
- Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die endgültige Unterrichtung hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 3 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den endgültigen Feststellungen abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

9. **Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen**

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei Nachweis eines wichtigen Grundes gewährt.

In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt.

In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

10. **Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit**

Verweigern interessierte Parteien den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilen sie diese nicht fristgerecht oder behindern sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 18 der Grundverordnung vorläufige oder endgültige positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstiger ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. In diesem Fall sollte die interessierte Partei unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

11. **Anhörungsbeauftragte**

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhörungsbeauftragte kann Anhörungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhörungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhörungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhörungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei Anträgen auf Anhörung, die nicht innerhalb der in Abschnitt 5.7 dieser Bekanntmachung aufgeführten Fristen eingereicht werden, prüft die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en.

12. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁵⁾ verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/!vr4g9W>.

⁽¹⁵⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj>).

ANHANG

- | | |
|--------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Sensitive version (zur vertraulichen Behandlung) |
| <input type="checkbox"/> | Version for inspection by interested parties (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) |
| (Zutreffendes bitte ankreuzen) | |

**ANTIDUMPINGVERFAHREN BETREFFEND DIE EINFUHREN VON KETTENPLATTEN AUS STAHL MIT
URSPRUNG IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA**

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.3 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die „Version for inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten nach Maßgabe der Angaben in der Einleitungsbekanntmachung an die Kommission zurückgesandt werden.

1. NAME UND KONTAKTDATEN

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Kontaktperson	
E-Mail-Adresse	
Telefon	

2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die untersuchte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“) in EUR sowie die entsprechende Menge in Tonnen.

	Tonnen	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der untersuchten Ware mit Ursprung in der VR China		
Einfuhren der untersuchten Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der untersuchten Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der VR China		

3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ⁽¹⁾

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der untersuchten Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der untersuchten Ware oder ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name und Standort des Unternehmens	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

4. SONSTIGE ANGABEN

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht Ihres Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

5. ERKLÄRUNG

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Untersuchung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

⁽¹⁾ Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



C/2024/5272

23.8.2024

STAATLICHE BEIHILFEN — SLOWAKEI

**Staatliche Beihilfe SA.38121 (2024/C) (ex 2016/FC) — Investitionsbeihilfe für den slowakischen
Glassandhersteller NAJPI a.s.**

**Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der
Europäischen Union**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5272)

Mit Schreiben vom 9. Juli 2024, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission die Slowakei von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV einzuleiten.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Beihilfe, die Gegenstand des von der Kommission eingeleiteten Verfahrens ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

Alle Stellungnahmen werden der Slowakei übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird und/oder dass Teile ihrer Stellungnahme vertraulich behandelt werden.

Zusammenfassung

Verfahren:

Dieses Verfahren wurde aufgrund einer förmlichen Beschwerde eingeleitet. Der Beschwerdeführer bringt vor, dass der Beihilfeempfänger im Rahmen einer slowakischen Investitionsbeihilferegelung, die auf der Grundlage der zum maßgeblichen Zeitpunkt geltenden Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (im Folgenden „AGVO“) von 2008 durchgeführt wurde, staatliche Beihilfen erhalten habe, die nicht mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar seien. Der Beschluss der Kommission vom 20. Juli 2017⁽¹⁾ in dieser Beschwerdesache wurde vom Gericht mit Urteil vom 9. September 2020⁽²⁾ (im Folgenden „Urteil des Gerichts“) für nichtig erklärt.

Im Urteil des Gerichts wurde unter anderem eindeutig festgestellt, dass die vom Beschwerdeführer vorgelegten Indizien für Verflechtungen zwischen dem begünstigten Unternehmen NAJPI und einem anderen Unternehmen geeignet waren, bei der Kommission Bedenken im Sinne des Artikels 4 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates⁽³⁾ hinsichtlich der Einstufung des begünstigten Unternehmens als KMU im Sinne des Anhangs I der AGVO 2014 und damit hinsichtlich des Vorliegens einer rechtswidrigen und mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfe entstehen zu lassen⁽⁴⁾.

⁽¹⁾ Beschluss C(2017) 5050 final.

⁽²⁾ Urteil des Gerichts vom 9. September 2020, Kerkosand/Kommission, T-745/17, ECLI:EU:T:2020:400.

⁽³⁾ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9).

⁽⁴⁾ Urteil in der Rechtssache T-745/17, Rn. 98.

Beschreibung der Beihilfe, die Gegenstand des von der Kommission eingeleiteten Verfahrens ist

Am 7. November 2013 genehmigten die slowakischen Behörden einen Direktzuschuss in Höhe von 4 999 999,46 EUR für ein Investitionsvorhaben von NAJPI a.s. (im Folgenden „NAJPI“) zur Errichtung einer Glassandproduktionsanlage in der slowakischen NUTS-2-Region SK02 Západné Slovensko. Die Beihilfe wurde auf der Grundlage einer nach der AGVO freigestellten Beihilferegelung ⁽⁵⁾ (im Folgenden „Beihilferegelung“) gewährt. Beihilfegeber war das slowakische Wirtschaftsministerium, vertreten durch die Slowakische Agentur für Innovation und Energie (Slovenská inovačná a energetická agentúra – „SIEA“).

Die Beihilferegelung wurde in der Zeit vom 25. März 2008 bis zum 31. Dezember 2013 als regionale Investitions- und Beschäftigungsbeihilfemaßnahme nach Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission ⁽⁶⁾ zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag (im Folgenden „AGVO 2008“) durchgeführt, wonach Beihilfen für Erstinvestitionen zugunsten von Unternehmen jeder Größe in allen Wirtschaftszweigen zulässig sind.

Der Beihilfeempfänger, das slowakische Unternehmen NAJPI mit Sitz in Bratislava und Hauptverwaltung in Senica, wurde am 15. November 2001 gegründet und ist unter anderem in der Gewinnung und Aufbereitung von Glas- und Gießereisand tätig. Nach Auffassung der slowakischen Behörden gehörte NAJPI zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung der Kategorie „kleine und mittlere Unternehmen“ (KMU) an; dem Beschwerdeführer zufolge handelte es sich bei NAJPI zu diesem Zeitpunkt jedoch um ein großes Unternehmen.

Die nominalen Gesamtinvestitionskosten des Vorhabens beliefen sich auf 12 831 372,20 EUR. Der Nominalbetrag der beihilfefähigen Ausgaben für Regionalbeihilfen liegt bei 12 499 998,65 EUR. Die Intensität der Beihilfe für NAJPI beträgt somit 40 %. NAJPI finanzierte das Vorhaben teils aus Eigenmitteln, teils durch ein Darlehen der Geschäftsbank Slovenská sporiteľňa, a.s. im Umfang von 6 516 617 EUR.

Prüfung der Vereinbarkeit der Beihilfe

Nach Auffassung der Kommission handelt es sich bei der Maßnahme um eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden „AEUV“), da sie die darin festgelegten Voraussetzungen erfüllt. Diese Schlussfolgerung wird von den slowakischen Behörden nicht bestritten.

Die Kommission stellt fest, dass die Maßnahme nach Auffassung der slowakischen Behörden eine nicht anmeldepflichtige Anwendung einer Beihilferegelung darstellt, die ihrerseits auf der Grundlage der AGVO von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt ist, was die Schlussfolgerung der Kommission bestätigt, dass es sich bei der Maßnahme um eine staatliche Beihilfe handelt.

Die Kommission stellt ferner fest, dass die Beihilferegelung die Voraussetzungen der AGVO 2008 erfüllt.

Die Kommission hat die Beihilfemaßnahme nach Artikel 58 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission ⁽⁷⁾ (im Folgenden „AGVO 2014“) geprüft; nach dieser Bestimmung gilt die AGVO 2014 rückwirkend für Einzelbeihilfen, die vor dem Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung gewährt wurden, sofern die Beihilfe alle Voraussetzungen der AGVO 2014 mit Ausnahme des Artikels 9 erfüllt.

Vor diesem Hintergrund und im Lichte des Urteils des Gerichts hat die Kommission geprüft, ob NAJPI zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung als KMU eingestuft werden konnte. Angesichts der Unsicherheit bei der Ermittlung der „verbundenen Unternehmen“ und „Partnerunternehmen“ von NAJPI für die Zwecke der Berechnung der Mitarbeiterzahlen und der Finanzdaten, auf die in Artikel 2 Absatz 1 des Anhangs I der AGVO 2014 Bezug genommen wird, konnte die Kommission nicht feststellen, dass die Mitarbeiterzahl und der Jahresumsatz bzw. die Jahresbilanzsumme von NAJPI unter die in Artikel 2 Absatz 1 des Anhangs I der AGVO 2014 festgelegten Schwellenwerte fielen.

Aus diesen Gründen hat die Kommission Zweifel, ob NAJPI zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung als KMU einzustufen war.

⁽⁵⁾ „Schéma štátnej pomoci na podporu zavádzania inovatívnych a vyspelých technológií v priemysle a v službách“ (SA.28652 (X518/2009)), (Beihilferegelung zur Förderung des Einsatzes innovativer und fortschrittlicher Technologien in der Industrie und im Dienstleistungssektor).

⁽⁶⁾ Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission vom 6. August 2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag (Abl. L 214 vom 9.8.2008, S. 3).

⁽⁷⁾ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Abl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1), geändert durch die Verordnung (EU) 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 (Abl. L 167 vom 30.6.2023, S. 1).

Die Feststellung, ob es sich bei NAJPI um ein KMU handelte oder nicht, ist zwar nach der AGVO 2014 keine eigenständige Voraussetzung, aber sie ist für die Beurteilung mehrerer Kriterien der AGVO 2014 relevant. Daher hat die Kommission geprüft, ob die Beihilfe die Kriterien der AGVO 2014 erfüllt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann die Kommission angesichts ihrer Bedenken hinsichtlich der Verflechtungen zwischen NAJPI und anderen Unternehmen auch nicht ausschließen, dass NAJPI zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung ein Unternehmen in Schwierigkeiten war; ebenso wenig kann sie bestätigen, dass die Maßnahme mit Artikel 14 Absätze 13 und 16 der AGVO 2014 im Einklang steht. Daher kann die Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht feststellen, dass die Beihilfe für NAJPI gemäß Artikel 58 Absatz 1 der AGVO 2014 von der Anmeldepflicht freigestellt ist.

Für den Fall, dass die Beihilfe für NAJPI nicht von der Anmeldepflicht nach der AGVO 2014 freigestellt sein sollte, hat die Kommission auch geprüft, ob eine Freistellung auf der Grundlage der AGVO 2008 möglich wäre. Dabei kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Maßnahme, auch nach der AGVO 2008 nicht freigestellt sein kann, da sie die Voraussetzung des Artikels 3 Absatz 2 der AGVO 2008 nicht erfüllte.

Schließlich stellte die Kommission fest, dass sie die Beihilfe nach den Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013⁽⁸⁾ (im Folgenden „Regionalbeihilfeleitlinien 2007“) prüfen müsste, falls sie nach ihrem förmlichen Prüfverfahren zu dem Ergebnis kommen sollte, dass die Maßnahme weder von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sein noch nach der AGVO 2014 für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden kann.

Auf der Grundlage der ihr vorliegenden Informationen gelangt die Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu dem Schluss, dass die Beihilfe die meisten der in den Regionalbeihilfeleitlinien festgelegten Vereinbarkeitskriterien erfüllt. Die Kommission hat jedoch Zweifel an der Vereinbarkeit der Beihilfe mit Randnummer 9 der Regionalbeihilfeleitlinien 2007 und muss hinsichtlich der Auswirkungen des Investitionsvorhabens auf den Markt und den Handel prüfen, ob die Vorteile des Vorhabens die Wettbewerbsverzerrungen und die negativen Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten aufwiegen. Der Kommission liegen derzeit nicht die erforderlichen einschlägigen Informationen vor, um zu einer diesbezüglichen Schlussfolgerung zu gelangen.

Daher hat die Kommission beschlossen, ein förmliches Prüfverfahren zu dieser Maßnahme einzuleiten. Die Kommission wird die Maßnahme auf der Grundlage der von dem betreffenden Mitgliedstaat und von Beteiligten übermittelten Informationen prüfen und dann einen abschließenden Beschluss erlassen, für den sie insbesondere genau untersuchen wird, ob NAJPI zum Zeitpunkt der Beihilfegewährung ein großes Unternehmen oder ein KMU war und gegebenenfalls auch, ob NAJPI zu diesem Zeitpunkt ein Unternehmen in Schwierigkeiten war.

Nach Artikel 16 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

⁽⁸⁾ Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013 (ABl. C 54 vom 4.3.2006, S. 13).

[Wortlaut des Schreibens]

Komisia si týmto dovoľuje oznámiť Slovensku, že s cieľom vyhovieť rozsudku Všeobecného súdu z 9. septembra 2020 vo veci T-745/17 ⁽¹⁾ (ďalej len „rozsudok Všeobecného súdu“) a po preskúmaní informácií týkajúcich sa uvedenej pomoci, ktoré predložili slovenské orgány, sa rozhodla začať konanie stanovené v článku 108 ods. 2 Zmluvy o fungovaní Európskej únie (ďalej len „ZFEÚ“).

1. POSTUP

- (1) Elektronickým listom z 12. decembra 2013 (2013/125535 a 2013/126554) sťažovateľ, ktorý požiadal o zachovanie anonymity (ďalej len „sťažovateľ“), podal sťažnosť týkajúcu sa údajne neoprávnenej regionálnej investičnej pomoci poskytnutej spoločnosti NAJPI a. s. so sídlom v Senici na Slovensku (ďalej len „spoločnosť NAJPI“ alebo „prijemca pomoci“). Údajne neoprávnená pomoc bola zameraná na podporu investícií spoločnosti NAJPI v Trnavskom kraji v regióne NUTS ⁽²⁾ 2 SK02 Západné Slovensko, t. j. v oblasti určenej v mape regionálnej pomoci pre Slovensko uplatniteľnej v období od roku 2007 do roku 2013 ⁽³⁾ (ďalej len „mapa regionálnej pomoci pre Slovensko na roky 2007 – 2013“) podľa článku 107 ods. 3 písm. a) ZFEÚ (ďalej len „oblasť „a““) (ďalej len „opatrenie“). Táto sťažnosť bola zaevidovaná pod číslom veci SA.38121 (2013/125535).
- (2) Sťažovateľ, ktorý prevádzkuje závod na ťažbu sklárskeho piesku a spracovateľský závod v Šajdíkových Humenciach (Slovensko), pôsobí v oblasti ťažby, spracovania a distribúcie priemyselných nerastov vrátane sklárskeho piesku na Slovensku. Sklársky piesok, ktorý ťaží, sa používa ako surovina v sklárskom a zlievarenskom priemysle, ako aj v stavebnom a chemickom priemysle.
- (3) Sťažovateľ je teda priamym konkurentom spoločnosti NAJPI na trhu s výrobou piesku, a preto je zainteresovanou stranou v zmysle článku 1 písm. h) a článku 24 nariadenia Rady (EÚ) 2015/1589 ⁽⁴⁾, ako aj článku 1 písm. h) a článku 20 nariadenia Rady (ES) č. 659/1999 ⁽⁵⁾ v znení platnom v čase podania sťažnosti Komisii.
- (4) Sťažovateľ v podstate tvrdí, že toto opatrenie nespĺňa všetky požiadavky stanovené vo vnútroštátnej schéme pomoci SA.28652 (X518/2009) „Schéma štátnej pomoci na podporu zavádzania inovatívnych a vyspelých technológií v priemysle a v službách“ (ďalej len „schéma pomoci“), a preto predstavuje neoprávnenú a nezlučiteľnú pomoc *ad hoc*.
- (5) Komisia listami z 24. februára 2014 (2014/017474) a 2. mája 2014 (2014/047218) postúpila verziu sťažnosti, ktorá nemala dôverný charakter, slovenským orgánom a vyzvala ich, aby sa vyjadrili poskytnutím niektorých požadovaných informácií.
- (6) Slovenské orgány v listoch z 30. mája 2014 (2014/057149) a 1. júla 2014 (2014/068568) predložili svoje pripomienky k tvrdeniam sťažovateľa.

⁽¹⁾ Rozsudok Všeobecného súdu z 9. septembra 2020 vo veci T-745/17, Kerkosand/Komisia, EU:T:2020:400 (ďalej len „rozsudok z 9. septembra 2020“).

⁽²⁾ Nomenklatúra územných jednotiek na štatistické účely.

⁽³⁾ Rozhodnutie Komisie K(2006) 3975 konečné rozhodnutie z 13. septembra 2006 vo veci N469/2006 – Slovenská republika – Regionálna mapa pomoci na roky 2007 – 2013 (Ú. v. EÚ C 256, 24.10.2016, s. 6), k dispozícii na adrese: <https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/SA.21378>.

⁽⁴⁾ Nariadenie Rady (EÚ) 2015/1589 z 13. júla 2015 stanovujúce podrobné pravidlá na uplatňovanie článku 108 Zmluvy o fungovaní Európskej únie (kodifikované znenie) (Ú. v. EÚ L 248, 24.9.2015, s. 9).

⁽⁵⁾ Nariadenie Rady (ES) č. 659/1999 z 22. marca 1999 ustanovujúce podrobné pravidlá na uplatňovanie článku 93 Zmluvy o ES (Ú. v. ES L 83, 27.3.1999, s. 1).

- (7) Listom z 30. júla 2014 (2014/078708) Komisia zaslala sťažovateľovi prvý list s predbežným posúdením, v ktorom vysvetlila, prečo sa domnieva, že opatrenie bolo podľa všetkého poskytnuté v súlade s ustanoveniami nariadenia Komisie (ES) č. 800/2008 o vyhlásení určitých kategórií pomoci za zlučiteľné so spoločným trhom podľa článkov 87 a 88 zmluvy (ďalej len „všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2008“) ⁽⁶⁾ a že je *prima facie* zlučiteľné s vnútorným trhom.
- (8) Listom z 9. júla 2015 (2015/067355) Komisia zaslala sťažovateľovi druhý list s predbežným posúdením, v ktorom potvrdila, že príjemca pomoci spĺňa definíciu malých a stredných podnikov ⁽⁷⁾ (ďalej len „MSP“), že v čase poskytnutia pomoci nebol firmou v ťažkostiach, že požiadavky všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008 boli splnené a že opatrenie sa preto nekvalifikovalo ako pomoc *ad hoc*. Sťažovateľ odpovedal na tento list 15. októbra 2015 (2015/101726) a predložil ďalšie doplňujúce informácie.
- (9) Sťažovateľ predložil Komisii doplňujúce informácie a oznámenia listami z 12. februára 2014 (2014/016564), zo 4. septembra 2014 (2014/092233), 7. novembra 2014 (2014/113201), z 21. novembra 2014 (2014/118969), 28. mája 2015 (2015/053731), 8. júla 2015 (2015/067414), 15. júla 2015 (2015/070541), 1. septembra 2015 (2015/085685), 15. októbra 2015 (2015/101726), 3. novembra 2015 (2015/107973), 13. júna 2016 (2016/056380), 5. júla 2016 (2016/065803), zo 17. augusta 2016 (2016/079540), z 10. októbra 2017 (2017/093898), 20. apríla 2021 (2021/043227), zo 16. septembra 2021 (2021/099277) a z 9. decembra 2021 [comp(2021)8580532].
- (10) Vzhľadom na doplňujúce informácie, ktoré predložil sťažovateľ, Komisia zaslala slovenským orgánom ďalšie žiadosti o informácie 2. mája 2014 (2014/047218), 30. júna 2014 (2014/065511), 10. septembra 2014 (2014/089621), 9. januára 2015 (2015/001488), 25. februára 2016 (2016/014050), 10. marca 2016 (2016/019842), 22. apríla 2016 (2016/039453), 23. júna 2016 (2016/060510), 25. januára 2017 (2017/013580), 15. marca 2017 (2017/027401) a 13. júna 2017 (2017/055587).
- (11) Slovenské orgány poslali odpovede na žiadosti Komisie o informácie o opatrení listami z 1. júla 2014 (2014/068568), 3. októbra 2014 (2014/099287), zo 6. februára 2015 (2015/012175), z 22. apríla 2016 (2016/039350), 19. mája 2016 (2016/047597), 1. júla 2016 (2016/064401), zo 7. februára 2017 (2017/013580), z 12. apríla 2017 (2017/037128) a 21. júna 2017 (2017/059346).
- (12) Dňa 28. mája 2015 sťažovateľ takisto podal dve samostatné sťažnosti, v ktorých tvrdil, že došlo k porušeniu článkov 49 a 35 ZFEÚ. Príslušný útvar Komisie tieto sťažnosti zamietol listami z 19. mája 2016 a 2. decembra 2015.
- (13) Dňa 20. júla 2017 Komisia prijala rozhodnutie ⁽⁸⁾, v ktorom najmä skonštatovala, že opatrenie je podľa všetkého v súlade s podmienkami všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008, s výnimkou povinnosti podľa článku 3 ods. 2 uvedeného nariadenia, podľa ktorej musí opatrenie obsahovať výslovný odkaz na uvedené nariadenie. Komisia preto preskúmala súlad opatrenia s nariadením Komisie (EÚ) č. 651/2014 (ďalej len „všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2014“) ⁽⁹⁾ na základe článku 58 ods. 1 uvedeného nariadenia a vyhlásila, že opatrenie spĺňa kritériá stanovené vo všeobecnom nariadení o skupinových výnimkách z roku 2014 (ďalej len „rozhodnutie Komisie z 20. júla 2017“). V uvedenom rozhodnutí teda Komisia sťažnosť zamietla.

⁽⁶⁾ Nariadenie Komisie (ES) č. 800/2008 zo 6. augusta 2008 o vyhlásení určitých kategórií pomoci za zlučiteľné so spoločným trhom podľa článkov 87 a 88 zmluvy (Ú. v. ES L 214, 9.8.2008, s. 3).

⁽⁷⁾ Ako sa vymedzuje v prílohe k nariadeniu Komisie (ES) č. 364/2004 z 25. februára 2004, ktorým sa mení a dopĺňa nariadenie (ES) č. 70/2001 vzhľadom na rozšírenie jeho pôsobnosti na pomoc na výskum a vývoj (Ú. v. EÚ L 63, 28.2.2004, s. 22).

⁽⁸⁾ Rozhodnutie Komisie C(2017) 5050 final z 20. júla 2017 vo veci SA.38121 (2016/FC) – Slovensko – Investičná pomoc pre slovenského výrobcu sklárskeho piesku NAJPI a. s. (Ú. v. EÚ C 336, 6.10.2017, s. 1). <https://competition-cases.ec.europa.eu/cases/SA.38121> (ďalej len „rozhodnutie Komisie z 20. júla 2017“).

⁽⁹⁾ Nariadenie Komisie (EÚ) č. 651/2014 zo 17. júna 2014 o vyhlásení určitých kategórií pomoci za zlučiteľné s vnútorným trhom podľa článkov 107 a 108 zmluvy (Ú. v. EÚ L 187, 26.6.2014, s. 1).

- (14) Dňa 14. novembra 2017 podal sťažovateľ na Všeobecnom súde žalobu o neplatnosť rozhodnutia Komisie z 20. júla 2017. Sťažovateľ vo svojej žalobe zopakoval niektoré dôvody svojej pôvodnej sťažnosti.
- (15) Všeobecný súd svojím rozsudkom z 9. septembra 2020 napadnuté rozhodnutie Komisie zrušil.
- (16) Dňa 10. novembra 2021 sťažovateľ vyzval Komisiu, aby začala konanie stanovené v článku 108 ods. 2 ZFEÚ.
- (17) Listom z 22. decembra 2021 (2021/8950598) Komisia vyzvala slovenské orgány, aby predložili svoje pripomienky k vykonaniu rozsudku Všeobecného súdu.
- (18) Slovenské orgány predložili svoju odpoveď 3. februára 2022 [comp(2022) 901775].
- (19) Dňa 15. decembra 2023 [comp(2023) 12822192] sťažovateľ opätovne vyzval Komisiu, aby do dvoch mesiacov začala konanie stanovené v článku 108 ods. 2 ZFEÚ.

2. PODROBNÝ OPIS OPATRENIA

2.1. Cieľ opatrenia

- (20) Slovenské orgány schválili pre príjemcu pomoci – spoločnosť NAJPI – priamy grant vo výške 4 999 999,46 EUR na počiatočnú investíciu do nového závodu na ťažbu sklárskeho piesku v regióne NUTS ⁽¹⁰⁾ 2 SK02 Západné Slovensko. Podľa Slovenska investičná pomoc poskytnutá spoločnosti NAJPI mala byť určená na podporu rozvoja tohto regiónu. V čase poskytnutia pomoci bol tento región oblasťou „a“ podľa mapy regionálnej pomoci pre Slovensko na roky 2007 – 2013 a maximálna intenzita pomoci pre tento región predstavovala 40 % pre veľké podniky. Toto percento by sa mohlo zvýšiť o 10 percentuálnych bodov v prípade stredných podnikov a o 20 percentuálnych bodov v prípade malých podnikov. Opatrenie bolo poskytnuté v rámci schémy pomoci (odôvodnenie 38).

2.2. Príjemca pomoci

- (21) Spoločnosť NAJPI je akciová spoločnosť ⁽¹¹⁾ založená 15. novembra 2001, ktorá pôsobí okrem iného v oblasti ťažby a spracovania sklárskeho a zlievarenského piesku. V čase poskytnutia opatrenia mala spoločnosť NAJPI registrované sídlo v Bratislave a ústredie v Senici. Slovenské orgány identifikovali príjemcu pomoci ako MSP a ako podnik, ktorý nebol v ťažkostiach.
- (22) Sťažovateľ nesúhlasí a tvrdí, že spoločnosť NAJPI bola v ťažkostiach prinajmenšom od roku 2012 a nemala žiaden obchodný model. Na základe jej príslušných finančných výkazov (dokonca aj po rozšírení skúmaného obdobia na roky 2009 – 2013) slovenské orgány overili a potvrdili svoje stanovisko, že spoločnosť NAJPI nemohla byť klasifikovaná ako podnik v ťažkostiach podľa článku 1 ods. 7 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008. Príslušné dokumenty predložili Komisii na overenie (odôvodnenie 85).

⁽¹⁰⁾ Nomenklatúra územných jednotiek na štatistické účely.

⁽¹¹⁾ Ako sa uvádza v prílohe I k smernici Európskeho parlamentu a Rady 2013/34/EÚ z 26. júna 2013 o ročných účtovných závierkach, konsolidovaných účtovných závierkach a súvisiacich správach určitých druhov podnikov, ktorou sa mení smernica Európskeho parlamentu a Rady 2006/43/ES a zrušujú smernice Rady 78/660/EHS a 83/349/EHS (Ú. v. EÚ L 182, 29.6.2013, s. 19).

- (23) Sťažovateľ takisto tvrdí, že spoločnosť NAJPI nebola v čase poskytnutia pomoci MSP, ale skôr veľkým podnikom. Na podporu tohto tvrdenia sťažovateľ vychádzal zo skutočnosti, že spoločnosť NAJPI bola vo vlastníctve spoločnosti PATRIA Consulting & Development, a. s. (ďalej len „spoločnosť PATRIA“), a že existovali aj väzby medzi členmi správnej a dozornej rady spoločnosti PATRIA a inými spoločnosťami. V čase poskytnutia pomoci príjemcovi údaje existovali „*väzby prostredníctvom fyzických osôb*“ v zmysle prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2008 medzi vlastníckmi a/alebo manažérmi spoločnosti NAJPI a/alebo spoločnosti PATRIA na jednej strane a niekoľkými ďalšími spoločnosťami na strane druhej. Sťažovateľ predložil zoznamy týchto spoločností a ich údajných činností. Vo väčšine prípadov sa uvedené činnosti (vrátane činností spoločnosti NAJPI) týkajú „obchodu“, „maloobchodu“, „veľkoobchodu“ a „sprostredkovania“ (t. j. v úlohe zástupcu).
- (24) Tento argument sťažovateľa bol základom jeho žalobného dôvodu predloženého Všeobecnému súdu, v ktorom kritizuje posúdenie Komisie týkajúce sa klasifikácie spoločnosti NAJPI ako MSP zo strany slovenských orgánov, čo Všeobecný súd vo svojom rozsudku ⁽¹²⁾ potvrdil.
- (25) Slovenské orgány teraz trvajú na tom, že spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci MSP a že spoločnosť NAJPI aj sťažovateľ sú existujúce a riadne fungujúce spoločnosti. Slovenské orgány takisto predložili pripomienky k rozsudku Všeobecného súdu s cieľom poskytnúť presné informácie o postavení spoločnosti NAJPI (odôvodnenie 18).
- (26) Slovenské orgány poskytli najmä ďalšie informácie o relevantnom období na účely spoločného výpočtu príslušných údajov „*prepojených podnikov*“ v zmysle článku 3 ods. 3 a článku 4 ods. 2 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014 a o určení spoločnosti alebo spoločností, ktoré majú byť na tento účel zohľadnené. Slovenské orgány takisto poskytli prehľad o postavení spoločnosti NAJPI (vlastníctvo a prepojené podniky) v každom dotknutom roku.
- (27) Slovenské orgány uviedli rok 2012 ako príslušné schválené účtovné obdobie a rok (N) na účely určenia príslušných finančných limitov a poskytli údaje za príslušné účtovné obdobie. V súlade s článkom 4 ods. 2 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014 tieto orgány uvádzajú ako príslušné roky na posúdenie postavenia spoločnosti NAJPI v čase poskytnutia pomoci aj roky 2011 [rok (N – 1)] a 2010 [rok (N – 2)]. Za príslušné účtovné obdobia poskytli náležité údaje. Keďže pomoc bola poskytnutá až v novembri 2013, z hľadiska skutočného ekonomického postavenia spoločnosti NAJPI a vplyvu pomoci na trh považujú slovenské orgány za dôležité uviesť aj rok 2013 [rok (N + 1)]. Zdôrazňujú, že vlastníctvo a riadenie spoločnosti NAJPI, ako aj kontrola nad ňou, sú od 1. januára 2013 stabilné a k dnešnému dňu sa v podstate nezmenili ⁽¹³⁾.
- (28) Slovenské orgány ďalej tvrdia, že k zmene vlastníctva spoločnosti NAJPI (zmena jediného akcionára) nedošlo zápisom tejto skutočnosti do slovenského obchodného registra 7. augusta 2013, ale zápisom nového akcionára do zoznamu akcionárov spoločnosti NAJPI 31. decembra 2012 v súlade s dohodou o kúpe akcií medzi predávajúcou spoločnosťou PATRIA a kupujúcou spoločnosťou NV-NOVA, a. s. (ďalej len „spoločnosť NOVA“). Slovenské orgány preto tvrdia, že v roku 2013 bola spoločnosť NAJPI pod kontrolou spoločnosti NOVA, a nie spoločnosti PATRIA, na rozdiel od toho, čo sa uvádza v rozsudku Všeobecného súdu.
- (29) Slovenské orgány vysvetľujú, že niektoré informácie, ktoré poskytli, sú nové. Tieto nové informácie možno teraz poskytnúť vďaka rozšíreniu a spresneniu údajov poskytovaných a požadovaných slovenskými verejnými registrami ⁽¹⁴⁾.

⁽¹²⁾ Rozsudok Všeobecného súdu, body 94 až 99.

⁽¹³⁾ Platný stav k 3. februáru 2022.

⁽¹⁴⁾ Napríklad presné dátumy vymenovania a ukončenia funkcie členov štatutárnych orgánov spoločností sa teraz uvádzajú v obchodnom registri (vznik a skončenie funkcie), pričom je zabezpečený úplný elektronický prístup k zbierke dokumentov obchodného registra.

- (30) Slovenské orgány ďalej vysvetľujú, že niektoré zápisy v slovenskom obchodnom registri majú deklaratórnu povahu, a teda len informujú o skutočnosti, ktorá už nastala a začala sa uplatňovať na základe inej udalosti – rozhodnutia alebo zmluvy ⁽¹⁵⁾.
- (31) Slovenské orgány odkazujú na aktualizované informácie zo slovenského obchodného registra o riadení a kontrole spoločnosti NAJPI v roku 2012. Informácie sa týkajú zmien v predstavenstve a dozornej rade, ktoré spočívajú v odvolaní všetkých predchádzajúcich členov týchto orgánov a vo vymenovaní nových členov s účinnosťou od 1. marca 2012 a ktoré podľa slovenských orgánov vyvracajú záver, že v roku 2012 bola spoločnosť NAJPI pod výlučnou kontrolou spoločnosti PATRIA, keďže všetci noví členovia sú prepojení s podnikmi pod vplyvom rodiny, do ktorej patria noví členovia ⁽¹⁶⁾, takže nedochádza k prekryvaniu s rodinou, do ktorej patria odvolaní členovia. Podľa slovenských orgánov išlo o úplné nahradenie všetkých osôb v riadiacich a kontrolných orgánoch spoločnosti NAJPI, čo znamenalo, že novovymenovaní členovia vykonávali riadiacu a kontrolnú právomoc nad spoločnosťou NAJPI počas značnej časti roka 2012 (od 1. marca 2012 do 31. decembra 2012), zatiaľ čo jediný akcionár, spoločnosť PATRIA, počas uvedenej časti roka 2012 do chodu spoločnosti nezasahoval ⁽¹⁷⁾.
- (32) Slovenské orgány poskytli aj doplňujúce informácie o financovaní investičného projektu a o niekoľkých spoločnostiach, s ktorými by mohlo byť riadenie spoločnosti PATRIA alebo spoločnosti NOVA prepojené. Konkrétne, pokiaľ ide o rozsudok Všeobecného súdu, slovenské orgány uvádzajú, že spoločnosť LESSAND, a. s., možno považovať za prepojený podnik spoločnosti NOVA a prostredníctvom spoločnosti NOVA aj za prepojený podnik spoločnosti NAJPI.

2.3. Investičný projekt

- (33) Investičný projekt sa nachádza v Trnavskom kraji v oblasti ťažby Borský Peter a Šajdíkove Humence, kde sa v rámci Slovenska nachádza piesok jedinečný z hľadiska jeho fyzických vlastností, ako sú veľkosť častíc (guľatost zŕn), čistota a homogenita, a z hľadiska druhu, ktorý je veľmi vhodný a vyhľadávaný na použitie v sklárskom a zlievarenskom priemysle.
- (34) Cieľom investičného projektu bolo zriadiť zariadenie na ťažbu sklárskeho piesku.
- (35) Slovenské orgány potvrdili, že investičný projekt sa realizoval od 1. januára 2014 do 30. júna 2015 a v súčasnosti je dokončený.
- (36) Sťažovateľ tvrdí, že vnútroštátny právny základ opatrenia obsahuje požiadavku, aby investičné projekty mali technologicky inovatívny charakter a prispievali k vytváraniu pracovných miest, a že predmetný investičný projekt túto požiadavku nespĺňa. Slovenské orgány toto tvrdenie spochybňujú. Súlad s požiadavkami schémy pomoci, ktoré idú nad rámec podmienok relevantných z hľadiska zlučiteľnosti opatrenia podľa uplatniteľného nariadenia o skupinových výnimkách, prípadne podľa uplatniteľných usmernení Komisie, však pre posúdenie takejto zlučiteľnosti nie je dôležitý a v tomto rozhodnutí sa nebude brať do úvahy.

⁽¹⁵⁾ Napríklad voľba členov štatutárnych orgánov spoločnosti, kde jediným významným úkonom, ktorým určitá osoba stráca alebo získava riadiacu alebo kontrolnú právomoc v spoločnosti (podľa typu orgánu), je rozhodnutie valného zhromaždenia (alebo jediného akcionára) spoločnosti.

⁽¹⁶⁾ Na základe informácií predložených slovenskými orgánmi spoločnosťou prepojenou s novými členmi riadiacich a kontrolných orgánov spoločnosti NAJPI bola takisto spoločnosť NOVA, ktorá bola v roku 2012 vo vlastníctve rodiny, do ktorej patrili noví členovia.

⁽¹⁷⁾ Slovenské orgány tvrdia, že od 1. marca 2012 do 31. decembra 2012 sa nekonalo žiadne valné zhromaždenie s výnimkou valného zhromaždenia z 27. decembra 2012, na ktorom bolo prijaté uznesenie o súhlase s predajom akcií spoločnosti NAJPI spoločnosti NOVA. Spoločnosť PATRIA bola len držiteľom akcií.

2.4. Forma pomoci, orgán poskytujúci pomoc a vnútroštátny právny základ

- (37) Pomoc poskytnutá spoločnosti NAJPI mala formu priameho grantu Ministerstva hospodárstva Slovenskej republiky. Bola financovaná zo štátneho rozpočtu, konkrétne zo zdrojov *operačného programu Konkurencieschopnosť* ⁽¹⁸⁾, ktorý je spolufinancovaný z Európskeho fondu regionálneho rozvoja (ďalej len „EFRR“).
- (38) Pomoc bola poskytnutá 7. novembra 2013 na základe dohody o grante č. KaHR-111SP-1101/0561/37 medzi spoločnosťou NAJPI na jednej strane a Ministerstvom hospodárstva Slovenskej republiky (zároveň riadiacim orgánom *operačného programu Konkurencieschopnosť*) zastúpeným Slovenskou inovačnou a energetickou agentúrou (ďalej len „SIEA“) (ďalej len „dohoda o grante“) ⁽¹⁹⁾ na strane druhej. Dohoda o grante bola uzavretá v rámci schémy pomoci ⁽²⁰⁾.
- (39) Schéma pomoci bola zavedená na obdobie od 25. marca 2008 do 31. decembra 2013 ako opatrenie regionálnej investičnej pomoci a pomoci na podporu zamestnanosti v súlade s článkom 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008, ktorým sa umožňuje pomoc na počiatočné investície podnikom všetkých veľkostí vo všetkých hospodárskych odvetviach s výnimkou tých, ktoré sú podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008 vylúčené. Schéma pomoci bola zameraná na podporu zavádzania inovatívnych a vyspelých technológií v priemysle a službách. Okrem podmienok požadovaných vo všeobecnom nariadení o skupinových výnimkách z roku 2008 sa v schéme pomoci stanovili aj podmienky, ktoré sa vo všeobecnom nariadení o skupinových výnimkách z roku 2008 nepožadovali, ako je napríklad inovatívna povaha investičného projektu. Slovenské orgány v súlade s článkom 9 ods. 1 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008 predložili súhrnné informácie o schéme pomoci v liste ministerstva financií z 19. mája 2009. Komisia list zažiadala 27. mája 2009 pod číslom SA.28652(X518/2009).

2.5. Výška pomoci a intenzita pomoci

- (40) Pomoc predstavovala 4 999 999,46 EUR (v nominálnej hodnote).
- (41) Celkové náklady na investičný projekt predstavovali 12 831 372,20 EUR (v nominálnej hodnote). Oprávnené náklady predstavovali 12 499 998,65 EUR (v nominálnej hodnote) na pokrytie investícií do hmotného majetku (stroje, vybavenie a nástroje) pod podmienkou, že tento hmotný majetok bude nový ⁽²¹⁾. Vzhľadom na výšku oprávnených nákladov bola intenzita pomoci 40 %.
- (42) Okrem pomoci spoločnosť NAJPI financovala investičný projekt čiastočne prostredníctvom svojich vlastných finančných prostriedkov, ako aj prostredníctvom úveru od komerčnej banky Slovenská sporiteľňa, a. s., vo výške 6 516 617 EUR.

⁽¹⁸⁾ Schválený rozhodnutím Komisie K(2007) 5940 z 28. októbra 2007, ktorým sa prijíma *operačný program Konkurencieschopnosť a hospodársky rast na pomoc Spoločenstva z EFRR v rámci cieľa Konvergencia v regiónoch Slovenska okrem Bratislavy* (CCI 2007SK161PO006).

⁽¹⁹⁾ Dohoda o grante č. KaHR-111SP-1101/0561/37 bola uzavretá 29. októbra 2013 a v súlade so slovenským vnútroštátnym právom nadobudla účinnosť dňom nasledujúcim po jej uverejnení v Centrálnom registri zmlúv, t. j. 7. novembra 2013. Dohoda o grante je verejne dostupná na webovom sídle Centrálného registra zmlúv na adrese <http://www.crz.gov.sk/index.php?ID=1127892&l=sk>.

⁽²⁰⁾ Právnym základom schémy pomoci, ako sa uvádza vo formulári informácií o schéme pomoci (Ú. v. EÚ C 9, 15.1.2010, s. 21), sú tieto právne akty: zákon č. 231/1999 Z. z. o štátnej pomoci v znení neskorších predpisov, zákon č. 575/2001 Z. z. o organizácii činnosti vlády a organizácii ústrednej štátnej správy v znení neskorších predpisov a zákon č. 528/2008 Z. z. o pomoci a podpore poskytovanej z fondov Európskeho spoločenstva.

⁽²¹⁾ Pozri Prílohu č. 1 dohody o grante uvedenej v poznámke pod čiarou č. 19.

- (43) Sťažovateľ tvrdí, že výška pomoci nebola primeraná, keďže spoločnosť NAJPI úmyselne nadhodnotila svoje oprávnené náklady. Slovenské orgány zase vysvetľujú, že spoločnosť NAJPI stanovila odhad nákladov na investičný projekt na základe prieskumu trhu. Dodávajú, že spoločnosť NAJPI náležite uskutočnila otvorený a transparentný postup verejného obstarávania na dodanie tovaru, stavebné práce a poskytovanie služieb ⁽²²⁾ a že si vybrala spoločnosť, ktorá celkovo ponúkla najnižšiu cenu.

2.6. Stimulačný účinok

- (44) Slovenské orgány potvrdili, že žiadosť o pomoc bola predložená 19. marca 2012, zatiaľ čo práce na projekte sa začali až v roku 2013. Na základe toho opätovne potvrdili, že pomoc mala stimulačný účinok.
- (45) Sťažovateľ zase tvrdí, že pomoc nemá stimulačný účinok, ktorý sa vyžaduje podľa článku 8 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008.

2.7. Vplyv investičného projektu na trh a obchod

- (46) Sťažovateľ tiež tvrdí, že negatívne účinky pomoci prevyšujú jej pozitívne účinky a že takáto pomoc narúša hospodársku súťaž. Sťažovateľ predložil tieto argumenty aj pred Všeobecným súdom v rámci svojho tvrdenia, že Komisia porušila článok 107 ods. 3 písm. a) ZFEÚ tým, že neposúdila zlučiteľnosť pomoci priamo z hľadiska tohto ustanovenia ⁽²³⁾.
- (47) Sťažovateľ takisto predkladá argumenty týkajúce sa absencie akéhokoľvek zlyhania trhu v dodávkach sklárskeho a zlievarenského piesku a obchodu s nimi v príslušnom regióne, ako aj argumenty týkajúce sa nasýtenia a nadmernej kapacity trhu, v dôsledku ktorých je pomoc v rozpore so zásadami ZFEÚ.
- (48) Argumenty sťažovateľa boli v podstate začlenené do jeho žalobných dôvodov predložených Všeobecnému súdu. Všeobecný súd však rozhodol, že v prípade sťažnosti, ako je táto, Komisia nebola povinná posúdiť zlučiteľnosť pomoci podľa článku 107 ods. 3 písm. a) ZFEÚ v spojení s pravidlami správania, ktoré si uložila sama, ako sú napríklad usmernenia o regionálnej pomoci. Posúdenie Komisie sa zameriava predovšetkým na overenie súladu s podmienkami nariadenia o skupinových výnimkách ⁽²⁴⁾.
- (49) Komisia preto pri posudzovaní toho, či pomoc môže byť oslobodená od notifikačnej povinnosti, nie je povinná zohľadniť argumenty sťažovateľa, ktoré sa priamo netýkajú podmienok uvedených vo všeobecnom nariadení o skupinových výnimkách z roku 2014 alebo jeho zmenách, pokiaľ sa takéto posúdenie nestane nevyhnutným, ak sa zdá, že na pomoc sa nemôže uplatniť skupinová výnimka.

2.8. Ďalšie hľadiská

- (50) Slovenské orgány uviedli, že v období dvoch rokov pred dňom podania žiadosti ani v priebehu nijakého iného obdobia ⁽²⁵⁾ príjemca pomoci nemal žiadne prevádzkarne v Európskom hospodárskom priestore (EHP) mimo Slovenska.

⁽²²⁾ Verejné obstarávanie bolo zverejnené vo Vestníku verejného obstarávania č. 127/2013 1. júla 2013 (<https://www.uvo.gov.sk/vestnik-a-registre/vestnik?order=127&year=2013>) pod kódom 10890-WYT ako výzva na predkladanie ponúk pod názvom *Dodávka a montáž technológie na úpravu sklárskych a zlievarenských pieskov*.

⁽²³⁾ Ako bolo zamietnuté v rozsudku Všeobecného súdu, body 62 až 76.

⁽²⁴⁾ Rozsudok Všeobecného súdu, body 61 až 68.

⁽²⁵⁾ K 19. júnu 2017.

3. POSÚDENIE OPATRENIA

3.1. Všeobecné úvahy

- (51) Hoci sťažovateľ predkladá niekoľko tvrdení podrobne opísaných v odôvodneniach 1, 22 – 24, 36, 43 a 46 – 47, treba pripomenúť, že Všeobecný súd niektoré z nich vo svojom rozsudku zamietol (odôvodnenia 46 – 48). Komisia sa preto bude zaoberať príslušnými tvrdeniami len v takom prípade a v takom rozsahu, v akom je povinná posúdiť zlučiteľnosť pomoci podľa článku 107 ods. 3 písm. a) ZFEÚ v spojení so svojimi usmerneniami o regionálnej pomoci.
- (52) Komisia pripomína, že Všeobecný súd vo svojom rozsudku konštatoval, že dôkazy predložené sťažovateľom týkajúce sa väzieb medzi spoločnosťami NAJPI a PATRIA mohli vyvolať pochybnosti Komisie v zmysle článku 4 ods. 4 nariadenia Rady (EÚ) 2015/1589, pokiaľ ide o charakterizovanie spoločnosti NAJPI ako MSP v zmysle prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014, a teda pokiaľ ide o zákonnosť pomoci a jej zlučiteľnosť s vnútorným trhom ⁽²⁶⁾.
- (53) Všeobecný súd v bode 94 svojho rozsudku rozhodol, že Komisia bola povinná jednak presne určiť príslušné schválené účtovné obdobie a rok na účely spoločného výpočtu príslušných údajov „prepojených podnikov“ v zmysle článku 2 ods. 1 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014 v spojení s článkom 3 ods. 3 a článkom 4 ods. 2 prílohy I k uvedenému nariadeniu a jednak spresniť, ktorá spoločnosť alebo spoločnosti majú byť na tento účel zohľadnené. Všeobecný súd takisto rozhodol, že na tomto základe bola Komisia povinná posúdiť, či boli počas dvoch po sebe nasledujúcich účtovných období prekročené príslušné limity na klasifikáciu spoločnosti NAJPI ako MSP.

3.2. Existencia pomoci

- (54) Podľa článku 107 ods. 1 ZFEÚ, „[a]k nie je zmluvami ustanovené inak, pomoc poskytovaná v akejkoľvek forme členským štátom alebo zo štátnych prostriedkov, ktorá naruša hospodársku súťaž alebo hrozí narušením hospodárskej súťaže tým, že zvýhodňuje určité podniky alebo výrobu určitých druhov tovaru, je nezlučiteľná s vnútorným trhom, pokiaľ ovplyvňuje obchod medzi členskými štátmi“.
- (55) Na to, aby sa určité opatrenie kvalifikovalo ako pomoc v zmysle článku 107 ods. 1 ZFEÚ, musia byť splnené tieto kumulatívne podmienky: i) opatrenie musí byť pripísateľné štátu a financované zo štátnych prostriedkov; ii) opatrenie musí svojmu príjemcovi poskytovať výhodu; iii) táto výhoda musí byť selektívna a iv) predmetné opatrenie musí narušovať hospodársku súťaž alebo hroziť jej narušením a musí ovplyvňovať obchod medzi členskými štátmi.
- (56) Opatrenie je pripísateľné štátu, keďže ho poskytli slovenské orgány a vychádzalo z vnútroštátnych právnych základov, ktoré prijalo Slovensko (odôvodnenie 38). Je financované zo štátnych zdrojov vo forme priamych grantov v zmysle článku 107 ods. 1 ZFEÚ (odôvodnenie 37).
- (57) Priamy grant predstavuje výhodu, ktorú by príjemca pomoci za trhových podmienok nezískal. Príjemca pomoci má teda oproti svojim konkurentom hospodársku výhodu.

⁽²⁶⁾ Rozsudok Všeobecného súdu, body 86 a 98.

- (58) Ako sa uvádza v odôvodneniach 4 a 38, individuálna pomoc poskytnutá spoločnosti NAJPI bola poskytnutá v rámci schémy pomoci. Komisia preto vykoná analýzu selektívnosti na úrovni uvedenej schémy. V rámci schémy pomoci sa pomoc môže poskytnúť len určitým podnikom, t. j. podnikom, ktoré spĺňajú požiadavky schémy pomoci (odôvodnenie 39), najmä podnikom, ktoré uskutočňujú konkrétne druhy investícií, ako sa vyžaduje v článku 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008, v podporovaných oblastiach, ako sa stanovujú v slovenskej mape regionálnej pomoci na roky 2007 – 2013, s výnimkou podnikov, ktoré vykonávajú určité činnosti a pôsobia v určitých odvetviach (odôvodnenie 39). Iné podniky v porovnateľnej právnej a skutkovej situácii v rámci takýchto vylúčených odvetví (vzhľadom na to, že všetky hospodárske subjekty by mali v zásade znášať svoje vlastné náklady) alebo vykonávajúce činnosť vylúčenú zo schémy pomoci a/alebo uskutočňujúce investíciu, ktorá nespĺňa požiadavky schémy pomoci, preto nezískavajú rovnakú výhodu. Na základe toho sa Komisia domnieva, že schéma pomoci je selektívna, rovnako ako individuálna pomoc poskytnutá spoločnosti NAJPI v rámci tejto schémy pomoci. Vzhľadom na uvedené skutočnosti je opatrenie selektívne.
- (59) Opatrenie pravdepodobne ovplyvní obchod medzi členskými štátmi, keďže medzi členskými štátmi existuje obchod v odvetviach oprávnených v rámci schémy pomoci, a to najmä v odvetví spracovania a zušľachtovania nerastných surovín vrátane sklárskeho piesku, konkrétnejšie na trhu s ťažbou sklárskeho piesku.
- (60) Keďže opatrením sa posilňuje konkurenčné postavenie príjemcu pomoci, hospodárska súťaž je narušená alebo hrozí jej narušenie.
- (61) Komisia sa preto domnieva, že opatrenie predstavuje štátnu pomoc v zmysle článku 107 ods. 1 ZFEÚ. Slovenské orgány tento záver nespochybujú.
- (62) Posúdenie slovenských orgánov, podľa ktorého opatrenie predstavuje nenotifikovateľné uplatnenie schémy pomoci, ktorá bola oslobodená od notifikačnej povinnosti podľa článku 108 ods. 3 ZFEÚ (odôvodnenia 38 a 39), tento záver skôr potvrdzuje.

3.3. **Zákonnosť opatrenia – súlad s uplatniteľnou skupinovou výnimkou**

3.3.1. *Zákonnosť príslušnej schémy pomoci*

- (63) Priamy grant bol spoločnosti NAJPI poskytnutý na základe schémy X518/2009, na ktorú sa vzťahuje skupinová výnimka (odôvodnenie 38). Právny základ schémy pomoci s názvom *Schéma štátnej pomoci na podporu zavádzania inovatívnych a vyspělých technológií v priemysle a v službách* z 25. marca 2008 o poskytovaní pomoci v rámci operačného programu Inovatívne hospodárstvo na roky 2007 – 2013 výslovne zahŕňa ustanovenia príslušných európskych právnych predpisov týkajúcich sa pravidiel štátnej pomoci a výslovne odkazuje na všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2008.
- (64) V schéme pomoci sa poskytnutie pomoci plánuje vo forme priamych grantov. Schéma pomoci sa týka počiatočných investičných projektov, uplatnená intenzita pomoci je stanovená v súlade so slovenskou mapou regionálnej pomoci na roky 2007 – 2013, oprávnené výdavky sú vymedzené v súlade so všeobecným nariadením o skupinových výnimkách z roku 2008 (budovy, vybavenie, pozemky), požadovaný vlastný príspevok príjemcov pomoci musí presahovať 25 % celkových investičných nákladov a oprávnená investícia musí byť v dotknutom regióne udržaná najmenej päť rokov po dokončení investície.
- (65) Komisia preto usudzuje, že schéma pomoci spĺňa podmienky všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008.

3.3.2. *Zákonnosť opatrenia podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014*

- (66) Podľa jeho článku 58 ods. 1 sa všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2014 uplatňuje na individuálnu pomoc poskytnutú pred nadobudnutím účinnosti príslušných ustanovení tohto nariadenia, ak pomoc spĺňa všetky podmienky stanovené v tomto nariadení s výnimkou článku 9.

- (67) Všeobecný súd sa vo svojom rozsudku zaoberal otázkou, či spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci kvalifikovaná ako MSP v zmysle prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014, ako právnou okolnosťou, ktorá sa považovala za rozhodujúcu pre vyriešenie sporu. Všeobecný súd napokon dospel k záveru, že Komisia mala mať v tejto súvislosti pochybnosti.
- (68) Komisia zdôrazňuje, že určenie toho, či spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci MSP, nepredstavuje samostatnú podmienku uplatnenia výnimky podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, ale namiesto toho je relevantné pre posúdenie viacerých aspektov všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014: **i)** uplatniteľnosť samotného všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 závisí od toho, či spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci kvalifikovaná ako „podnik v ťažkostiach“ [článok 1 ods. 4 písm. c) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014], a ako vyplýva zo znenia a štruktúry článku 2 bodu 18 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, samotné toto posúdenie závisí od toho, či spoločnosť NAJPI bola v tom istom čase kvalifikovaná ako MSP; **ii)** stimulačný účinok pomoci *ad hoc* si vyžaduje dodatočné overenie, ak sa takáto pomoc poskytuje „veľkému podniku“ [článok 6 ods. 3 písm. a) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014], a **iii)** maximálne intenzity pomoci sa líšia v závislosti od veľkosti príjemcu pomoci (článok 14 ods. 12 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 a uplatniteľná mapa regionálnej pomoci).
- (69) Komisia preto najskôr preskúma postavenie spoločnosti NAJPI ako MSP, potom preskúma jej postavenie ako podniku v ťažkostiach a následne zvyšné podmienky všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Komisia sa pri príležitosti jej posúdenia zodpovedajúcich podmienok bude zaoberať tvrdeniami sťažovateľa, že príjemca pomoci bol podnikom v ťažkostiach (odôvodnenie 22) a že pomoc v skutočnosti predstavovala pomoc *ad hoc* (odôvodnenie 4).
- (70) Komisia konštatuje, že opatrenie spĺňa väčšinu všeobecných podmienok podľa kapitoly I všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Pomoc nepatrí do žiadneho z vylúčených odvetví podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 uvedených v článkoch 1 a 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 ⁽²⁷⁾. Opatrenie bolo poskytnuté ako regionálna investičná pomoc, a preto patrí do rozsahu pôsobnosti článku 1 ods. 1 písm. a) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 (odôvodnenie 39). Poskytnutá pomoc nepresahuje uplatniteľný strop vymedzujúci notifikačnú povinnosť na úrovni 33 miliónov EUR, ktorý je v súčasnosti stanovený v článku 4 ods. 1 písm. a) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 ⁽²⁸⁾ (odôvodnenie 40). Pomoc spĺňa požiadavku transparentnosti stanovenú v článku 5 ods. 1 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, keďže bola poskytnutá ako priamy grant (odôvodnenie 37), ktorý sa podľa článku 5 ods. 2 písm. a) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 považuje za transparentnú formu pomoci.

3.3.2.1. Postavenie spoločnosti NAJPI ako MSP

- (71) V článku 2 ods. 1 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014 sa MSP vymedzuje ako podnik, ktorého počet pracovníkov (t. j. zamestnancov) a finančné údaje (t. j. obrat a/alebo súvaha) zostávajú pod určitými limitmi. V článku 3 prílohy I sú vymenované subjekty, ktorých počet pracovníkov a finančné údaje sa musia na tento účel zohľadniť, pričom sa rozlišuje medzi „samostatným podnikom“, „partnerskými podnikmi“ a „prepojenými podnikmi“. V článkoch 4 až 6 prílohy I sa potom vysvetľuje, ktoré údaje sa majú použiť a ako sa majú použiť na účely výpočtu.

⁽²⁷⁾ Podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách nie sú na regionálnu pomoc oprávnené činnosti v oceľarskom odvetví, odvetví ťažby uhlia, odvetví lodného staviteľstva, odvetví syntetických vlákien, odvetví dopravy, ako aj súvisiacej infraštruktúry, odvetví výroby a distribúcie energie a energetickej infraštruktúry.

⁽²⁸⁾ Zmenené nariadením Komisie (EÚ) 2023/1315 z 23. júna 2023, ktorým sa mení nariadenie (EÚ) č. 651/2014 o vyhlásení určitých kategórií pomoci za zlučiteľné s vnútorným trhom podľa článkov 107 a 108 zmluvy a nariadenie (EÚ) 2022/2473, ktorým sa určité kategórie pomoci poskytovanej podnikom pôsobiacim vo výrobe, v spracovaní a odbyte produktov rybolovu a akvakultúry vyhlasujú za zlučiteľné s vnútorným trhom podľa článkov 107 a 108 zmluvy ((Ú. v. EÚ L 167, 30.6.2023, s. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/1315/oj>).

- (72) Všeobecný súd vo svojom rozsudku rozhodol, že Komisia musí **i**) presne určiť príslušné schválené účtovné obdobie a rok na účely posúdenia počtu pracovníkov (t. j. zamestnancov) a finančných údajov (t. j. obratu a/alebo súvahy) stanovených v článku 2 ods. 1 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014, **ii**) špecifikovať, ktorá spoločnosť alebo spoločnosti podľa článku 3 prílohy I sa majú na tento účel zohľadniť, a **iii**) na tomto základe posúdiť, či boli alebo neboli prekročené príslušné limity na klasifikáciu spoločnosti NAJPI ako MSP ⁽²⁹⁾.
- (73) Komisia preto postupne preskúma každý z týchto aspektov.

Príslušné schválené účtovné obdobie a rok

- (74) Podľa článku 4 ods. 1 a 2 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014:

„1. Údajmi používanými pri výpočte počtu pracovníkov a finančných súm sú údaje týkajúce sa posledného schváleného účtovného obdobia a vypočítané na ročnom základe. Zohľadňujú sa odo dňa účtovnej závierky. Výška zvoleného obratu sa vypočíta bez dane z pridanej hodnoty (DPH) a iných nepriamych daní.

2. Ak podnik v deň účtovnej závierky zistí, že na ročnom základe prekročil počet pracovníkov alebo finančné limity stanovené v článku 2, alebo klesol pod tento počet pracovníkov a finančné limity, nebude to mať za následok stratu alebo nadobudnutie statusu [MSP], pokiaľ sa tieto limity nepreročili v dvoch po sebe nasledujúcich účtovných obdobiach (zvýraznenie doplnené).

- (75) Príslušným dátumom na posúdenie toho, či sa spoločnosť NAJPI kvalifikovala ako MSP, je dátum poskytnutia pomoci. Pojmy „posledné schválené účtovné obdobie“ a „účtovná závierka“ sa preto musia chápať s odkazom na tento dátum.
- (76) V tomto konkrétnom prípade je nespochybniteľné, že pomoc bola poskytnutá 7. novembra 2013 ⁽³⁰⁾. V tom čase bol posledným schváleným účtovným obdobím spoločnosti NAJPI rok 2012 ⁽³¹⁾ a jej účtovná závierka za toto obdobie bola uzavretá 31. decembra 2012, avšak na účely uplatňovania článku 4 ods. 1 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014 bude musieť Komisia objasniť, či bola táto účtovná závierka pred poskytnutím pomoci schválená. Zároveň na účely overenia podľa článku 4 ods. 1 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014, či počet pracovníkov a/alebo finančné údaje spoločnosti NAJPI prekročili limity stanovené v článku 2 ods. 1 prílohy I alebo boli pod týmito limitmi v dvoch po sebe nasledujúcich rokoch, treba zohľadniť aj rok 2011. Preto, ak účtovná závierka spoločnosti NAJPI za účtovné obdobie 2012 bola schválená do 7. novembra 2013, príslušnými schválenými účtovnými obdobiami sú roky 2011 a 2012 ⁽³²⁾.

Identifikácia „prepojených podnikov“ a/alebo „partnerských podnikov“ spoločnosti NAJPI

- (77) Podľa článku 3 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách podniky, ktorých údaje sa musia zohľadniť, zahŕňajú každý „samostatný podnik“ (odsek 1), ktorému bola poskytnutá pomoc, a každý „partnerský podnik“ (odsek 2) a/alebo „prepojený podnik“ (odsek 3).

⁽²⁹⁾ Pozri rozsudok Všeobecného súdu, bod 94.

⁽³⁰⁾ Pozri rozsudok Všeobecného súdu, body 85 a 86.

⁽³¹⁾ Pozri rozsudok Všeobecného súdu, bod 92.

⁽³²⁾ Obe tieto účtovné obdobia sú relevantné aj na účely posúdenia toho, či bola spoločnosť NAJPI v čase poskytnutia pomoci kvalifikovaná ako podnik v ťažkostiach, pozri odôvodnenie 87.

- (78) Hoci je nesporné, že spoločnosť NAJPI bola už v čase poskytnutia pomoci „pod výlučnou kontrolou“ spoločnosti NOVA ⁽³³⁾, otázkou zostáva, či údaje by sa mali použiť na výpočet príslušného počtu pracovníkov a finančných údajov. V roku 2011 a až do 31. decembra 2012 spoločnosť NAJPI skutočne bola vo vlastníctve spoločnosti PATRIA. Všeobecný súd vo svojom rozsudku rozhodol, že Komisia mala vo svojom posúdení zohľadniť aj túto spoločnosť ⁽³⁴⁾. Všeobecný súd rozhodol, že nebolo dostatočné zohľadniť v priebehu príslušného účtovného obdobia údaje spoločnosti NOVA, ale že bolo potrebné zohľadniť aj údaje spoločnosti PATRIA, pretože spoločnosť NAJPI vykonávala značnú časť svojich hospodárskych činností v rámci tohto príslušného účtovného obdobia ⁽³⁵⁾. Všeobecný súd trval na tom, že akýkoľvek iný výklad „by bol totiž v rozpore so zmyslom článku 4 ods. 2 [prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách], ktorý má za cieľ zabezpečiť, aby bola pomoc skutočne pridelená MSP a aby definícia MSP nebola obchádzaná z čisto formálnych dôvodov“ ⁽³⁶⁾.
- (79) Komisia preto bude musieť preskúmať postavenie spoločnosti NOVA aj spoločnosti PATRIA ako potenciálne prepojených podnikov na účely posúdenia postavenia spoločnosti NAJPI ako MSP, a to aj s ohľadom na článok 4 ods. 2 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách. Komisia pri tejto príležitosti posúdi aj argument slovenských orgánov, že spoločnosť NAJPI v roku 2012 už nebola pod kontrolou spoločnosti PATRIA.
- (80) Okrem toho Komisia bude musieť preskúmať väzby, ktoré podľa sťažovateľa údajne existovali medzi spoločnosťou NAJPI a inými spoločnosťami prostredníctvom fyzickej osoby alebo skupiny spoločne konajúcich fyzických osôb. Všeobecný súd vo svojom rozsudku konštatoval, že Komisia mala vyšetriť „[situáciu] spoločností [PATRIA a NOVA], ako aj ich vedúcich zamestnancov“ ⁽³⁷⁾. Komisia preto bude musieť hlbšie preskúmať sieť spoločností, ktoré by sa prostredníctvom fyzických osôb mohli kvalifikovať ako „prepojené podniky“ alebo „partnerské podniky“ spoločnosti NAJPI v zmysle článku 3 ods. 3, resp. článku 3 ods. 2 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014. Konkrétnejšie, Komisia prešetří situáciu spoločnosti LESSAND, keďže hlavný akcionár spoločnosti NOVA bol zároveň predsedom správnej rady tejto spoločnosti v čase poskytnutia pomoci. Keďže táto spoločnosť zjavne vlastnila závod na ťažbu piesku susediaci so závodmi sťažovateľa aj spoločnosti NAJPI, pravdepodobne pôsobila na tom istom trhu alebo na príbližnom trhu v zmysle článku 3 ods. 3 štvrtého a piateho pododseku prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014.

Otázka, či boli v dvoch po sebe nasledujúcich účtovných obdobiach prekročené príslušné limity na klasifikáciu spoločnosti NAJPI ako MSP

- (81) Vzhľadom na súčasnú neistotu v súvislosti s identifikáciou „prepojených podnikov“ a „partnerských podnikov“ spoločnosti NAJPI na účely výpočtu počtu pracovníkov a finančných údajov stanovených v článku 2 ods. 1 prílohy I Komisia nemôže dospieť k záveru, že počet pracovníkov a finančné údaje spoločnosti NAJPI klesli pod limity stanovené v článku 2 ods. 1 prílohy I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014.
- (82) Komisia má preto vážne pochybnosti o tom, či sa spoločnosť NAJPI v čase poskytnutia pomoci kvalifikovala ako MSP.

⁽³³⁾ Pozri rozsudok Všeobecného súdu, bod 85.

⁽³⁴⁾ Rozsudok Všeobecného súdu, bod 92.

⁽³⁵⁾ Rozsudok Všeobecného súdu, bod 93.

⁽³⁶⁾ Tamže; pozri tiež: rozsudok z 27. februára 2014, HaTeFo, C-110/13, EU:C:2014:114, bod 33 a citovaná judikatúra.

⁽³⁷⁾ Rozsudok Všeobecného súdu, bod 95 (zvýraznenie doplnené).

3.3.2.2. Postavenie spoločnosti NAJPI ako „podniku v ťažkostiach“

- (83) Podľa jeho článku 1 ods. 4 písm. c) sa všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2014 neuplatňuje na pomoc poskytovanú podnikom v ťažkostiach. V článku 2 bode 18 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 sa „podnik v ťažkostiach“ vymedzuje ako „podnik“, v súvislosti s ktorým nastala aspoň jedna z okolností uvedených v písmenách a) až e) uvedeného článku. Pri uplatňovaní týchto kritérií musí Komisia v čo najväčšej možnej miere zohľadniť skutočnosť, že „podnik“, ktorého postavenie sa má posúdiť, je definovaný ako jedna hospodárska jednotka pôsobiaca pod spoločným zdrojom kontroly⁽³⁸⁾. S cieľom identifikovať príslušný „podnik“ na účely uplatňovania článku 2 bodu 18 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 bude teda Komisia musieť zistiť príslušné väzby medzi samotnou spoločnosťou NAJPI a všetkými identifikovanými „prepojenými podnikmi“ a „partnerskými podnikmi“.
- (84) Na základe dostupných informácií týkajúcich sa samotnej spoločnosti NAJPI Komisia ďalej posudzuje, či v čase poskytnutia pomoci nastala aspoň jedna z týchto okolností.
- (85) Ako už bolo uvedené, spoločnosť NAJPI je „akciová spoločnosť“ (odôvodnenie 21). Slovenské orgány takisto potvrdili, že v čase poskytnutia pomoci spoločnosť NAJPI nebola predmetom kolektívneho konkurzného konania, ani nespĺňala kritériá vnútroštátneho práva na to, aby bola predmetom takéhoto konania. Slovenské orgány ďalej potvrdili, že v rokoch 2011 a 2012 bola hodnota polovice jej upísaného základného imania 12 500 EUR, zatiaľ čo hodnota jej vlastného imania zostala v rozmedzí 13 532 EUR – 18 612 EUR. V roku 2013 sa základné imanie spoločnosti NAJPI výrazne zvýšilo na 1 548 747 EUR, pričom jej vlastné imanie sa zvýšilo na 2 142 157 EUR. Spoločnosť NAJPI preto v čase poskytnutia pomoci nestratila v dôsledku akumulovaných strát viac ako polovicu svojho upísaného základného imania. Komisia sa preto v tejto fáze domnieva, že samotná spoločnosť NAJPI sa podľa všetkého nekvalifikuje ako „podnik v ťažkostiach“ v zmysle článku 2 bodu 18 písm. a), b) alebo c) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.
- (86) Na základe informácií, ktoré má k dispozícii, však Komisia nemôže dospieť k záveru, že tieto kritériá stanovené v uvedených ustanoveniach nespĺňa ani podnik, ktorého súčasťou spoločnosť NAJPI bola. Aby Komisia dospela k takémuto záveru, musí v súvislosti s daným podnikom vykonať posúdenie stanovené v článku 2 bode 18 písm. a) až c) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 a zväziť možnú existenciu skupiny pod spoločným zdrojom kontroly. Na tento účel musí Komisia získať informácie potrebné na takéto posúdenie za všetky subjekty (ak existujú), ktoré sú súčasťou podniku.
- (87) Okrem toho Komisia ešte nie je schopná dospieť k záveru, či sa na spoločnosť NAJPI vzťahuje článok 2 bod 18 písm. d) alebo e) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Pokiaľ ide o písmeno d), Komisia musí overiť, či v čase poskytnutia pomoci podnik zahŕňajúci spoločnosť NAJPI dostal pomoc na záchranu, pričom ešte nesplatil úver alebo nevypovedal záruku, alebo či dostal pomoc na reštrukturalizáciu, pričom stále podliehal reštrukturalizačnému plánu. Pokiaľ ide o písmeno e), Komisia pripomína svoje vážne pochybnosti o tom, či sa spoločnosť NAJPI v čase poskytnutia pomoci kvalifikovala ako MSP (odôvodnenie 82). Ak by sa spoločnosť NAJPI nekvalifikovala ako MSP, Komisia by následne musela overiť, či bol počas dvoch rokov pred poskytnutím pomoci účtovný pomer dlhu podniku k vlastnému imaniu vyšší ako 7,5 a jeho pomer EBITDA k úrokovému krytiu nižší ako 1,0.
- (88) Za týchto okolností Komisia nemôže vylúčiť, že spoločnosť NAJPI mohla byť v čase poskytnutia pomoci kvalifikovaná ako „podnik v ťažkostiach“. Komisia má preto pochybnosti o uplatniteľnosti všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.

⁽³⁸⁾ Pozri v tomto zmysle: rozsudok z 10. januára 2006, Cassa di Risparmio di Firenze a i., C-222/04, EU:C:2006:8, body 107, 112 až 114 a 118; rozsudok zo 16. decembra 2010, AceaElectrabel Produzione/Komisia, C-480/09 P, EU:C:2010:787, body 49 a 51.

3.3.2.3. Stimulačný účinok

- (89) Keďže individuálna pomoc bola spoločnosti NAJPI poskytnutá v rámci schémy pomoci (odôvodnenia 38 a 65), s odkazom na článok 2 bod 17 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 z toho vyplýva, že nepredstavuje pomoc *ad hoc*. Dodatočné požiadavky na stimulačný účinok uplatniteľné na pomoc *ad hoc* pre veľké podniky stanovené v článku 6 ods. 3 písm. a) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 sa preto na pomoc pre spoločnosť NAJPI neuplatňujú.
- (90) V súlade s článkom 6 ods. 2 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 je preukázaný stimulačný účinok pomoci poskytnutej na základe schémy, keďže spoločnosť NAJPI požiadala o pomoc 19. marca 2012, t. j. pred začatím prác (odôvodnenie 44).

3.3.2.4. Osobitné podmienky článku 14 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014

- (91) Komisia posudzuje opatrenie na základe článku 14 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, t. j. podmienok zlučiteľnosti regionálnej investičnej pomoci (odôvodnenie 39). Komisia okrem toho konštatuje, že na opatrenie sa nevzťahuje žiadna z výnimiek podľa článkov 1 a 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 (odôvodnenie 70).
- (92) V súlade s článkom 14 ods. 2 a 3 v spojení s článkom 2 bodom 27 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 je pomoc poskytnutá na počiatkový investičný projekt v Trnavskom kraji (SK02 Západné Slovensko), ktorý je podľa mapy regionálnej pomoci Slovenska na roky 2007 – 2013 platnej v čase poskytnutia opatrenia podporovanou oblasťou „a“ (odôvodnenie 20).
- (93) V súlade s článkom 14 ods. 4 a 6 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 oprávnené náklady zahŕňajú investičné náklady na nový hmotný majetok, pričom oprávnené náklady sú vymedzené v súlade s článkom 2 bodom 29 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 (odôvodnenie 41). Komisia berie na vedomie vyhlásenie slovenských orgánov, že spoločnosť NAJPI uskutočnila otvorený a transparentný postup verejného obstarávania na dodávky tovaru, stavebné práce a poskytovanie služieb a že si vybrala spoločnosť, ktorá celkovo ponúkla najnižšiu cenu (odôvodnenie 43).
- (94) V súlade s článkom 14 ods. 5 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 príjemca pomoci musel zachovať investíciu v dotknutej oblasti aspoň päť rokov po dokončení investície (odôvodnenie 64).
- (95) V článku 14 ods. 12 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 sa uvádza, že intenzita pomoci nesmie presiahnuť maximálnu intenzitu pomoci platnú v čase poskytnutia pomoci v dotknutej oblasti. Maximálna intenzita pomoci v regióne SK02 Západné Slovensko určená pre veľké podniky bola podľa slovenskej mapy regionálnej pomoci na roky 2007 – 2013 na úrovni 40 % (odôvodnenie 20). Keďže intenzita pomoci poskytnutej spoločnosti NAJPI bola na úrovni 40 % (odôvodnenie 41), pomoc dodržiava strop stanovený v mape regionálnej pomoci Slovenska na roky 2007 – 2013 a článok 14 ods. 12 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Intenzita pomoci zostáva pod hranicou 40 % aj v diskontovanej hodnote, keďže celkové oprávnené náklady predstavujú 12 366 979,49 EUR a pomoc dosahuje 4 946 791,80 EUR.

- (96) Keďže intenzita pomoci pre spoločnosť NAJPI zodpovedá maximálnej intenzite pomoci pre veľké podniky, zdá sa, že spoločnosti NAJPI nebolo poskytnuté žiadne zvýšenie intenzity pomoci dostupné pre MSP. Vzhľadom na súčasné znenie článku 2 bodu 27 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014⁽³⁹⁾ je zároveň irelevantné, či opatrenie rešpektuje maximálne intenzity pomoci dostupné v dotknutej oblasti podľa mapy regionálnej pomoci pre Slovensko na obdobie 2014 – 2021 alebo na obdobie 2022 – 2027, keďže toto vymedzenie pojmu „podporované oblasti“ sa vzťahuje len na mapu regionálnej pomoci platnú v čase poskytnutia pomoci. Otázka, či spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci MSP (a teda spĺňala podmienky na 40 % intenzitu pomoci, ktorá bola dostupná len pre malé podniky v dotknutej oblasti podľa mapy regionálnej pomoci na roky 2014 – 2021), preto už nie je⁽⁴⁰⁾ relevantná na posúdenie súladu pomoci s článkom 14 ods. 12 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.
- (97) V súlade s článkom 14 ods. 14 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 musí príjemca pomoci poskytnúť finančný príspevok vo výške najmenej 25 % oprávnených nákladov zo svojich vlastných zdrojov alebo na základe externého financovania vo forme, ktorá nezahŕňa žiadnu verejnú podporu (odôvodnenie 64). Pomoc bola poskytnutá s intenzitou pomoci na úrovni 40 %, pričom zvyšných 60 % povinne financoval príjemca.
- (98) Pokiaľ však ide o článok 14 ods. 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, a vzhľadom na to, že presná identifikácia prijímajúceho podniku a jeho skupiny sa ešte musí preskúmať v rámci formálneho vyšetrovacieho konania, Komisia nemôže vylúčiť možnosť, že sa mohla uskutočniť počiatočná investícia súvisiaca s rovnakou alebo podobnou činnosťou, ktorú začal ten istý príjemca pomoci (na úrovni skupiny) v období troch rokov odo dňa začatia prác na inej podporenej investícii v tom istom regióne NUTS 3, ktorá by spolu s predmetným investičným projektom tvorila jeden investičný projekt. Komisia preto v tejto fáze nemôže potvrdiť, že takýto potenciálny jeden investičný projekt by nebol veľkým investičným projektom, a preto nemôže potvrdiť, že bol dodržaný článok 14 ods. 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.
- (99) Slovenské orgány okrem toho potvrdili, že príjemca pomoci nemal v EHP mimo Slovenska žiadne prevádzkarne počas dvoch rokov pred podaním žiadosti o pomoc, ani v období do júna 2017, ktoré v podstate zahŕňa obdobie dvoch rokov po dokončení počiatočnej investície, na ktorú sa pomoc žiada (odôvodnenie 50), ako sa vyžaduje v článku 14 ods. 16 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Ak sa však zistí, že prijímajúci podnik je širší ako samotná spoločnosť NAJPI, súlad s článkom 14 ods. 16 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 by sa musel posúdiť s ohľadom na takýto širší podnik.
- (100) Komisia preto v tejto fáze vzhľadom na svoje pochybnosti týkajúce sa väzieb spoločnosti NAJPI s inými subjektmi nemôže vylúčiť možnosť, že spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci podnikom v ťažkostiach, ani nemôže potvrdiť, že opatrenie je v súlade s článkom 14 ods. 13 a článkom 14 ods. 16 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Komisia preto v tejto fáze nemôže dospieť k záveru, že pomoc pre spoločnosť NAJPI môže byť oslobodená od notifikačnej povinnosti na základe článku 58 ods. 1 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.

⁽³⁹⁾ Zmenené nariadením Komisie (EÚ) 2023/1315 z 23. júna 2023 (Ú. v. EÚ L 167, 30.6.2023, s. 1).

⁽⁴⁰⁾ Posúdenie v bode 81 rozsudku Všeobecného súdu, ktoré bolo založené na predchádzajúcom vymedzení pojmu „podporované oblasti“ v článku 2 bodu 27 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, preto nespochybňuje analýzu vykonanú v tomto rozhodnutí.

3.3.3. Zákonnosť opatrenia podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008

- (101) Podľa článku 3 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008 individuálna pomoc poskytnutá v rámci schémy alebo pomoc *ad hoc* je zlučiteľná s vnútorným trhom a je oslobodená od notifikačnej povinnosti za predpokladu, že spĺňa všetky príslušné podmienky uvedeného nariadenia a obsahuje výslovný odkaz na všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2008, pričom sa citujú príslušné ustanovenia, názov uvedeného nariadenia a odkaz na jeho uverejnenie v *Úradnom vestníku Európskej únie*.
- (102) Poskytnutím priameho grantu na základe schémy pomoci (odôvodnenie 38), ktorá bola riadne oznámená Komisii, si slovenské orgány splnili hmotnoprávne povinnosti podľa článku 108 ods. 3 ZFEÚ a článku 3 ods. 2 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008. Opatrenie (priamy grant) však obsahovalo len výslovný odkaz na schému, ale nie na všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2008, ako sa to vyžaduje v článku 3 ods. 2 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008. Opatrenie preto nemôže byť oslobodené od notifikačnej povinnosti podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008.
- (103) Okrem toho, aj keby všeobecné nariadenie o skupinových výnimkách z roku 2008 mohlo slúžiť ako základ pre oslobodenie opatrenia od notifikačnej povinnosti (čo Komisia v tejto fáze vylučuje), vzhľadom na jej pochybnosti týkajúce sa väzieb spoločnosti NAJPI s inými subjektmi Komisia nemôže potvrdiť, že opatrenie je v súlade s článkom 1 ods. 6 písm. c) a článkom 13 ods. 10 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008.

3.4. Zlučiteľnosť opatrenia s usmerneniami o regionálnej pomoci

- (104) Ak by Komisia na základe svojho formálneho vyšetrovacieho konania dospela k záveru, že opatrenie nemožno oslobodiť od notifikačnej povinnosti podľa článku 108 ods. 3 ZFEÚ a považovať ho za zlučiteľné s vnútorným trhom podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014, musela by posúdiť zlučiteľnosť takejto pomoci v súlade s príslušnými rámcami, usmerneniami, oznámeniami a oznamami, ako sa uvádza v článku 58 ods. 2 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.
- (105) Opatrenie bolo poskytnuté v rámci schémy regionálnej investičnej pomoci a pomoci na podporu zamestnanosti podľa článku 13 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2008 (odôvodnenie 38). Jeho cieľom je preto podporovať regionálny rozvoj. Relevantným základom pre posúdenie zlučiteľnosti opatrenia sú preto Usmernenia pre národnú regionálnu pomoc na roky 2007 – 2013 (ďalej len „usmernenia o regionálnej pomoci“) ⁽⁴¹⁾ v súlade s bodom 8 týchto usmernení. Tento záver ďalej podporujú body 186 a 188 Usmernení o regionálnej štátnej pomoci na roky 2014 – 2020 ⁽⁴²⁾.
- (106) V tejto fáze sa Komisia na základe informácií, ktoré má k dispozícii, domnieva, že pomoc spĺňa väčšinu štandardných kritérií zlučiteľnosti stanovených v usmerneniach o regionálnej pomoci. Komisia však má pochybnosti o zlučiteľnosti pomoci s ustanoveniami uvedenými v bode 9 usmernení o regionálnej pomoci.
- (107) Okrem toho bude musieť Komisia zistiť, či je vplyv investičného projektu na trh a obchod taký, že prínosy projektu prevažujú nad narušením hospodárskej súťaže a negatívnymi účinkami na obchod medzi členskými štátmi. Komisia v súčasnosti nemá k dispozícii relevantné informácie na to, aby v tejto veci dospela k nejakému záveru.

⁽⁴¹⁾ Usmernenia pre národnú regionálnu pomoc na roky 2007 – 2013 (2006/C 54/08) (Ú. v. EÚ C 54, 4.3.2006, s. 13).

⁽⁴²⁾ Usmernenia o regionálnej štátnej pomoci na roky 2014 – 2020 (2013/C 209/01) (Ú. v. EÚ C 209, 23.7.2013, s. 1).

3.4.1. Podnik v ťažkostiach (bod 9 usmernení o regionálnej pomoci)

- (108) Podľa bodu 9 usmernení o regionálnej pomoci sa pomoc môže poskytnúť len firmám v ťažkostiach v zmysle Usmernení Spoločenstva o štátnej pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu firiem v ťažkostiach (ďalej len „usmernenia o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu“) ⁽⁴³⁾ v súlade s uvedenými usmerneniami. Ak sa teda spoločnosť NAJPI kvalifikuje ako firma v ťažkostiach, pomoc, ktorá jej bola poskytnutá, nemožno považovať za zlučiteľnú podľa usmernení o regionálnej pomoci a treba ju preskúmať podľa usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu.
- (109) V oddiele 2.1 usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu sa vysvetľuje význam pojmu „firma v ťažkostiach“. Hoci v odseku 10 písm. a) usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu sa stanovujú podobné pravidlá ako v už vykonanom posúdení toho, či bol podnik MSP, ktoré sa uvádza v odôvodnení 85, v odsekoch 11 a 13 sa stanovujú dodatočné prvky, ktoré musí Komisia posúdiť, aby dospela k záveru, či spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci firmou v ťažkostiach. Predovšetkým, firmu možno stále považovať za firmu v ťažkostiach vtedy, keď vykazuje zvyčajné znaky firmy v ťažkostiach, ako sú rastúce straty, klesajúci obrat, rastúce skladové zásoby, nadmerná kapacita, pokles peňažného toku, rastúce dlhy, stúpajúce úrokové poplatky a klesajúca alebo nulová čistá hodnota aktív.
- (110) Komisia pripomína, že jej posúdenie postavenia spoločnosti NAJPI ako podniku v ťažkostiach bolo doteraz vykonané len s tým, že spoločnosť NAJPI sa považovala za jediný relevantný právny subjekt, pričom presná identifikácia prijímajúceho podniku na úrovni skupiny sa ponechala otvorená (odôvodnenie 86), keďže tento bod sa ešte musí preskúmať v priebehu formálneho vyšetrovacieho konania. Keďže Komisia ešte nemá k dispozícii všetky relevantné informácie na vykonanie posúdenia podľa usmernení o regionálnej pomoci, nemôže vylúčiť, že v čase poskytnutia pomoci bola spoločnosť NAJPI „podnikom v ťažkostiach“ podľa usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu. Komisia má preto pochybnosti o zlučiteľnosti pomoci s ustanoveniami uvedenými v bode 9 usmernení o regionálnej pomoci v spojení s ustanoveniami oddielu 2.1 usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu.

3.4.2. Vplyv investičného projektu na trh a obchod

- (111) Komisia berie na vedomie svoju povinnosť ⁽⁴⁴⁾ vyplývajúcu z usmernení o regionálnej pomoci posúdiť, či očakávané prínosy investičného projektu z hľadiska regionálneho rozvoja prevažujú nad narušeniami hospodárskej súťaže a vplyvom dotovaného projektu na obchod medzi členskými štátmi. Komisia v tejto súvislosti zohľadní doteraz predložené informácie a tvrdenia sťažovateľa (odôvodnenia 46 – 47). Keďže však Komisia nemá na vykonanie takéhoto posúdenia potrebné informácie, má pochybnosti, či očakávané prínosy investičného projektu z hľadiska regionálneho rozvoja prevažujú nad narušeniami hospodárskej súťaže a vplyvom dotovaného projektu na obchod medzi členskými štátmi.

3.4.3. Záver

- (112) V tejto fáze má Komisia pochybnosti o tom, či pomoc, ktorú slovenské orgány poskytli spoločnosti NAJPI, je v súlade s ustanoveniami bodu 9 usmernení o regionálnej pomoci. Ak sa však v priebehu vyšetrovania na základe informácií slovenských orgánov požadovaných podľa bodu 9 usmernení o regionálnej pomoci v spojení s ustanoveniami oddielu 2.1 usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu preukáže, že spoločnosť NAJPI v čase poskytnutia pomoci v skutočnosti nebola firmou v ťažkostiach, mohlo by sa *prima facie* dospieť k záveru, že pomoc je v súlade s usmerneniami o regionálnej pomoci.

⁽⁴³⁾ Oznámenie Komisie – Usmernenia Spoločenstva o štátnej pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu firiem v ťažkostiach (2004/C 244/02), (Ú. v. EÚ C 244, 1.10.2004, s. 2).

⁽⁴⁴⁾ Rozsudok Všeobecného súdu z 10. júla 2012, Smurfit Kappa Group/Komisia, T-304/08, EU:T:2012:351, body 82 a 91.

3.5. Odôvodnenie začatia konania

- (113) Komisia pripomína rozsudok Všeobecného súdu, v ktorom sa dospelo k záveru, že Komisia mala mať pochybnosti o správnej kategorizácii spoločnosti NAJPI ako MSP, a jej povinnosť vyplývajúcu z článku 266 ZFEÚ prijať potrebné opatrenia na dosiahnutie súladu s rozsudkom Všeobecného súdu.
- (114) Na základe predbežného posúdenia má Komisia z uvedených dôvodov pochybnosti o súlade pomoci, ktorú Slovensko poskytlo spoločnosti NAJPI, s ustanoveniami všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Komisia predovšetkým nemôže vylúčiť, že spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci podnikom v ťažkostiach (odôvodnenie 88) a že nie sú splnené niektoré ďalšie podmienky podľa všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 (odôvodnenia 98 a 99).
- (115) Komisia má okrem toho pochybnosti o tom, či pomoc v prospech spoločnosti NAJPI možno považovať za zlučiteľnú s usmerneniami o regionálnej pomoci, a teda za zlučiteľnú s vnútorným trhom. V tejto súvislosti Komisia pripomína svoje pochybnosti týkajúce sa najmä bodu 9 usmernení o regionálnej pomoci (vylúčenie regionálnej pomoci podnikom v ťažkostiach) (odôvodnenie 110). Na základe informácií dostupných v tejto fáze Komisia nemôže vylúčiť, že v čase poskytnutia pomoci bola spoločnosť NAJPI „podnikom v ťažkostiach“ v zmysle bodu 9 usmernení o regionálnej pomoci v spojení s oddielom 2.1 usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu.
- (116) Okrem toho v prípade, že by Komisia musela posúdiť zlučiteľnosť pomoci podľa usmernení o regionálnej pomoci, bude musieť zistiť, či je vplyv investičného projektu na trh a obchod taký, že prínosy projektu prevažujú nad narušením hospodárskej súťaže a negatívnymi účinkami na obchod medzi členskými štátmi (odôvodnenie 111). Komisia v súčasnosti nemá k dispozícii relevantné informácie na to, aby v tejto veci dospela k nejakému záveru.
- (117) Komisia sa preto rozhodla začať formálne vyšetrovacie konanie týkajúce sa tohto opatrenia. Na základe informácií poskytnutých dotknutým členským štátom, ako aj informácií poskytnutých tretími stranami Komisia posúdi opatrenie a prijme svoje konečné rozhodnutie, a to najmä na základe podrobného overenia postavenia spoločnosti NAJPI v čase poskytnutia pomoci (či šlo o veľký podnik alebo MSP), prípadne toho, či bola spoločnosť NAJPI v tom čase v ťažkostiach.
- (118) Komisia vyzýva Slovensko a zainteresované strany, aby predložili svoje pripomienky k jej rozhodnutiu začať formálne vyšetrovacie konanie a aby poskytli všetky dostupné informácie a dôkazy, ktoré by Komisii umožnili posúdiť opatrenie, ktorého sa toto rozhodnutie týka. Komisia bude musieť najmä stanoviť, či vzhľadom na článok 2 bod 18 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014 bola spoločnosť NAJPI v čase poskytnutia pomoci podnikom v ťažkostiach. Na tento účel bude musieť Komisia určiť príslušný podnik a overiť, či by sa na tento podnik, ako aj na spoločnosť NAJPI vzťahovala niektorá z okolností uvedených v článku 2 bode 18 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Komisia bude musieť v tejto súvislosti získať ďalšie informácie o príslušnej skupine pod spoločným zdrojom kontroly. Komisia bude musieť získať potrebné finančné údaje o podniku v súlade s kritériami uvedenými v článku 2 bode 18 písm. a) až e) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. Okrem toho bude musieť Komisia zistiť, či sa na spoločnosť NAJPI vzťahuje článok 2 bod 18 písm. e) všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014. S týmto cieľom bude musieť Komisia posúdiť postavenie spoločnosti NAJPI v čase poskytnutia pomoci, t. j. či išlo o veľký podnik na základe pravidiel stanovených v prílohe I k všeobecnému nariadeniu o skupinových výnimkách z roku 2014, a na tento účel bude musieť prehodnotiť informácie, ktoré má k dispozícii a ktoré slovenské orgány nedávno poskytli so zreteľom na rozsudok Všeobecného súdu. Na základe uvedených posúdení postavenia spoločnosti NAJPI a príslušného podniku bude musieť Komisia následne skontrolovať, či pomoc spĺňa podmienky stanovené v článku 14 ods. 13 a 16 všeobecného nariadenia o skupinových výnimkách z roku 2014.

- (119) Okrem toho bude musieť Komisia získať informácie na posúdenie toho, či spoločnosť NAJPI bola v čase poskytnutia pomoci podnikom v ťažkostiach podľa oddielu 2.1 usmernení o pomoci na záchranu a reštrukturalizáciu. Komisia si okrem toho na účely posúdenia uvedeného v odôvodnení 116 vyžiada ďalšie informácie, ktoré jej umožnia dospieť k záveru, či relevantný trh mal alebo nemal počas príslušného obdobia štrukturálnu nadmernú kapacitu, či by notifikovaná pomoc takúto situáciu zachovala alebo posilnila a či pozitívne účinky pomoci poskytnutej spoločnosti NAJPI mohli prevážiť nad jej negatívnymi účinkami z hľadiska narušenia hospodárskej súťaže alebo vplyvu na obchod medzi členskými štátmi. Komisia zohľadní len tie informácie, ktoré jej mohli byť poskytnuté v čase poskytnutia opatrenia, t. j. 7. novembra 2013.

4. ZÁVER

Vzhľadom na uvedené úvahy Komisia v rámci konania stanoveného v článku 108 ods. 2 ZFEÚ vyzýva Slovensko, aby v lehote jedného mesiaca odo dňa doručenia tohto listu predložilo svoje pripomienky a poskytlo všetky informácie, ktoré môžu byť užitočné na posúdenie pomoci. Žiada tiež slovenské orgány, aby kópiu tohto listu bezodkladne doručili potenciálnemu príjemcovi pomoci.

Komisia týmto upozorňuje Slovensko, že uverejnením tohto listu a jeho zmysluplného zhrnutia v *Úradnom vestníku Európskej únie* bude informovať zainteresované strany. Uverejnením oznámenia v dodatku EHP k *Úradnému vestníku Európskej únie* bude takisto informovať zainteresované strany v štátoch EZVO, ktoré sú signatármi Dohody o EHP, ako aj Dozorný úrad EZVO, ktorému zašle kópiu tohto listu. Všetky uvedené zainteresované strany budú vyzvané, aby v lehote jedného mesiaca odo dňa tohto uverejnenia predložili svoje pripomienky.